

Rosenland



Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 22

Mai 2019

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Beiträge	
Jürgen Hartmann: Auf verlorenem Posten. Der Detmolder Centralverein und der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus 1918 bis 1933	2
Andreas Ruppert: Die Detmolder Ortsgruppen der NSDAP 1933 bis 1945	48
Petra-Ulrike Wissbrock: „In Another Country“. Der britische Blick auf die Entwicklungen im Kreis Detmold in den Jahren 1948 bis 1949	67
Rezensionen	
J. Scheffler (Hg.), Das Frenkel-Haus in Lemgo. Wohnhaus, Erinnerungsort, Gedenkstätte. (A. Ruppert)	89
J. Schafmeister/B. Sunderbink/M. Zelle (Hg.), Revolution in Lippe. 1918 und der Aufbruch in die Demokratie. (R. Linde)	90
H.-J. Keil, Prof. Dr. Adolf Neumann-Hofer (1867- 1925) in Lippe (1899-1925). Der einflussreiche linksliberale Modernisierer in Politik, Regierung, Wirtschaft, Pressewesen und Gesellschaft. Die digitale Biografie. (J. Hartmann)	93
Impressum	95

Editorial

Die neue und umfangreiche Rosenland-Ausgabe behandelt den engen Zeitraum von nur wenigen Jahrzehnten – allerdings Jahrzehnten, die von zwei Weltkriegen, dem Wüten von Antisemitismus und Nationalsozialismus und zuletzt von der Erfahrung eines zum zweiten Mal geschlagenen und stark zerstörten Landes geprägt waren.

Jürgen Hartmann stellt den verzweifelten und zuletzt gescheiterten Abwehrkampf des liberalen demokratischen jüdischen Bürgertums in Detmold gegen die völkisch-nationalistische Hetze dar, die mitten in der Gesellschaft verankert war. Andreas Ruppert analysiert die Entwicklung der Detmolder Ortsgruppen der NSDAP nach der sogenannten „Macht-ergreifung“. Petra-Ulrike Wissbrock zeichnet aus einer bisher nicht beachteten Quelle das Bild nach, das der Kreis Detmold in den ersten Nachkriegsjahren dem sensiblen, aber misstrauischen zuständigen Vertreter der britischen Militärregierung, dem Kreis Resident Officer, geboten hatte.

Auf verlorenem Posten. Der Detmolder Centralverein und der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus 1918 bis 1933

von Jürgen Hartmann

Einleitung

Am 1. Dezember 1911 schrieb der Detmolder Liberale Max Staercke seinem Freund, dem Journalisten Artur Schweriner in Berlin, und bat ihn, wie schon im Reichstagswahlkampf 1906/07 den linksliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Adolf Neumann-Hofer zu unterstützen. Neumann-Hofer wie auch Staercke waren schon Schweriners Gönner und Weggefährten zu einer Zeit, als dieser – von 1903 bis 1906 noch Lehrer und Prediger der Synagogengemeinde Salzuflen-Schötmar – als freier Mitarbeiter für die *Lippische Landes-Zeitung* schrieb. In Lippe hatte sich im Frühjahr 1911 ein Landesverband der antisemitischen Christlich-Sozialen Partei gebildet¹, der nun mit Unterstützung der Konservativen einen gemeinsamen Kandidaten für den Reichstag, den Bürstenmacher Heinrich Kuhlmann aus Lemgo, unter dem Schlagwort „Nationale Sammelkandidatur“ aufgestellt hatte. Staercke warb um Schweriner, der bereits in verschiedenen Wahlkämpfen in Lippe in die Versammlungen der Konservativen gezogen war, mit folgenden Worten:

„Deine Bedenken in der Richtung, dass Du in diesem Jahre nicht so gut der liberalen Sache wirst dienen können, weil die Konservativen zugunsten eines Christlich-Sozialen verzichtet haben, sind hinfällig. Wenn sie es wagen sollten, in Lippe in Radauantisemitismus zu machen, dann bist Du doch eigentlich der Berufenste, die Leute in die Schranken zu weisen. Aber man wird sich fein säuberlich hüten! Bei uns ist, Gott sei Dank, der Antisemitismus unpopulär.“²

Gar so unpopulär wie Max Staercke einschätzte, war der Antisemitismus in Lippe, gerade auch in Detmold, zu jener Zeit mitnichten.

Der Antisemitismus in Detmold vor 1914

Sich mit der jüdischen Gegenwehr auseinanderzusetzen, bedeutet, sich mit dem Antisemitismus, seinen Erscheinungsformen und Auswirkungen in Detmold zu befassen. Tatsächlich ist für die Zeit des Kaiserreichs besonders seit den 1880er Jahren ein weit verbreiteter Verbandsantisemitismus festzustellen. Verankert im konservativen und christlich-sozialen Milieu war dieser für die jüdischen Detmolder im Alltagsleben durchaus in vielfältiger Hinsicht spürbar, sei es in Zurücksetzungen, in Beschimpfungen und Schmähungen, vereinzelt sogar in Handgreiflichkeiten.

¹ LIPPISCHE TAGES-ZEITUNG (LTZ) vom 15., 20. und 21. Februar 1911.

² ARTUR SCHWERINER, Ein verpfushtes Leben? Heiteres aus dem Tagebuch eines Unentwegten. Berlin o.J. (1925), 5. Zu Schweriner s. JÜRGEN HARTMANN/DIETMAR SIMON, Artur Schweriner (1882-1941). Eine Projektskizze; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 3/2006, 31-37 sowie JÜRGEN HARTMANN, „Jude sein, heißt Kämpfer sein!“ Der Journalist Artur Schweriner (1882-1941); in: HEIMATLAND LIPPE, 2/2009, 36-37. Das Video eines Vortrages zu Schweriner im Rahmen der Lüdenscheider Gespräche der Fern-Universität Hagen findet sich unter https://www.fernuni-hagen.de/videostreaming/archiv/ksw/video/video_2016-35.shtml (Aufruf: 15. April 2019).

Zwei Jahrzehnte nach der Reichsgründung stieß die antisemitisch geprägte sozialreformerische Bewegung des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker vor allem im nahen Minden-Ravensberger Raum auf fruchtbaren Boden. In Bielefeld und Herford fanden sich nicht nur Anhänger, sondern auch begeisterte Agitatoren wie Dr. Danneil, ein ehemaliger Pfarrer, der wegen Trunksucht entlassen worden war.³ Mit einer zeitlichen Verzögerung erreichte diese Form des organisierten Antisemitismus auch Detmold und Lippe.⁴ Das Organ der konservativen Partei, das *Lippische Volksblatt*, verbreitete bereits seit Jahren antisemitisch durchdrungene Berichte, in denen die sattsam bekannten Klischeevorstellungen des wuchernden und raffgierigen sowie zugleich breitlippigen und plattfüßigen Juden bedient wurden.

Im Januar 1892 bildete sich in Detmold nach einem Auftritt Danneils eine Ortsgruppe des Deutsch-Socialen Reformvereins⁵, zu Pfingsten des darauffolgenden Jahres fand am Hermannsdenkmal ein reichsweites Antisemitentreffen statt, das musikalische Untermalung durch die Kapelle des I.R. No. 55 (6. Westfälisches) erhielt.⁶ Im Programmheft war neben gehässigen Karikaturen auch das „Motto“ der Veranstaltung abgedruckt:

„O Herr gieb uns den Moses wieder,
Damit er seine Glaubensbrüder
Heimführe ins gelobte Land.
Lass dann das Meer sich wieder theilen,
Sodass die hohen Wassersäulen
Feststehn wie eine Felsenwand.
Und wenn in dieser Meeresrinne
Die ganze Judenschaft ist drinne –
O Herr, dann mach die Klappe zu
Dann haben alle Völker Ruh.“⁷



*Anzeige für das Antisemitentreffen in der
Neuen Westfälischen Volkszeitung (Bielefeld)
vom 18. Mai 1893.*

Zu diesem Zeitpunkt verfügte Stoeckers Partei über 16 Abgeordnete im Reichstag. Das Organ der Deutsch-Sozialen Partei, die DEUTSCH-SOCIALEN BLÄTTER, fand auch in Lippe Leser und Zuträger.

Mit dem Aufleben des organisierten Antisemitismus formierte sich jüdische Gegenwehr. Diese ging vor allem von den Predigern der Synagogengemeinden aus. In Detmold war Abraham Plaut 1892 dem Hetzredner Dr. Danneil über die Presse entgegengetreten, um dessen Diffamierungen zu entkräften.⁸ Leserbriefe

³ Zur Person Danneils vgl. BERLINER TAGEBLATT vom 18. und 29. Juli 1892, sowie IM DEUTSCHEN REICH (IDR) vom Mai 1896. W. Danneil war bereits zu seiner Zeit als Hilfsprediger in Pommern 1884 durch Hetzreden aufgefallen. Vgl. ALLGEMEINE ZEITUNG DES JUDENTUMS (AZJ) vom 15. Januar 1884 und BERLINER TAGEBLATT vom 18. März 1884. Er wurde wegen „Trunksucht“ aus dem Amt entlassen. Ein weiterer eifriger Streiter gegen die Sozialdemokratie und für Stoeckers antisemitische Ideen war der Bielefelder „Knüppelpastor“ Karl Iskraut.

⁴ Zu Judenfeindschaft und Antisemitismus in Detmold in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts siehe DINA VAN FAASSEN, Die Geschichte der Juden in Detmold vom Spätmittelalter bis 1900. Ungedrucktes Manuskript im STADTARCHIV DETMOLD, Detmold 1990, 465-496.

⁵ AZJ vom 5. Februar 1892. Thema Danneils war „Die Juden – Könige unserer Zeit“. Nach einem Bericht der DEUTSCH-SOCIALEN BLÄTTER vom Februar 1892 traten der Ortsgruppe 70 Personen bei. Im erhaltenen Mitgliederverzeichnis sind 42 Namen verzeichnet. Vgl. STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 764.

⁶ In einem Zeitungsartikel wies ein unbekannter Verfasser darauf hin, dass Musikveranstaltungen am Hermannsdenkmal bisher nicht genehmigt wurden, um das „Wild in den fürstlichen Wäldern nicht aufzuscheuchen“. Nun erregte diese „ganz eigenartige Protektion der antisemitischen Bewegung seitens einer fürstlichen Behörde ebenso unangenehmes als berechtigtes Aufsehen.“ Vgl. BERLINER TAGEBLATT vom 17. Mai 1893.

⁷ AZJ vom 2. Juni 1893 und DER ISRAELIT vom 6. Juli 1893. Vgl. das Programm samt Zeichnungen und Liedtexten; in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), D 70 Nr. 154.

⁸ LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) vom 27. Januar 1892 und AZJ vom 5. Februar 1892.

und Artikel mit judenfeindlicher Note in der lippischen Presse fanden gleichfalls Reaktionen Plauts.⁹ Obgleich es vereinzelt lippische Mitglieder in den zu Beginn der 1890er Jahre gegründeten Abwehrorganisationen gab, bildete sich anfangs weder eine Ortsgruppe des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus (VAA) noch des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV).¹⁰

Außerhalb Detmolds war es vorwiegend der Bund der Landwirte (BdL), der gegen jüdische Getreide- und Viehhändler agitierte und bei Veranstaltungen mit antisemitischen Rednern für eine aufgeheizte Stimmung sorgte. 1895 geriet der Händler Max Lenzberg in Lemgo in den Fokus dieses Verbandes.¹¹ Anfang 1911 waren Mitglieder des BdL an einem Anschlag auf den Reichstagsabgeordneten Neumann-Hofer beteiligt, als sie ihn im vorbeifahrenden Auto mit Steinen bewarfen.¹² 1912 hetzte der stellvertretende BdL-Vorsitzende Levetzow in Detmold gegen jüdische Warenhäuser und den Centralverein.¹³ Vereinzelt zeigte sich die Judenfeindschaft in Lippe auch in „judenreinen“ Hotels wie dem ‚Rathskeller‘ in Horn um 1897¹⁴ oder 1902 im Protest gegen den Stadtverordneten Gustav Maybaum in Barntrop, der in den Magistrat rücken sollte.¹⁵ Überhaupt gab es zu dieser Zeit im Fürstentum nur wenige jüdische Stadtverordnete.¹⁶ Diese Tatsache führte nach der Wahl Maybaums jüdischerseits zu der Aussage:

„Bislang glaubte man in Lippe nicht, dass ein Jude auch nur Nachtwächter werden könnte!“¹⁷

In Detmold und Lemgo sorgten die Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DNHV) und einige Pennäler für antisemitischen Radau.¹⁸ Im Mai 1902 belästigten Oberprimaner in der Detmolder Bahnhofsgaststätte zwei Kaufleute. Einer der Schüler, Sohn des lippischen Oberforstmeisters Alois Baldenecker, schlug zu und drohte sogar mit einem Messer. Motiv für die Tat war das angeblich jüdische Aussehen der Kaufleute. In diesem Fall handelte es sich pikanterweise jedoch nicht um Juden, sondern um Mitglieder des antisemitischen DNHV.¹⁹ Der Fall belegt aber durchaus einen immanenten Zustand von Bedrohung durch antisemitische Gewalt, in dem sich jüdische Bürger bereits vor 1918 befanden.²⁰

Die Zurücksetzung jüdischer Soldaten im Militär war weit verbreitet. Der Kommandeur des Infanterie-Regiments 55, es handelte sich um Oberst Friedrich Sixt von Arnim²¹, äußerte sich gegen deren Beförde-

⁹ Beispielsweise in der LLZ vom 13. April 1904.

¹⁰ In Bielefeld gründete sich eine Ortsgruppe des VAA. Dort waren im November 1891 mehr als 1.000 Besucher in eine antisemitische Versammlung mit Danneil geströmt. Als Gegenredner trat der Bielefelder Rabbiner Felix Coblenz auf. MITTEILUNGEN AUS DEM VEREIN ZUR ABWEHR DES ANTISEMITISMUS (MVAA) vom 15. November 1891.

¹¹ MVAA vom 20. April 1895. Zum Fanatismus des BdL in Lippe s. den Artikel „Furor teutonicus“ in den MVAA vom 16. Februar 1895.

¹² LTZ vom 16. Februar 1911. Der Vorfall und die skandalöse gegen Neumann-Hofer gerichtete Behandlung durch das Schöffengericht Lemgo fanden sogar in einer Reichstagsitzung Erwähnung. Vgl. REICHSTAGSPROTOKOLLE, 109. Sitzung vom 11. Februar 1913, 3669.

¹³ LTZ vom 7. und 8. Juni 1912, sowie IDR vom Oktober 1912.

¹⁴ IDR vom September 1897.

¹⁵ Eingabe des Kommerzienrates Steneberg und anderer an Fürstlich-Lippisches Staatsministerium, 9. Februar 1902; in: LAV NRW OWL, L 75 V.1.5.

¹⁶ ISRAELITISCHES FAMILIENBLATT (ISFB) vom 4. Dezember 1902. Dort wurden noch Isaak Hochfeld in Lemgo und Julius Blank in Horn genannt. Zuvor noch war über zwölf Jahre hinweg Joseph Erda in Detmold als Stadtverordneter tätig gewesen. Politisch standen die Genannten dem Liberalismus nahe.

¹⁷ ISFB vom 27. November 1902.

¹⁸ In Lemgo bedrohten DNHV-Mitglieder einen jüdischen Kaufmann. Vgl. IDR vom November 1912.

¹⁹ AZJ vom 28. November 1902 sowie MVAA vom 24. Dezember 1902. Der Vorfall vom 20. Mai beschäftigte Ende des Jahres das Gericht.

²⁰ S. dazu JACOB BORUT, Gewalttätiger Antisemitismus im Rheinland und in Westfalen während der Weimarer Republik; in: GESCHICHTE IM WESTEN, 22/2007, 9-40.

²¹ Freundlicher Hinweis von Dr. Andreas Ruppert, Paderborn.

rung.²² Auffallend ist vor allem die Benachteiligung ihrer jüdischen Untertanen durch die Fürstlich-Lippische Regierung. Diese zeigte sich bei der Vergabe von Auszeichnungen und Anerkennungen beispielsweise für eine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit in der freiwilligen Feuerwehr.²³ Auch verhielt sich die Regierung äußerst rigoros in der Ausweisung der wenigen ostjüdischen Zuwanderer als „lästige Ausländer“, selbst in den Fällen, in denen der Detmolder Magistrat einer Aufenthaltserlaubnis wegen vorhandener wirtschaftlicher Existenzgrundlagen zugestimmt hatte.²⁴ Im August 1906 beklagte ein anonymes Schreiben in der *Lippischen Landes-Zeitung*, es war mit hoher Wahrscheinlichkeit der schon genannte Artur Schweriner, die fortwährende Zurücksetzung der Juden im Fürstentum Lippe. Besonders bei der Auswahl von Schöffen hätten Bürger jüdischen Glaubens noch nie Berücksichtigung gefunden.²⁵ Und noch 1913 fand das Ansinnen des Lippischen Synagogenverbandes nach einer staatlichen Anstellung eines jüdischen Religionslehrers, wie sie bei den christlichen Religionsgemeinschaften üblich war, kein Gehör.²⁶

Angesichts der vielfach zutage tretenden Vorbehalte der Mehrheitsgesellschaft gegenüber ihren jüdischen Nachbarn fällt es in der Rückbetrachtung schwer, den positiven Berichten über Zeichen von großer Toleranz oder Harmonie vorbehaltlos Glauben zu schenken, die zur Einweihung der neu errichteten Detmolder Synagoge in der Lortzingstraße im Mai 1907 veröffentlicht wurden.²⁷ Der Berichterstattung in der jüdischen Presse haftete anlässlich solcher Ereignisse regelmäßig etwas Beschönigendes und sogar Beschwörendes an, das sich in ähnlicher Weise auch bei den Einweihungen der Synagogen in Bielefeld 1905 und Osnabrück 1906 feststellen lässt.²⁸ Immerhin erschien das Fürstenpaar zum Festakt und sowohl der Gemeindevorsteher Alex Meyer als auch der Prediger Abraham Plaut durften eine Auszeichnung entgegennehmen. Der Verfasser eines Beitrags im *Israelitischen Familienblatt* machte aber deutlich:

„Kaum ist jemals ein ‚Hoch auf die jüdischen Mitbürger‘ von solcher Stelle erklingen.“²⁹

Hofmarschall Graf von Rittberg, der den Fürsten beim Festbankett vertrat, ließ schließlich zwar seine Ansprache mit einem solchen „Hoch“ enden, aber es blieb bei diesem einmaligen Akt der Anerkennung von oberster Stelle. Dagegen wurde in der wilhelminischen Gesellschaft der Residenzstadt die nationalistische Gesinnung gepflegt, Berührungsängste mit Antisemiten lassen sich nicht wahrnehmen. Deren prominente Vertreter waren salonfähig. Im Umfeld der 1900-Jahrfeier der Schlacht im Teutoburger Wald 1909 wurde dem Begründer und Führer des elitären antisemitischen Deutschbundes, Friedrich Lange, Gelegenheit geboten, vor großem Publikum in einer Vorfeier ein „deutschnationales Glaubensbekenntnis“ am Hermannsdenkmal abzulegen.³⁰ Aus dem Rahmen fällt hingegen die Vergabe der Festrede zur 1900-Jahrfeier. Dazu wurde der Historiker Hans Delbrück geladen, eine Entscheidung, die den Protest und den Boykott des BdL nach sich zog.³¹ 1913 beauftragte man den Antisemiten Ernst Wachler mit der Inszenie-

²² In den Tagebuchblättern des Bielefelder Kaufmanns Julius Weiß findet sich zu seinem Sohn Emil im September 1902 der Eintrag: „Befördert ist er nicht. Außer ihm dienten noch vier Juden im Bataillon [...], von denen niemand befördert ist, weil der in Detmold wohnende Oberst des Regiments prinzipiell gegen die Beförderung von Juden ist.“ Vgl. MONIKA MINNINGER/ANKE STÜBER/RITA KLUSMANN (Bearb.), *Einwohner – Bürger – Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld*, Bielefeld 1988, 129 f.

²³ Vgl. den Fall Frenkel in Lemgo. Frenkel hatte mehr als 25 Jahre bei der Feuerwehr Dienst versehen. Der Magistrat der Stadt Lemgo mahnte die Regierung, ihn nunmehr auszuzeichnen, „damit es nicht den Anschein hat, [...] als müsse er seiner Konfession wegen zurückstehen.“ Vgl. Magistrat an Staatsminister, 21. Februar 1908; in: STADTARCHIV LEMGO, A 6187. Frenkels Engagement wurde schließlich 1911 gewürdigt.

²⁴ Vgl. Vorgang Josef Rappaport, 1906; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 744.

²⁵ LLZ vom 11. August 1906.

²⁶ ISFB vom 3. Juli 1913.

²⁷ AZJ vom 31. Mai 1907.

²⁸ AZJ vom 29. September 1905 und 28. September 1906.

²⁹ ISFB vom 6. Juni 1907.

³⁰ MVAA vom 18. August 1909.

³¹ MVAA vom 25. August 1909.

rung eines Stückes im Rahmen der Hünenring-Festspiele.³² Über die Auftritte der Antisemiten berichtete die lippische Presse ebenso ausführlich wie wohlwollend. In der Rückschau verwundert es daher nicht, dass daneben antisemitische Vorurteile in Witzen und Karikaturen blühten, wie Beispiele in der Ausgabe des *Fürstlich-Lippischen Kalenders* für 1913 belegen.³³ Auch der Detmolder Pastor Theodor Jordan beteiligte sich als Mitherausgeber des *Westfälischen Sonntagsblattes* der evangelischen Gemeinden Bielefelds und Umgebung an der Verbreitung solcher Ressentiments.³⁴



Antisemitische Karikatur im Fürstlich-Lippischen Kalender für das Jahr 1913.

In einem solchen Klima konnten Konflikte zwischen Nichtjuden und Juden rasch eine politische Dimension annehmen. Im Frühjahr 1911 zog die Detmolder Schneiderinnung gegen den jüdischen Kaufmann Bernhard Blogg zu Felde, der in „Warenhausmanier“ sein Angebot an Kleidung zu günstigen Preisen in großen Zeitungsanzeigen beworben hatte.³⁵ Aus dem Protest der Schneider entstand eine Ortsgruppe der antisemitischen Christlich-Sozialen Partei, die sich kurz zuvor als Landesverband in Lippe gegründet hatte, mit immerhin fast 70 Mitgliedern. Dieses „Aufsehen“ für eines ihrer Mitglieder behagte der Detmolder Synagogengemeinde in keiner Weise. In einem Artikel des *Israelitischen Familienblattes* trat ihre Distanzierung von Blogg deutlich zutage. Die Aussage, dass Christen und Juden bisher einträchtig in Detmold zusammengelebt hätten und politischer Antisemitismus nicht hervorgetreten

sei, ist angesichts der beschriebenen Situation durchaus als Verharmlosung, vielleicht sogar als Zeichen einer fragwürdigen Abwehrstrategie, zu werten. Nun, so heißt es weiter, existiere wegen der „marktschreienden Zeitungsinserate“ Bloggs eine Ortsgruppe der Christlich-Sozialen Partei. Die hiesigen Juden würden jedoch das „geschäftliche Gebaren“ des Kaufmannes scharf verurteilen.³⁶

Nicht laut auftreten, nicht auffallen, weitestgehend an das Umfeld anpassen und sein Deutschtum hervorstellen – diese Haltung war innerhalb der deutschen Judenschaft weit verbreitet, aber sie sorgte auch für Kritik in den eigenen Reihen. Leider sind Dokumente jener Zeit, die Zeugnis über die Einstellung der jüdischen Detmolder ablegen, kaum vorhanden. Die wenigen bekannten stammen von Artur Schweriner. Im April 1911 hatte er sich in einem Beitrag unter dem Titel „Trügerische Frühlingsschälmeien“ über die seines Erachtens falsche Vorstellung vieler Juden, integriert zu sein, am Beispiel des Gesellschaftsvereins Ressource belustigt. An dessen Veranstaltungen dürften sie zwar teilnehmen, aber letztlich doch nicht Mitglied werden.³⁷ Er schrieb auch über ein Zusammentreffen der „jüdischen oberen Zwanzig des Ortes“ – gemeint ist Detmold – am Abend des 22. Dezembers 1911. Wenige Wochen zuvor hatte er eine Broschüre über eine Hetzrede des antisemitischen Abgeordneten Friedrich Raab im Reichstag veröffentlicht.³⁸ Schweriner geriet darüber in einen hitzigen Dialog mit dem Vorsitzenden der Detmolder Synagogengemeinde, Nicolaus Rosenthal:

³² Vorgang Hünenringfestspiele, 1913; in: LAV NRW OWL, L 115 A Tit. 9 Nr. 10.

³³ FÜRSTLICH-LIPPISCHER KALENDER für das Jahr 1913, Detmold 1912, Teil II, 7 und 24.

³⁴ MVAA vom 26. März 1913 und IDR vom Mai 1913.

³⁵ Vgl. Erklärungen der Schneidermeister, der Schneiderinnung und Bloggs im Anzeigenteil der LTZ vom 18., 20., 21. und 22. März 1911. Blogg hatte das Geschäft 1910 eröffnet, ein gutes Jahr später schloss er es und verzog mit seiner Frau nach Hamburg. Anzeigen Bloggs in der LLZ vom 19. März 1910 und 5. Mai 1911.

³⁶ ISFB vom 31. August 1911.

³⁷ ISFB vom 21. April 1911. Auch in SCHWERINER (1925), 53-54. Später gehörten der Ressource mit Dr. Max Arensberg und Dr. Alfred Hirschfeld auch Detmolder jüdischen Glaubens an.

³⁸ ARTUR SCHWERINER, Die Reichstagswahlen vor der Tür! In die Front! Berlin 1911.

„Nicht so stürmisch, junger Mann“, erwiderte scheinbar überlegen der alte Rosenthal. „Solche Reden sind verabscheuungswürdig. Gewiss! Aber sie sind doch Ausnahmen. Wir spüren hier nichts vom Judenhass. Ihre Schreiberei gegen Raab hat mehr Risches [Jiddisch für Antisemitismus; JH] gemacht als seine Rede, von der kein Mensch etwas gelesen hat. [...] Risches hat es immer gegeben. Mal ein bisschen mehr, mal ein bisschen weniger. Mit Verachtung strafen ist die beste Methode, viel Geschrei machen die schlechteste. [...] Nur kein Aufsehen in der Öffentlichkeit machen! Das schadet am meisten!“³⁹

Dieses „Aufsehen erregen“ vermieden zahlreiche lippische Juden auch in ihrem politischen Engagement, wie Rosenthal gegenüber Schweriner deutlich machte: „Meinen Sie, ich sage meinen Bauern, dass ich Neumann-Hofer wähle?“⁴⁰

Um 1912/13 trat augenscheinlich in der Synagogengemeinde ein Wandel im Denken und Handeln ein, vermutlich mitverursacht durch eine zunehmend rabiatere agierende völkische Bewegung. Nach den Reichstagswahlen vom Januar 1912 mit erdrutschartigen Gewinnen für die Sozialdemokratie, sie wurden von rechts als „Judenwahlen“ verunglimpft, waren die Antisemiten radikaler und schamloser geworden.⁴¹ Im November 1913 sorgte ein Vortrag unter dem Titel „Ist das Geistesleben des deutschen Volkes noch wirklich deutsch?“ des Oberlehrers Wilhelm Drude vom Gymnasium Leopoldinum im evangelischen Vereinshaus für eine offizielle Beschwerde der Detmolder Synagogengemeinde.⁴² Es war die erste Eingabe einer lippischen Gemeinde wegen antisemitischer Bestrebungen an eine Behörde. Das Anschreiben war vom bisher eher verhalten agierenden Vorsteher Nicolaus Rosenthal unterzeichnet. In langen Ausführungen hatte Drude in seiner Rede die deutschen Juden in ihrer Allgemeinheit als habgieriges, vaterlandsloses „Schmarotzervolk“ und als fremdartige Bedrohung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens dargestellt. In seiner Stellungnahme gegenüber der Fürstlichen Regierung und der Schulabteilung stellte der Oberlehrer hochtrabend dar, dass er nur Fakten aus aktuellen Werken verwendet und wiedergegeben habe. Zur verwendeten Literatur gehörte seiner Aufstellung zufolge das Gängige der antisemitischen Bewegung von Schriften des Hammer-Verlages Theodor Fritschs bis hin zum vom Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes unter dem Pseudonym Daniel Frymann verfassten ‚Wenn ich der Kaiser wär‘. Die Beschwerde und im November 1914 die Wiederbeschwerde der Synagogengemeinde wurden von der Regierung rundherum abgewiesen. Die Allgemeinheit der Juden sei durch Drudes Ausführungen nicht gemeint gewesen, lautete die amtliche Begründung, vielmehr sei der Vortrag gedacht gewesen als „eindringliche Mahnung an das deutsche Volk zur Selbstbesinnung und nationalen Läuterung.“ Der Synagogengemeinde erteilte Staatsminister Karl Ludwig Freiherr Biedenweg – es war drei Monate nach Kriegsbeginn – die eindringliche Mahnung, sich in diesen Zeiten doch ihrer „vaterländischen Pflicht“ zu entsinnen. In dieser Zeit hätten „Streitigkeiten keinen Platz“.⁴³

³⁹ SCHWERINER (1925), 51.

⁴⁰ EBD. In Schweriners Buch finden sich weitere Beispiele aus Lippe, so das eines – vermutlich jüdischen – Gastgebers, der ihn während des Wahlkampfes beherbergte, aber ermahnte, „unauffällig hintenrum von der Wiese her“ in sein Haus zu kommen oder das des Viehhändlers Silberstein (vermutlich Silberbach), den er aus der Zeit in Salzuflen kannte, und welcher ihn im Schneetreiben in seiner Kutsche mitnahm, aber kurz vor dem Ziel Tintrup aufforderte, den restlichen Weg zu Fuß zurückzulegen: „Das könnte mir fehlen, mit Ihnen in der ‚Forelle‘ [Gasthof] abzustiegen.“ Vgl. SCHWERINER (1925), 11 und 36.

⁴¹ Der Ton verschärfte sich ebenso in der LTZ unter deren Chefredakteur Willy Bruder. Vgl. den Artikel „Die Juden und die Reichstagswahl“, in welchem gegen die Juden und den Centralverein polemisiert wurde, weil letzterer eine Wahlempfehlung für Adolf Neumann-Hofer gegeben hatte, in der LTZ vom 8. Januar 1912.

⁴² Vgl. Vorgang zur Beschwerde der Synagogengemeinde Detmold, 1913-14; in: LAV NRW OWL, L 75 IV.5.3.2, sowie die Personalakte Drudes; in: LAV NRW OWL, D 9 Detmold 1 Nr. 106.

⁴³ Staatsminister Biedenweg an Synagogengemeinde Detmold, 28. November 1914; in: LAV NRW OWL, D 9 Detmold 1 Nr. 106.

Gegenüber Drude hatte Biedenweg jedoch schon zuvor eingeräumt, dass durch seinen Vortrag sehr wohl die Allgemeinheit der Juden beleidigt worden sei. Drude solle darum in Zukunft zurückhaltender agieren.⁴⁴ Der damalige Lehrer der Synagogengemeinde, Karl Rosenthal, der die Aussage eines nichtjüdischen Jungen zur Untermauerung der Beschwerde eingeholt hatte, wurde dagegen getadelt. Die antisemitische Gesinnung Wilhelm Drudes stand 1916 einer Verleihung des Professorentitels durch Fürst Leopold IV. nicht im Wege.⁴⁵ Es sollte nicht das letzte Mal sein, dass Drude sich mit judenfeindlicher Hetze hervortat.

Der Antisemitismus im Ersten Weltkrieg

Der vom Kaiser propagierte „Burgfrieden“ war ein sehr brüchiger.⁴⁶ Die schnell wieder aufkeimende Propaganda und Agitation der Judenfeinde beerdigte die kurz auflodernden Hoffnungen frühzeitig. An der Front bemerkten jüdische Soldaten schon bald, dass sie für die Antisemiten weiterhin „ungeliebte Kameraden“ waren und die Offizierslaufbahn unerreichbar blieb. Der linksliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Adolf Neumann-Hofer und seine *Lippische Landes-Zeitung* erhoben dagegen als einzige in Lippe ihre Stimmen. In Artikeln argumentierten sie in zumeist sachlicher Form gegen die Vorwürfe, die Juden erfüllten ihre vaterländische Pflicht nicht, und man wendete sich gegen den ehrabschneidenden antisemitischen Vorwurf der „jüdischen Drückebergerei“:

„Die Reichstagserörterungen über die Teilnahme der Juden am Weltkriege haben auch im Fürstentum Lippe zu gelegentlichen Aussprachen über diese Frage geführt. Neunmalweise, die den Fall eines gelegentlichen Bekannten zum Anlass nehmen, eine tiefgründige Allgemeinweisheit zum Besten zu geben, pflegen sich gern im Sinne jener zu äußern, die unser Volksleben nur zu gern vergiften möchten. Ihnen möchten wir die vielleicht nicht ganz gleichgültige Feststellung mitteilen, dass der Prozentsatz der aus unserem Lande gefallenen Juden größer ist, als der der übrigen Bevölkerung. Es wird diese für die jüdischen Familien bedauerliche Tatsache gewiss eine zufällige sein. Sie wird sich vielleicht auch aus den Tatsachen des größeren Prozentsatzes jüdischer Kriegsfreiwilliger und der Kriegsbeteiligung dieser Freiwilligen seit September 1914 erklären lassen; daraus, dass auch aus unserem Lande die Zahl der Kriegsfreiwilligen von den höheren Schulen, auf denen das Judentum nun einmal weitaus stärker vertreten ist wie das übrige Volk, sehr groß war. Aber einerlei: die jüdischen Soldaten haben auch aus unserem Lande voll und ganz ihre Schuldigkeit getan. Die Zahl der ihnen verliehenen Eisernen Kreuze ist übrigens auch sehr erheblich.“⁴⁷

Im Laufe des Jahres 1917 hatten die Antisemiten in Lippe sämtliche Hemmungen fallen gelassen. Der Lüdenhauser Pastor Ruperti wütete von der Kanzel gegen Neumann-Hofer und die Juden.⁴⁸ Der neu gegründete Landesverband der Deutschen Vaterlandspartei (DVLP) setzte diese Agitation fort. Eine Vorstandssitzung der CV-Bezirksgruppe Ostwestfalen und beide Lippe am 27. Mai 1918 in Herford befasste sich zwar am Rande mit Themen wie der Palästina- und der Ostjudenfrage, vornehmlich aber mit den antisemitischen Angriffen im Heer und mit der „Judenanzahl“. Adolf Sternheim aus Lemgo, der im Vorstand

⁴⁴ Staatsminister Biedenweg an Drude, 27. Februar 1914; in: EBD.

⁴⁵ AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 30. Mai 1916. Ab 1919 trat Drude für die DNVP hervor.

⁴⁶ Die mit dem „Burgfrieden“ verbundenen Hoffnungen finden Ausdruck in einem gleichbetitelt Beitrag im CV-Organ IDR vom Oktober 1914.

⁴⁷ LLZ vom 16. November 1916. S. dazu auch ISFB vom 7. Dezember 1916 und IDR vom Januar 1917. Die LLZ hatte bereits in Artikeln am 6. Dezember 1915 und 22. Juni 1916 gegen die Herabsetzung jüdischer Soldaten Stellung bezogen.

⁴⁸ IDR vom Juli 1917.

der Bezirksgruppe saß, und Moritz Rulf aus Detmold berichteten der Versammlung über antisemitische Vorfälle aus ihren Bereichen.⁴⁹

Ließ sich bei den antisemitischen Karikaturen im *Fürstlich-Lippischen Kalender* noch an einen Einzelfall glauben, irritiert es, in dessen Beilagen unter dem Titel „Ehrentafel lippischer Helden“, die für 1915 bis 1919 erschienen, nur einen einzigen der 30 jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges, den Salzufler Julius Berg, zu finden.⁵⁰

Das völkische Milieu in Lippe

Bevor nun der CV und der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus in Detmold in den Mittelpunkt rücken, ist ein Blick auf die völkische Bewegung in Lippe nach 1918 unerlässlich. Deren Anhängerschaft ist für Detmold deutlich zu umreißen, vielfach handelt es sich um Protagonisten, die bereits vor Kriegsende in Erscheinung getreten waren. Vornehmlich lassen sich Vertreter der Justiz, der Beamten- und der Lehrerschaft, des Militärs, der Kirche und des Journalismus finden.⁵¹ Beinahe sämtliche Positionen im staatlichen Apparat waren nach der Revolution noch mit altem Personal besetzt. Das trifft in gravierender Weise auf die einflussreichen Stellungen in der Justiz zu. Der Fürst ging, die alten Eliten blieben.

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) war in Lippe bis über die Mitte der 1920er Jahre hinweg das bedeutendste Sammelbecken der völkischen Antisemiten, trotz Abspaltungen wie der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP). „Wir bekämpfen die Republik, weil sie undeutschen Wesens ist“⁵² - dieser Zielsetzung ihres Landesverbandes ist die DNVP bis zu ihrem Ende 1933 treu geblieben. Sie wurde trotz ihrer Positionierung gegen die Weimarer Verfassung nie verboten. Innerhalb der Partei existierte gerade in den Anfangsjahren auch in Detmold ein starker völkischer Flügel. Namentlich lässt er sich am Landtagsabgeordneten Walter Baumgarten festmachen. Dieser Flügel tobte sich anfangs im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (DVSTB) aus. Nach dessen Verbot 1922 strömten viele in die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) und ab 1924 in den Völkisch-Sozialen Block (VSB). Daneben waren einzelne Deutschnationale und Deutschvölkische in elitären Zirkeln wie dem Deutschbund oder dem Alldeutschen Verband, in Kampfbünden oder Wehrverbänden wie dem Cheruskerbund oder dem Jungdeutschen Orden (Jungdo) aktiv. In der „Judenfrage“ waren sich alle Organisationen einig. Die NSDAP spielte in Detmold erst gegen Ende der 1920er Jahre eine bedeutsame Rolle.

Die deutsche Republik, ihre Anhänger und Fürsprecher, vor allem aber die jüdischen Bürger hatten von Beginn an mit einer zutiefst hasserfüllten antisemitischen und antidemokratischen Parallelgesellschaft zu tun, deren Mitglieder ihre Positionen im Staat und in seinen Behörden skrupellos nutzten, um das verhasste „Weimarer System“ zu zersetzen und aus den Angeln zu heben.

⁴⁹ IDR vom Juli 1918. Leider gibt es keine näheren Angaben zu diesen Vorfällen.

⁵⁰ FÜRSTLICH-LIPPISCHER KALENDER für 1915, Beilage Ehrentafel lippischer Helden, 20.

⁵¹ Vgl. die ausführlichere Darstellung bei JÜRGEN HARTMANN, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN 60/1991, 149-198; sowie DERS., Gegen die Juden und gegen die Republik! Die antidemokratische Rechte in Detmold 1914-1933; in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Bearb.), Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914-1933. Dokumentation eines stadthistorischen Projekts. Bielefeld 2007, 263-297.

⁵² Anzeige der DNVP in der LTZ vom 15. Januar 1919.

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)

Wie war es nun um die jüdische Gegenwehr bestellt? Als Reaktion auf den berüchtigten Antisemiten Adolf Stoecker bildeten sich in Deutschland zwei Organisationen heraus: 1890 der Verein zur Abwehr des Antisemitismus (VAA) aus liberalen und humanistisch gesinnten Bürgern, die in ihrer Mehrheit nichtjüdisch waren; sowie 1893 der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV). Vertreten war in diesem vorwiegend das assimilierte bürgerlich-liberale Judentum. Lippische Juden gab es wie aus gedruckten Mitgliederverzeichnissen ersichtlich schon seit Mitte der 1890er Jahre im CV. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen belegt einen starken Zuwachs des Abwehrverbandes nach 1918 von 36.000 auf über 70.000 Personen im Jahr 1924, was als deutliche Folge der antisemitischen Auswüchse gewertet werden muss. Unter den 21 Landesverbänden findet sich der kleine Landesverband Ostwestfalen und beide Lippe.⁵³ Dieser Landesverband wurde 1918/19 aus einer im November 1910 ins Leben gerufenen Orts-, ab 1911 Bezirksgruppe Ostwestfalen und Nachbargebiete mit Sitz in Herford gebildet.⁵⁴ Anfangs hatte diese Bezirksgruppe 105, 1912 bereits 403 Mitglieder. 1924 waren es im Landesverband 1.243 Mitglieder in zwei Bezirksgruppen, acht Ortsgruppen und 80 Propaganda-Orten.⁵⁵ Die Mitgliedschaft hatte sich demnach in rasantem Tempo vervielfacht. Vorsitzender der Bezirksgruppe wie des späteren Landesverbandes war der Herforder Fabrikant Isidor Baruch. Als Syndikus arbeitete der Herforder Prediger und Lehrer Sigmund Goldmann, der bis 1907 Lehrer der Synagogengemeinde Lemgo gewesen war.

Ein Hauptbetätigungsfeld des CV lag bis 1918 in der Aufklärung der nichtjüdischen Bevölkerung über das Judentum, um Vorurteilen entgegenzuwirken. Themen waren unter anderem angebliche Ritualmordfälle, das Schächten und der „jüdische Wucher“. Ein wesentliches Mittel der Aufklärungsarbeit stellten Broschüren dar. Als zunehmend bedeutsamer erwies sich die Beobachtung antisemitischer Aktivitäten. Über sie und das Vereinsleben wurde von 1895 an in einer eigenen Zeitung berichtet. Anfangs handelte es sich um das Organ *Im deutschen Reich*, das von 1895 bis 1922 etwa monatlich erschien und 1913 eine Auflage von 37.000 Exemplaren aufwies. 1922 wurde es nach dem Zusammenschluss mit der *Allgemeinen Zeitung des Judentums* durch die *CV-Zeitung*, eine Wochenzeitung mit einer Auflage von 50.000 bis 60.000 Exemplaren ersetzt. Mitte der 1920er erschien zudem eine spezielle Monatsausgabe zur Information potentieller nichtjüdischer Bündnisgenossen.

Der CV in Detmold

Als eigenständige Ortsgruppe im CV-Landesverband Ostwestfalen und beide Lippe gründete sich Detmold zu Beginn des Jahres 1919. Die erste Mitgliederversammlung mit weit über 100 Teilnehmern fand am 27. Februar 1919 mit dem Verbandssyndikus Dr. Ludwig Holländer statt.⁵⁶ Weitere Ortsgruppen entstanden um die Jahreswende 1920/21 in Lemgo und im April 1922 in Bad Salzuflen jeweils im Zuge lokaler antisemi-

⁵³ JULIUS ROTHOLZ, *Die deutschen Juden in Zahl und Bild*. Berlin 1925, 38 ff.

⁵⁴ LLZ und LTZ vom 25. November 1910.

⁵⁵ Vgl. ausführlicher JÜRGEN HARTMANN, *Der Bestand „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)“ in der Wiener Library in London und seine Bedeutung für die lippische Regionalgeschichtsforschung*; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 13/2012, 43-50 (hier: 45 f.). Die zwei Bezirks- und die acht Ortsgruppen zu jenem Zeitpunkt (1924), darunter Herford, Bielefeld, Minden, Gütersloh, Bünde und Detmold, sind leider nicht einwandfrei zu identifizieren. Paderborn gehörte zum Landesverband Westfalen und Rheinland.

⁵⁶ IDR vom April 1919. Dort heißt es: „Syndikus Dr. Holländer ging davon aus, dass in den Wäldern des Teutoburger Waldes gewissermaßen die Wiege der Bewegung gestanden habe, die als Gegenbewegung den CV ins Leben gerufen habe. Im Teutoburger Walde habe die Gründung des Vereins deutscher Studenten stattgefunden, der vor allem in die gebildeten Kreise den antisemitischen Gifthauch getragen habe. An den mit lebhaftestem Beifall aufgenommenen Vortrag schloss sich eine angeregte Debatte, an der sich die Herren Prediger Rülff, Gustav Examus, Max Heilbrunn, Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld, Prediger Goldmann und Direktor Rosenthal beteiligten.“

tischer Auswüchse. 1923 verzeichnete die Ortsgruppe Detmold 62 Mitglieder.⁵⁷ Weitere Angaben zur Mitgliederentwicklung liegen leider nicht vor. Zur Ortsgruppe Detmold zählten offenbar auch Mitglieder aus anderen lippischen Orten, darunter Oerlinghausen.⁵⁸ Der Vorsitzende war Carl Vogel, der zugleich Vorsitzender der Synagogengemeinde war und von Beruf Direktor der bekannten Sinalco AG. Als stellvertretender Vorsitzender fungierte der Kaufmann Max Heilbrunn, Schriftführer war der Lehrer und Prediger Moritz Rülff und das Amt des Schatzmeisters übte der Kaufmann David Examus aus. Als Beisitzer waren Fabrikant Albert Eichmann, Rechtsanwalt Dr. Alfred Hirschfeld und Alma Boehm eingetragen.⁵⁹ Alle Genannten waren Anhänger der DDP. Die Zusammensetzung des Vorstandes der Ortsgruppe Detmold deckte sich mit der Einschätzung des Historikers Avraham Barkai, dass der CV vor allem das liberale Bildungsbürgertum umfasste.⁶⁰

Leider existiert kein alle zeitlichen Phasen des Bestehens umfassendes Quellenmaterial über die Detmolder Ortsgruppe und ihre Arbeit. Was bekannt ist, basiert auf verschiedenen Quellen. Neben den Zeitungen des CV, in denen sich Berichte aus Detmold und Lippe finden, handelt es sich um sehr wenige von den Nationalsozialisten beschlagnahmte Unterlagen der Ortsgruppe in der ehemaligen, vom Leiter von Landesbibliothek und Landesarchiv Dr. Eduard Wiegand zusammengetragenen Zeitgeschichtlichen Sammlung⁶¹, die später im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Ostwestfalen-Lippe dem Bestand L 113 subsumiert wurde.⁶² Dazu gewähren vor allem Unterlagen der Zentrale des CV in Berlin tiefere Einblicke. Deren Akten waren im November 1938 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und dann 1945 von der Sowjetarmee nach Moskau verbracht worden. Hier liegen sie im sogenannten Sonderarchiv und wurden in den 1990er Jahren von Historikern erstmals gesichtet und ausgewertet. Mittlerweile sind sie verfilmt. Kopien der Verfilmung befinden sich in Jerusalem, Washington und London. Die Einsichtnahme der Unterlagen des CV für einen großen Teil der Region Ostwestfalen-Lippe erfolgte durch den Verfasser in der Wiener Library in London.⁶³ Die Akte zur Ortsgruppe Detmold enthält vorwiegend die Korrespondenz der Hauptgeschäftsstelle mit dem Landesverband OWN, teilweise aber auch der Hauptgeschäftsstelle mit der Ortsgruppe oder direkt mit einzelnen Mitgliedern des Vorstandes. Die Laufzeit umfasst den Zeitraum von Juli 1920 bis April 1936, allerdings mit zahlreichen Lücken. Die Lücken betreffen die Jahre 1925, 1927/28, 1930/31 und 1933. Bis 1953 existierte noch ein Bestand von 87 Akten des CV-Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete, der von den Nationalsozialisten offenbar in Herford beschlagnahmt worden war, und zuletzt in der Lippischen Landesbibliothek lagerte. Er wurde von der Jewish Trust Corporation (JTC) gemeinsam mit den Akten des Lippischen Synagogenverbandes abgeholt. Während letzterer vor einigen Jahren wiederentdeckt wurde, ist der Bestand des CV-Landesverbandes weiterhin verschollen.⁶⁴

⁵⁷ CV-Landesverband an CV-Zentrale, 2. April 1923; in: WIENER LIBRARY (WL), MF 55/18/699.

⁵⁸ In erhaltenen Unterlagen der Synagogengemeinde Oerlinghausen finden sich Angaben zu Spenden für den CV-Wahlfonds 1919 und 1920, sowie der Hinweis, dass sich im September 1919 Mitglieder aus Oerlinghausen der CV-Ortsgruppe Detmold anschlossen. Vgl. CV-Ortsgruppe Detmold an Gemeindevorsteher Carl Paradies, 22. September 1919; in: ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, B 1.34 Nr. 971. Es scheint sich um sieben Personen gehandelt zu haben.

⁵⁹ Bericht über die Wiederwahl des alten Vorstandes am 17. Mai 1921. Vgl. CV-Ortsgruppe Detmold an CV-Zentrale, 25. Mai 1921; in: WL MF 55/18/699.

⁶⁰ AVRAHAM BARKAI, „Wehr Dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893-1938. München 2002, 13.

⁶¹ Zu Wiegand s. ROBERT GAHDE, Im Dienst der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Das Lippische Landesarchiv in Detmold 1933-1945; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN, 75/2006, 37-72 (hier: 43-53).

⁶² LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1270. Wohin die Akten der CV-Ortsgruppe Detmold nach Fortzug des Schriftführers Rülff Ende 1937 kamen, ist unbekannt. Vielleicht wurden sie mit dem Schriftgut der Gemeinde in der Detmolder Synagoge verwahrt oder kamen zum Landesverband nach Herford.

⁶³ Vgl. HARTMANN (2012), 44 f.

⁶⁴ Vorgang Jewish Trust Corporation/Lippische Landesbibliothek, 1953; in: LAV NRW OWL, D 27 KA Nr. 49.

Die Hoffnungen des Umbruchs ab 1918

Die Hoffnungen der jüdischen Gemeinschaften von 1914 auf einen echten „Burgfrieden“ und die tatsächliche Gleichberechtigung waren während des Krieges rasch zerstört worden. Mit der ersten deutschen Republik blühte bei den jüdischen Detmoldern im Gefolge der Revolution sowohl Skepsis, als auch neue Hoffnung auf. Diese Hoffnung wurde genährt, weil eine jüdische Gemeinschaft, die Synagogengemeinde Detmold, durch ihre lippische Regierung erstmals Unterstützung erhielt und eine antisemitische Tat geahndet wurde. Anfang Dezember 1918 verhängte der Lippische Volks- und Soldatenrat nach erneuten heftigen antisemitischen Ausfällen eine Strafe gegen den Oberlehrer Wilhelm Drude. Dieser hatte während des Religionsunterrichts am Gymnasium Leopoldinum seinem Hass auf die neuen Entwicklungen nach der Revolution Luft verschafft und die Juden wieder einmal als „vaterlandsloses Gastvolk“ und „Unterdücker Deutschlands“ verunglimpft.⁶⁵

Die Detmolder Juden waren vor 1918 politisch vor allem freisinnig und linksliberal, manche nationalliberal eingestellt. Nach 1918 war die Deutsche Demokratische Partei (DDP) konsequenterweise ihre wesentliche politische Heimat. Anhand der Unterstützungsunterschriften unter den Wahllisten zu den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen ist dieses gut dokumentiert. Bei vielen schon über Jahre im liberalen Lager engagierten Bürgern erhielt der Wunsch Nahrung, im politischen Leben endlich eine angemessenere Rolle zu spielen. Dieses Ansinnen schmeckte nicht jedem Nichtjuden in der DDP. Schon seit Jahren war man in der Aufstellung jüdischer Kandidaten eher zögerlich aufgetreten, obwohl es in den Vorständen durchaus verdiente und bekannte Persönlichkeiten gab.

Im Frühjahr 1919 konnte das *Israelitische Familienblatt* schließlich vermelden, dass „nachdem nun seit Jahren kein jüdisches Gemeindemitglied mehr im Stadtparlament war“, Lina Eichmann, Gattin des Fabrikanten Albert Eichmann, in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden war.⁶⁶ Weiterreichende Hoffnungen und Wünsche stießen nicht auf Gegenliebe. Im August 1919 teilte Max Staercke seinem in Berlin weilenden Weggefährten Neumann-Hofer mit:

„Er [gemeint ist der jüdische Fabrikant und DDP-Anhänger Hermann Neugarten; JH] hat ja natürlich auch Sonderwünsche, namentlich nach der Richtung hin, dass einer aus seiner Gemeinschaft an eine führende Stelle wenigstens in der Stadt gelangen möchte.“⁶⁷

Einen Monat zuvor hatte Staercke bereits verkündet: „Neugarten benimmt sich ziemlich dämlich.“⁶⁸ Das nicht näher präzierte Begehren Neugartens und der Synagogengemeinde fand keine Berücksichtigung.

„Eine gewaltige antisemitische Sturmflut“

Die vielfältigen Hoffnungen in Bezug auf das gesellschaftliche Miteinander erlitten wie zu Beginn des Ersten Weltkrieges früh einen mächtigen Dämpfer. Der Antisemitismus zeigte sich in einer bisher nicht erlebten

⁶⁵ In einer Rechtfertigungsschrift behauptete Drude, sich seit 1913 „jeglicher gehässigen oder beschimpfenden Bemerkungen über die Israeliten enthalten“ zu haben. Seinen erneuten „Ausbruch“ führte er als „unbedingt monarchistisch gesinnter und konservativer Mann“ auf die besondere „seelische Erregung“ und einen Zustand der Depression nach der Revolution zurück. Vgl. Drude an Landesregierung, 27. November 1918; in: LAV NRW OWL, D 9 Detmold 1 Nr. 106 sowie PROTOKOLLE DES LIPPISCHEN VOLKS- UND SOLDATENRATES, Sitzung vom 7. Dezember 1918, 85.

⁶⁶ ISFB vom 13. März 1919. Lina Eichmann hatte auf Listenplatz 3 der DDP kandidiert. Carl Vogel stand auf dem aussichtslosen Platz 9.

⁶⁷ Staercke an Neumann-Hofer, 10. August 1919; in: LAV NRW OWL, D 72 Neumann-Hofer Nr. 74.

⁶⁸ Staercke an Neumann-Hofer, 3. Juli 1919; in: LAV NRW OWL, D 72 Neumann-Hofer Nr. 87.

Wucht. Bereits Mitte 1919 veröffentlichte Alfred Wiener, hoher Funktionär des CV und später Begründer der Wiener Library in London, eine Broschüre mit dem Titel ‚Vor Pogromen?‘. Einleitend stellte der Verfasser darin fest:

„Eine gewaltige antisemitische Sturmflut ist über uns hereingebrochen [...] Zwar weisen unsere ‚anständigen Antisemiten‘ es weit von sich, die Judenfrage mit Flinte und Knüppel zu lösen, aber was bedeuten diese den ‚Helden der Tat‘ gegenüber, die auf Flugblättern, mehr oder minder deutlich und ganz ungescheut [...] die Polen und Rumänen um ihre Judenpogrome beneiden und im lieben Vaterlande systematisch darauf hinarbeiten, es ihnen gleichzutun. Deshalb ist die antisemitische Hetze unserer Tage als Pogromhetze anzusprechen.“⁶⁹

Mit der „antisemitischen Sturmflut“ in Deutschland zeigte sich dem CV, dass seine bisherige Arbeit, die vor allem in Aufklärung und seit einiger Zeit in Rechtsschutztätigkeit bestand, kaum Wirksamkeit entfaltet hatte. Man war gezwungen, wollte man dem massiv auftretenden Antisemitismus etwas entgegensetzen, sich anstelle ängstlich-vorsichtigen Antichambrierens – wie Barkai es bezeichnete –, aktiv in die politische Arena zu begeben.⁷⁰

Der ungeheuren Masse Flugblätter und Klebezettel wurde eigene Propaganda in größerem Ausmaß als bisher entgegengesetzt. Es entspann sich ein regelrechter Propagandakrieg. Als wichtige Kampfmethoden dienten darüber hinaus das Einschalten der Behörden und das Bemühen, in Veranstaltungen getätigte antisemitische Verleumdungen strafrechtlich verfolgen zu lassen. Besonderen persönlichen Mut erforderte es, in gegnerischen Versammlungen, wenn Juden nicht der Zutritt verweigert wurde, aufzutreten – ob als Gegenredner oder als Protokollant antisemitischer Ausfälle. Diese Mittel wurden vom CV, seinen Mitgliedern sowie seinen nichtjüdischen Bündnisgenossen in den Jahren 1919 bis 1924 in Detmold angewendet – immer ohne nachhaltige Wirkung.

Die antisemitische Welle erreichte Detmold im Mai 1919 mit einer besonderen Heftigkeit. Endlich, es handelte sich um eine alte Forderung nach Gleichbehandlung, hatte eine lippische Landesregierung die Anstellung eines jüdischen Lehrers durchgesetzt. Noch 1913 war eine entsprechende Eingabe des lippischen Synagogenverbandes in der Schublade verschwunden. Moritz Rülff, Lehrer und Prediger der Synagogengemeinde Detmold, erhielt eine Anstellung an der Knabenbürgerschule. Der Protest artikulierte sich lautstark. Er ging vor allem von der DNVP, insbesondere ihrem großen völkischen Flügel unter Wilhelm Pecher und Walter Baumgarten, aus. In Unterschriftenlisten dokumentierten mehrere Hundert Detmolder, an erster Stelle der deutschnationale Staatsanwalt Ernst von Ludwiger, ihre Ablehnung der Maßnahme:

„Aber die ernstesten sachlichen Erwägungen verbieten es, dass die Kinder christlicher Eltern von einem andersgläubigen und in seiner ganzen Lebensauffassung naturgemäß andersgearteten Mann erzogen werden. [...] Deutschchristliches Glauben und Empfinden muss in allen Unterrichtszweigen sich auswirken. [...] Das Landespräsidium bitten wir daher bewirken zu wollen, dass von der Anstellung eines jüdischen Lehrers an der evangelischen Volksschule unter allen Umständen abgesehen werde, zumal genug tüchtige evangelische Lehrer im Lande vorhanden sind, die eine Berufung nach

⁶⁹ ALFRED WIENER, Vor Pogromen? Tatsachen für Nachdenkliche. Berlin 1919, 3. Zum überbordenden Antisemitismus zwischen 1918 und 1933 s. DIRK WALTER, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

⁷⁰ BARKAI (2002), 20.

Detmold wünschen und mit Freuden anzunehmen bereit sind, darunter auch solche, die jahrelang im Kampfe fürs Vaterland draußen im Felde gestanden haben.“⁷¹

Der Lippische Lehrerverband lief ebenfalls Sturm.⁷² Leider sind aus dieser Zeit keine Unterlagen des Detmolder CV in Moskau vorhanden, welche über die Arbeit der jungen Ortsgruppe in jener Frühphase der Republik genaueren Aufschluss geben könnten.

Neben den klassischen Mitteln der Flugblätter, Broschüren, Klebezettel und Veranstaltungen spielten noch intensiver als in den Jahren zuvor die Zeitungen der verschiedenen Lager die Hauptrolle. Auf der Seite der Antisemiten war es die *Lippische Tages-Zeitung*, die 1898 gegründet um 1918 über eine Auflage von 10.000 bis 12.000 Exemplaren verfügte. Ihr Mitbesitzer und Chefredakteur Willy Bruder hatte sich seit 1911 für die Christlich-Soziale Partei und ab 1917 für die DVLP stark gemacht. Nun stand sie in den Diensten der DNVP und besonders ihres völkischen Flügels. 1920 veräußerte Bruder das republikfeindliche Blatt konsequenterweise an den Hugenberg-Konzern. Die Funktion des Chefredakteurs übernahm nun mit dem Deutschnationalen Wilhelm Lindner ein bekennender Radauantisemit, der großen Anteil am Wachsen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DVSTB) in Detmold hatte, dort sogar selbst Mitglied war.⁷³ Auf der anderen Seite stand die alte und ehrwürdige *Lippische Landes-Zeitung*, die 1899 vom linksliberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Adolf Neumann-Hofer erworben worden war und sich als lautstarkes Organ des Freisinns und ab 1918 der DDP nicht nur einen Namen erworben hatte, sondern auch in der Auflage das DNVP-Organ um rund 50 Prozent übertraf. Neumann-Hofer verkaufte die „Landestante“ im September 1920 an seinen Chefredakteur und Parteifreund Max Staercke.

Einen Vorgeschmack auf das, was noch kommen sollte, lieferte die *Lippische Tages-Zeitung* während des Sommers 1919. Sie wendete sich im Vorfeld der Landtagssitzung Anfang Juli, in welcher die Eingabe gegen Rülff behandelt werden sollte, noch einmal vehement gegen dessen Anstellung:

„[...] weil ein Jude nach unserer Meinung sowohl als nach der meisten unserer christlichen Mitbürger sich nie dazu eignen kann, christlichen Kindern unsere herrliche deutsche Vergangenheit, die Zeiten Hermanns, die Reformationszeit, die Zeiten von 13-14-15, 70-71 usw. so vorzutragen, dass dieselben in begeisterter Liebe zum Vaterlande erzogen werden.“⁷⁴

Im Landtag kam es zu einer heftigen Debatte. Die Mandatsträger der SPD und der DDP verteidigten die Anstellung Rülffs und wendeten sich gegen die verunglimpfenden Parolen, die jüdische Bevölkerung sei ein Fremdkörper im Volk und habe ihre staatsbürgerlichen Pflichten nicht erfüllt. Max Staercke betonte, dass der Jude kein Staatsbürger zweiter Klasse sei und widerlegte die Behauptung, der Anteil jüdischer Freiwilliger und Gefallener im letzten Krieg sei geringer als der der übrigen lippischen Bevölkerung gewesen.⁷⁵

Das Organ der Deutschnationalen hielt das Thema am Kochen und polemisierte weiterhin in ebenso giftiger wie abstruser Weise gegen Rülff und die Demokraten. Man müsse sich gegen die demokratische Freiheit

⁷¹ Eingabe an das Landespräsidium, 6. Mai 1919; in: LAV NRW OWL, L 75 VII 1.23; s. auch Eingabe an den Lippischen Landtag; in: LAV NRW OWL, L 10 Nr. 514.

⁷² Vorstand des Lippischen Lehrervereins an Schulabteilung, 27. Mai 1919; in: LAV NRW OWL, L 80 III Nr. 1061.

⁷³ Wilhelm Lindner (1884-1956) wurde nach dem Weltkrieg Mitglied der DNVP. Von 1920 bis etwa 1922 war er Chefredakteur der Lippischen Tages-Zeitung. Von 1924 bis 1932 saß er für die Deutschnationalen im preußischen Landtag, 1924 sogar im Reichstag. 1930 trat er zum Christlich-Sozialen Volksdienst über. Nach 1945 war Lindner Mitbegründer der CDU in Westfalen, für die er von 1946 bis 1950 im nordrhein-westfälischen Landtag Politik machte.

⁷⁴ LTZ vom 6. Juli 1919.

⁷⁵ LANDTAGSVERHANDLUNGEN 1919-1920, Protokolle, 451-455.

wenden, wenn sie die Gleichheit zwischen „Christ und Germane“ sowie „Jude und Semit“ beinhalte.⁷⁶ Das Blatt schäumte zudem vor Wut, weil Staercke als Mitglied des Landespräsidiums die Lehrer verpflichtet hatte, bei der Einführung Moritz Rülfs anwesend zu sein.⁷⁷

Der aufreibende Kampf gegen den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund bis 1922



Moritz Rülfs mit seinen Kindern, ca. 1921.
(LAV NRW OWL,
D 87 Nr. 27)

Der um die Anstellung Rülfs entbrannte und über Monate währende Konflikt belegt, dass in den Anfangsjahren der Republik noch eine hinreichend breite Gegenwehr gegen die völkische Bewegung und ihre judenfeindliche Politik außerhalb der jüdischen Gemeinschaft existierte. Dennoch war dem heftigen Dauerfeuer der antisemitischen Agitation kaum beizukommen. Klebezettel mit judenfeindlichen Parolen wie „Die Juden sind Unkraut. Wer von Juden kauft, ist Unkraut! Nieder mit dem vaterlandslosen Gesindel, das mit Stumpf und Stiel ausgerottet gehört!“ oder „Christeneltern! Ihr schickt eure Kinder in die Judenschule? Der Fluch eurer Kinder kommt über euch! Nieder mit den Juden!“⁷⁸ überfluteten ein Jahr nach der Revolution die Stadt und verbreiteten an Hauswänden und Schaufenstern ihre Hassbotschaften.

Als einer der eifrigsten nächtlichen Kleber tat sich der in prekären Verhältnissen lebende Dichter Friedrich Fischer hervor, der seinem Nachnamen ein „Friesenhausen“ angefügt hatte. Von einem ungeheuren Judenhass zerfressen widmete er augenscheinlich sein Dasein dem antisemitischen Kampf und war bis zu seinem plötzlichen Fortzug Ende 1920 die in der Öffentlichkeit bekannteste Persönlichkeit im Lager der Judenfeinde. Zum blindwütigen missionarischen Eifer Fischer-Friesenhausens gesellten sich eine unverhohlene zur Schau getragene Radikalität, so in der Androhung des Mordes als Lösung der „Judenfrage“, und eine stetige Selbstdarstellung als Verfolgter und Märtyrer.

Mit antisemitischen Aktivitäten war er erstmals Anfang Oktober 1919 aufgefallen. Ihm wurde ein Artikel in der alldeutschen *Deutschen Zeitung* unter der Überschrift „Ein christliches Klagelied aus Detmold“ zugeschrieben. Der Verfasser ließ sich darin über die Wiedereröffnung des Lippischen Landestheaters mit Lortzings „Undine“ aus und beklagte, dass sich Theater wie Theaterverein in der Hand von „offiziellen und verkappten Juden“ befänden. Während man einen überzeugten Antisemiten aus dem Theater verwiesen habe, wären „die Steinbergs, Michaelis, Levis, Böhm und Cohns“ stark vertreten gewesen: „[...] man harret mit Sehnsucht auf die Stunde, die Erlösung von dem ‚ausgewählten Volke‘ bringt.“⁷⁹

Adolf Neumann-Hofer, Vorsitzender des Theatervereins, rechnete in seiner *Landes-Zeitung* mit diesen „antisemitischen Stilblüten aus Detmold“ ab.⁸⁰ Zu jener Zeit befand sich der – wie er sich selbst bezeichnete – „Judenfresser“ Fischer-Friesenhausen mit seinen nächtlichen antisemitischen Aktivitäten bereits im Mittelpunkt von polizeilichen Untersuchungen. Die Kriminalabteilung hatte Anfang November Fischer-Friesenhausen und zwei weitere Männer als Zettelkleber ermittelt.⁸¹ Sie schritt allerdings vorerst nicht ein. Ihre Absicht, die Täter auf frischer Tat zu ertappen, wurde durch einen Polizeiwachtmeister vereitelt, der den

⁷⁶ LTZ vom 17. Juli 1919.

⁷⁷ LTZ vom 18. Juli 1919.

⁷⁸ Anklageschrift vom 3. April 1920; in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 25.

⁷⁹ DEUTSCHE ZEITUNG vom 5. Oktober 1919 (Abschrift); in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 368.

⁸⁰ LLZ vom 8. und 9. November 1919.

⁸¹ Bericht der Kriminalabteilung Detmold vom 5. November 1919; in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 25.

Dichter warnte. Die Detmolder Synagogengemeinde hatte sich entschlossen, eine Belohnung von 500 Mark für Hinweise, die zur Ergreifung der Pogromhitzer führten, auszusetzen. Die Kriminalpolizei, welche die drei ermittelten Täter schließlich der Staatsanwaltschaft übergab, verteilte 400 Mark an die beteiligten Polizeibeamten, die übrigen 100 Mark erhielt Kurt Schieffer. Der junge Mann lebte bei seinen Eltern, im Haus wohnte auch Fischer-Friesenhausen. Schieffer war also an der Überführung seines Nachbarn beteiligt.⁸² Diese Tatsache sollte später während des Prozesses in der Propaganda der Antisemiten noch eine Rolle spielen.

Die *Lippische Landes-Zeitung* und das sozialdemokratische *Volksblatt* verurteilten in ihren Spalten die Taten der Antisemiten mit scharfen Worten.⁸³ Der DDP-Stadtverordnete August Otte fragte angesichts der Klebekaktionen den Magistrat, welche Maßnahmen dieser „zur Verhinderung des Klebens aufreizender und volksverhetzender Zettel“ treffen wolle und forderte, Schritte zur Unterbindung von Klassen- und Rassenhass in der Stadt zu unternehmen.⁸⁴

Während die jüdische Gemeinschaft durch die Mehrheit der Stadtverordneten damit kräftige Unterstützung erfuhr, erwiesen sich die alten und mit den Antisemiten sympathisierenden Seilschaften im Justizapparat als beharrliches Bollwerk, das eine Ahndung solcher Taten nicht nur behinderte, sondern mit rassistischen Begründungen oftmals unterlief. Zuerst ließ sich die deutschnationale Gesinnungsjustiz mit der Bearbeitung des Falles viel Zeit. Eine Anfrage der Lippischen Regierung zum Sachstand vom 15. November 1919 wurde gar erst am 9. März 1920 beantwortet.⁸⁵ Der für das Verfahren zuständige Staatsanwalt Ernst von Ludwiger, durch seine Unterschrift gegen die Einstellung Moritz Rülfs im Mai 1919 hervorgetreten, bemühte sich, die Straftat zu bagatellisieren. Seiner Auffassung nach beinhalteten die Worte „Nieder mit den Juden!“ keine Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung. Und:

„Auch der Tatbestand einer Beleidigung ist nicht vorhanden, da nach polizeilicher Feststellung bei der Beklebung eine Bevorzugung der Häuser derjenigen Personen, die den Antrag auf Strafverfolgung gestellt haben, nicht stattgefunden hat.“⁸⁶

Der Staatsanwalt erblickte letztlich auch keine Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft nach § 166 StGB, „da nicht eine religiöse Einrichtung sondern die jüdische Rasse [sic!] als solche angegriffen ist.“⁸⁷ Übrig blieben nach Meinung dieses Beamten nur der Tatbestand des groben Unfugs, der Aufreizung zum Klassenkampf und der Übertretung des Pressegesetzes. Die Ansetzung des Prozesstermins erfolgte für den 23. Juni 1920. Weder die jüdische Gemeinschaft noch ihre demokratischen Unterstützer konnten mit dieser Entwicklung zufrieden sein. Das Einreichen von Klagen gegen Antisemiten blieb daher ein von der Synagogengemeinde oder der CV-Ortsgruppe Detmold ungenutztes Instrument, da selbst bei offensichtlich berechtigten Verfahren nur geringe Aussicht auf Erfolg bestand.

Inzwischen war in Detmold ein Flugblatt zur Verbreitung gelangt, das unter der Überschrift „Schandbare Judenwirtschaft im Freistaat Lippe!“ gegen die „Juden und Judengenossen“ als „Urheber allen politischen Gezänks“ hetzte. Unterzeichnet war es mit „Germanikus“. Nicht die Tat von Fischer-Friesenhausen und seiner Gesinnungsfreunde, sondern die Ermittlungen der Polizei wurden nun mit einem negativen Anstrich versehen und in Zusammenhang mit jüdischen „Machenschaften“ gestellt:

⁸² Vgl. Vorgang in: EBD.

⁸³ Vgl. LLZ vom 3. und 9. November 1919.

⁸⁴ Anfrage von August Otte, November 1919; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 1512.

⁸⁵ Staatsanwalt an Landesregierung vom 9. März 1920; in: EBD.

⁸⁶ EBD.

⁸⁷ In der Anklageschrift vom 3. April 1920 als Aufreizung der Bevölkerung „zu Gewalttätigkeiten gegeneinander“ formuliert; vgl. EBD.

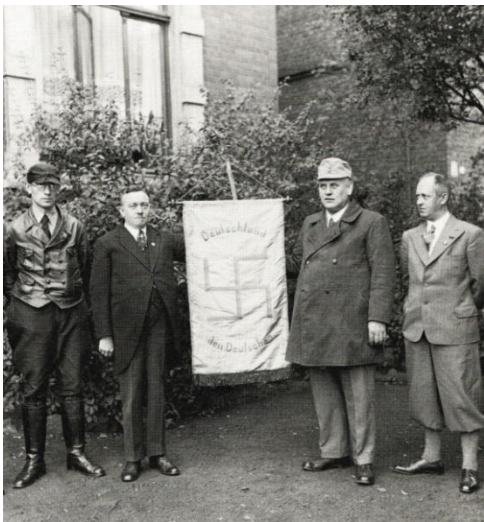
„Wissen Sie, dass die Juden deutsche Männer, die sich gegen die angetane Schmach [gemeint ist die Anstellung Rülfs, JH] ganz energisch wehrten, wegen Aufforderung zu Mord und Totschlag (an den Judasbrüdern natürlich!) vor Gericht zitierten? [...] Ist Ihnen bekannt, dass die Juden dem Polizeidirektor Schmiergelder zwecks Feststellung der antisemitischen Protestler zur Verfügung gestellt haben? Wissen Sie, dass diese Judasgelder ohne Kenntnis der Behörden ausgesetzt wurden und dass ein jeder Beamte, der diese Blutgelder annahm, sich des Verrats an seinen eigenen Brüdern schuldig machte?“⁸⁸

Der Text des Flugblattes machte die Täter zu Opfern und umgekehrt. Die Verfasser versuchten den Anschein unsauberer polizeilicher Methoden zu erwecken. Am Ende fand sich die Parole:

„Michel, und dieses alles lässt Du Dir gefallen? Heraus mit allen Judenbengels aus allen öffentlichen Ämtern! Los von Juda!“⁸⁹

Ausgehend von Fischer-Friesenhausen und dem völkischen DNVP-Mitglied Walter Baumgarten war zwischenzeitlich im November 1919 – ein Jahr nach der Revolution – eine Ortsgruppe des antisemitischen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DVSTB) gegründet worden. Reichsweit verfügte dieser Kampfbund über etwa 180.000 Mitglieder. Sein Hauptgeschäftsführer war Alfred Roth, der einige Male nach Detmold kam. In der *Lippischen Tages-Zeitung* war vorab am 9. November diese Aufforderung erschienen:

„Zurück zum Deutschtum. Aufruf! An alle deutschdenkenden und deutschfühlenden Männer und Frauen, denen an der Erhaltung des Deutschtums gelegen ist und es verhüten wollen, dass wir von weiterem Unglück überschüttet werden, ergeht der Ruf: Schließt euch zusammen im Deutschen Schutz- und Trutzbund.“⁹⁰



Vertreter der Detmolder Ortsgruppe des DVSTB, ca. 1920. (Quelle: unbekannt; veröffentlicht in Volker Wehrmann, *Lippe im Dritten Reich*, Detmold 1984, 27)

Die Detmolder DDP versuchte, mit einer Versammlung am 15. November 1919 den Aktivitäten der Antisemiten gegenzusteuern. In einer Versammlung im „Odeon“ trat Adolf Neumann-Hofer als Redner zu „Demokraten und Regierung. Wider den Schutz- und Trutzbund!“ auf.⁹¹ Eine anonyme Anzeige, welche zu der Veranstaltung in der *Tages-Zeitung* erschien, gibt nicht nur Zeugnis von den Methoden dieser antisemitischen Tageszeitung, sondern letztlich der Geisteshaltung der Judenfeinde:

„Alle ihres Deutschtums bewussten Mitbürger werden gebeten, die Synagogengemeinde am heutigen Schabbes in ihrem einmütigen Zusammensein nicht zu stören. Ein Freund der jüdischen Demokratie.“⁹²

⁸⁸ Flugblatt; in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 25.

⁸⁹ EBD.

⁹⁰ LTZ vom 9. November 1919. Zu diesem Zeitpunkt lautete der Name noch Deutscher Schutz- und Trutzbund.

⁹¹ LTZ vom 14. November 1919.

⁹² LTZ vom 15. November 1919.

Zur Veranstaltung der Demokraten tauchten dennoch einige Mitglieder des Kampfbundes auf. Hauptmann a.D. Wilhelm Tracht aus Detmold führte dort „Judenhetzreden“.⁹³ Wenige Tage später verbreitete er seine Ansichten noch einmal über die *Tages-Zeitung*.⁹⁴ Dieser Leserbrief Trachts rief nun auch die Detmolder Ortsgruppe des CV auf den Plan. Erstmals schaltete sie sich öffentlich in die Auseinandersetzung ein. In einer Stellungnahme in der *Landes-Zeitung* bemühte sie sich, der Agitation des Antisemiten entgegenzutreten. Den verfälschten „statistischen Zahlen“ Trachts, die eine Gefährdung der deutschen Kultur und Rasse durch den ungehemmten Zuzug von polnischen Juden und dadurch, dass 80 Prozent der deutschen Presse in jüdischen Händen, 40 Prozent aller Rechtsanwälte und 10 Prozent aller Abgeordneten Juden seien, nahelegen sollten, begegnete der CV mit Versuchen der nüchternen Aufklärung und mit Hinweisen auf „undeutsches Verhalten“ andernorts.⁹⁵ Dabei überzogen die Verfasser mitunter in ihrem Eifer, ihr Deutschtum unter Beweis zu stellen.⁹⁶ Der CV ging am Ende auf die antisemitische Umtriebe ein:

„Und nun gleichzeitig noch ein kurzes Wort zu den Dunkelmännern, die wieder ihre Sudelplakate kleben und giftstrotzende Pamphlete verteilen. Dass es lichtscheue Elemente gibt, die um Mitternacht durch die Straßen schleichen und, fernab von den Augen der Polizei, ihr unsauberes Gewerbe treiben, um sich dann wieder feige in ihre Schlupflöcher zu verkriechen, mag als eine Folge der Verirrung unserer Tage hingehen. Dass diese Elemente aber das Privilegium für sich in Anspruch nehmen, als berufene Vertreter des Deutschtums zu gelten, kann bei jedem Anständigen nur Ekel hervorrufen. In den Augen aller reinlich empfindenden Menschen schadet dieses Treiben doch wohl weniger den Juden, als es den deutschen Namen schändet. Auf den Inhalt der Machwerke solcher Schmutzfinken einzugehen, erübrigt sich.“⁹⁷

Neumann-Hofer setzte sich wenige Tage später in seiner *Landes-Zeitung* noch einmal mit Tracht auseinander. Wenn dieser die Forderung aufstelle, die Juden sollten nach ihrem Prozentsatz überall beteiligt sein, so dürfe er sich nicht über einen einzigen jüdischen Lehrer in Detmold entrüsten, denn nach einfachstem Rechensatz hätten die Juden Anspruch auf drei oder vier Volksschullehrer.⁹⁸

Das Alltagsleben wurde für die Juden in der Stadt zunehmend weniger erträglich. Jüdische Schülerinnen und Schüler wurden wüst beschimpft. Die DDP-Abgeordnete Lina Eichmann brachte die Lage in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im November 1919 zur Sprache:

„Frau Eichmann teilte mit, dass auch in den höheren Schulen Umtriebe antisemitischer Art stattfinden; die jüdischen Schüler würden geradezu von den übrigen geächtet.“⁹⁹

Nach Bildung des DVSTB waren vor allem Adolf Neumann-Hofer und die DDP bemüht, für Ruhe einerseits und für Aufklärung andererseits zu sorgen. Eine Versammlung gegen den DVSTB am 15. November 1919 mobilisierte noch mehrere hundert Teilnehmer.¹⁰⁰

⁹³ LLZ vom 30. November 1919.

⁹⁴ LTZ vom 28. November 1919.

⁹⁵ LLZ vom 3. Dezember 1919.

⁹⁶ Beispielsweise mit dem Hinweis auf das „Treiben der Polen in Rheinland und Westfalen“: Die Polen seien „Todfeinde des Deutschtums, bilden ein destruktives Element, leben ihr eigenes kulturelles und politisches Leben.“ Vgl. LLZ vom 3. Dezember 1919.

⁹⁷ EBD.

⁹⁸ LLZ vom 7. Dezember 1919.

⁹⁹ VOLKSWACHT (Bielefeld) vom 15. November 1919.

¹⁰⁰ Aufruf in der LTZ vom 14. November 1919. Vgl. LLZ vom 15. und 16. November 1919.

Der mit dem DVSTB organisierte Radauantisemitismus entwickelte in Detmold eine überaus rührige Versammlungs- und Agitationstätigkeit. Zahllose Veranstaltungen und entsprechende Ankündigungen in der Tagespresse vermitteln das Bild einer großen und agilen Anhängerschaft. Fischer-Friesenhausen hatte in einem Artikel behauptet, dass es sich um „einige Hundert“ handeln würde.¹⁰¹ Auffallend ist im weiteren Verlauf, dass der Bund über große Geldquellen und Spender verfügen musste.

Der CV hatte große Mühe, auf die unzähligen Lügen und Verleumdungen des DVSTB zu reagieren. Als Tracht in der sympathisierenden *Tages-Zeitung* die ungeheure Behauptung aufstellte, „dass nur zwei Detmolder Juden in vorderster Front gewesen“ seien¹⁰², reagierte der CV zutiefst getroffen erst einen Monat später über die *Lippische Landes-Zeitung*:

„Wir stellen demgegenüber fest, dass von Söhnen und Männern in Detmold wohnhafter jüdischer Familien 20 in vorderster Kampffront waren, 5 gefallen sind, 2 in Kriegsgefangenschaft (einer schwer verwundet) gerieten. Letzterer, sowie vier von den Gefallenen und zwei weitere waren Kriegsfreiwillige. [...] Die Gesamtzahl aller Juden in Lippe beträgt ca. 650, davon sind 30 gefallen und 8 gefangen. Die Zahl der gefallenen Juden in Lippe beträgt das Doppelte der Durchschnittsquote aller gefallenen deutschen Soldaten.“¹⁰³

Auch diese Tatsachen beeindruckten die Antisemiten nicht, obgleich eine zu Beginn der 1920er Jahre gebildete Ortsgruppe der Reichsvereinigung jüdischer Frontkämpfer (RjF) unter ihrem Vorsitzenden Eduard Kauders parallel zum CV bemüht war, gegen die beharrliche Lüge der „jüdischen Drückebergerei“ anzugehen.

Die *Landes-Zeitung* stand fest an der Seite der jüdischen Lipper und ließ keine Gelegenheit aus, den Radikalismus von DNVP und DVSTB zu geißeln. Zu Beginn stand die Strategie, einzelne Mitglieder zu „durchleuchten“ und sie verächtlich zu machen. Das geschah über Anspielungen auf „Anhänger mit jüdischer Verwandtschaft“ und die „deutschnational-jüdische Versippung im Lipperlande“.¹⁰⁴ Schließlich folgte die strikte Ablehnung der Zeitung, antisemitische Ausfälle und Leserbriefe Trachts weiterhin zu veröffentlichen.¹⁰⁵ Die Redaktion wendete sich im Dezember 1919 außerdem scharf gegen die mangelnde Abgrenzung der DNVP zum völkischen Radikalismus und kommentierte dementsprechend eine Erklärung der Deutschnationalen in der *Lippischen Post*, die lautete:

„Antisemitische Ausfälle gibt es bei uns nicht, nur energische, aber auch sehr energische Abwehr jeder Art gegen die unheimliche Frechheit einer bestimmten Rasse.“¹⁰⁶

Nun keilte der gerade gegründete DVSTB zurück. Neben Fischer-Friesenhausen war es jetzt Wilhelm Tracht, der unablässig die Trommel schlug. Er zielte auf Neumann-Hofer und behauptete, unter dessen Vorfahren befänden sich Juden.¹⁰⁷ Es folgte eine über mehrere Ausgaben der beiden Tageszeitungen ausufernde Auseinandersetzung, die schließlich zu einem Rechtsstreit führte. Tracht klagte gegen den Redak-

¹⁰¹ LTZ vom 9. November 1919.

¹⁰² LTZ vom 14. November 1919.

¹⁰³ LLZ vom 17. Dezember 1919. Der CV führte außerdem die Zahlen der Synagogengemeinden Lemgo, Schötmar-Salzuflen, Lage und Horn an.

¹⁰⁴ LLZ vom 10. November 1919 und 23. Dezember 1919.

¹⁰⁵ LLZ vom 23. Dezember 1919.

¹⁰⁶ LLZ vom 18. Dezember 1919.

¹⁰⁷ LLZ vom 27. Dezember 1919.

teur der *Landes-Zeitung*, Siegbert Becker, und gegen Neumann-Hofer.¹⁰⁸ Becker war auch das Ziel Trachts nach einer dem DVSTB nicht genehmen Berichterstattung über den Auftritt des antisemitischen Schriftstellers Artur Dinter am 27. Februar 1920 in Detmold. Thema seines Vortrages war „Rasse und Religion“. Der DVSTB wütete daraufhin in der *Tages-Zeitung* gegen die „verjudelte Landes-Zeitung“ und diffamierte deren Redakteur Becker als „Rasse-Jude“.¹⁰⁹

Die radikale republikfeindliche Einstellung von DNVP und DVSTB wurde während des Kapp-Putsches im März 1920 einmal mehr deutlich. Am Nachmittag des 14. März versammelten sich die DNVP-Abgeordneten Walter Baumgarten und Amtsrat Wilhelm Krieger wie auch der deutschnationale Landgerichtspräsident Otto Preuß in Erwartung des Umsturzes vor dem Landtagsgebäude. Anwesend waren außerdem Hauptmann Gabcke und Offiziere seines Freikorps. Ganz besonders erregte allerdings das Erscheinen von Hauptmann a.D. Tracht in Uniform und mit Waffen die Arbeiterschaft. Tracht wurde von der Polizei entwaffnet.¹¹⁰ Wenige Tage später wurden die Scheiben der Detmolder Synagoge zertrümmert. Der Vorstand der Synagogengemeinde beklagte sich in einem Schreiben an den Landespolizeidirektor Heise über diese fortwährenden „Streiche mit antisemitischer Tendenz.“¹¹¹

Die Aktivitäten des DVSTB nahmen an Schärfe zu. Die CV-Ortsgruppe blieb ihrer Linie treu, den Verleumdungen und Verunglimpfungen der Antisemiten mit den Mitteln der Aufklärung beizukommen. Der immer wiederkehrenden Diffamierung, die deutschen Juden hätten während des Weltkrieges ihre Pflicht nicht erfüllt, sondern sich an der Not des Volkes bereichert und sie seien letztendlich gar für den Zusammenbruch verantwortlich, begegnete die CV-Ortsgruppe mit Beiträgen über die Beteiligung deutscher Juden im Heer und die Zahlen der Gefallenen.¹¹²

Im Vorfeld der Reichstagswahl im Juni 1920 tauchten zahlreiche Flugblätter des DVSTB und der Deutschen Erneuerungs-Gemeinde, die ihren Sitz in Leipzig hatte, auf.¹¹³ Ein Teil der lippischen Judenschaft, der bisher in der DDP seine politische Heimat hatte, zog sich augenscheinlich resigniert zurück. Abraham Lipper aus Blomberg mahnte seine Glaubensbrüder und -schwestern aus „der von ihnen sehr zu Unrecht eingenommenen Reserviertheit herauszutreten und wie früher energisch für die liberale Sache zu kämpfen.“¹¹⁴ Natürlich würden sie von den Antisemiten mit Schmähungen überhäuft, aber „diese Kränkungen gelten weniger dem jüdischen Bekenntnis, sondern mehr dem Hass gegen die liberale Gesinnung.“¹¹⁵

Der DVSTB schien über bedeutende finanzielle Mittel zu verfügen. Am 16. Mai 1920 verteilte er in ganz Lippe ein Flugblatt, das sich besonders an die Arbeiterschaft wenden sollte. Unter den Schlagworten „Heraus aus der Schieberwirtschaft!“ und „Was sagt ihr zu dieser schandbaren Judenherrschaft?“ erhob der Landesverband Lippe des Kampfbundes Vorwürfe des Wuchers und der Schieberei gegen die Firma Lewin in Breslau. Diese hätte Heeresgut vorzugsweise zu niedrigsten Preisen an Juden „verschleudert“.¹¹⁶ Den

¹⁰⁸ LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 3342. Vgl. Prozessbericht in der LLZ vom 19. März 1920.

¹⁰⁹ LTZ vom 2. März 1920. Tags darauf wurde in einem anonymen Leserbrief „vollste Zustimmung“ zu Dinters Vortrag signalisiert.

¹¹⁰ Bericht des Landespolizeidirektors Heise, 22. März 1920; in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 25. Die Landes-Zeitung ukte noch Monate später über Trachts Verhalten während des Kapp-Putsches. Vgl. LLZ vom 30. Mai 1920.

¹¹¹ Die Zerstörungen erfolgten in den Nächten vom 19. auf den 20. und vom 20. auf den 21. März 1920. Vgl. Schreiben der Synagogengemeinde Detmold an Landespolizeidirektor Heise, 22. März 1920; in: LAV NRW OWL, L 79 III.6.1.III.

¹¹² Vgl. LLZ vom 17. Dezember 1919 und 7. Januar 1920.

¹¹³ Vgl. Aufklärungsblatt Nr. 288 der Deutschen Erneuerungs-Gemeinde, ca. 1919/20; in: LAV NRW OWL, D 83 Nr. 112. Dort auch Klebezettel des DVSTB.

¹¹⁴ LLZ vom 28. Mai 1920.

¹¹⁵ EBD.

¹¹⁶ Flugblatt des DVSTB „Heraus aus der Schieberwirtschaft!“ vom Mai 1920; in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 3/1955 Nr. 27 (alte Signatur) und in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1206 (auf der Rückseite findet sich ein Aufnahmegesuch von Kurt Schieffer vom 11. Dezember 1920).

Arbeitern und „Volksgenossen“ würden dagegen „Wucherpreise“ abgenommen. Unter der Losung „Deutschland den Deutschen!“ verbreitete der DVSTB seine Forderungen: kein Jude oder „Judentzer“ dürfe mehr als Abgeordneter in den Reichstag einziehen, die Vorschlagslisten der Parteien sollten nur Frauen und Männer „deutschen Blutes und deutschen Geistes“ zur Wahl aufführen:

„Wir werden nicht nachlassen, jene heillosen jüdischen Machenschaften aufzudecken. Das ist keine Judenhetze, sondern heilige Notwehr gegen den unsauberen Judenschwindel, durch den unser Volk immer tiefer ins Elend hineingestürzt wird. Deutsches Volk, wache endlich auf!“¹¹⁷

Die lippischen CV-Ortsgruppen reagierten erstmals mit einer großen Anzeige in der *Lippischen Tages-Zeitung* auf die Verleumdungen. Punkt für Punkt wurden in aufklärerischer Absicht die Behauptungen widerlegt und die Propagandamethoden des DVSTB attackiert:

„Wir würden die verleumderischen Beschuldigungen gegen die Firma Levin unbeachtet gelassen haben, wenn sie nicht, wie immer, dazu dienen sollten, eine allgemeine Judenhetze zu entfesseln. Was sagt ihr zu dieser schandbaren Hetze des genannten Bundes? So belügen euch die deutsch-völkischen Hetzer, so suchen sie mit den Mitteln der Verleumdung, die verschiedenen Volkskreise gegeneinander aufzuhetzen. Die Antwort auf die Frage des Flugblattes des Schutz- und Trutzbundes: Wer betrügt das deutsche Volk? ist somit gegeben. Niemand anders als die böswilligen Hetzgesellen dieses Bundes!“¹¹⁸

**Was sagt ihr
zu dieser schandbaren Juden-Herrschaft?**

Es beginnt ein Flugblatt des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, Landesverband Lippe-Detmold, das in unserem Lande am 16. Mai verteilt worden ist.

In diesem Flugblatt wird die Firma C. Levin in Breslau des Täufers mit Heeresgut bezichtigt.

Das Flugblatt stellt die Sache so dar, als ob die Firma Levin von der Heeresverwaltung gebrauchsfertige Ware erhält, an der sie keine oder so gut wie keine Arbeit hat, die sie so verkauft, wie sie sie erhält.

Wir stellen fest:

Das Flugblatt trägt an der Spitze den Vermerk: „Genehmigt: Cassel Nr. 157“. Dadurch soll beim Publikum der Eindruck erweckt werden, als ob dieses Flugblatt von irgend einer amtlichen Stelle genehmigt sei. In Wirklichkeit handelt es sich nur um eine Genehmigung der Leitung des Vereins und das Abzeichen ist willkürlich erfinden, um dem Leser eine amtliche Genehmigung vorzutäuschen.

Wir stellen weiter fest:

Die Firma C. Levin hat auf Grund eines Vertrages mit der Heeresverwaltung Alt-Material aus Heeresbeständen erhalten. Dieses Alt-Material befindet sich in so schlechtem Zustande, daß man es nur als Lumpen bezeichnen kann.

Aus diesen Lumpen stellt die Firma Levin gebrauchsfähige Kleidungsstücke her für Männer und Frauen und verkauft diese Kleidungsstücke zu Preisen, die von der Behörde genau vorgeschrieben sind.

Die Firma C. Levin darf auch die hergestellten Kleidungsstücke nicht nach freiem Ermessen verkaufen, sondern die Verteilung wird ihr von der Behörde vorgeschrieben. Ein Mantel kostet z. B. nicht M. 500, wie das Flugblatt glauben machen möchte, sondern, nachdem das Alt-Material desinfiziert, gereinigt, getrennt, gefärbt und neu aufgearbeitet ist, je nach Beschaffenheit M. 15 bis M. 30.

Der 20. Ausschuss der deutschen National-Verammlung, also die oberste amtliche Aufsichts- und Kontrollbehörde, hat einmütig in Anwesenheit und mit Zustimmung deutsch-nationaler und antiemittischer Abgeordneter festgestellt, daß kein zweites Unternehmen in Deutschland so ergiebig und preiswert arbeitet, als die genannte Firma. (W.T.B. vom 14. 2. 20.) Und trotz dieser einmütig gefassten amtlichen Erklärungen verbreitet der Schutzbund seine verleumderischen Beschuldigungen unentwegt weiter. Wir würden die verleumderischen Beschuldigungen gegen die Firma Levin unbeachtet gelassen haben, wenn sie nicht, wie immer, dazu dienen sollten, eine allgemeine Judenhetze zu entfesseln.

Was sagt ihr zu dieser schandbaren Hetze des genannten Bundes?

So belügen euch die deutsch-völkischen Hetzer, so suchen sie mit allen Mitteln der Verleumdung, die verschiedenen Volkskreise gegen einander aufzuhetzen. Die Antwort auf die Frage des Flugblattes des Schutz- und Trutzbundes:

Wer betrügt das deutsche Volk?

ist somit gegeben. Niemand anders als die böswilligen Hetzgesellen dieses Bundes.

**Die lippischen Ortsgruppen des
Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens.**

*Anzeige der lippischen Ortsgruppen des CV gegen den DVSTB
in der Lippischen Tages-Zeitung vom 19. Mai 1920.*

Der DVSTB konterte, indem er wahrheitswidrig behauptete, das von ihm verbreitete Flugblatt sei genehmigt gewesen und schloss mit der lakonischen Bemerkung:

¹¹⁷ EBD.

¹¹⁸ Anzeige des CV „Was sagt ihr zu dieser schandbaren Juden-Herrschaft?“ in der LTZ vom 19. Mai 1920.

„Die Größe der Anzeige [des CV, JH] beweist nicht die Richtigkeit ihres Inhalts, sondern nur die Größe des jüdischen Geldsacks.“¹¹⁹

Der Zweck der Aktion war für den antisemitischen Kampfbund erfüllt. Wieder einmal waren er und seine „Aufklärungsarbeit“ in aller Munde. Die *Tages-Zeitung* begleitete die Aktion wie immer mit allgemeinen Artikeln und der Veröffentlichung gehässiger – natürlich anonymer – Leserbriefe, die den Eindruck vermitteln, Teil der Kampagne gewesen zu sein.¹²⁰ Der vorherrschende eklatante Judenhass in Deutschland und seine aktuelle Entwicklung standen auch im Mittelpunkt einer Mitgliederversammlung der Detmolder CV-Ortsgruppe. Am 11. Mai 1920 referierte Rechtsanwalt Dr. Schoeps aus Hannover über „Die antisemitische Gefahr“.¹²¹

Mit Unterstützung des CV hatte die Firma Lewin aus Breslau zwischenzeitlich vor dem Gericht in Detmold eine einstweilige Verfügung gegen die Verbreitung des Flugblattes durch den Landesverband Lippe des DVSTB eingereicht.¹²² Zusätzlich veröffentlichte sie in der lippischen Presse eine Anzeige, in der sie die Unrichtigkeit der Behauptungen nachwies und bemerkte, dass dem DVSTB mit Sitz in Hamburg bereits durch das Landgericht Breslau die weitere Verbreitung des verleumderischen Flugblattes bei hoher Geldstrafe verboten worden war.¹²³ Zugleich reichte die Breslauer Firma Klage ein.¹²⁴ Diese richtete sich auch gegen ein weiteres Flugblatt, in welchem der Kampfbund mit dem Satz „Wer sich klar werden will, wie wir uns vor dem Untergang retten, der lese im Buch Moses nach, wie die Geschichte mit den Ägyptern und Israel weiterging“ kaum verhohlen zur Gewalt aufrief.¹²⁵ Das Gericht kam erst Jahre später, im Dezember 1924, zu einem abschließenden Urteil gegen die Beklagten Walter Baumgarten, Hauptmann a.D. Tracht, den Zigarrenhändler Pieper und den Lackfabrikanten Carl Juckenack. Ihnen wurde verboten, das Flugblatt weiter zu verbreiten und untersagt, die Behauptung, die Firma habe Riesengewinne erzielt, aufzustellen.¹²⁶

Das antisemitische Lager war mit seiner Propagandastrategie klar im Vorteil. Es konnte ohne Skrupel und Schranken ungehemmt diffamieren und hetzen, da die sympathisierende Justiz nahezu alles unternahm, um die Täter entweder straffrei oder nur mit geringen Strafen aus dem Gerichtssaal schreiten zu lassen. Zivilverfahren, die sich gegen falsche Behauptungen richteten, wurden über Jahre verzögert. Solange blieben böseste Lügen im Raum stehen. Beides machten sich Männer wie Tracht zunutze.

Die *Lippische Tages-Zeitung* erlaubte sich mittlerweile - wenige Wochen vor dem Verfahren gegen Fischer-Friesenhausen - den CV vollends zu ignorieren. In einem Brief an Max Heilbrunn, Vorstandsmitglied der CV-Ortsgruppe, lehnte das Blatt die Verteilung eines Flugblattes mit der unverschämten Begründung ab,

¹¹⁹ Mit Hakenkreuzen versehene Anzeige des DVSTB „Wer betrügt das deutsche Volk?“ in der LTZ vom 20. Mai 1920. Auch Hauptmann a.D. Tracht gab im redaktionellen Teil der LTZ vom 20. Mai 1920 noch eine Stellungnahme für den DVSTB ab.

¹²⁰ Vgl. LTZ vom 22. Mai 1920. In einem Leserbrief bitten „Frauen Detmolds“ den Magistrat um die Zuweisung von Weizenmehl für Pfingstkuchen, denn die Juden hätten dieses zur Herstellung von Mazzen zu Ostern auch erhalten. Der Magistrat könne nicht mit dem Einwand argumentieren, das Mehl wäre zu rituellen Zwecken verwendet worden, denn es gäbe keine koscheren Juden mehr, „das zeigt sich am besten bei der Ausgabe von Speck.“ In einer anderen Zuschrift einer angeblichen „Mutter von vier Söhnen“ wird der CV aufgefordert, Firmen mit preisgünstigen Mänteln für Nichtjuden zu nennen. Ein Beitrag zu den Zielen der deutschvölkischen Bewegung folgte in der LTZ vom 23. Mai 1920.

¹²¹ Vgl. Vereinsnachrichten des ersten Quartals in IDR vom November 1920. Mit dem gleichen Thema war Schoeps einen Tag zuvor in der Mitgliederversammlung der CV-Ortsgruppe Lemgo aufgetreten.

¹²² Verfahren in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 51/1958 Nr. 112 (alte Signatur).

¹²³ Vgl. LLZ und LTZ vom 1. Juni 1920. Das Urteil des Landgerichtes Breslau wurde von der Fa. Lewin als Flugblatt gedruckt und auch in Lippe verteilt. Vgl. dazu LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 51/1958 Nr. 112 (alte Signatur).

¹²⁴ LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 3/1955 Nr. 27 (alte Signatur).

¹²⁵ EBD.

¹²⁶ EBD.

dieses diene offensichtlich der Einflussnahme auf die anstehende Wahl.¹²⁷ Der Vorsitzende des CV, Direktor Carl Vogel, antwortete empört:

„Mit dieser Handlungsweise machen Sie sich zum Mitschuldigen an der deutschvölkischen Hetze. [...] Es sind auch Mitglieder des CV in allen politischen Parteien von der DVP bis zur Sozialdemokratie vertreten, dass sie es in der DNVP nicht auch mehr sein können, ist die Schuld Ihres antisemitischen Programms.“¹²⁸

Der schlagkräftige DVSTB fuhr unbeirrt fort in seiner „Werbetätigkeit“. In seinen Veranstaltungen ging er dazu über, jüdischen Kaufleuten in Lippe „Schiebereien“ zu unterstellen. David Boehm, Inhaber des Detmolder Kaufhauses Max Blank & Co., sah sich genötigt, abstruse Anschuldigungen, die Tracht gegen ihn während einer Versammlung erhoben hatte, über die *Landes-Zeitung* richtigzustellen.¹²⁹

Zu Beginn des lang erwarteten Prozesses gegen Fischer-Friesenhausen und seine Kameraden wegen der Verbreitung antisemitischer Klebezettel Mitte 1920 startete der DVSTB eine große Kampagne, die unermüdliche Begleitung durch die *Lippische Tages-Zeitung* erhielt. Das Verfahren vor dem Schöffengericht in Detmold im Juni 1920 fand allseits große Beachtung. Fischer-Friesenhausen nutzte die Gelegenheiten, welche ihm in der Verhandlung offenbar zahlreich geboten wurden, seine antisemitische Einstellung ausführlich zu erläutern und vor allem die Umstände der Überführung zum Thema zu machen.¹³⁰ Kurt Schieffer wurde durch ihn und die *Tages-Zeitung* zum „Lockspitzel“ des Polizeidirektors Max Heise gestempelt. Der Antisemit Fischer-Friesenhausen behauptete sogar dreist, von Schieffer zum Kleben der Zettel angestiftet worden zu sein, ja die Zettel sogar von diesem erhalten zu haben. Schieffer gab an, selbst einen Zettel geklebt zu haben, um die Täter nicht misstrauisch zu machen.¹³¹ Das Urteil gegen Fischer-Friesenhausen lautete auf eine Strafe von 200 Mark und basierte auf dem Tatbestand der öffentlichen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten.¹³²

Die DNVP und ihr Organ bemühten sich vehement, den Fall zu einem Skandal von Polizei und Landesregierung aufzubauchen.¹³³ Am 29. Juni 1920 fragte die *Tages-Zeitung* das Landespräsidium demonstrativ, ob die privaten Geldgeber zur Bezahlung Schieffers „jüdische Kreise gewesen [seien], die also selbst das Aufkleben antisemitischer Zettel veranlasst haben.“¹³⁴ Am 1. Juli kam es aufgrund einer Anfrage der SPD zu einer Debatte im Landtag. Landespräsident Heinrich Drake (SPD) und Polizeidirektor Max Heise bestritten, dass sich die Polizei eines Lockspitzels bedient hätte. Der DDP-Abgeordnete Max Staercke, zugleich Mitglied des Landespräsidiums, durchschaute die Bemühungen der Deutschnationalen:

„Wir haben hier den sehr interessanten Fall, dass der Versuch gemacht wird, den Spieß umzudrehen und diejenigen auf die öffentliche Anklagebank zu ziehen, die nicht etwa das Verbrechen begangen haben, sondern die an der Ermittlung des Verbrechens aner kennenswerter Weise beteiligt waren.“¹³⁵

¹²⁷ LLZ vom 5. Juni 1920. Von Mitte 1920 bis Herbst 1928 verweigerte die LTZ auch die Aufnahme von Anzeigen jüdischer Geschäftsleute.

¹²⁸ EBD.

¹²⁹ LLZ vom 9. Juni 1920.

¹³⁰ LTZ vom 24. Juni 1920.

¹³¹ EBD.

¹³² Abschrift des Urteils vom 24. Juni 1920; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 821. Die Höchststrafe für das Vergehen nach § 130 StGB lag bei 600 Mark. Ladungen und Beschlüsse auch in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1163.

¹³³ Vgl. Kommentar des VOLKSBLATTES vom 10. Juli 1920 (Ausschnitt); in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 25.

¹³⁴ LTZ vom 29. Juni 1920.

¹³⁵ LANDTAGSVERHANDLUNGEN 1919-1920, Protokolle, 1163-1166.

Bis Ende Juli 1920 erschienen weiterhin Erklärungen, Kommentare und Leserbriefe in der Presse. Fischer-Friesenhausen wurde nicht müde, sich für die völkische Sache ins Zeug zu legen. In ein und derselben Stellungnahme erklärte er einmal, der Reichskommissar a.D. Schieffer hätte seinen Sohn zu den Diensten für die Polizei angestiftet, und dann wiederum, der Vater hätte Fischer-Friesenhausen gebeten, „seinen Sohn bei etwaiger antisemitischer Propaganda zu verwenden.“¹³⁶ Letztendlich strengte der fanatische Schriftsteller noch eine Berufungsverhandlung an, die am 23. September 1920 vor dem Landgericht stattfand. Das Gericht bestätigte jedoch das Urteil. Kurt Schieffer sagte klärend aus, dass er von keiner Seite veranlasst worden sei, Spitzeldienste zu leisten.¹³⁷ Offensichtlich ging es der völkischen Seite ohnehin mehr um einen erneuten Öffentlichkeitseffekt der „Lockspitzelaffäre“.¹³⁸

Bereits wenige Tage nach der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht schuf sich Fischer-Friesenhausen eine neue Plattform für seinen unbändigen Judenhass. Im Juli 1920 erschien die erste Nummer seiner „satirischen Monatsschrift“ unter dem Titel *Die Fackel*.¹³⁹ Wie dieses ihm angesichts seiner häufig beklagten dürftigen wirtschaftlichen Lage möglich war, ist unbekannt.¹⁴⁰ Auf der Titelseite der ersten Nummer findet sich eine Zeichnung des selbsternannten „nimmersatten Judenfressers“.¹⁴¹ In insgesamt sechs Heften führte der Eiferer seine giftige Hetze gegen die Juden fort. Neben harmlosen Nachrichten aus der Detmolder Gesellschaft, dümmlichen Scherzen und Gedichten enthielt *Die Fackel* antisemitische „Witze“ und polemische Angriffe gegen lippische Politiker – allen voran Heinrich Drake, Max Staercke und Adolf Neumann-Hofer, außerdem gegen den Landespolizeidirektor Max Heise. Immer wieder brachte er die angebliche „Lockspitzelaffäre“ ins Spiel. Fischer-Friesenhausens anmaßendes und grenzenloses Sendungsbewusstsein als „Judenfresser“ ging gar soweit, in Heft 1 zu behaupten, sämtliche jüdischen Bürger Detmolds würden am Landgericht Prozesse gegen ihn führen.¹⁴²

Der antisemitische Dichter zog sämtliche Register antisemitischer Vorurteile. David Boehm, dem Inhaber des Kaufhauses Max Blank & Co., wurden „Schiebereien“ und „Wucher“ vorgeworfen.¹⁴³ In einer in Heft 2 begonnenen Reihe „Die Entlausungsanstalt“ hetzte Fischer-Friesenhausen in besonders übler Weise gegen jüdische Bürger, auch gegen den Detmolder CV-Vorsitzenden, den „Jiden“ Carl Vogel.¹⁴⁴ Die Auftritte des DVSTB in verschiedenen lippischen Orten nutzte er, um die jüdische Gegenwehr verächtlich zu machen und Anschuldigungen zu erheben.

Nach seiner Abschiedsnummer verzog Fischer-Friesenhausen nach Kassel.¹⁴⁵ Ausschlaggebend waren vermutlich die zahlreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen und vor allem natürlich ihr für Fischer-Friesenhausen ungünstiger Ausgang. Im September 1921 nahm er in einer Erklärung in der *Landes-Zeitung* die in der *Fackel* gegen den Landespolizeidirektor Heise aufgestellten Behauptungen kleinlaut und mit dem „Ausdruck des Bedauerns“ zurück.¹⁴⁶ In schwülstigen Romanen und einem Schauspiel verarbeitete er in der Folgezeit

¹³⁶ LTZ vom 21. Juli 1920.

¹³⁷ Urteil des Landgerichtes vom 23. September 1920; in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 28/1968 Nr. 142. Dort auch der Hinweis, dass sich das Oberlandesgericht Celle noch mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Die Revision wurde dort am 20. Dezember 1920 endgültig verworfen.

¹³⁸ Ausführlicher Bericht in der LTZ vom 24. September 1920.

¹³⁹ DIE FACKEL. Satirische Monatsschrift. Hg. von Fischer-Friesenhausen, Detmold. Nr. 1-6, Juli bis Oktober 1920.

¹⁴⁰ Das Landespräsidium verzichtete beispielsweise im Oktober 1919 auf die Verfolgung eines Bestrafungsantrags wegen beleidigender Ausfälle gegen den Magistrat "mit Rücksicht auf Ihre bedrängte wirtschaftliche Lage". Vgl. LAV NRW OWL, L 80 Ic XXI.4.4. Überhaupt ist nicht festzustellen, wovon die siebenköpfige Familie ihren Lebensunterhalt bestritt.

¹⁴¹ DIE FACKEL, Nr. 1, Juli 1920.

¹⁴² EBD.

¹⁴³ EBD.

¹⁴⁴ DIE FACKEL, Nr. 3, August 1920.

¹⁴⁵ Von Kassel ging er 1931 nach Soltau, wo er 1960 verstarb.

¹⁴⁶ LLZ vom 20. September 1921.

seine Detmolder Ereignisse.¹⁴⁷ Ende 1920 veröffentlichte Fischer-Friesenhausen in Kassel in verbittertem Hass ob seiner Verkennung als Dichter und Rufer in Detmold den „Judenspiegel“. Auf vierzehn Seiten wurden dort unflätige antisemitische Reime zum Besten gegeben.¹⁴⁸



„Der Judenspiegel“ des antisemitischen Schriftstellers Friedrich Fischer-Friesenhausen, ca. 1921.

Die Zahl der Veranstaltungen des DVSTB war hoch. Daneben existierten weitere aktive und breitenwirksame Organisationen, welche die völkische Ideologie pflegten. Der Aldeutsche Verband lud ebenfalls zu Großereignissen wie dem Hermannsfest am 26. Juni 1920 in Detmold ein.¹⁴⁹ Diese Kundgebungen dienten dem Zusammenhalt der zahlreichen rechtsextremen Gruppierungen und demonstrierten die Geschlossenheit der Bewegung trotz vorhandener Differenzen untereinander nach außen. Die Ortsgruppe Detmold des DVSTB traf sich wöchentlich. In diesen Zusammenkünften im Arminius-Hotel wurden regelmäßig Vorträge zur „Judenfrage“ gehalten. Die Organisation dieser Abende lag in den Händen des Chefredakteurs der *Tages-Zeitung*, Wilhelm Lindner, und Eduard Wiegands, einem frühen Nationalsozialisten und nach 1933 Leiter von Landesbibliothek und Landesarchiv.¹⁵⁰ Der enge Schulterschluss zwischen dem Kampfbund und dem DNVP-Organ dokumentierte sich in einer Unmenge antisemitischer Artikel.¹⁵¹ Entgegnungen des Detmolder CV auf diese Hetze wurden nicht oder erst nach vielen Tagen abgedruckt.¹⁵²

In der Fülle der kaum mehr überschaubaren Aktivitäten während des Sommers 1920 bildete die „Deutschvölkische Woche“ des DVSTB in Lippe im August 1920 den Höhepunkt. Vorgesehen war neben einer Vortragstournee Ferdinand Werners vom 2. bis 5. August in Detmold, Lage, Bad Salzuflen und Lemgo¹⁵³ als Abschluss die Vertretertagung der deutschen Wehrschaft vom 6. bis 9. August. Deklariert wurde sie als „patriotische Feier am Hermannsdenkmal“.¹⁵⁴ Die Vorträge Werners waren betitelt mit „Von der Judenbefreiung zur Deutschenknechtung“.¹⁵⁵ Das *Volksblatt* der SPD empfahl, die Deutschvölkischen unter sich zu lassen. Der DVSTB verbot daraufhin demonstrativ Juden und „Judentzern“ den Zutritt.¹⁵⁶

Die Versammlungen mit Ferdinand Werner verliefen mit ihrer provokativen Hetze äußerst hitzig. In Lemgo und Salzuflen kam es zu Tumulten und Veranstaltungssprengungen. Die Veranstaltung im „Neuen Krug“ in Detmold am 2. August 1920 wurde - so erwähnte die *Tages-Zeitung* hinterlistig - auch von Arbeitern und Anhängern der USPD besucht. Dabei habe die jüdische Inhaberin des Schuhhauses „Teutonia“, Frieda Levi,

¹⁴⁷ FRIEDRICH FISCHER-FRIESENHAUSEN, *Sieghaftes Blut*, Soltau und Leipzig 1928. DERS., *Spitzel. Eine Episode in vier Aufzügen*, Soltau und Leipzig 1936. Vgl. dazu WOLFGANG MÜLLER, Moritz Rülff – Ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 57/1988, 365-432, hier: 398 ff. Zu des Schriftstellers Wirken bis 1932 vgl. „Ein Dichter der lippischen Heimat“ in der LTZ vom 13. Dezember 1932.

¹⁴⁸ FRIEDRICH FISCHER-FRIESENHAUSEN, *Der Judenspiegel*, Kassel o.J. (1921).

¹⁴⁹ Anzeige des ADV in der LTZ vom 25. Juni 1920; ausführlicher Bericht über die deutschvölkische Feier in der Ausgabe vom 27. Juni 1920.

¹⁵⁰ Einladung des DVSTB zu einer Mitgliederversammlung, 17. Juli 1920; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1159.

¹⁵¹ Beispielsweise durch einen Artikel von Wilhelm Meister „Zur Judenfrage“ in der LTZ vom 1. Juli 1920.

¹⁵² Zum Artikel Meisters erfolgte die Veröffentlichung vier Wochen später, so dass der Leser keinen Bezug mehr herstellen konnte. Vgl. LTZ vom 29. Juli 1920.

¹⁵³ LTZ vom 29. Juli 1920.

¹⁵⁴ LTZ vom 28. Juli 1920. Die LTZ berichtete am 30. Juli 1920 über ein ähnliches Fest in Marburg, an welchem neben Aldeutschem Verband, Deutschbund und DVSTB auch die „Irmisul, Wehrschaft im Teutoburger B.T.“ teilnahm.

¹⁵⁵ LTZ vom 30. Juli 1920.

¹⁵⁶ Vgl. Programm der Deutsch-Völkischen Woche in Lippe in der LTZ vom 30. Juli 1920.

einigen von ihnen Geld gezahlt.¹⁵⁷ Frieda Levi ließ eine Gegendarstellung veröffentlichen, in der sie klarstellte, einem ihr bekannten Arbeiter lediglich Geld geliehen zu haben. Die *Tages-Zeitung* kommentierte die Richtigstellung hämisch und hielt an ihrer Darstellung fest.¹⁵⁸ Dass „Judengeld“ für „deutsches Blut“ geflossen sei, behaupteten DVSTB und *Tages-Zeitung* auch für Salzuflen, wo die Veranstaltung gesprengt und Werner offenbar verprügelt wurde. Der „Judenfresser“ Fischer-Friesenhausen kommentierte diese aus Sicht des DVSTB nutzbringenden Vorfälle in der *Fackel* auf seine Weise und drohte in radikaler Offenheit den Judenmord an:

„Da kam die rote Horde
mit Knüppeln und mit Rechen.
Prof. Werner wollten
die deutschen ‚Gosches‘ verdreschen,
sie hatten ja das Blutgeld in den ‚Teschen‘.
[...]
Und eines großen Tages
beginnt das große Taumeln
und mitten auf dem Marktplatz
sieht man die ‚Jiden‘ baumeln!“¹⁵⁹

Für den DVSTB verlief die Woche erfolgreich. Die Abschlussveranstaltung am Hermannsdenkmal mit dem Redner Reinhold Wulle war außerordentlich gut besucht und wurde somit zu einer Demonstration der Stärke.¹⁶⁰ Das stark vergiftete Klima während der „Deutschvölkischen Woche“ belegt ein Zwischenfall in der Residenzstadt. Am Abend des 7. August beschimpften junge „Damen aus guten (Kriegsgewinnler-) Familien“ eine jüdische Passantin: „Die Juden sind alle Verbrecher.“¹⁶¹ In diese Zeit fällt auch eine Eingabe des Bösingfelder Arztes Dr. Heinrich Schleyer, Mitglied des CV. Im August 1920 beschwerte er sich beim Leiter des Detmolder Lyzeums, dass sowohl seine Tochter als auch zwei Detmolder Mitschülerinnen antisemitisch beleidigt wurden und einige nichtjüdische Schülerinnen das Hakenkreuz trugen. Der Schulleiter Dr. Heinrich Barckhausen, Mitglied der DNVP, spielte die Vorfälle herunter und machte letztlich den jüdischen Lehrer Moritz Rülff dafür verantwortlich, zum „hohen Erregungszustand“ der drei jüdischen Mädchen beigetragen zu haben.¹⁶²

Ein einziges Mal in Zeit ihres Bestehens wurde von Seiten der CV-Ortsgruppe Detmold der Versuch unternommen, mit einer eigenen Gegenveranstaltung auf den umtriebigen DVSTB zu reagieren. Ihr Vorsitzender Carl Vogel meldete für den 12. August 1920 eine öffentliche Versammlung an. Ebenfalls im „Neuen Krug“ sollte dann der westfälische CV-Vorsitzende Dr. Bruno Lange aus Essen zum Thema „Die Wahrheit über das Judentum“ sprechen.¹⁶³ Der DVSTB wurde zur Teilnahme aufgefordert und seinem Redner gar „als erstem eine halbe Stunde Redezeit zugesichert.“¹⁶⁴

¹⁵⁷ LTZ vom 4. August 1920.

¹⁵⁸ LTZ vom 5. August 1920.

¹⁵⁹ DIE FACKEL, Nr. 3, August 1920.

¹⁶⁰ LLZ vom 14. August 1920.

¹⁶¹ LLZ vom 8. August 1920.

¹⁶² JÜRGEN HARTMANN, „... dass in Bösingfeld eine Judenhetze betrieben wird, die das Schlimmste befürchten lässt“ – Antisemitischer Terror in einer lippischen NSDAP-Hochburg 1933; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 20/2018, 14-41 (hier: 16).

¹⁶³ Veranstaltungsanmeldung durch Carl Vogel, 9. August 1920; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 990; Anzeige des CV in der LLZ vom 10. August 1920 und LTZ vom 11. August 1920. Vgl. zur Auseinandersetzung Langes mit Dinter wenige Wochen in Kassel zuvor IDR vom Juli 1920.

¹⁶⁴ LLZ vom 10. August 1920.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Ortsgruppe Detmold.

Donnerstag, den 12. August, abends 8 Uhr
Im Saale des „Neuen Kruges“, Detmold

Oeffentlicher Vortrag:
Die Wahrheit über das Judentum

Redner: Dr. Bruno Lange.

Freie Aussprache! Freier Eintritt!

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund ist zur Teilnahme aufgefordert, seinem Redner wird als erstem in der Diskussion eine halbe Stunde Redezeit zugesichert.

Erklärung!

Gegenüber der Annonce des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in der heutigen Lippischen Tageszeitung erklären wir jeden für einen **gemeinen Verleumder**, der behauptet, daß wir auch nur das Geringste mit der Sprengung der deutsch-völkischen Versammlungen in Salzuflen und Lemgo oder den dortigen Vorkommnissen überhaupt zu tun haben. Wir kämpfen ausschließlich mit geistigen Waffen, **diesem** Kämpfe aber welchen die Deutschvölkischen beharrlich aus. Sie sind auch jetzt wieder zu feige dazu, sich uns im offenen Redekampf zu stellen, der Beweis hierfür ist durch Ihr Interlat aufs neue erbracht. Das Urteil über dieses Gebahren überlassen wir in aller Ruhe der Öffentlichkeit. Eine solche Handlungsweise mag deutschvölkisch sein, deutsch ist sie nicht. (5783)

Detmold, den 11. August 1920.

Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Ortsgruppe Detmold.

Anzeigen der CV-Ortsgruppe Detmold in der Lippischen Tages-Zeitung vom 11. August 1920.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (und jüdischer Rasse) läßt durch die Zeitung zu einem Vortrag von Dr. Bruno Lange einladen und verspricht einem Mitgliede des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes eine halbe Stunde Redezeit. Wir müssen es ablehnen, in der Öffentlichkeit mit Leuten gemeinsam aufzutreten, die jetzt wieder in Salzuflen und Lemgo bewiesen haben, daß sie mit allen Mitteln der Bestechung, des Kaufs, die Massen gegen Deutschvölkische Redner aufzuheizen wissen, Deutschvölkische Versammlungen, in denen ihr Besuch ausdrücklich verboten war, sprengen und zahlreiche unserer Vertrauensleute beleidigen und körperlich mißhandeln lassen. Wir haben die Vorgänge in Salzuflen der Staatsanwaltschaft bekanntgegeben und werden den Nachweis führen, **das Judengeld geflossen ist**, um deutsches Blut fließen zu lassen. Daß wir uns mit diesen Leuten an einen Tisch setzen sollen, darf man von uns wirklich nicht verlangen. Die Detmolder Öffentlichkeit hatte in den letzten Tagen genügend Gelegenheit, sich über die Judenfrage zu unterrichten, hat das auch getan.

Wir bitten alle Gefinnungsfreunde, Herrn Rabbinder Dr. Bruno Lange mit seinem Anhang allein zu lassen, da der Zentralverein für ihr Leben und ihre Gesundheit keinerlei Gewähr leistet.

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.
 Tracht, Baumga
 Hauptmann a. D. Landtagsabgeordneter.

Anzeige der DVSTB-Ortsgruppe Detmold in der Lippischen Tages-Zeitung vom 11. August 1920.

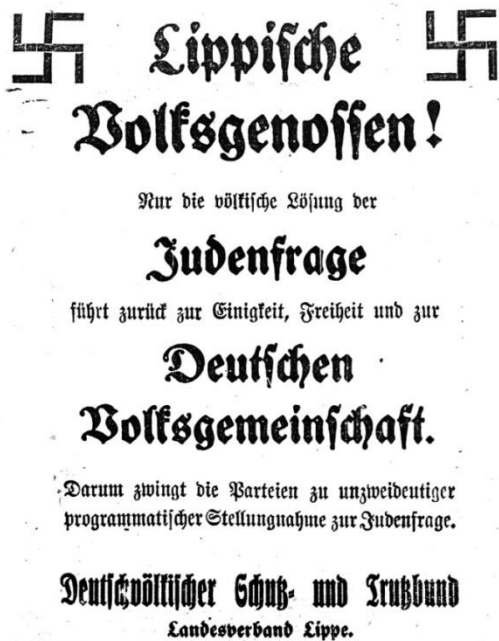
Doch dieser hatte an der direkten Konfrontation und einer Diskussion keinerlei Interesse. In einer mit Hakenkreuzen versehenen Anzeige verkündete der Bund seine Nichtteilnahme und schob als Argument die Behauptung vor, in Bad Salzuflen und Lemgo sei „Judengeld“ geflossen, um seine Versammlungen zu sprengen.¹⁶⁵ Die *Tages-Zeitung* verbreitete zudem eine niederträchtige „Erklärung“ Artur Dinters zur Person Bruno Langes.¹⁶⁶ Der CV ließ sich in die Defensive drängen und beeilte sich zu erklären, dass er mit den

¹⁶⁵ LTZ vom 11. August 1920. „Wir lehnen es ab, in der Öffentlichkeit mit Leuten gemeinsam aufzutreten, die jetzt wieder in Salzuflen und Lemgo bewiesen haben, dass sie mit allen Mitteln der Bestechung des Kaufs, die Massen gegen deutschvölkische Redner aufzuheizen wissen. [...] Wir [...] werden den Nachweis führen, dass Judengeld geflossen ist, um deutsches Blut fließen zu lassen.“

¹⁶⁶ LTZ vom 12. August 1920.

Vorkommnissen in beiden Städten nichts zu tun habe: „Wir kämpfen ausschließlich mit geistigen Waffen.“¹⁶⁷ Doch eben daran hatte der DVSTB nicht das geringste Interesse. Die Versammlung mit Dr. Lange verlief bis auf einige Zwischenrufe störungsfrei. Angehörige des DVSTB waren wie angekündigt ferngeblieben.¹⁶⁸

Einen weiteren Höhepunkt im Wirken des DVSTB markierte wenig später der „Westfälische Trutztag“ in Detmold vom 23. und 24. Oktober 1920.¹⁶⁹ Erstmals operierte der DVSTB mit dem diskriminierenden Zusatz „Juden haben keinen Zutritt“.¹⁷⁰ Die ausführliche Berichterstattung blieb dem Hausorgan überlassen.¹⁷¹



Aufruf des DVSTB in der
Lippischen Tages-Zeitung vom 16. Januar 1921.

Der Antisemitismus war fest im politischen Alltag verankert, das Hakenkreuz als Zeichen seiner Anhänger beinahe allgegenwärtig. Zahlreiche lippische Deutschnationale und Völkische fanden es offenbar schick, ihre Neujahrsgrußanzeigen mit diesem Signet zu schmücken.¹⁷² In einer Mitgliederversammlung im „Odeon“ besprach die Ortsgruppe des DVSTB die Kandidatenlisten der Parteien zur bevorstehenden Landtagswahl.¹⁷³ Das Ergebnis der Versammlung vom 11. Januar 1921 war ein Aufruf in der *Lippischen Tages-Zeitung*:

„Lippische Volksgenossen!
Nur die völkische Lösung der Judenfrage führt zu
Einigkeit, Freiheit und zur Deutschen Volksgemein-
schaft. Darum zwingt die Parteien zu unzweideutiger
Stellungnahme zur Judenfrage.“¹⁷⁴

Während Richard Müller, der Vorsitzende der lippischen DVP, bereits zuvor in der *Landes-Zeitung* den Antisemitismus verworfen hatte¹⁷⁵, zeigte die DNVP sich doppelzüngig. In einer Stellungnahme zu den Flugblättern und Anzeigen des DVSTB ver-

weigerte sie irgendeine Verantwortung für die „verschiedenen Formen, in denen sich der Antisemitismus zeigt“ und betonte, dass „viele Deutschnationale, darunter die christlich empfindenden, [...] weder eine persönliche Kampfweise gegen den einzelnen Juden oder Judenabkömmling noch eine Heranziehung des Alten Testaments in den Streit“ wollten.¹⁷⁶ Zusätzlich wurde „Gleiches Recht für alle! Wir wollen nicht länger Staatsbürger zweiter Klasse sein!“ propagiert.¹⁷⁷ Der deutschvölkische Flügel der Partei hatte in Lippe Oberwasser. Kurz vor der Wahl forderte der DVSTB in Detmold in einem Flugblatt mit dem Titel „Rassenhass und Klassenhass“ die Bürger auf:

¹⁶⁷ LLZ vom 12. August 1920.

¹⁶⁸ Polizeibericht, 13. August 1920; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 990.

¹⁶⁹ Einladung und Programm wurden dem Bürgermeister Detmolds von Hauptmann a.D. Tracht persönlich überreicht; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 989.

¹⁷⁰ EBD.

¹⁷¹ LTZ vom 27. Oktober 1920.

¹⁷² LTZ vom 1. Januar 1921. Darunter Otto Gößling, Heinrich Baumgarten, Wilhelm Tracht, Walter Baumgarten, Carl Juckenack.

¹⁷³ LTZ vom 11. Januar 1921.

¹⁷⁴ LTZ vom 16. Januar 1921.

¹⁷⁵ LLZ vom 15. Januar 1921.

¹⁷⁶ LTZ vom 22. Januar 1921.

¹⁷⁷ LLZ vom 20. Januar 1921.

„Lippische Volksgenossen!

Schafft euch eine Regierung, die die Judenfrage begriffen hat und Willens ist, sie in entscheidender Stunde zu lösen zum Wohle von Heimat und Vaterland. Deutschland den Deutschen!“¹⁷⁸

Die DNVP erreichte 22,7 Prozent und wurde zweitstärkste Kraft im lippischen Landtag.

Der Rückzug des CV aus der öffentlichen Auseinandersetzung

Seit dem 12. August 1920 war der Centralverein öffentlich nicht mehr in Erscheinung getreten. Die gewählte Strategie, dem Radauantisemitismus des DVSTB mit aufklärerischen Methoden und „geistigen Waffen“ entgegenzutreten, ging nicht auf. Vielmehr war es den Völkischen gelungen, selbst diese Gegenwehr der jüdischen Lipper zu diffamieren. Die Einschaltung der Gerichte wurde als wenig erfolgversprechend nicht mehr in Betracht gezogen. Ein Fall, der reichsweit zumindest für Aufmerksamkeit in republikanischen Kreisen sorgen sollte und die weitgehende Erfolglosigkeit solcher Unterfangen dokumentierte, war der des Hauptmanns Kurt Manderscheid. Im Juni 1920 hatte sich das Gericht der Reichswehr-Brigade 7 in Minden mit Manderscheid und zwei Feldwebeln befasst. Manderscheid war während seines Dienstes mit Beleidigungen gegen den Reichswehrminister Geßler aufgefallen. Geßler stünde unter jüdischem Einfluss und gehöre der „Judenpartei“ (gemeint war die DDP) an.¹⁷⁹ Das zuständige Kriegsgericht hatte die Beschuldigten am 1. Juli 1920 freigesprochen, obwohl Manderscheid vor Gericht die Äußerungen zugegeben hatte.¹⁸⁰ Die Richter hatten allerdings keine Beleidigung des Ministers erblickt. Der Gerichtsherr legte Berufung ein, die am 17. März 1921 vor der Strafkammer des Landgerichtes Detmold - hierhin war Manderscheid verzogen - verhandelt wurde. Die Verhandlung leitete Landgerichtspräsident Otto Preuß. Er und drei der vier beisitzenden Richter gehörten der DNVP an.¹⁸¹ Somit war der Ausgang der Verhandlung wenig verwunderlich. Die Berufung wurde verworfen. Eine Beleidigung des Reichswehrministers oder der DDP sei nicht gegeben. Das Landgericht bestätigte vielmehr die „Richtigkeit“ von Manderscheids Äußerungen:

„Das Gericht unterstellte die Tatsache, dass ein größerer Prozentsatz der Demokratischen Partei aus Juden bestehe; es sei also keine Beleidigung, wenn man diese demokratische Partei als Judenpartei bezeichne, da dieser Ausdruck nur die Zusammensetzung darlege und nur den Tatsachen entspreche.“¹⁸²

Der Vorstand der lippischen DDP beschwerte sich beim Landespräsidium über das Urteil, das „nur aus der Verfolgung politischer Tendenzen heraus erklärt werden“ könnte und bat, „gegen einen derartigen empörenden Missbrauch des Richteramtes zu parteipolitischen Zwecken in schärfster Weise Stellung zu nehmen.“¹⁸³ Der von Neumann-Hofer nach Lippe geholte demokratische Oberstaatsanwalt Dr. Traugott Tornau, legte gegen das Urteil Revision ein:

„Es ist bekannt, dass der demokratischen Partei von ihren Gegnern vorgehalten wird - ob mit Recht oder Unrecht ist hier unerheblich - sie sei eine Judenpartei und die Juden

¹⁷⁸ Flugblatt des DVSTB, Ortsgruppe Detmold, ohne Datum (Januar 1921); in: LAV NRW OWL, D 81 Nr. 28.

¹⁷⁹ Anklageverfügung, 11. Juni 1920; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 43/1954 Nr. 34.

¹⁸⁰ Urteil, 1. Juli 1920, in: EBD., Bl. 67ff.

¹⁸¹ Vgl. Wahlvorschlag und Unterstützungsunterschriften der DNVP zur Landtagswahl 1921; in: STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 12. Januar 1921.

¹⁸² LTZ vom 20. März 1921 und LLZ vom 24. März 1921.

¹⁸³ DDP-Schriftführer August Otte an Landespräsidium, 21. März 1921; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 43/1954 Nr. 34.

spielen in ihr eine führende Rolle. Diese Vorwürfe werden von Gegnern der demokratischen Partei erhoben, um sie anzugreifen und sie bei den Wählermassen in ungünstigem Licht erscheinen zu lassen, sie in ihrem Wert als politische Partei herabzusetzen.“¹⁸⁴

Das Oberlandesgericht Celle wies die Berufung am 20. Juni 1921 ab. Sicherlich habe Manderscheid das Judentum und die DDP „ungünstig und vielleicht sogar geringschätzig“ beurteilt, aber eine Ehrenkränkung oder Herabsetzung sei darin nicht enthalten.¹⁸⁵ Für Neumann-Hofer war dieses Anlass für einen weiteren Versuch, die lippische Justiz zu demokratisieren. Hier konnte er tatsächlich auch Einfluss nehmen, beim Militär blieb ein solches Unterfangen hoffnungslos. Besonders in diesem Milieu, aus dem sich viele Aktivisten der völkischen Bewegung in Detmold rekrutierten, herrschte ein rigoroser Antisemitismus vor. Der Oberstleutnant Wilhelm Schröder, Kommandeur des Ausbildungsbataillons des Infanterie-Regimentes 18 und im Alldeutschen Verband in hoher Funktion tätig, ist dafür ein Beispiel. Den herrschenden Geist in der Reichswehr in Detmold vermittelt ein Brief eines Rechtsanwalts aus München über Schröders Gebaren:

„Da man dort [in der Reichswehr allgemein, JH] einen Antisemitismus in einer so scharfen Form nicht kennt, halte ich seinen Einfluss für recht verderblich besonders auf die ihm unterstellten und zur Ausbildung bestimmten Offiziere. [...] hat er einem christlichen Herrn gegenüber sich derartig judenfeindlich ausgesprochen und in einer derartig unverblünten Form, dass der Mann dort für die Juden eine Gefahr bedeutet.“¹⁸⁶

Die antisemitische Bedrohung war 1921 in mehreren geschlossenen Veranstaltungen der CV-Ortsgruppe und des Landesverbandes Thema. Am 17. Mai 1921 berichtete in der Detmolder Mitgliederversammlung der Rabbiner Dr. Kalisch über „Gegenwartsfragen der deutschen Judenheit“.¹⁸⁷ Die „gegenwärtige Lage“ war ebenfalls Thema der Delegiertentagung des Landesverbandes in Herford am 5. Juni 1921 mit dem stellvertretenden Syndikus des Gesamtverbandes Dr. Alfred Wiener.¹⁸⁸ Mit welchem Selbstverständnis und welcher Skrupellosigkeit die Antisemiten mittlerweile offen agierten, belegt eine Eingabe des CV-Vorstandsmitgliedes Dr. Alfred Hirschfeld an das Landespräsidium von Mitte Juli 1921. Ein Beamter der Landesbank trug während der Dienstzeit gut sichtbar das Hakenkreuz an seinem Revers, was ihm sofort untersagt wurde.¹⁸⁹

Der DVSTB pflegte als Bindeglied zwischen den rechtsextremen Organisationen auch enge Kontakte zu den Freikorps, zu Wehr- und Heimatverbänden und Geheimorden. Funktionäre standen in konspirativer Verbindung mit terroristischen Gruppen wie der Organisation Consul. An der Ermordung des ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger wirkten Personen mit, die Verbindungen zum DVSTB aufwiesen. Die Nachricht des erfolgreichen Attentats führte zu einem „Jubeltusch“ auf der Grotenburg unter dem „tosenden Beifall rasender Nationalisten“.¹⁹⁰ In Detmold fand daraufhin eine große Kundgebung gegen „rechts“ statt, an der Vertreter von SPD, DDP, DVP und sogar der KPD teilnahmen. Die Versammlung war der Auffassung, dass „in Lippe die Reaktion sich so gebärdet, wie wohl in keinem anderen Lande des Reiches“.¹⁹¹

¹⁸⁴ Oberstaatsanwalt an Strafkammer I, 21. April 1921; in: EBD.

¹⁸⁵ Urteil des OLG Celle, 20. Juni 1921; in: EBD.

¹⁸⁶ Vgl. Dr. Ernst Goldschmidt an Neumann-Hofer, 11. Dezember 1923; in: LAV NRW OWL, D 72 Neumann-Hofer Nr. 71.

¹⁸⁷ IDR vom Juli 1921.

¹⁸⁸ EBD.

¹⁸⁹ Vgl. Vorgang, Juli 1921; in: LAV NRW OWL, L 75 IV 19 Nr. 29 Bd. 1. Der Beamte behauptete in einer Entgegnung dreist, das Hakenkreuz sei weder republikfeindlich noch „rasseverletzend“.

¹⁹⁰ LLZ vom 31. August 1921.

¹⁹¹ LLZ vom 13. September 1921.

Der DVSTB bereitete eifrig Veranstaltungen zum „Deutschen Tag“ in Detmold vor. Das Landespräsidium befürchtete Auseinandersetzungen und spielte mit dem Gedanken des Verbots. Die *Tages-Zeitung* tat das Ihre um die Atmosphäre aufzuheizen:

„Wir können uns [...] nicht denken, dass die lippische Regierung ein Verbot der Kundgebung erlassen wird, es sei denn, dass sie befürchtet, von jüdischer Seite könnten derartige Störungen künstlich hervorgerufen werden.“¹⁹²

Das Programm sah zahlreiche Veranstaltungen in der Zeit vom 14. bis 17. Oktober vor.¹⁹³ Der Landespolizeidirektor ließ keine Versammlungen des DVSTB unter offenem Himmel zu. Ein geplanter öffentlicher Aufzug und eine Kundgebung am Hermannsdenkmal wurden daher untersagt.¹⁹⁴ Der DVSTB hatte folglich das Landestheater angemietet. Hier fanden der Eröffnungsakt und die Abschlussveranstaltung am Sonntag, den 17. Oktober 1921 statt. Ein Professor Kläger und der antisemitische Hetzredner Heinrich Dolle waren aufgeboten. Auch hier war es wiederum Adolf Neumann-Hofer, dieses Mal in seiner Funktion als Vorsitzender des Theatervereins, der dem DVSTB entgegentrat. Er ließ das Theater, das die Antisemiten bis 12 Uhr gemietet hatten, aber um 1 Uhr noch immer besetzt hielten, räumen.¹⁹⁵ Die *Tages-Zeitung* nahm diese „Vorfälle“ genüsslich auf, um die Legende von jüdischen Drahtziehern aufleben zu lassen. Der jüdische „Rabbiner Rülff“ habe Posten gestanden und das Eingreifen Neumann-Hofers veranlasst.¹⁹⁶

Im April 1922 warnte die *Lippische Landes-Zeitung* vor dem Flensburger Pastor Friedrich Andersen, der mehrere Vorträge in Lippe halten sollte. Andersen verwerfe das Alte Testament, weil es im Interesse des jüdischen Volkes geschrieben wäre.¹⁹⁷ Zeitungsmeldungen zufolge stieß der Redner in fast allen Orten des Landes auf „entschiedensten Widerspruch“. In Horn und Lemgo traten Andersen und seiner Auffassung vom deutschvölkischen Christentum evangelische Geistliche entgegen.¹⁹⁸ Nicht so in Detmold. Für den CV war Moritz Rülff bei der Versammlung zugegen. Er berichtete anschließend der Zentrale nach Berlin:

„Wir, die wir vom CV der Versammlung beiwohnten, haben nicht in die Debatte eingegriffen, obgleich für uns Gründe dazu vorgelegen hätten. Denn selbst unser oberster Geistlicher Lippes, der Vorsitzende des Konsistoriums, Herr Generalsuperintendent D. Weßel¹⁹⁹, hat eine tiefe Verbeugung vor den antisemitischen Häuptlingen gemacht, wie ganz offenbar zutage trat, dass die Versammlung vom Schutz- u. Trutzbund einberufen war. [...] es muss stutzig machen, wenn eine so einflussreiche Persönlichkeit wie Weßel, der sich bisher von den Antisemiten [...] ferngehalten hat, den Antisemiten z.Z. Auftrieb gibt.“²⁰⁰

Nach dem Fememord an Walter Rathenau am 24. Juni 1922, an welchem Mitglieder des DVSTB beteiligt waren, wurde der Kampfbund wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz in den meisten deutschen

¹⁹² LTZ vom 2. Oktober 1921.

¹⁹³ LTZ vom 14. Oktober 1921.

¹⁹⁴ LLZ vom 15. Oktober 1921.

¹⁹⁵ LLZ vom 19. Oktober 1921.

¹⁹⁶ LTZ vom 20. Oktober 1921. Der Bundesleiter des DVSTB, Alfred Roth, wiederholte die Behauptungen Anfang November in der LTZ, woraufhin Neumann-Hofer mit einer Erklärung in der LLZ vom 8. November 1921 reagierte.

¹⁹⁷ LLZ vom 27. April 1922.

¹⁹⁸ LLZ vom 3. Mai 1922 und ISFB vom 18. Mai 1922.

¹⁹⁹ Weßel saß auch für die DNVP im Landtag, gab sein Mandat aber nach wenigen Monaten im Juli 1919 ab. Zu Weßel s. HANS-PETER WEHLT, Generalsuperintendent D. August Weßel (1861-1941). Zwischen Summepiskopat und verfasster Landeskirche; in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Bearb.), Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914-1933. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bielefeld 2007, 375-414.

²⁰⁰ CV-Ortsgruppe (Rülff) an CV-Zentrale, 9. Mai 1922; in: WL MF 55/18/699.

Ländern verboten. In Lippe geschah dieses Anfang Juli.²⁰¹ Die Auseinandersetzung der jüdischen Gemeinschaft mit dem DVSTB hatte noch ein letztes Nachspiel. Im Frühjahr 1923 beantragte Rechtsanwalt Dr. Alfred Hirschfeld im Auftrag der Firma Neugarten & Eichmann die Aufhebung der Immunität des völkischen Landtagsabgeordneten Walter Baumgarten. Sowohl Hirschfeld als auch die beiden Firmenbesitzer gehörten dem CV an. Es handelte sich um eine Privatklage wegen Beleidigung. 1921 hatten die jüdischen Fabrikbesitzer dem Antisemiten Baumgarten als Bauunternehmer einen Auftrag zur Errichtung einer Siedlung am Zweigwerk in Uslar übergeben wollen, „um die Gesinnungstreue des Beschuldigten [...] als eine der Haupttriebfedern der Detmolder Deutschvölkischen Bewegung“ auf die Probe zu stellen. Baumgarten reichte der Firma jedoch tatsächlich einen Plan ein. Im Bestreben, Geld zu verdienen, hatte er nach eigenen Angaben seine „politischen Grundsätze zurückgestellt.“ Es folgte eine Klage Baumgartens gegen die Firma Neugarten & Eichmann und schließlich diejenige des Unternehmens gegen den Landtagsabgeordneten. Nach Auffassung der Abgeordneten ging aus Hirschfelds Klageschrift hervor, „dass der Abgeordnete Baumgarten von den Privatlägern selbst nicht unerheblich gereizt worden ist und dann sich zu scharfen Ausdrücken hat hinreißen lassen.“ Der Antrag auf Aufhebung der Immunität wurde deswegen, und weil es sich nicht um eine schwere Straftat handelte, einhellig abgelehnt.²⁰²

In der Defensive: Der Kampf gegen den Völkisch-Sozialen Block 1924

Gegen Ende des Jahres 1922 traten die Radikalvölkischen unter Führung von Reinhold Wulle aus der DNVP aus und gründeten am 16. Dezember die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP).²⁰³ Ziel dieser neuen Partei war es, anstelle des verbotenen DVSTB Sammelorganisation aller völkischen Gruppierungen zu werden. Im Sommer 1923 wurde auch die DVFP, die sich vom DVSTB ideologisch nicht unterschied und somit von Behörden als Nachfolgeorganisation angesehen wurde, verboten. Inwieweit es Ortsgruppen der DVFP bis zu jenem Zeitpunkt in Lippe gegeben hatte, ist nicht erkennbar. Jedoch sprechen einige Ereignisse dafür.

Am 12. April 1923 wurde von völkischer Seite eine Versammlung im Detmolder „Gasthof Krone“ durchgeführt, bei der Heinrich Dolle, „Arbeiterführer“ aus Kleinenberg, zum Thema „Deutschlands Rettung vom Standpunkt des Lohnarbeiters“ sprach. Dolle, unermüdlicher Kämpfer für den völkischen Gedanken, beschimpfte, wie Moritz Rülff, David Examus und ein weiterer Zeuge am folgenden Tag bei der Polizei zu Protokoll gaben, die Reichsregierung als „Schweinebande und Lumpengesindel“.²⁰⁴ Für die sittliche Verkommenheit Deutschlands, selbst für die Kindersterblichkeit, die größte Sterblichkeit an Schwindsucht und „die größte Verbreitung an ansteckenden Geschlechtskrankheiten“ machte der Demagoge natürlich „den Juden“ verantwortlich.²⁰⁵ Dolle selbst führte in einem unveröffentlichten Zeitungsartikel aus, „die Juden Rülff und Examus und eine Gruppe von Männern, darunter eine Frau, die augenfällig von den Juden dazu bestellt waren“, hätten die Versammlung massiv gestört. Erst der Saalschutz unter dem Lehrer Wilhelm Schröder aus Leopoldsthal habe für den ruhigen Fortgang der Versammlung gesorgt.²⁰⁶ Der CV griff damit zu einer neuen Strategie. Die Strafanzeige wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz

²⁰¹ STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 5. Juli 1922.

²⁰² Vgl. Vorgang, März-April 1923; in: LAV NRW OWL, L 10 Nr. 535 und LANDTAGSVERHANDLUNGEN, Sitzung vom 11. April 1923.

²⁰³ Nach der Ermordung Rathenaus missfiel vielen Deutschnationalen altkonservativer und christlicher Prägung der Radau-antisemitismus des völkischen Flügels.

²⁰⁴ Protokolle der Aussagen und Vernehmungen; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1167. Vgl. auch MÜLLER (1988), 403-405.

²⁰⁵ EBD.

²⁰⁶ EBD.

fürhte zur Anweisung des Landespolizeidirektors, Heinrich Dolle bei erneutem Auftritt in Lippe festzunehmen.²⁰⁷

Im Frühjahr 1924 bildete sich im Vorfeld der Reichstagswahl eine Bezirksgruppe Lippe des Völkisch-Sozialen Blocks (VSB). Über ein Flugblatt streute diese neue Gruppierung, eine Union aus Deutschvölkischen und Nationalsozialisten, ihre „allgemeinen grundsätzlichen Richtlinien“ unter das Volk. Unter dem Schlagwort „Staatsbürgerlich“ wurde den Juden abgesprochen, zur „deutschen Bluts-, Kultur- und Volksgemeinschaft“ zu gehören und somit deutsche Staatsbürger zu sein. Verantwortlich als Bezirksführer zeichnete der Lehrer Wilhelm Schröder.²⁰⁸

Die erste öffentliche Veranstaltung des VSB in Lippe sollte am 29. März 1924 im „Neuen Krug“ in Detmold stattfinden. Als Redner war der völkische Agitator Heinrich Dolle geladen. Die Anzeige in der *Tages-Zeitung* führte den Zusatz „Jedermann willkommen - Juden haben keinen Zutritt“.²⁰⁹ Dolle wurde bei seinem Auftritt verhaftet und einen Tag später nach Zahlung einer Kaution wieder freigelassen.²¹⁰ Unter der mit Hakenkreuzen versehenen Schlagzeile „Dolles Wort vom Sonntag wird eingelöst!“ kündigte der VSB gleich zwei weitere Veranstaltungen mit dem Bielefelder Studienrat Dr. Mönkemeyer in Schötmar und mit Graf Baudissin aus Bethel in Detmold an, wozu „jeder Deutschstämmige herzlich eingeladen“ wurde.²¹¹ Die Auftritte der Redner verliefen in der Regel tumultartig. Bei Dolles erneutem Auftritt war Karl Rosenthal, bis 1913 Prediger der Detmolder Synagogengemeinde und nun in Dortmund-Hörde tätig, zugegen.²¹² Rülff berichtete nach Berlin von der „zurzeit maßlosen antisemitischen Agitation“ in der Stadt und der kurzzeitigen Festnahme Dolles:

„Da ihn aber die Staatsanwaltschaft am nächsten Vormittag freigab, hielt er gestern Abend einen [...] antisemitischen Vortrag in einer überfüllten Versammlung.“²¹³

Graf Baudissins Ausfälle gegen das Judentum riefen in der Veranstaltung am 12. April 1924 in Detmold bei den Anwesenden Widerspruch hervor. Wie zwei Wochen zuvor bei Dolle trat die KPD der völkischen Agitation demonstrativ und mitunter handgreiflich entgegen.²¹⁴ Für die Detmolder Ortsgruppe des CV war die Freilassung Dolles eine herbe Enttäuschung, mit der sich der Vorstand befasste. Aufklärung und Gegenagitation verpufften, solange kein Rückhalt in der Gesellschaft vorhanden war. Verzweifelt suchte man nach neuen Wegen:

„In der heute stattfindenden Sitzung unserer Ortsgruppe haben wir wegen der maßlosen antisemitischen Agitation, die z.Zt. in Detmold betrieben wird, in Erwägung gezogen, etwa 10 Tage vor der Wahl eine öffentliche große Versammlung abzuhalten. Um einen nachhaltigen Eindruck mit dieser Versammlung zu erzielen, bedürfen wir eines hervorragenden Redners, der mit allen Fragen [...] vertraut ist.“²¹⁵

Diese Versammlung ist allerdings nicht zustande gekommen. Auch die Anzeige von Moritz Rülff und David Examus gegen Dolle vom Frühjahr 1923 führte letztendlich zu keinem durchschlagenden Erfolg. Das

²⁰⁷ Landespolizeidirektor an Ortspolizeibehörden, 20. April 1923; in: LAV NRW OWL, D 106 Detmold Nr. 990.

²⁰⁸ Flugblatt des VSB; in: LAV NRW OWL, D 72 Teudt Nr. 95 Bl. 24 und 27.

²⁰⁹ LTZ vom 29. März 1924. Die LLZ vom 29. März 1924 weist den antisemitischen Zusatz nicht auf.

²¹⁰ LLZ vom 30. März und 1. April 1924.

²¹¹ LLZ vom 4. April 1924.

²¹² Rosenthal befasste sich intensiv mit falschen Behauptungen Dolles in der Detmolder Versammlung. Vgl. CVZ vom 22. Mai 1924.

²¹³ CV-Ortsgruppe Detmold (Rülff) an CV-Zentrale, 31. März 1924; in: WL MF 55/18/699.

²¹⁴ LLZ vom 13. April 1924.

²¹⁵ EBD.

Schöffengericht Detmold sprach den völkischen Hetzer im August 1924 frei.²¹⁶ Die Staatsanwaltschaft, die acht Monate Haft und eine Geldstrafe gefordert hatte, legte Berufung ein. Die Strafkammer des Landgerichtes verurteilte Dolle dann zu einem Monat Gefängnis und einer Geldstrafe von 500 Goldmark.²¹⁷

Probleme in der CV-Ortsgruppe

Es traten zunehmend Schwierigkeiten in der CV-Arbeit hervor. Ein Thema, das seit 1921 und schließlich bis 1934 immer wieder den Syndikus des Landesverbandes und selbst die Berliner Hauptstelle beschäftigte, war die Person Moritz Rülff. Seit Gründung nahm er das Amt des Schriftführers ein, das der Vorstand um Carl Vogel durchaus als aktive Geschäftsführer-Rolle interpretierte. Somit setzte sich das Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich Rülff gegenüber Vogel und Dr. Hirschfeld innerhalb der Synagogengemeinde befand, im CV fort. Rülffs Vorstellungen, dass seine Arbeit vergütet gehöre, denn nur so könne er den Aufgaben gerecht werden, wurde jedoch nicht geteilt. Sowohl die Zentrale als auch der Landesverbandssyndikus sahen die Dinge anders, vor allem aber der Ortsgruppenvorstand:

„Die Herren stehen auf dem Standpunkte, dass die Arbeit in Detmold so gering sei, dass Herr R. sie ehrenamtlich leisten müsse.“²¹⁸

In den ersten zwei Jahren sprang offensichtlich ohne Wissen des Ortsgruppenvorstandes die Zentrale ein und vergütete einen Teil von Rülffs Arbeit. Als kein eigener lippischer Bezirksverband gebildet wurde, wie Rülff es sich erhofft hatte, und auch die Teil-Vergütung wegfiel, zog er sich nach Siegmund Goldmanns Einschätzung zunehmend zurück. Die Spannungen blieben bestehen.

Die Ortsgruppe hatte mit einem weiteren Problem zu kämpfen. Vielleicht lässt sich dieses am besten mit den Begriffen Ermüdung und Resignation umschreiben. Das beinahe dauerhafte antisemitische Trommelfeuer war nicht spurlos an Vorstand und Mitgliedern vorübergegangen. Es existierte ein massives Mobilisierungsproblem, das bereits beim Vorstand einsetzte. Der honorige Kreis um Direktor Vogel und Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld hielt sich offenbar weitgehend von den klassischen Vereinsaufgaben fern. Im April 1923 schrieb Landesverbandssyndikus Siegmund Goldmann an die Zentrale:

„Am Montag, den 26.3. Generalversammlung der Ortsgruppe Detmold, Besuch mangelhaft, etwa 45 Personen, überwiegend Damen. Leitung: Director Vogel. Die Sitzung beginnt mit einer halben Stunde Verspätung. Der Vorsitzende erstattet Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Jahre. Infolge mancherlei Ursachen ist es nicht möglich gewesen, auch nur einen Vortragsabend zu veranstalten. [...] Die Beitragserhebung hat nur mit großen Schwierigkeiten durchgeführt werden können.“²¹⁹

Goldmann nahm diese Entwicklung zum Anlass, über einen Beitrag in der *CV-Zeitung* die Ortsgruppen und Mitglieder noch einmal zu kontinuierlicher und gewissenhafter Arbeit anzuhalten.²²⁰ Einige Monate später erfolgte eine weitere Versammlung, nun mit prominenter Beteiligung aus Berlin. Der Landesverbandssyndikus berichtete:

²¹⁶ Urteil vom 27. August 1924; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1167.

²¹⁷ Revisionsurteil vom 20. November 1924; in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. 28/1968 Nr. 146.

²¹⁸ CV-Landesverband OWN (Goldmann) an CV-Zentrale, 12. April 1923; in: WL MF 55/18/699.

²¹⁹ CV-Landesverband OWN (Goldmann) an CV-Zentrale, undatiert [ca. 1. April 1923; JH]; in: WL MF 55/18/699.

²²⁰ CV-ZEITUNG (CVZ) vom 4. Mai 1923.

„Am Dienstag, den 27. November fand in Detmold eine Mitgliederversammlung statt, für die Herr Bankier Wallach (Berlin) und Fräulein Stern (Berlin) als Referenten vorgesehen waren. [...] Die Versammlung war mäßig besucht. Wie berichtet wurde, waren viele fern geblieben, weil sie den ‚unvermeidlichen Appell an den Geldbeutel‘²²¹ fürchteten. Die Zuhörerschaft bestand aus überwiegend Damen. [...] Gewisse Schwierigkeiten liegen darin, dass auch von den maßgebenden Stellen die Judenfrage als ein heißes Eisen angesehen wird.“²²²

Nach Berlin meldete Goldmann trotzdem: „Die führenden Männer der Ortsgruppe Detmold sind auf dem Posten.“²²³

Zunehmend deutete sich eine Problemstellung auf einem weiteren Feld an, die sich über die nächsten Jahre deutlich verstärken sollte. Die Suche nach nichtjüdischem Beistand und nach Rückhalt außerhalb der Organisation war von ernüchterndem Misserfolg geprägt.

Keine Bündnisgenossen

Bis etwa 1924 standen die jüdischen Lipper in ihrem Abwehrkampf gegen die massiven antisemitischen Bestrebungen nicht allein. Die republikanischen Parteien und Organisationen, SPD und USPD, die Gewerkschaften und vorweg die DDP widersetzten sich der Agitation der republikfeindlichen und völkischen Parteien und Kampfbünde. Dieser Kampf gegen DNVP, DVFP, VSB, DVSTB und andere Gruppierungen lag in vielen Fällen vermutlich primär in der Absicht zur Verteidigung der Republik begründet und war weniger in einer Positionierung für die Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger motiviert. Die lippische DDP, die klarer als andere Parteien Stellung bezog, hatte bei den Wahlen in beträchtlichem Umfang Stimmen eingebüßt.

Tatsächlich gab es von 1925 bis 1933 keine Partei in Lippe mehr, die noch jüdische Kandidaten für die Kommunalwahlen aufstellte. Nur in Bösingfeld kandidierte der Lederhändler Moritz Frankenstein 1928 auf einer „Bürgerlichen Liste“ und wurde zum Gemeindevorsteher gewählt. Somit lässt sich vermuten, dass in den republikanischen Parteien die „Judenfrage“ ebenfalls als „heißes Eisen“ betrachtet wurde und man befürchtete, eine Aufstellung jüdischer Kandidaten könnte die Wahlchancen schmälern. Auf der anderen Seite mag diese Entwicklung auch mit einem Rückzug jüdischer Lipper aus dem parteipolitischen Geschehen zusammenhängen.

Mit Adolf Neumann-Hofer und Max Staercke verfügte die lippische Judenschaft bis über die Anfangsjahre der Weimarer Republik hinaus über prominente Bündnisgenossen. Während Neumann-Hofer bis zu seinem Tod 1925 unbeirrbar gegen den Antisemitismus eintrat, ist Staerckes Positionierung bis 1933 als weniger geradlinig und zuverlässig einzuschätzen.

²²¹ Dabei ging es Spenden für den Wahlfonds des CV, aus dem dieser wiederum den Wahlkampf nahestehender Parteien sowie Organisationen unterstützte.

²²² CV-Landesverband OVN an CV-Zentrale, 4. Dezember 1923; in: WL MF 55/18/699.

²²³ EBD.

Adolf Neumann-Hofer



Adolf Neumann-Hofer.
(Lippischer Kalender
für das Jahr 1920)

Über ein Vierteljahrhundert hatten die jüdischen Lipper im Linksliberalen Adolf Neumann-Hofer einen ebenso umtriebigen wie gewichtigen Bündnisgenossen. In Verbindung mit seiner *Lippischen Landes-Zeitung* war er als Reichs- und Landtagsabgeordneter und später als Mitglied des Landespräsidiums unermüdlich, konsequent und kompromisslos für die Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger und gegen den Antisemitismus eingetreten. Für ihn war die „Judenfrage“ kein „heißes Eisen“.

Eine Zäsur in der CV-Arbeit und dem Engagement gegen den Antisemitismus trat im Frühjahr 1925 mit dem Tod Dr. Adolf Neumann-Hofers ein.²²⁴

Der maßgebliche Ansprechpartner und verlässliche Bündnisgenosse der lippischen Judenschaft schlechthin fehlte nun. Nach seinem Tod war kein prominenter, kraftvoller und einflussreicher Fürsprecher mehr vorhanden.

Zur Einweihung der neuen Detmolder Synagoge im Mai 1907 hatte Neumann-Hofer als Redner die „im Lipperlande geübte Toleranz und das herzliche Beieinanderleben aller Konfessionen“ hervorgehoben.²²⁵ In einer Antwort des Politikers auf eine Umfrage von 1907 zur „Judenfrage“ traten jedoch auch fragwürdige Einstellungen hervor:

„Das Christentum beider Schattierungen ist eben eine internationale Religion geworden, während das jüdische Bekenntnis eine nationale Religion im verwegensten Sinne des Wortes geblieben ist und seinem Grundcharakter nach (auserwähltes Volk) ja auch tatsächlich sein will.“²²⁶

Durch den Ritus der Beschneidung würde „die Abscheidung des Personenkreises [...] geradezu auf die Spitze getrieben.“ Es sei „nur eine natürliche Reaktion, wenn die Gefühle des Fremdseins auf der anderen Seite dadurch noch gesteigert werden.“ Für den Judenhass verantwortlich machte Neumann-Hofer den an den Schulen erteilten „religionsgeschichtlichen Unterricht“. Zur Veränderung unterbreitete er folgende Gedanken:

„Die [...] Milderung der Gegensätze halte ich für das beste praktische Mittel, um die Menschen allmählich zur Toleranz heranzubilden. Freilich müssten sich die Juden darüber klar werden, dass sie, als winziger Bruchteil der Bevölkerung und als derjenige Teil, der unter der Judenfrage leidet, bei dieser Abmilderung der Gegensätze ein weit größeres Entgegenkommen beweisen müssten, als der andere Teil. Wenn die Judenschaft das nicht will, sondern eigensinnig bei der scharfen Aufrechterhaltung der Gegensätze beharrt, so trägt sie selbst die Hauptschuld an dem Fortbestehen der Judenfrage im üblichen Sinne. Denn sie kann nicht erwarten und auch nicht verlangen, dass

²²⁴ JÜRGEN HARTMANN, „Diesem Gesindel ganz gehörig entgegentreten“. Der Linksliberale Adolf Neumann-Hofer und der Antisemitismus in Lippe; in: INGO KOLBOOM/ANDREAS RUPPERT (Hg.), *Zeit-Geschichten aus Deutschland, Frankreich, Europa und der Welt*. Lothar Albertin zu Ehren. Lage 2007, 235-246. S. auch HANS-JOACHIM KEIL, Professor Dr. Adolf Neumann-Hofer (1867-1925) in Lippe (1899-1925). Biografie auf CD, Detmold 2018.

²²⁵ IsFb vom 30. Mai 1907. Identisch in der AZJ vom 31. Mai 1907.

²²⁶ ADOLF NEUMANN-HOFER, Gibt es eine Judenfrage?; in: JULIUS MOSES, *Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage*, Berlin 1907, 260-269 (hier: 262).

99 Prozent des Volkes sich nach der Richtung des einen jüdischen Prozentes hin allzu-
sehr wandeln.“²²⁷

Neumann-Hofers konkrete Vorschläge lauteten:

„[...] so könnte sich meiner Ansicht nach das Judentum in diesen Äußerlichkeiten nunmehr dem Christentum etwas mehr assimilieren, damit der Menge in dieser Beziehung nicht auf Schritt und Tritt immer wieder der scharfe Gegensatz zum Bewusstsein gebracht wird. Hier würde ich in erster Linie die Beseitigung der Beschneidung für wünschenswert halten [...]. Warum müssen ferner die Speisevorschriften aufrechterhalten werden, [...] durch die [...] vielfach in der Öffentlichkeit (koschere Schlächter, Restaurants etc.) das Trennende über Gebühr hervorgehoben wird? Warum sollten die Juden des Weiteren ihren Sabbath nicht an den gleichen Tagen feiern können, wie die Christen ihren Sonntag? Warum könnten sie ihre hohen Feste nicht in dieselben Zeiten legen, zu denen die Christen ihre hohen Feste feiern? Warum muss am Sabbath, warum muss namentlich zu den Zeiten der hohen Feste dem übrigen Teile des Volkes immer mit einer gewissen Aufdringlichkeit zu Gemüte geführt werden, dass dieser kleine Prozentsatz zu dem übrigen Volke in wichtigen oder doch für wichtig gehaltenen Dingen in schneidendem Gegensatze steht? Ein solches fortwährendes Zurschautragen des Gegensatzes muss gegensätzliche Empfindungen auf der anderen Seite auslösen. [...] Die Abmilderung und allmähliche Beseitigung der Judenfrage scheint mir also zu einem erheblichen Teil an dem guten Willen der Judenschaft selbst zu liegen.“²²⁸

Für den „modernen, aufgeklärten, liberalen Kulturmenschen gebe es jedoch keine „Judenfrage“. Aber letztlich würde diese erst dann nicht mehr bestehen, wenn dieser Typus „nicht mehr eine verschwindende Minderheit, sondern eine überwältigende Mehrheit im Volkskörper bildet“.²²⁹ Leider gibt es keine Selbstzeugnisse darüber, inwiefern in Neumann-Hofers Auffassung Änderungen eintraten. Eine Rolle dabei könnte die Freundschaft mit Carl Vogel gespielt haben, den er als Aufsichtsratsvorsitzender der Sinalco AG und aus dem Weltkrieg als seinen Stellvertreter als Pressedelegierter kannte.²³⁰ Außer Zweifel steht die Tatsache, dass er sich als Verleger der *Lippischen Landes-Zeitung*, als Reichs- und Landtagsabgeordneter, sowie als Mitglied des Landespräsidiums während des Vierteljahrhunderts seines Wirkens wie kein anderer in Lippe für die Gleichberechtigung der Juden und gegen den Antisemitismus eingesetzt hat. Neumann-Hofer war keinem Kampfe und keiner Diskussion ausgewichen. Seine Haltung war ebenso deutlich wie kompromisslos. Moritz Rülff würdigte ihn und sein engagiertes Eintreten deshalb in einem eindrucksvollen Nachruf in der *CV-Zeitung*.²³¹

Max Staercke

Der DDP-Landtagsabgeordnete Max Staercke dagegen besaß weder das politische Format noch die unbedingte Verlässlichkeit seines Freundes Neumann-Hofer. Im September 1920 hatte er die *Landes-Zeitung* von Neumann-Hofer übernommen. Die DDP verließ er wenig später.²³²

²²⁷ EBD., 265.

²²⁸ EBD., 267 f.

²²⁹ EBD., 268 f.

²³⁰ KEIL (2018), 55.

²³¹ CVZ vom 5. Juni 1925.

²³² Zur Biografie Staerckes s. ANDREAS RUPPERT, Max Staercke (1880-1959) – Publizist und Politiker in Lippe; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 12/2011, 35-52.



Abg. Verlagbuchhändler Staercke
Detmold

Max Staercke.
(Lippischer Kalender für das Jahr
1920)

Als das Landespräsidium 1919 Rülff anstellte und eine antisemitische Protestwelle folgte, trat er nach außen als Unterstützer der Maßnahme auf, nach innen gegenüber Neumann-Hofer aber äußerte er im August 1919 Vorbehalte: diese „Sache“ habe der Partei sehr geschadet.²³³ Um 1921/22 kam es gar zu massiven Störungen im Verhältnis zwischen der Detmolder Synagogengemeinde und Staercke, die in einer CV-Vorstandssitzung am 13. Januar 1922 thematisiert wurden. Artur Schweriner, Freund Staerckes aus alten Tagen und mittlerweile CV-Funktionär in der Berliner Hauptgeschäftsstelle, war zugegen. Er hatte zuvor Staercke aufgesucht und berichtete nun, Staercke sei verbittert über die Detmolder Juden. Aus wirtschaftlichen Gründen habe er sein Blatt, die *Landes-Zeitung*, nicht mehr nur ausschließlich der DDP zur Verfügung gestellt und sei daraufhin in unerhörter Weise angegriffen worden. Außerdem hätten ihn die Detmolder Juden, als er noch Landtagsabgeordneter gewesen sei, in „wenig vornehmer Weise“ bekämpft.²³⁴ In einem Vermerk für den CV-Vorstand in Berlin wurde festgehalten:

„Er [Staercke; JH] hätte damals geäußert, wenn man nicht gute Freunde unter den Juden hätte, das Gros der Detmolder Judenheit könnte einen zum Antisemiten machen. Schweriner stellte ihn darauf zur Rede: ‚Ist es wahr, dass du Antisemit bist?‘ – Antwort Staercke: ‚Ich Antisemit, Du bist wohl verrückt!‘“²³⁵

Aber der CV-Vorsitzende Carl Vogel berichtete in der Sitzung weiter, ihm sei zugetragen worden, wie Frau Staercke sich „wiederholt in antisemitischen Ausdrücken ergangen hätte und dass eines Tages ihre Tochter mit einem Hakenkreuz in der Schule erschienen sei“. Vogel müsse „offen bekennen, dass man bei Staercke nicht wüsste, woran man sei. Zweifellos sei er heute noch kein Antisemit, aber man könne nicht wissen, ob er es nicht morgen werden würde.“²³⁶

Eine Aussprache zwischen Schweriner und Staercke in Berlin im Februar führte offiziell zu einer „vollen Harmonie zwischen beiden Teilen“ – aber nur vorerst.²³⁷ Denn ein weiterer Vorfall sorgte offenbar für Irritationen und Unmut innerhalb der Synagogengemeinde. In Staerckes Verlag, der Meyerschen Hofbuchhandlung, war Ende 1921 das Buch „Das Judentum. Die Wahrheit über seine Entstehung“ veröffentlicht und in der *Lippischen Landes-Zeitung* beworben worden.²³⁸ Eine positive Rezension im redaktionellen Teil folgte. Sein Verfasser Wilhelm Erbt gehörte zum völkischen Flügel der DNVP, vertrat ein rassistisches Menschenbild und propagierte die Germanisierung des Christentums.²³⁹ Offenbar auf Veranlassung des Landesverbandssyndikus Goldmann vermittelte wieder einmal Staerckes Freund Artur Schweriner. Vermutlich in Folge dieses Gespräches durfte Schweriner eine kritische Rezension des Erbt-Werkes in der *Lippischen Landes-Zeitung* veröffentlichen und er konnte Staercke dafür gewinnen, ein Buch gegen eine dem CV durchaus feindselig gegenüber stehende Bewegung innerhalb der deutschen Judentum zu verlegen. Dabei handelte es sich um das Buch „Eine Lösung der Judenfrage?“ von Johannes Friedrichs.²⁴⁰ Hinter diesem

²³³ Staercke an Neumann-Hofer, 9. August 1919; in: LAV NRW OWL, D 72 Neumann-Hofer Nr. 87.

²³⁴ Bericht über die Vorstandssitzung der CV-Ortsgruppe Detmold am 13. Januar 1922; in: WL MF 55/18/699.

²³⁵ EBD.

²³⁶ EBD.

²³⁷ Aktennotiz Schweriners für die CV-Zentrale, 28. Februar 1922; in: WL MF 55/18/699.

²³⁸ WILHELM ERBT, Das Judentum. Die Wahrheit über seine Entstehung. Detmold 1921.

²³⁹ Bereits eine frühere Veröffentlichung Erbts von 1914 wurde entsprechend besprochen. Vgl. AZJ vom 29. September 1915.

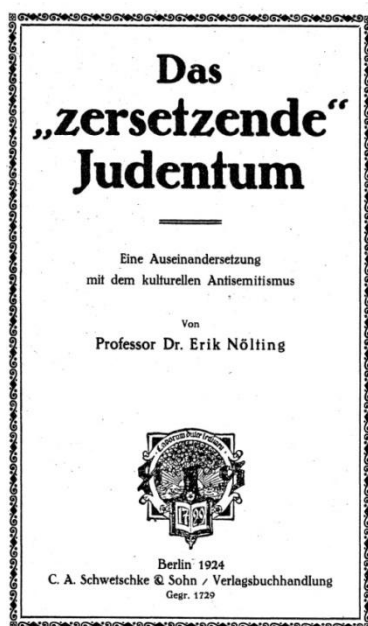
²⁴⁰ JOHANNES FRIEDRICHS (d.i. Gotthardt Brodt), Eine Lösung der Judenfrage? Kritische Betrachtung. Detmold 1922.

Namen verbarg sich der sozialdemokratische Redakteur Gotthardt Brodt aus Siegen, der im Sinne des CV den neugegründeten, zutiefst nationalistischen Verband nationaldeutscher Juden (VndJ) attackierte.²⁴¹ Dieser Verband begrüßte 1933 gar die Machtübernahme Hitlers. Auf der letzten Seite dieses Buches bewarb Staerckes Verlag erneut das Werk des Antisemiten Erbt. Den Syndikus Siegmund Goldmann wunderte Max Staerckes Haltung längst nicht mehr:

„Das ist ganz und gar unser lieber ‚Freund‘ Staercke. Hier stehe ich, ich kann auch anders. Gott schütze uns vor solchen Freunden.“²⁴²

Max Staercke und seine *Lippische Landes-Zeitung* blieben aber der alten Linie treu. Auch nach 1933 und bis zum Verkauf 1936 finden sich keine gehässigen antisemitischen Töne im Blatt. Unbedingt anzuführen sind auch Staerckes Bemühungen nach 1945, entgegen dem allgemeinen Zeitgeist der jüdischen Opfer aus Lippe zu gedenken. Gemeinsam mit dem aus Theresienstadt zurückgekehrten Lemgoer Adolf Sternheim war er bemüht, das Schicksal jedes einzelnen jüdischen Bürgers zu klären. 1948 mündete sein Engagement in eine zentrale Gedenkfeier.²⁴³

Erik Nölting



Titelblatt von Eriks Nöltings erster Broschüre, 1924.

Erwähnung finden muss unbedingt Professor Dr. Erik Nölting. Bei ihm handelt es sich um eine Persönlichkeit, deren Wirken in Detmold bisher nur Randthema war. Der Wirtschaftswissenschaftler lehrte ab Frühjahr 1920 an der Fürst-Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften. Er gehörte erst der Demokratischen Vereinigung, einer Organisation der Freisinnigen, dann ab 1921 der Sozialdemokratie an. 1923 schon verließ er Detmold. Nölting zog 1928 in den preußischen Landtag ein und nach 1945 wurde er erster Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Politiker gehörte zu den Menschen, die sich früh voller Überzeugung für die Gleichberechtigung der Juden und gegen den Antisemitismus einsetzten. Als vehementer Fürsprecher war Nölting erstmals im August 1920 während der CV-Veranstaltung gegen den DVSTB in Detmold öffentlich in Erscheinung getreten.²⁴⁴ In Detmold freundete er sich vor allem mit dem Fabrikanten Hermann Neugarten an.²⁴⁵ Nölting publizierte zahllose Artikel für die *CV-Zeitung*, veröffentlichte Broschüren gegen den Antisemitismus und trat in ebenso zahlreichen Versammlungen für den CV in ganz Deutschland als Redner auf. Seine erste Broschüre „Das ‚zersetzende‘ Judentum“ trägt eine gedruckte Widmung für den Detmolder Freund Neugarten.²⁴⁶

²⁴¹ Zur Broschüre s. Korrespondenz zwischen Brodt und Schweriner (CV-Zentrale), April 1922; in: WL MF 55/19/744. Ein Mitglied des VndJ in Lippe war Max Lenzberg in Lemgo.

²⁴² CV-Landesverband OVN (Goldmann) an CV-Zentrale, 28. April 1922; in: WL MF 55/19/731.

²⁴³ JÜRGEN SCHEFFLER, Lokale Erinnerungen im Schatten der Vergangenheit. Die Gedenkfeier für die lippischen Juden in Lemgo 1948. Eine Ausstellung zur Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in den frühen Nachkriegsjahren; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 9/2009, 39-44; DERS./HANNE POHLMANN/KLAUS POHLMANN, Lokale Erinnerung im Schatten der Vergangenheit. Die Gedenkfeier für die lippischen Juden in Lemgo 1948, Bielefeld 2009.

²⁴⁴ LLZ vom 14. August 1920. Zu Nölting s. CLAUDIA NÖLTING, Erik Nölting. Wirtschaftsminister und Theoretiker der SPD (1892-1953), Essen 1989.

²⁴⁵ Nölting erhielt sogar zeitweise Prokura für die Firma Neugarten & Eichmann. Vgl. STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 29. Oktober 1924.

²⁴⁶ ERIK NÖLTING, Das „zersetzende“ Judentum. Eine Auseinandersetzung mit dem kulturellen Antisemitismus. Berlin 1924. Die Widmung lautet: Herrn Hermann Neugarten in Freundschaft zugeeignet.

An einen anderen prominenten Reichs- und Landtagsabgeordneten aus Lippe, Gottfried Reinhold Treviranus, musste der CV keinen Gedanken verschwenden. Nicht nur, dass Treviranus der DNVP angehörte, hatte er zum in seiner Partei weit verbreiteten Antisemitismus eine spezielle Ansicht. In einer Veranstaltung im November 1924 äußerte er: „Wir Deutschnationalen sind nicht antisemitisch, sondern völkisch.“²⁴⁷ Zuvor hatte er gegenüber den Juden den Vorwurf erhoben, „dass die bisherigen deutschen Regierungen seit der Revolution unter jüdischem Einfluss gestanden haben.“²⁴⁷ Treviranus lehnte später den extremen Rechtskurs seines Vorsitzenden Alfred Hugenberg ab und trat 1929 aus der DNVP aus. Er begründete die Volkskonservative Vereinigung und flüchtete 1934 aus Deutschland.

Die verzweifelte Suche nach Unterstützern

Die Detmolder Ortsgruppe des CV befand sich seit 1925/26 in einem Zustand der Lethargie. Der Landesverband und die Zentrale des CV übten deshalb zunehmend Druck aus. Ein solches Einschreiten war zu jener Zeit nicht unüblich. Innerhalb des Landesverbandes galt besonders die Ortsgruppe Bielefeld als ein „Sorgenkind“.²⁴⁸

Vor allem drängte der Vorstand in Berlin darauf, nichtjüdische Unterstützer zu mobilisieren und jüdische Themen bei Multiplikatoren und Entscheidern im aufklärerischen Sinne zu platzieren. Innerhalb des Gesamt-CV gab es seit Beginn der Republik eine permanente Diskussion um die Wahl der Mittel im Kampf gegen den Antisemitismus, die sich im Laufe der Jahre verschärfte.

Im Januar 1926 drängte die CV-Zentrale Moritz Rülff, eine sogenannte Notabeln-Versammlung in Detmold durchzuführen. Als Notabeln galten Angehörige der bürgerlichen Oberschicht mit Einfluss.²⁴⁹ Die CV-Ortsgruppe sträubte sich, vor allem weil sie sich an den vorgegebenen Regeln der Hauptstelle stieß. Es sollten nach Vorgabe aus Berlin nämlich nur sehr wenige Mitglieder, sprich: Juden, zugegen sein. Die Zentrale reagierte auf die Kritik aus Detmold:

„Was nun die Beteiligung der dortigen Mitglieder an der beabsichtigten Notabelnversammlung betrifft, so sind wir zu unserm Bedauern nicht in der Lage, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, so sehr wir das Verlangen unserer Freunde begreifen. Es handelt sich dabei um die von Berlin vertretene Anschauung, dass die Gegenwart von Glaubensgenossen bei derartigen Veranstaltungen schädigend ist. Es wird Ihnen sicherlich einleuchten, dass Nichtjuden, die sowieso schon schwer genug zu bewegen sind, sich öffentlich über die Judenfrage auszusprechen, sich besonders geniert fühlen, wenn eine größere Anzahl von Juden zugegen ist, die ganze Veranstaltung würde alsdann ihren Zweck verfehlen.“²⁵⁰

Weitere Vorgaben wie das Eindecken der Tische in freundlichem Weiß und die „behagliche Raumgestaltung“ wurden offenkundig umgesetzt. Angesichts der Erfahrung der Zentrale, dass in der Regel nur 20

²⁴⁷ DER SCHILD. Organ des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF) vom 10. April 1930. Die RjF-Ortsgruppe Bocholt erinnerte an diese Aussage anlässlich eines erneuten Auftritts von Treviranus in der Stadt.

²⁴⁸ Die Ortsgruppe Bielefeld war häufiger Ziel von Interventionen des Hauptvorstandes oder des Landesverbandes. Vgl. u.a. CV-Vorstand an CV-Landesverbandsvorsitzenden Isidor Baruch (Herford), 14. März 1928; in: WL MF 55/11/354. 1929 wurde durch die Hauptstelle insistiert und der Vorstand neu gebildet.

²⁴⁹ Eine Orientierung des CV an der Notabeln-Erklärung vom November 1880, in welcher sich 75 bedeutende Persönlichkeiten gegen die antisemitische Bewegung und die Antisemitenpetition wendeten, ist dabei offensichtlich.

²⁵⁰ CV-Zentrale an CV-Ortsgruppe Detmold (Rülff), 21. Januar 1926; in: WL MF 55/18/699.

bis 25 Prozent der geladenen Personen tatsächlich erschienen, waren Sinnhaftigkeit und Wirkung einer solchen Veranstaltung deutlich in Frage zu stellen. Die Versammlung fand schließlich am 20. Februar 1926 im Saal des Arminius-Hotels statt. Die Einladung war wenige Tage zuvor durch die Ortsgruppe versendet worden. Darin hieß es:

„Über keine Frage herrscht so viel Unklarheit und Vorurteil wie über die Judenfrage. Um Aufklärung zu schaffen und Gelegenheit zu bieten, haben wir eine Reihe angesehener Persönlichkeiten aus christlichen Kreisen gebeten mit uns [...] zusammenzutreffen, wo nach einem Vortrag des Direktors des Centralvereins, Herrn Dr. Ludwig Holländer, Berlin, der Aussprache weitgehendster Raum gewährt werden soll. Wir versprechen uns von dieser Zusammenkunft eine Klärung umstrittener Fragen und eine Förderung des Bürgerfriedens.“²⁵¹

Leider war nicht zu ermitteln, ob es einen nichtjüdischen Versammlungsleiter, wie von der Zentrale vorgeschlagen, gab. Der Referent des CV war jedoch hochkarätig: der Direktor des CV, Dr. Ludwig Holländer, war nach Detmold gekommen. In einer kurz nach der Veranstaltung gefertigten Aktennotiz unterrichtete er seine Vorstandskollegen:

„Die Versammlung in Detmold war von etwa 60 christlichen Persönlichkeiten besucht und nahm einen ganz vorzüglichen Verlauf. [...] Ich hatte Gelegenheit, persönlich mit dem früheren Lippe'schen Landespräsidenten, mit dem Polizeipräsidenten, mit einem Mitglied des jetzigen Landespräsidiums und einer Reihe anderer Herren zu sprechen, welche mir rieten, in kleineren Orten solche Vorträge zu halten, weil diese allein dazu angetan seien, die immer größer werdende Judenfeindschaft zu unterbinden.“²⁵²

Holländers Einschätzung des erzielten Effektes entsprach in keiner Weise der Realität. Nachhaltig war diese Veranstaltung – anders als erhofft – nicht, das änderte auch eine kleine Notiz in der *Lippischen Landes-Zeitung* nicht, die er seinem Vermerk zur Dokumentation angefügt hatte:

„[...] In sachlicher, leidenschaftsloser und sehr würdiger Form ging der Redner allen oft nur durch oberflächliche Verallgemeinerung gezüchteten Vorurteilen gegen die deutschen Juden zu Leibe. Während er durchaus nicht die mancherlei bösen und schlechten Elemente verkannte, so klang es doch immer wieder wie in feierlicher Beschwörung aus seinen Worten heraus, dass die deutschen Juden mit ihrem ganzen Innern deutsch fühlen, dass sie mit dem deutschen Volke leben und sterben wollen, und dass es für sie nur die eine Zukunftshoffnung gebe: das Wohl Deutschlands. Herzlicher Beifall dankte dem Redner.“²⁵³

Wie gering die tatsächliche gesellschaftliche Unterstützung aussah, zeigte sich auch an den Beziehern der Monatsausgabe der *CV-Zeitung*. Die Ortsgruppen konnten an jüdischen Themen interessierte Nichtjuden benennen, die diese Zeitung kostenlos und auf Wunsch sogar in unauffälliger Aufmachung zugesandt erhielten. Für Detmold wurden jedes Mal die gleichen Personen genannt – zwei an der Zahl: der Justizrat

²⁵¹ Einladungskarte der CV-Ortsgruppe Detmold, 15. Februar 1926; in: WL MF 55/18/699.

²⁵² Handschriftliche Aktennotiz Dr. Holländers für die CV-Zentrale, undatiert; in: WL MF 55/18/699. Leider ist aus Holländers Angaben bis auf den Landespolizeidirektor Max Heise niemand einwandfrei identifizierbar.

²⁵³ LLZ vom 21. Februar 1926. Das Organ der lippischen SPD berichtete über die Veranstaltung unter der Überschrift „Eine noch immer brennende Frage“ und zog das Fazit: „Der Vortrag hat viel Aufklärung gebracht und wird sicher zu einem besseren Zusammenwohnen [sic!] mit den jüdischen Volksgenossen beitragen.“ VOLKSBLATT vom 22. Februar 1926.

a.D. Karl Sieg²⁵⁴ und der Generaloberarzt a.D. Dr. Hans Thun. Beide gehörten der DDP an, und weder die Partei noch die beiden Genannten besaßen nennenswertes gesellschaftliches Gewicht. Rülff schrieb daher im August 1926 an die Zentrale:

„Herr Generaloberarzt a.D. Dr. Thun, alias Friedländer, soll von jüdischer Abstammung sein. Er und seine Frau betätigen sich sehr für die demokratische und für die pazifistischen Organisationen, sind literarisch und musikalisch sehr gebildet und verkehren auch sehr in jüdischen Kreisen. [...] Ich darf allerdings hervorheben, dass der Einfluss des Herrn Dr. Th., bedingt durch die persönlichen und örtlichen Verhältnisse, nicht überschätzt werden darf.“²⁵⁵

Differenzen innerhalb der CV-Ortsgruppe

Der Ortsgruppenvorsitzende Carl Vogel wirkte nicht nur durch seine berufliche Tätigkeit stark eingespannt. Er war zugleich Vorsitzender der Synagogengemeinde, des Lippischen Synagogenverbandes sowie der um 1918 darniederliegenden Ortsgruppen des Vereins für liberales Judentum und des Leopold-Zunz-Vereins (Verein für jüdische Geschichte und Literatur). Außerhalb des jüdischen Gemeindelebens stand er noch dem Hansabund als wirtschaftlicher Interessenvertretung vor.²⁵⁶

Mitte 1926 erfuhr der Ortsgruppenvorstand eine weitere Schwächung. Vogel war als Direktor der Sinalco AG nicht nur fortwährend auf Geschäftsreisen und selten präsent, sondern darüber hinaus in einen reichsweit Aufmerksamkeit erregenden Prozess verwickelt, den die Antisemiten und ihre Presse, gerade auch die *Lippische Tages-Zeitung*, für ihre Zwecke nutzten.²⁵⁷ Vogel legte deswegen seine Ehrenämter zeitweise nieder.²⁵⁸ Siegmund Goldmann suchte Detmold am 24. August 1926 auf, um mit dem Vorstand über die Situation zu sprechen. Er berichtete anschließend:

„An der Aussprache nahmen teil die Herren: Rülff, Neugarten, Moses, Wertheim, Herzberg und ich. Herr Direktor Vogel, der auch gebeten war, verließ Detmold mit dem Zuge, mit dem ich eintraf. [...] Ich habe mich darauf beschränkt, zum Falle Vogel nur festzustellen, wer z.Zt. den Vorsitz führt: Herr Eichmann. [...] Zur Sache der Ortsgruppentätigkeit habe ich den Herren erklärt, dass es so nicht weiter gehe. Trotzdem Detmold ein politisch-nationalistisches Zentrum geworden sei, geschehe nichts; nur wenn es, wie bei der drohenden Hitlerversammlung²⁵⁹ auf den Nägeln brenne, rühre

²⁵⁴ Zur Biographie Karl Siegs s. LIPPISCHER KALENDER für das Jahr 1927, Detmold 1926, 88. Sieg war von 1901 bis 1906 Stadtverordnetenvorsteher. Vgl. WOLFGANG BENDER, Einer für Alle! Der Vorschussverein zu Detmold von 1862 – Vorläufer der Volksbank Detmold; in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT, Detmold um 1900. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bielefeld 2004, 185-214 (hier: 191). Sieg kandidierte außerdem 1900 und 1904 als Vertreter der Nationalliberalen Partei für den Landtag.

²⁵⁵ Rülff an CV-Zentrale, 22. August 1926; in: WL MF 55/18/699. Hans Thun und seine Ehefrau Anna unterstützten den Wahlvorschlag der DDP für die Landtagswahl im Januar 1929. Anna Thun selbst war als Kandidatin auf Listenplatz 6 gesetzt. Vgl. STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 27. Dezember 1928. Im Oktober 1926 stellte die Zentrale noch einmal fest: „Wir haben nur zwei Bezieher: Justizrat Sieg und Dr. med. Thun. Das sind alte Anmeldungen und neuere sind in der letzten Zeit nicht erfolgt.“ Vgl. CV-Zentrale (Leibholz) an CV-Landesverband OVN, 4. Oktober 1926; in: EBD.

²⁵⁶ Zu Vogel s. auch die Würdigung zu seinem 60. Geburtstag in der CVZ vom 27. September 1929.

²⁵⁷ Vgl. CVZ vom 31. Dezember 1926.

²⁵⁸ CV-Landesverband OVN an CV-Zentrale, 19. Juli 1926, sowie CV-Landesverband OVN an Carl Vogel, 19. Juli 1926; in: WL MF 55/18/699.

²⁵⁹ Adolf Hitler sollte am 10. April 1926 am Hermannsdenkmal auftreten. Er erhielt Redeverbot durch die Landesregierung. Vgl. LLZ vom 23. März 1926. Dagegen wendete sich in der Landtagssitzung der völkische Abgeordnete Ludwig Koch, was Michael Hamlet, den Vorsitzenden der Synagogengemeinde Salzuflen-Schötmar zu einer Beschwerde über dessen Verleumdungen und das

man sich. Herr Rülff wollte das nicht wahr haben, doch stimmten sämtliche Herren mir bei. Es ist für die Lage in Detmold sehr bezeichnend, dass Herren, die dem Vorstände der dortigen Ortsgruppe angehören, das nicht nur nicht wussten, sondern ihre Zugehörigkeit energisch bestritten. Das kann nicht verwundern, wenn Herr Rülff feststellen musste, dass seit 1921 keine Vorstandssitzung mehr stattgefunden habe. Seit wann eine Generalversammlung nicht mehr stattgefunden hat, ließ sich überhaupt nicht feststellen. Herr Rülff schob die Schuld auf Direktor Vogel, der sich Sitzungen und Versammlungen gegenüber stets ablehnend verhalte. Als aber die anderen Vorstandsmitglieder baten, dann energisch zu werden und ev. ihre Intervention anzurufen, lehnte Herr R. das ab. Wenn ich das auch durchaus begreife und verstehe, dass R. sich zu dem Vorsitzenden der Gemeinde und des Synagogenverbandes in Gegensatz nicht stellen will, so sind doch die wirklichen Gründe für die, gelinde gesagt – Interessenlosigkeit des Herrn Rülff ganz woanders zu suchen. [...] Des Pudels Kern ist [...], dass Herr R. bezahlt werden will für eine Tätigkeit, die so gering ist, dass eine Bezahlung m.E. nur dann in Frage kommen kann, wenn alle Schriftführer sämtlicher Ortsgruppen Bezahlung erhalten.“²⁶⁰

Die Arbeit des CV 1930 bis 1933

Somit war die CV-Ortsgruppe Detmold, als die NSDAP ab 1930 in Lippe bei Wahlen kräftig Aufwind erhielt, schon kaum mehr sichtbar. Leider existieren keine Mitgliederzahlen. Wahrscheinlich wurden der Ortsgruppe Detmold die Mitglieder der aufgelösten Ortsgruppen Bad Salzuflen und Lemgo, sowie die Einzelmitglieder in den anderen lippischen Städten und Gemeinden zugeordnet. Der Hauptverband und die meisten Landesverbände des CV hatten sich dagegen seit 1918 zu überaus professionell arbeitenden Organisationen entwickelt. Massenhaft wurden Broschüren produziert, ein eigener Pressedienst belieferte republikfreundliche Zeitungen, Abgeordnete der Landtage und des Reichstages erhielten Informationsmaterial und vereinzelt auch Interna aus der NSDAP zugesandt. Viele Broschüren wurden auch an die Ortsgruppe in Detmold abgegeben wie die Broschüren „Anti-Nazi“ oder „Wir deutschen Juden“. Da die DDP durch die Verschmelzung mit dem antisemitischen Jungdo²⁶¹ zur Deutschen Staatspartei (DStP) für viele nur noch bedingt als Partner in Betracht kam, knüpfte der CV intensivere Kontakte zur SPD, zu den Gewerkschaften, zum Reichsbanner, zum Zentrum und zur Bayerischen Volkspartei. Auch das Wahl- und Spendenverhalten der jüdischen Bevölkerung passte sich entsprechend an. In Detmold blieben zahlreiche jüdische DDP-Anhänger zumindest vorübergehend noch der DStP treu.²⁶² Vor allem die jüngeren Juden aber orientierten sich eher in Richtung SPD und waren teilweise im Reichsbanner aktiv.²⁶³

Gebaren der Nationalsozialisten veranlasste. Vgl. Hamlet an Landesregierung, 26. Juni 1926; in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 25.

²⁶⁰ CV-Landesverband OWN (Goldmann) an CV-Zentrale, 25. August 1926; in: WL MF 55/18/699. Beim zeitweisen Vorsitzenden handelte es sich um den Fabrikanten Albert Eichmann.

²⁶¹ In Lippe hatte der Jungdo in verschiedener Weise Hetze betrieben, unter anderem 1924 in Horn unter dem dortigen Vorsitzenden, dem Postmeister Hoeck. Vor dem Haus des Kaufmannes Salli Blank wurden judenfeindliche Lieder gesungen und am Postamt Hetzplakate angebracht. Hoeck tönte außerdem, die Juden hätten ihre Pflicht im Felde nicht erfüllt. Vor Gericht verstieg er sich zu der Aussage, dass der Jungdo nicht antisemitisch sei, Juden als „Nichtdeutschen“ aber der Eintritt versagt bleibe. Vgl. LLZ vom 29. Januar und 3. April 1925. In einem Nachrichtenblatt des Jungdo in Salzuflen, ließ sich der Volksschullehrer F. Herbst Ende März 1926 nach einer Lobpreisung der „Geheimnisse der Weisen von Zion“ über die „Judenfrage“ aus. Vgl. CVZ vom 23. April 1926.

²⁶² Der DStP-Wahlvorschlag zur Stadtverordnetenwahl am 10. Januar 1932 war unterzeichnet von: Else Buchholz, Friedel Kauders, Paula Paradies, Lina und Albert Eichmann sowie Moritz und Erika Rülff. Vgl. STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 1496. Auf dem Wahlvorschlag der Partei zur Landtagswahl am 15. Januar 1933 dagegen ist keine Unterschrift eines jüdischen Lippers mehr zu finden. Vgl. STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND LIPPE vom 4. Januar 1933.

²⁶³ JÜRGEN HARTMANN, „Vom Zahne der Reform und des Indifferentismus benagt“. Zur religiösen Ausrichtung der jüdischen Lipper von der Mitte des 19. bis ins 20. Jahrhundert; in: ROSENLAND. ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 14/2013, 21-43 (hier: 40 f.).

Den Mitgliedern des CV wie Moritz Rülff oder Max Heilbrunn blieb nur, für die *CV-Zeitung* über besondere antisemitische Vorkommnisse zu berichten – wie 1925 über den Auftritt des bekannten Hetzredners Ludwig Münchmeyer²⁶⁴ beim Jubiläum des Hermannsdenkmals, das der Verfasser als „Mekka der nationalistisch-antisemitischen Wallfahrer“ betitelte, und eine antisemitische Note in einem Beitrag des Detmolder Archivrates Dr. Hans Kiewning für die dazugehörige Festschrift²⁶⁵ oder 1929 über die Eingabe des DNVP-Mitgliedes und Landgerichtsrates Dr. Bernhard Ebert gegen die jüdische Vertretungslehrerin Julie Meyer an der Knabenbürgerschule.²⁶⁶ Von einem lebendigen Vereinsleben oder irgendwelchen Veranstaltungen finden sich keine Zeugnisse mehr. Auch eine Eingabe vom Juni 1927 an die Landesregierung wegen der im Reich zunehmenden Schändungen jüdischer Friedhöfe stammte nicht aus der Feder des Ortsgruppenvorstandes, sondern des Landesverbandssyndikus.²⁶⁷

Detmold. Hotel „Kaiserhof“, Inhaber Sauer.
Laut Veröffentlichung im „Detmolder Volksblatt“ ge-
hört Sauer zu den Finanziers der dortigen Ortsgruppe
der NSDAP.

*Auszug aus dem Gaststättenverzeichnis
in der CV-Zeitung vom 20. Juni 1930.*

Eine weitere Aufgabe der Ortsgruppe bestand in der Zulieferung von Informationen an Berlin für die Aufstellung des sogenannten Bäder- und Gaststättenverzeichnisses, früher schlicht Bäderliste genannt. Dieses Verzeichnis sollte den Glaubensbrüdern und -schwestern Hinweise darauf geben, wo

sich ein Aufenthalt aufgrund antisemitischer Betreiber nicht empfahl. Gab es dort für Detmold bis 1928 keine Einträge, änderte sich dieses ab 1929. Als erstes Detmolder Lokal fand sich dort der „Fuchsbau“²⁶⁸, 1930 war es das „Hotel Kaiserhof“ mit seinem antisemitischen Betreiber Heinrich Sauer²⁶⁹, 1931 sind schließlich das Sanatorium Grotenburg in Hiddesen, welches vom NSDAP-Bezirksvorsitzenden Dr. Manfred Fuhrmann betrieben wurde, sowie das Gasthaus „Zur Rose“ und die Gaststätte Richter im Verzeichnis genannt.²⁷⁰ Die Erstellung dieses Verzeichnisses bedeutete für die Hauptgeschäftsstelle in Berlin einen unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand, da die Einträge überprüft werden mussten.

Wiederkehrende Erfahrungen der Ohnmacht

Im August 1930 verfasste der Kaufmann Max Heilbrunn, zweiter Vorsitzender der CV-Ortsgruppe, einen Brief an den Vorstand in Berlin, in welchem er für ein breites Bündnis, eine breite Front gegen Hitler und den Nationalsozialismus warb. Gelehrte, Künstler, Literaten usw. müssten sich entgegenstellen. Der Brief fand als Lesermeinung unter „Front gegen Hitler“ Eingang in die *CV-Zeitung*. Er belegt die Ohnmacht der

²⁶⁴ Ludwig Münchmeyer (1885-1947) war seit 1920 evangelischer Pastor auf Borkum und trat von Beginn an mit aggressiven antisemitischen Reden hervor. 1924 wurde er für die DNVP in den Gemeinderat gewählt. Der CV provozierte durch eine „Beleidigungs“-Schrift 1926 einen Prozess, in dessen Verlauf Münchmeyers umfängliches Fehlverhalten verhandelt wurde. Dieses reichte nach Auffassung des Gerichts von Erpressung, Falschaussage, Vorspiegelung falscher Tatsachen hin zu Amtsanmaßung und sexuellen Verfehlungen. Münchmeyer quittierte schließlich seinen Dienst. Ab 1928 trat er für die NSDAP öffentlich auf und wurde 1930 in den Reichstag gewählt.

²⁶⁵ CVZ vom 7. August 1925. HANS KIEWNING, Vor 50 Jahren. Erinnerungen an die Vollendung des Hermannsdenkmals. In: R. VON WAHLERT (Hg.), 50 Jahre Hermannsdenkmal. Amtliche Festschrift, Detmold 1925, 75 ff. (hier: 76).

²⁶⁶ CVZ vom 5. April 1929. Im Schreiben Eberts an den Schulvorstand heißt es bezeichnenderweise: „Über die Lehrtätigkeit im Einzelnen habe ich kein Urteil, die Lehrerin ist aber Jüdin.“ Vgl. Ebert an Schulvorstand, 21. Oktober 1928; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold Nr. 3077.

²⁶⁷ CV-Landesverband an Landesregierung, 10. Juni 1927; in: LAV NRW OWL, L 80 Ie IV.3.16. Die Eingabe enthielt die Bitte um erhöhte Aufmerksamkeit der Polizei, ihr war ein Artikel der CVZ vom 13. Mai 1927 beigelegt. Für Lippe sind für den Zeitraum zwischen 1918 und 1933 keine Friedhofsschändungen bekannt. Nach 1933 kam es nicht nur im Zusammenhang mit der Gewaltaktion vom November 1938 zur Zerstörung von Grabsteinen, so in Lage im Sommer 1935.

²⁶⁸ CVZ vom 29. März 1929.

²⁶⁹ CVZ vom 30. Mai 1930.

²⁷⁰ CVZ vom 8. Mai 1931.

jüdischen Deutschen im Kampf gegen den Nationalsozialismus – noch vor der Reichstagswahl vom September 1930 mit den massiven Gewinnen der NSDAP:

„Die Plattform, von der wir aus die Abwehr betreiben, ist zu klein. Die Gefahren der Hitler-Bewegung drohen viel weiteren Kreisen, viel größeren Zielen als uns Juden. Die Bewegung hat so sehr den Charakter einer wilden, alle Kultur entehrenden Barbarei angenommen, dass der Ruf der Gesittung Deutschlands auf dem Spiel steht. Ich kann nicht zweifeln, dass die Erkenntnis davon und tiefstes Unbehagen an dieser Zügellosigkeit große Kreise erfüllt. Ich zweifle nicht, dass eine Zusammenfassung dieser Kräfte weithin aus tiefstem Herzen begrüßt würde. Geistige Führer, Wissenschaftler, politische Menschen, kirchliche Führer, gewerkschaftliche, wirtschaftliche und sonstwie geartete Körperschaften werden froh sein, endlich die Aktivität für eine Front zu sehen und scharenweise zu ihr strömen! Sicher sind heute schon im jenseitigen Lager Kräfte, die ebenso gut bei uns sein könnten, wenn sie nur einen Willen gesehen und ein weithin schallendes Wort gehört hätten. Der CV könnte, neben seiner bisherigen Tätigkeit, seine besondere Kraft, seine sichere Sachkenntnis innerhalb der großen Front einsetzen und doch die Schwäche, pro domo sprechen zu müssen, zurücktreten lassen. Eine Sammlung der kulturbesonnenen und verfassungstreuen Kräfte ist noch mehr im Interesse der übrigen deutschen Volkskräfte notwendig als in unserem. Diese neue Front dürfe aber nicht nur repräsentativ, sondern müsste stärkstens aktiv sein. Ich bin überzeugt davon, kein Aufruf kann die Unterschriften aller der Menschen von Wert und Ansehen fassen, die die Not des Augenblicks erkennen. Ich glaube, es ist höchste Zeit!“²⁷¹



Porträtkarte Josef Plaut, ca. 1931.
(Sammlung J. Hartmann)

Mit dem Erscheinen der nationalsozialistischen Tageszeitung *Lippischer Kurier* ab 1929, aber auch durch den antisemitischen *Stadtwächter* aus Bielefeld²⁷² und die Auftritte von NSDAP-Rednern erfuhr die antisemitische Hetze vor Ort eine Radikalisierung, gegen deren Auswüchse zu wirken für die jüdischen Gemeinschaften kaum noch Möglichkeiten bestanden.

Im Januar 1932 zog die NSDAP in die Detmolder Stadtverordnetenversammlung ein, mit knapp einem Drittel der Wählerstimmen.²⁷³ Sie setzte dort mit einem Antrag gegen das Schächten, der ähnlich in vielen Kommunen gestellt wurde, ihre antisemitische Agitation der Straße fort. Dieser Antrag wurde wie in Lage und Bad Salzuflen abgelehnt.²⁷⁴ Interessanterweise warb selbst ein Nationalsozialist, Emil Aretz, später einer der Ortsgruppenleiter, für koscheres Fleisch.²⁷⁵ Er gehörte zu jenen Männern um die späteren Fechenbach-Mörder Fritz Grüttemeyer und Paul Wiese, die im April 1932 den sogenannten Theaterskandal verantworteten. Ein Auftritt des in

²⁷¹ Max Heilbrunn an CV-Zentrale, 13. Juli 1930; in: WL MF 55/44/1754. CVZ vom 15. August 1930.

²⁷² In seiner Ausgabe vom 12. Oktober 1930 wettete DER STADTWÄCHTER (Bielefeld) gegen den Kaufmann Julius Moses, der im Vorstand des Detmolder Verkehrsvereins saß. Am 26. Oktober 1930 unterstellte die Zeitung ihm, die Detmolder Einzelhändler zu boykottieren.

²⁷³ Die Synagogengemeinde konstatierte besorgt ein „Anwachsen der radikalen Parteien“ bei den Wahlen in Lippe. Vgl. ISFB vom 14. Januar 1932.

²⁷⁴ VOLKSBLATT vom 18. März 1932 und ISFB vom 26. April 1932.

²⁷⁵ Eine Anzeige für sein koscheres Fleischangebot findet sich in der LLZ vom 12. September 1930. Aretz war mit dem 1. Dezember 1930 in die NSDAP eingetreten.

Detmold geborenen Schauspielers und Vortragskünstlers Josef Plaut²⁷⁶ im Landestheater wurde durch 20 Nationalsozialisten, die grölten, das Horst-Wessel-Lied sangen sowie Stinkbomben warfen, gestört. In der Stadtverordnetenversammlung, deren Mitglieder sich angesichts der Tat entsetzt zeigten, fand dennoch ein Antrag, Plaut aufzufordern, die Lieder ‚Lippe-Detmold‘ und ‚Lippische Schützen‘ aus seinem Programm zu streichen, da er sie verächtlich machend vortrage, eine Mehrheit.²⁷⁷ Die Täter wurden – immerhin funktionierte hier die lippische Justiz – zu Geldstrafen verurteilt, was Aretz übrigens nicht davon abhielt, anschließend der Synagogengemeinde weiterhin sein koscheres Fleisch anzudienen.²⁷⁸



Anzeige in der
Lippischen Landes-
Zeitung vom 12.
September 1930.

Nur noch in republikanischen Kreisen sorgte eine weitere Begebenheit im Herbst 1932 für Aufsehen und Befremden. Als Prinzessin Lilli im Detmolder Schloss ihre Hochzeitsfeier beging, war, wie das sozialdemokratische *Volksblatt* zu berichten wusste, auch der ehemalige Chef des Geheimen Zivilkabinetts durch Fürst Leopold IV. eingeladen worden. Doch der 1901 zum Christentum übergetretene Freiherr

Georg von Eppstein soll auf Drängen der beiden der NSDAP und SA angehörenden Prinzen Ernst und Leopold wieder ausgeladen worden sein.²⁷⁹

Das Ende des Detmolder CV

Das letzte Lebenszeichen der Detmolder Ortsgruppe des CV ist ein Bericht in der *CV-Zeitung* vom März 1933. Darin wurde über eine Delegiertentagung des Landesverbandes in Herford vom 26. Februar berichtet, bei der auch der CV-Direktor Dr. Ludwig Holländer zugegen war. Dort wurden nach der nationalsozialistischen Machtübernahme „alle die großen Fragen, die heute jeden bewegen“ debattiert:

„Der Wunsch nach Aussprache wurde reichlich erfüllt. Allgemein verlangte man Ruhe und Schaffung inneren Friedens als Hauptaufgabe. Der Vorsitzende der Delegiertenversammlung, Dr. Katzenstein (Bielefeld), betonte die Notwendigkeit einer inneren Stärkung unserer Gemeinschaft.“²⁸⁰

Im Anschluss an diese Versammlung kam Holländer noch mit CV-Mitgliedern in Detmold zusammen.²⁸¹ Der Bericht war nach dem Reichstagsbrand und der Anfang März erfolgten Aktionen gegen den CV – die Hauptgeschäftsstelle in Berlin wurde am 1. März von SA durchsucht – erschienen. Als die Nationalsozialisten dann im Sommer 1933 die jüdischen Vereine unter Überwachung stellten, konnte der Landespolizeidirektor für Lippe nur noch die Zahl von etwa 20 Mitgliedern angeben, die der Ortsgruppe Herford zugehörig seien.²⁸²

²⁷⁶ Zu Plaut s. EUGEN HEINEN, Chottechott, was isser damit? Joseph Plaut. Zum Leben und Wirken des jüdischen Vortragskünstlers aus Lippe-Detmold (1879-1966), Detmold 2004.

²⁷⁷ LLZ vom 1. Mai 1932.

²⁷⁸ ISFB vom 23. Juni 1932.

²⁷⁹ Vgl. VOLKSBLATT vom 10. Oktober 1932. Der Artikel stammt aller Wahrscheinlichkeit nach von Felix Fechenbach, der dieses Thema auch in seiner Kolumne „Nazi-Jüsen“ aufgriff. VOLKSBLATT vom 13. Oktober 1932. Die Darstellung des SPD-Organs ließ Fürst Leopold IV. insoweit berichtigen, als dass von Eppstein selbst darum gebeten habe, „aus persönlichen Gründen von der Einladung entbunden zu werden.“ VOLKSBLATT vom 17. Oktober 1932.

²⁸⁰ CVZ vom 9. März 1933.

²⁸¹ EBD. Die dort behandelten Themen sind nicht bekannt.

²⁸² Landespolizeidirektor an Geheimes Staatspolizeiamt (Gestapa), 3. August 1933; in: LAV NRW OWL, L 80 Ie Gruppe IV.5.1.1 (alte Signatur). Ein Jahr später meldete die Ortspolizeibehörde (OPB) Herford für den CV-Landesverband Ostwestfalen 491 Mitglieder u.a. auch in Detmold, Lemgo, Schötmar, Lage, Oerlinghausen, Schwalenberg, Alverdissen, Bösingfeld und Kachtenhausen. Vgl. Bericht der OPB Herford, August 1934; in: LAV NRW OWL, M 4 A Nr. 27.

Moritz Rülff, der Schrift- und Geschäftsführer der Ortsgruppe, engagierte sich nach seiner Inschutzhaftnahme im Mai 1933 offensichtlich nur noch in bescheidenem Rahmen für den CV, indem er seine Jugendarbeit weiterführte. 1934 war seine Nähe zum Zionismus noch einmal Thema in der CV-Zentrale.²⁸³ Eine Ortsgruppenstruktur existierte nicht mehr. Als es vor der Nürnberger Rassegesetzgebung im Sommer 1935 zu einer erneuten Welle antisemitischer Übergriffe kam, bei denen vor Geschäften jüdischer Kaufleute die Kunden fotografiert oder die Scheiben eingeworfen und beschmiert wurden, war der CV-Landesverband Absender der verhalten formulierten Proteste bei den Behörden.²⁸⁴ Der Landesverbandssyndikus Siegmund Goldmann war unermüdlich bis zu seinem Tod 1935 als Ansprechpartner für die jüdischen Gemeinden, nicht nur die CV-Mitglieder, im Einsatz. Sein Amt übernahm der Herforder Rechtsanwalt Dr. Hans Davidsohn, bis er 1936 bei einem Autounfall ums Leben kam. Der Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete wurde darauf dem Landesverband Westfalen-Rheinland zugeschlagen und dieser mit dem Gesamt-CV, der nur noch Jüdischer Centralverein heißen durfte, im November 1938 verboten.

Was wurde aus den Vorstandsmitgliedern?

Carl Vogel verließ 1936 Detmold, zog nach Frankfurt und konnte noch im Sommer 1941 in die USA emigrieren, wo er im Juni 1943 starb. Max Heilbrunn verzog im Oktober 1930 nach Bielefeld und wanderte im Juli 1933 nach Palästina aus. Moritz Rülff, dem man im CV bereits 1931 eine Nähe zum Zionismus nachsagte, und der 1935 tatsächlich einen Zionistischen Arbeitskreis in Detmold gründete, blieb bis 1937 Lehrer der Synagogengemeinde. Dann wechselte er als Leiter ans jüdische Waisenhaus in Köln. Er wurde am 20. Juli 1942 über Minsk nach Maly Trostinez deportiert und ermordet. David Examus wurde am 31. März 1942 nach Warschau deportiert und kehrte ebenfalls nicht zurück. Albert Eichmann wanderte 1939 in die USA aus, er starb dort in den 1950er Jahren. Dr. Alfred Hirschfeld wurde am 31. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert und von dort ins Vernichtungslager Auschwitz. Alma Boehm starb im Juni 1937 in Detmold.²⁸⁵

Fazit

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) war mit seinem Abwehrkampf gegen den Antisemitismus gescheitert – an der Teilnahmslosigkeit und am mangelndem Interesse vor allem der sogenannten politischen Mitte. Die jüdische Gemeinschaft als Minderheit konnte nicht allein erfolgreich für ihre Rechte eintreten. Ohne Unterstützung durch die Mehrheit von Politik und Gesellschaft und deren Solidarität stand sie auf verlorenem Posten und musste letztlich mit ihrer Gegenwehr und ihrem Abwehrkampf scheitern.

²⁸³ HARTMANN (2013), 42.

²⁸⁴ Das betraf v.a. die Geschäfte von Eduard Kauders und David Examus. Vgl. CV-Landesverband an CV-Zentrale, 19. und 22. August 1935; in: WL MF 55/101/2970.

²⁸⁵ Zu den Schicksalen der Deportierten s. GUDRUN MITSCHKE-BUCHHOLZ, Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Detmold. Digitale Fassung, Detmold 2018 unter: <https://www.gedenkbuch-detmold.de/index.php> (Aufruf: 15. April 2019).

Die Detmolder Ortsgruppen der NSDAP 1933 bis 1945

von Andreas Ruppert

Vorbemerkung

In der von der Stadt Detmold herausgegebenen Dokumentation des stadtgeschichtlichen Projekts „Nationalsozialismus in Detmold“ wurde die Entwicklung der NSDAP in Detmold bis zur Landtagswahl vom 15. Januar 1933 nachgezeichnet.¹ Hieran knüpft der folgende Beitrag an.

Die „Machtergreifung“

Die NS-Führung regierte, im Reich, in den Gauen, in den Ländern, in den Kommunen. Brauchte man jetzt noch die Partei? Die Frage verweist auf die Veränderungen in der deutschen Gesellschaft, auf die sich die Partei nach der Eroberung der Macht einstellen musste.² Die Monate Januar bis Juni 1933 waren entscheidend für die Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs, im Reich wie in Lippe. Am Anfang standen auf Landesebene eine gewonnene Landtagswahl und auf Reichsebene die Ernennung des Parteiführers zum Kanzler einer Koalitionsregierung. Am Ende stand die Gleichschaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens, an Parteien gab es nur noch die NSDAP.

Es ging Schlag auf Schlag: SA-Männer und Militante des Wehrverbandes „Stahlhelm“ bildeten nach ihrer Ermächtigung zu „Hilfspolizisten“ staatlich legitimierte Terrorkommandos, die gnadenlos die politischen Gegner, vor allem die Anhänger der SPD und der KPD verfolgten. Der föderative Aufbau des Reichs wurde ebenso zerschlagen wie die kommunale Selbstverwaltung. Die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 postulierte den Ausnahmezustand, den sie dann regeln sollte und der in den nächsten zwölf Jahren nicht mehr aufgehoben wurde. Der letzten nur formal freien Reichstagswahl vom 5. März 1933 folgte das Ermächtigungsgesetz, dem sich nur die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten widersetzen – Kommunisten waren schon nicht mehr zugelassen, die Vertreter der anderen Parteien stimmten ihrer eigenen Entmachtung zu. Es folgte am 1. Mai die Inszenierung der Volksgemeinschaft im „Tag der Arbeit“ und einen Tag später die Zerschlagung der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die KPD war bereits verboten, das Verbot der SPD folgte, an dessen Vorabend Heinrich Drake die Partei verlassen hatte, die bürgerlichen Parteien und das Zentrum lösten sich selbst auf. Die nationalsozialistische Welle, die die zahlreichen antidemokratischen Strömungen der Weimarer Zeit zu bündeln vermocht hatte, fegte alles hinweg und konnte sich letztlich gar der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung sicher sein.

Nur hatte die Parteiführung jedoch keine positiven Visionen. Ihr innenpolitisches Konzept reduzierte sich auf die Verfolgung der Gegner und der deutschen Juden, das außenpolitische auf die Neuaufgabe des Weltkriegs, die Versklavung der slawischen Völker und den Mord an den europäischen Juden. Ansonsten brauchte man „Ruhe und Ordnung“, das heißt: eine Revolution, wie sie von „linken“ Nationalsozialisten und von Teilen der SA eingefordert wurde, lag keinesfalls im Interesse der NS-Führung. Da die SA radikal auftrat, paramilitärisch organisiert war, Erfahrung in Straßenkämpfen gesammelt hatte und über Waffen verfügte, stellte sie eine ernste Bedrohung der Regierung Hitler dar. Da auch die Wehrmacht ihren Anspruch

¹ ANDREAS RUPPERT, Die Ortsgruppe Detmold der NSDAP 1925-1934; in: STADT DETMOLD (Hg.), Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bearb. von HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT, Bielefeld 1998, 203-232.

² Zu den Ortsgruppen s. CARL-WILHELM REIBEL, Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn 2002.

bedroht sah, der einzige Waffenträger der Nation zu sein, war der Konflikt unausweichlich. Er wurde im Frühsommer 1934 durch die Liquidierung der SA-Führung „gelöst“, durch eine von der NS-Führung geplante, von der SS durchgeführte und von der Wehrmacht logistisch unterstützte Mordaktion, der gleichzeitig einige prominente Gegner der Regierung zum Opfer fielen. Der gleichgeschaltete Reichstag legitimierte die Morde im Nachhinein als „Staatsnotwehr“ – nun gab es den permanenten Ausnahmezustand, in dem „der Führer immer Recht“ hatte.

Es gab aber neben der SA noch eine zweite Organisation, die Forderungen hatte und latent enttäuscht war: die Partei selbst. Die ganze Heerschar der Hitleranhänger mit Parteibuch hatte sich vom 30. Januar 1933 etwas Besonderes für die jeweils eigene Person erhofft: Macht, Stellen, ein sicheres Einkommen in einer guten Position. Das hätte einen großen Austausch von Beschäftigten erfordert, der größte Reibungsverluste mit sich gebracht und „Ruhe und Ordnung“ gestört hätte. Ein solches Revirement lag nicht im Interesse der Regierung Hitler, und es war in dem Moment auch nicht mehr nötig, auch nicht mehr möglich, als das Interesse an der Parteimitgliedschaft allgemein geworden war und die Partei selbst zur Massenorganisation wurde. Da half den „alten Kämpfern“ kein beleidigtes Zetern über die „Märzgefallenen“ und die „Maidörfer“, jene Opportunisten, die nach der Reichstagswahl im März 1933 und nach der Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 der Partei zuströmten. Man konnte keine Machtposition und nicht einmal mehr eine gut bezahlte Stelle mit dem Hinweis auf die Parteimitgliedschaft einfordern, wenn sich die bisherigen Stelleninhaber inzwischen selbst zur NSDAP „bekannt“ hatten. Die Enttäuschung hat ihren Niederschlag in zahlreichen Schreiben an die beiden lippischen Kreisleiter Adolf Wedderwille in Detmold und August Prüßner in Lemgo gefunden.

Die Besetzung der Macht- und Verwaltungsstellen mit Nationalsozialisten war gelungen. Die politischen Zielvorgaben kamen von der Parteiführung, aber ansonsten reichte das Bekenntnis zur Partei – die Verwaltung musste funktionieren, und das ging mit dem eingearbeiteten Personal reibungsloser und leichter als mit Personen, deren einzige Qualifikation in der Parteimitgliedschaft bestand. Die Wirtschaft war, soweit sie nicht sowieso die NSDAP längst bevorzugt und unterstützt hatte, spätestens durch die Ereignisse vom 2. Mai überzeugt, dass die Hitler-Regierung ihre Strukturen nicht angreifen würde. Sie garantierte die Zementierung autoritärer Herrschaftsformen in den Betrieben und die „Bändigung“ der renitenten Elemente der Arbeiterklasse durch den Aufbau der Deutschen Arbeitsfront als „gelber“ Gewerkschaft mit der Zwangsmitgliedschaft der Betriebsangehörigen. Der wirtschaftliche Aufschwung durch die Aufrüstung kam erst später, wirkte dann aber wie eine Bestätigung der neuen Staatsführung.

Das bedeutete tendenziell, dass die Partei überflüssig geworden war, dass sie zumindest ihre wichtigsten Funktionen verloren hatte. Die Parteiführung stand vor der Alternative zwischen der Auflösung und oder der Formulierung neuer Aufgabenstellungen. Hitler beschrieb die neue Lage in seiner Schlussrede auf dem Reichsparteitag 1934 recht griffig:

„Alle anständigen Deutschen sind Nationalsozialisten! Nur die besten Nationalsozialisten sind Parteigenossen.“³

Neue Rolle und Konsolidierung seit 1935

Was wie eine Zusicherung klang, war in Wirklichkeit eine Infragestellung. Wenn wirklich alle anständigen deutschen Nationalsozialisten waren – den anderen sollte der Anstand in den Konzentrationslagern bei-

³ PETER DIEHL-THIELE, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933-1945, Studienausgabe der 2. Aufl., München 1971, 162.

gebracht werden -, dann gab es für die NSDAP keinen Raum mehr. Tatsächlich war die Partei beunruhigt, als auch in höchsten Verwaltungskreisen über ihre Zukunftsperspektive diskutiert wurde. Am weitesten hatte sich dabei Ludwig Grauert, 2. Staatssekretär im Reichsinnenministerium vorgewagt, der am 30. Januar 1935 vor der Presse in Berlin äußerte, dass:

„[...] noch nicht das endgültige Wort darüber gesprochen werden könne, was aus der Partei werde, ob sie etwa noch zu einem kleinen Gremium, etwa einem Orden besonders Befugter und Erwählter umgestaltet werde oder ob man ihren jetzigen Rahmen später vergrößere.“⁴

Tatsächlich gelang es der Staatsverwaltung, weitgehende Ansprüche auf direkte Unterstellung unter die jeweiligen Stufen der Parteihierarchie abzuwehren, auch wenn die Gauleiter nach wie vor wie „erratische Blöcke“ in das etablierte Verwaltungssystem hineinragten und die jeweils nach Bedarf von Hitler eingesetzten Sonderbevollmächtigten ebenfalls das bisherige Gefüge störten. Wichtige Etappen in der Abwehr waren das erfolgreiche Abschieben der neuen Institution der Reichsstatthalter auf das politische Abstellgleis⁵ sowie die Durchsetzung der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) vom 30. Januar 1935. Zwar ließ das vom Reichsinnenministerium durchgesetzte Gesetz mit der Funktion des „Beauftragten der NSDAP in den Gemeinden“ noch eine Einflussnahme der Partei zu. Die Besetzung lag aber nicht in der Hand der kommunalen „Hoheitsträger“ der NSDAP, sondern stand dem jeweiligen Kreisleiter zu, sodass zu Recht von den Ortsgruppenleitern als von den „in der DGO Zu-kurz-gekommenen“ gesprochen werden kann.⁶

Diese Diskussion, die eine Auflösung der NSDAP schon für denkmöglich hielt, brachte Hitler dazu, die Notbremse zu ziehen und sich der Parteimitglieder als Personalreserve zu vergewissern. Auf dem Parteitag 1935 wies er der Partei eine neue Aufgabe zu:

„Die Eroberung der Macht ist ein Vorgang, der nie, nie beendet wird [...] So geht der Kampf weiter, und wir kommen in die Periode der zweiten großen Aufgabe, der fortgesetzten Erziehung unseres Volkes und der Überwachung unseres Volkes.“⁷

Die Partei blieb bestehen und erlebte eine Umgestaltung, die sich allerdings eher auf quantitativer Ebene zeigte: Als Anwachsen der Mitgliederzahlen und dementsprechend der Ortsgruppen, als Häufung von Zeit und Kraft raubenden Aufgaben, die zwar die Anspruchshaltung der Politischen Leiter verstärkten, aber keinesfalls eine qualitative Steigerung ihrer Macht mit sich brachten. Eine Wiederbelebung der Partei als Kampfverband sollte es erst wieder im Krieg geben. In den Jahren davor galt die NSDAP als unverzichtbar, aber unwichtig.

Die Entwicklung in Lippe

Peter Diehl-Thiele stellte fest, „dass selten eine Partei so unvorbereitet zur Regierungsübernahme war wie die NSDAP im Jahre 1933.“⁸ Man könnte das auch für Lippe annehmen, wenn man die Vorgeschichte der lippischen NSDAP und speziell der Ortsgruppe Detmold vor Augen hat. Aber das würde eine Entwicklung

⁴ BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG vom 30. Januar 1935, zitiert nach DIEHL-THIELE, 157.

⁵ Dazu HANS-JÜRGEN SENGOTTA, Der Reichsstatthalter in Lippe 1933 bis 1939. Reichsrechtliche Bestimmungen und politische Praxis, Detmold 1976, sowie PETER HÜTTENBERGER, Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

⁶ DIEHL-THIELE, 156.

⁷ DIEHL-THIELE, 159.

⁸ DIEHL-THIELE, 39.

unterschätzen. Schon ein Jahr lang, seit den Kommunalwahlen vom 10. Januar 1932, hatten nationalsozialistische Mandatsträger in den Kommunen Erfahrungen gesammelt, und für die Spitze von Regierung und Verwaltung fand man auch eine funktionierende Lösung. Landespräsident wurde mit Dr. Ernst Krappe ein Nationalsozialist, der als Leiter des Finanzamtes Lemgo wusste, wie eine Verwaltung funktioniert, sein Stellvertreter war der Kreisleiter Adolf Wedderwille, der sich aus den parteiinternen Querelen herausgehalten hatte, und als Angebot an die noch schwankenden Bürger im Lande wurde die dritte Position mit einem Parteilosen besetzt, dem Landwirt Wilhelm Klöpfer aus Werl, Vorstandsmitglied im Lippischen Landbund.⁹

Die eigentümliche lippische Konstruktion des Landespräsidiums war der Hierarchievorstellung der NSDAP nicht angemessen. Schon am 25. Mai 1933 hatte Gauleiter Dr. Alfred Meyer in seiner Funktion als gerade ernannter Reichsstatthalter das Dreiergremium aufgelöst und mit Hans-Joachim Riecke einen Karrierebeamten als Landespräsidenten eingesetzt, der nicht nur als fähiger Verwaltungsbeamter galt, sondern auch als „alter Kämpfer“ und vormaliger Gauinspekteur im Gau Westfalen-Nord als regimetreu ausgewiesen war.¹⁰ Wenige Tage später, am 2. Juni 1933, wurde das Landespräsidium aufgelöst und Riecke zum „Staatsminister“ ernannt. Sein Vertreter wurde Adolf Wedderwille, der nun reichlich Einblicke in die Grundzüge einer Verwaltung erhielt. Nach Rieckes Weggang zum 1. Februar 1936 ernannte sich der Gauleiter und Reichsstatthalter selbst zum „Chef der Lippischen Landesregierung“ und Wedderwille zu seinem ständigen Vertreter. Wedderwille, praktisch Regierungschef und gleichzeitig Kreisleiter der NSDAP, erst des Kreises Detmold, dann des aus den Kreisen Detmold und Lemgo zusammengelegten NSDAP-Kreises Lippe, blieb bis zum Einmarsch der amerikanischen Truppen der „starke Mann“ in Lippe.¹¹

Die Vertreter des radikalen Flügels wurden in der Phase der Gleichschaltung noch gebraucht. Der gewalttätige SA-Führer Wilhelm Dettmer beaufsichtigte die Vereine, der nicht minder gewaltbereite Fritz Grüttemeyer, ebenfalls SA-Führer und 1932 kurzfristig Ortsgruppenleiter in Detmold, war „Beauftragter für Gewerkschaftswesen im Land Lippe“ und in dieser Funktion auch Leiter der lippischen Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), der radikalen Vorläuferin der Deutschen Arbeitsfront (DAF), sowie „Beauftragter für den Lippischen Konsumverein“.¹² Es waren kommissarisch und befristet übertragene Machtpositionen. Das Pendant zum Terror waren die massenhaften Parteieintritte aus den Reihen der gesellschaftlichen Eliten, die zu einer die NS-Zeit kennzeichnenden Erscheinung führten: Es war nicht die Partei, die nun an die Schalthebel der Verwaltung geriet, sondern es waren die bisherigen Stelleninhaber, die zur NSDAP übergingen oder zumindest durch die Mitgliedschaft in einer Gliederung oder in einem der angeschlossenen Verbände ihre Systemtreue demonstrierten. Als ein Beispiel sei Oberstaatsanwalt Dr. Traugott Tornau genannt, der 1920 als Liberaler nach Detmold gekommen war, sich aber nach 1933 durch die Verfolgung von Kommunisten profilierte und dafür vom Kreisleiter Wedderwille später „höheren Ortes“ gelobt wurde.¹³ Zum 1. Mai 1937, nach Aufhebung der Aufnahmesperre, wurde er dann auch Mitglied der NSDAP.

Die Neueintritte veränderten das Gesicht der Partei - sie verstärkten den bürgerlichen Flügel und grenzten die Radau-Nationalsozialisten aus, auch wenn diese in der Phase der Konsolidierung der Parteiherrschaft noch gebraucht wurden. Dabei hatten die beiden Flügel der Partei das gleiche Interesse an Machteroberung

⁹ Klöpfer blieb nicht lange parteilos, wie Franz Meyer anmerkt: „Noch im Frühjahr 1933 wurde er Mitglied der SA und fand in der NSDAP eine neue politische Heimat“, s. ROLAND LINDE/Franz MEYER, Bauerschaft - Gemeinde - Stadtteil: Zur Geschichte von Werl, Aspe und Knetterheide, Bielefeld 2014, 144; s. auch LIPPISCHER KURIER vom 8. Februar 1933 und LIPPISCHE STAATSZEITUNG vom 22. November 1938. Dr. Stefan Wiesekopsieker und Roland Linde sei für Hinweise gedankt.

¹⁰ Zu Riecke s. WIGBERT BENZ, Hans-Joachim Riecke, NS-Staatsekretär. Vom Hungerplaner vor, zum „Welternährer“ nach 1945. Berlin 2014.

¹¹ Zu ihm zuletzt ANDREAS RUPPERT, Adolf Wedderwille. Einst Lippes mächtigster Mann; in: HISTORISCHES JAHRBUCH LAGE 2011. Lage 2011, 74-94.

¹² LANDESARCHIV NRW ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 113 Nr. 1229.

¹³ Wedderwille an Gaupersonalamt, 9. September 1942; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 960.

und Machterhalt – in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933 beobachteten sie sich misstrauisch, brauchten sich aber auch noch.

Die organisatorische Neustrukturierung der regionalen Partei ging dabei reibungslos vonstatten: mit der Einteilung der Kreise analog zu den Landkreisen Detmold und Lemgo mit den Kreisleitern Adolf Wedderwille und August Prüßner sowie mit der Funktion des lippischen Staatsministers als Gauinspekteur waren tragfähige Strukturen geschaffen, von denen aus auch die Ortsgruppen gelenkt werden konnten. Innerhalb der Partei aber bestand das Chaos, das bis 1933 so sehr das Bild geprägt hatte, noch eine Zeit lang fort und markierten dabei deutlich auch eine soziale Konfliktlinie. Waren es doch jetzt in den Kommunen, in den Kreisen und im Land die „alten Kämpfer“, die den Lohn für ihren jahrelangen Kampf einforderten, vor allem sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, und nun enttäuscht waren. Nur wenigen „verdienten“ Nationalsozialisten gelang es, in Sparkassen oder Krankenkassen unterzukommen, wobei dann nicht viel Zeit bis zu den ersten Klagen über ihre Arbeitsweise verging. Dieses Bild ergab sich auch in den wichtigsten, den städtischen Ortsgruppen in Detmold, Lemgo, Blomberg, Barntrup, Schwalenberg.

„Alte Kämpfer“, sozial Deklassierte oder von Deklassierung Bedrohte beherrschten anfangs noch die Ortsgruppen, waren aber untereinander so verfeindet, dass gegenseitige Denunziationen, Intrigen, Parteiausschlussverfahren gang und gebe waren – ein massiver Störfaktor für die mehr und mehr nach außen gerichteten Aufgaben der Partei, und ein schlechtes Image gegenüber jenen Schichten der Bevölkerung, ohne die die Parteiherrschaft nicht tragfähig gewesen wäre. Es kam also für die Parteiführungen auf Reichs- und Gauebene darauf an, hier das Steuer herumzuwerfen und die Führungspositionen neu zu besetzen. Dabei waren aber die unterhalb der Gauleiterebene tatsächlich zuständigen beiden lippischen Kreisleiter selbst „alte Kämpfer“ und gerieten teilweise in Loyalitätskonflikte. Es spricht für ihr politisches Geschick, dass es ihnen gelang, diese Konflikte zu lösen: durch Belassung der meisten „alten Kämpfer“ in den ländlichen Ortsgruppen, und der Auswechslung der Leiter in der Residenzstadt.¹⁴

Die Nachwehen dieser Auseinandersetzungen sind noch bis ins Jahr 1935 zu spüren. Sie fanden sogar nach der „Machtergreifung“ in Lippe einen neuen Höhepunkt, als diesmal der frühere Landesleiter Walter Steinecke und der Handelsvertreter und SA-Brigadeführer Wilhelm Dettmer im Mittelpunkt der Kritik standen. Steinecke, der sogar eine Zeitlang in Haft war, wurden finanzielle Unterschlagungen vorgeworfen, Dettmer unter anderem unehrenhaftes Verhalten, Bedrohung und Nötigung.¹⁵ Beide wurden vom Gauleiter gedeckt – hatte doch Dettmers SA wichtige logistische Hilfe vor der Landtagswahl vom 15. Januar 1933 geleistet, während Steinecke nicht nur den Wahlkampf organisiert, sondern kurz darauf auch Meyers Ernennung zum Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe provoziert hatte.¹⁶ Beide kamen unbeschadet davon. Beachtlich ist vor allem Steineckes Wandlungsfähigkeit, nach 1945 reüssierte er als der unpolitische Künstler, der sich, wie so viele, in die nationalsozialistischen Machenschaften „verstrickt“ hatte, durch die Haft in einem Internierungslager aber selbst „Opfer“ geworden war und nun den „Zeitzeugen“ gab.¹⁷

Andere Protagonisten des Machtkampfs in der lippischen NSDAP spielten keine Rolle mehr. Sie verloren ihre Position, wie Dr. Krappe als Landespräsident, oder wurden aus der Partei ausgeschlossen wie Wilhelm

¹⁴ Ein Problem für die NSDAP war der Mangel an geeignetem „Personal“ für die vielfältigen Funktionen in Partei und Gliederungen, vgl. die Denkschrift des Hauptschulungsamtes von 1939 (Bundesarchiv NS 22/25), s. DIEHL-THIELE, 145.

¹⁵ Umfangreiches Material dazu bieten die Parteiunterlagen Steineckes und Dettmers im Bundesarchiv, nach freundlicher Mitteilung von Jürgen Hartmann.

¹⁶ Dazu ausführlich HANS-JÜRGEN SENGOTTA, Der Reichsstatthalter in Lippe 1933 bis 1939. Reichsrechtliche Bestimmungen und politische Praxis, Detmold 1976.

¹⁷ JÜRGEN SCHEFFLER, Walter Steinecke (1888–1975); in: KLAUS KÖSTERS (Hg.), Anpassung – Überleben – Widerstand: Künstler im Nationalsozialismus, Münster 2012, 202–210.

Eke, der 1933 sogar für sieben Wochen in „Schutzhaft“ genommen worden war.¹⁸ Am schlimmsten erging es dem ehemaligen SA-Sturmchef Franz Harder, Parteimitglied seit dem 1. Oktober 1931, ehemals Adjutant Wilhelm Dettmers, der noch im November 1931 von NSDAP-Bezirksleiter Dr. Manfred Fuhrmann als Bezirkspropagandaleiter vorgeschlagen worden war¹⁹. Er wurde wegen verschiedener Delikte, unter anderem wegen Misshandlungen von Gefangenen der Detmolder Strafanstalt und wegen Verleitung eines Zeugen und Parteimitglieds zum Meineid, zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurteilt, die er im KL Dachau verbüßen sollte. Unter lippischen SA-Leuten wurde kolportiert, „dass Harder das Lager nicht lebend verlassen würde“²⁰ - tatsächlich wurde er gegen Rieckes Wunsch in westfälische Zuchthäuser zurückverlegt. Fritz Grüttemeyer hatte noch einmal eine Rolle gespielt, er war am 7. August 1933 der Haupttäter beim Mord an Felix Fechenbach, dem jüdischen Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung *Volksblatt*. In den Detmolder NSDAP-Kreisen wurde die Tat gebilligt, aber der Mörder nicht geschätzt, nur in der SA gab es weitere Beförderungen. So hatte die lippische „braune Revolution“ einen Teil ihrer Kinder gefressen. Geschickt hatten sich jedoch die neuen Führungskader aus den früheren Querelen herausgehalten.

Die Detmolder Ortsgruppen

Die Konsolidierung der zerrissenen Detmolder Ortsgruppe dauerte bis zum Frühjahr 1934. Im Oktober 1932 hatte der Tabakwarenhändler Hans Pieper die Leitung übernommen.²¹ Hans-Joachim Riecke, für Lippe zuständiger Gauinspekteur, setzte ihn jedoch ab und Adolf Wedderwille als kommissarischen Ortsgruppenleiter ein.²² Am 9. März 1934 wurde die Ortsgruppe vom Oberschulrat und späteren Landesschulrat Ludwig Wollenhaupt übernommen, einem „alten Kämpfer“ mit dem Parteieintrittsdatum vom 1. Januar 1930.²³ Es war die bürgerliche Fraktion, die sich mit ihm durchgesetzt hatte, ohne dabei auf die Neueintritte zurückgreifen zu müssen. Der Blick auf das Korps der Zellen- und Blockleiter dieser Ortsgruppe einen Monat nach Wollenhaupts Einsetzung zu diesem Zeitpunkt verdeutlicht dieses.

Die Detmolder Ortsgruppe bestand zum 24. April 1934 aus sieben Zellen: Zelle I Marktplatz (Zellenleiter Walter Gottschalk), Zelle II Kaiser-Wilhelm-Platz (Friedrich Schroeder), Zelle III Alexanderplatz (Hans von Donop), Zelle IV Weerthplatz (Wilhelm Schmidtmeier), Zelle V Falkenkrug (Heinrich Henekamp), Zelle VI Pinneichen (Simon Mahlmann) und Zelle VII Rosengarten (Friedrich Schötz). Dazu kamen noch einige Zellen in umliegenden Ortschaften, die später eigene Stützpunkte oder Ortsgruppen bildeten: Remmighausen, Meiersfeld, Brokhausen-Hakedahl und Klüt-Dehlentrup.²⁴

Von den 44 Amtswaltern (Ortsgruppenleiter, 7 Zellenleiter und 36 Blockleiter) waren 32 vor der Machtergreifung in die Partei eingetreten (der Ortsgruppenleiter und zwei Blockleiter 1930, drei Zellenleiter und acht Blockleiter 1931, zwei Zellenleiter und 12 Blockleiter 1932, zwei Zellenleiter und zwei Blockleiter am 1.

¹⁸ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 423.

¹⁹ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1170.

²⁰ Aussage des ehemaligen SA-Sturmchef Niebuhr; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 423/52.

²¹ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1203.

²² Schreiben vom 16. Oktober 1933, LAV NRW OWL, L 113 Nr. 30.

²³ Der 1882 in Thüringen geborene Wollenhaupt war schon Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Weimar-Süd gewesen. In Lippe war er außerdem Mitglied in SA, NSFK, NSLB, NSV, NS-Kulturgemeinde, Deutschem Volksbildungswerk, Deutschbund, RLB, RKB, Ahnenerbe der SS, seit 11. September 1938 auch der SS, s. seine Personalakte in LAV NRW OWL, D 99 Nr. 1465. Er zählte sich zu den Deutschen Christen. In der Gleichschaltungszeit war er Staatskommissar für die Lippische Landeskirche; außerdem war er Stadtrat in Detmold. In der Kreisleitung Detmold hatte er ebenfalls Funktionen, etwa als Kreisschulungsleiter. Zu seiner Einsetzung als Ortsgruppenleiter s. LAV NRW OWL, L 113 Nr. 30 und LIPPISCHE STAATSZEITUNG vom 14. März 1934.

²⁴ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 284.

Januar 1933), während ein Blockleiter im März 1933 und 10 weitere im April 1933 zur Partei gefunden hatten.²⁵

Die Berufsangaben zu den Zellen- und Blockleitern erlauben an dieser Stelle einen begrenzten Einblick in die soziale Struktur der Detmolder NSDAP. Zellenleiter waren ein Angestellter, ein Bankbeamter, ein Major a.D., ein Hausmeister und früherer Feldwebel, ein Buchhalter, ein Bote und ein Malermeister. Zu den 36 Blockleitern zählten sechs Beamte (darunter ein Wachtmeister der Gendarmerie), zwei Bankbeamte, zwei Angestellte, 12 Handwerker (darunter sieben Meister: Buchbinder, Dachdecker, Klempner, Polsterer, Bäcker, Tischler, Maler), vier Kaufleute, zwei Pensionäre (ein Oberst a.D. und ein Studienrat a.D.), zwei Hausmeister, zwei Freiberufler (ein Musiker und ein Gastwirt), dazu kamen ein Oberingenieur, ein Bademeister, ein Oberwegemeister und ein Geschäftsführer. Die Strukturen der Detmolder Gesellschaft reproduzierten sich auch innerhalb der NSDAP. Zählt man zu den Beamten noch die Angestellten, so dominieren die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sowie die Handwerksmeister, während Arbeiter fehlen. Die für die Reichsebene umstrittene Auffassung, die NSDAP sei das politische Medium des Mittelstandes gewesen, lässt sich für die Detmolder Ortsgruppe auf jeden Fall aufrechterhalten.

Damit war die Partei ruhig gestellt und bot anders als in der „Kampfzeit“ den Einzelnen keine Möglichkeit der Profilierung durch Angriffe auf die bestehende Gesellschaftsordnung mehr. Profilieren konnten sich die Ortsgruppenfunktionäre nur noch gegenüber Verfolgten. Auffällig wurde dabei mehrfach der Zellenleiter und Hausmeister des Gymnasiums Leopoldinum Wilhelm Schmidtmeier, zuletzt noch durch hasserfüllte Beobachtungen der wehrlosen Bewohner des „Judenhauses“ in der Hornschen Straße 33 noch im Jahre 1942.²⁶ Innerhalb der Partei brachte ihm dies zuletzt die Stellung eines kommissarischen Ortsgruppenleiters ein.

Die Ortsgruppe Detmold 1934 bis 1936

Die neue Aufgabenstellung war die Überwachung von Bevölkerung und Verwaltung, d. h. im Fokus der Parteifunktionäre sollten nicht mehr die Parteimitglieder stehen, sondern die Bevölkerung. Nach dem starken Anwachsen der Partei in den ersten Monaten nach der „Machtergreifung“ - das dann allerdings durch den Aufnahmestopp radikal abgebremst wurde und die neuen Anhänger der „Bewegung“ auf die Gliederungen und angeschlossenen Verbände verwies - war es vor allem dieser Beobachtungsauftrag, der der Parteibasis als Aufgabe geblieben war. Ihre wichtigste Tätigkeit blieb aber das Einsammeln der Mitgliedsbeiträge. Die NSDAP hatte inzwischen das ganze Reich mit einem bürokratischen Apparat überzogen, der angesichts vieler hauptamtlicher Stellen große Summen verschlang. Die Forderungen nach genauer Kassenführung und die Klagen über säumige Zahler durchziehen das gesamte überlieferte Aktengut der lippischen NSDAP. Das Geld lief über die Gauschatzmeister zum Reichsschatzmeister in München. Auch bei allen anderen Aktionen, die der Partei Einnahmen brachten, waren die Funktionäre vor Ort zur Durchführung verpflichtet: beim Verkauf der Parteidruckschriften wie dem „Hoheitsträger“ oder den „Schulungsbriefen“, beim Verkauf von Abzeichen und Plaketten. So wurde es etwa der Ortsgruppe Detmold etwa 1934 zur Auflage gemacht, 7.200 „Ernteabzeichen“ zu verkaufen bzw. das Geld dafür abzuliefern.²⁷

Eine weitere Machtposition bestand in der - aus der Gleichschaltung erwachsenen, aber nicht rechtsförmigen - Überwachung der Vereine, soweit es interne Veränderungen (Gründungen, Vorstandswahlen) wie

²⁵ Auflistung vom 24. April 1934; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 284.

²⁶ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 224, Korrespondenz der Ortsgruppe Detmold-Süd mit der Kreisleitung.

²⁷ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 268. In der Akte finden sich zahlreiche Zuteilungen von zu verlaufenden Abzeichen, Wimpeln, Druckschriften usw. an die lippischen Ortsgruppen.

auch Veranstaltungen anging.²⁸ Allerdings handelte es sich dabei letzten Endes um eine Funktion für die Kreisleitung, so mussten die Ortsgruppen monatliche Aufstellungen angemeldeter Versammlungen von Vereinen an die Kreisleitung weitergeben.²⁹ Wirkliche Konflikte waren hier aber nicht zu erwarten. Vereine, die wie die zahlreichen sozialdemokratischen und kommunistischen Sport- und Gesangsvereine als Gegner der NSDAP eingestuft wurden, waren aufgelöst, während die bürgerlichen Vereine nicht nur regimetreue Vorstände wählten, sondern häufig darauf hinwiesen, dass dies nicht nötig sei, da ihre Vorstände sowieso längst an der Seite des „Führers“ stünden.

Eine von den Betroffenen als solche empfundene Machtposition bestand in der Rolle, die den Ortsgruppen für die Ausstellungen von Bescheinigungen der politischen Zuverlässigkeit zukam, einem der wichtigsten Machtinstrumente der NSDAP.³⁰ Für einen immer größer werdenden Kreis von Maßnahmen wurden solche Bescheinigungen verlangt, zu deren Ausstellung die Funktionäre vom Kreisleiter aufwärts berechtigt waren. Die Kreisleiter holten dazu Auskünfte aus den Ortsgruppen ein, in der Regel gab dort der Blockleiter eine erste Einschätzung ab, die nur leicht modifiziert über Zellenleiter und Ortsgruppenleiter an den Kreisleiter ging, der sie meist wörtlich übernahm. Zwar waren negative Bescheide außerordentlich selten, aber den Kreisleitern stand mit den Tausenden von Unterlagen ein unschätzbares Informationsmaterial über ihr Hoheitsgebiet zur Verfügung.³¹

Eine Machtfunktion soll zuletzt erwähnt werden, auch wenn sie in den Quellen naturgemäß nicht greifbar ist. Die Gesellschaft der NS-Zeit war durch ihre Fülle von Denunziationen geprägt.³² Die Denunzianten wandten sich in vielen Fällen nicht direkt an die Gestapo, sondern an ihnen bekannte Personen, zu denen der Ortsgruppenleiter gehörte. Dieser konnte nun selbst entscheiden, wie er mit einer Denunziation umging. In Lippe lassen sich zahlreiche Fälle belegen, in denen Ortsgruppenleiter die Verantwortung an den Kreisleiter als übergeordnete Stelle weitergaben. Es ist aber davon auszugehen, dass in Einzelfällen auf eine solche Weitergabe verzichtet wurde und Ortsgruppenleiter die angezeigten Fälle in eigener Verantwortung lösten.

Der Machtverlust bedeutete nicht, dass die Ortsgruppenfunktionäre untätig geblieben wären. Sie hatten beständig etwas zu organisieren, steckten viel Zeit und Energie in parteiinterne Abläufe, etwa die Vorbereitungen und Durchführungen von Parteiveranstaltungen von der lokalen Ebene bis zum Mitwirken an den Reichsparteitagen, zu denen immer eine Auswahl aus der jeweiligen Ortsgruppe entsandt wurde. So hatten sich etwa für die Teilnahme am Reichsparteitag 1935 aus Detmold 23 „marschierende“ Mitglieder gemeldet, unter ihnen Hugo Preyer, Gustav Witte, mit Paul Wiese einer der Fechenbachmörder, Karl Sutmar (Kreiskassenleiter des NSDAP-Kreises Detmold) und Hermann Rehm (Kreisorganisationsleiter des NSDAP-Kreises Detmold), dazu 15 „nichtmarschierende“, darunter Stadtrat Hans von Donop und Ludwig Wollenhaupt, sowie fünf Frauen, eine davon mit zwei kleinen Kindern. Nachgemeldet hatte sich der „Alte Kämpfer“ und Leiter von Landesbibliothek und Landesarchiv Dr. Eduard Wiegand.³³ Beschäftigt wurden

²⁸ So meldete die Ortsgruppe Detmold für den März 1935 12 Veranstaltungen an, vom Maskenball der Liedertafel Detmold am 2. März bis zum Familienabend einer Kompanie der Schützengesellschaft am 30. März, Meldung 1. März 1935; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 366.

²⁹ Vgl. etwa das Beispiel vom 1. März 1935 für März; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 366.

³⁰ Dazu ANDREAS RUPPERT, Die Macht des Blockleiters. Die Bescheinigungen politischer Zuverlässigkeit als Herrschaftsinstrument der NSDAP; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE (im Folgenden: LIPPISCHE MITTEILUNGEN) 72/2003, 335-358.

³¹ Die lippischen Bescheinigungen sind alle im Bestand L 113 des LAV NRW OWL erhalten.

³² S. GISELA DIEWALD-KERKMANN, Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der „Volksgenossen“, Bonn 1995, sowie DIES., „Der größte Lump im ganzen Land – das ist und bleibt der Denunziant“. Politische Denunziationen während der NS-Zeit, in: STADT DETMOLD 1998, 787-803.

³³ Anmeldeungsliste vom 25. Juli 1935; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 366. Zu Dr. Wiegand s. ROBERT GAHDE, Im Dienst der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Das Lippische Landesarchiv in Detmold 1933–1945; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN 75/2006, 37-72.

sie außerdem durch regelmäßige Schulungen, wobei sie einen Aufenthalt in der Gauschulungsburg Nordkirchen als besondere Auszeichnung ansahen. Kontakt mit der Bevölkerung hielten sie durch das Angebot von Beratungsabenden, die offensichtlich auch gut angenommen wurden.³⁴ Immer wieder wurden außerdem von den Mitgliedern der Ortsgruppen Arbeitseinsätze verlangt, so hatten sich bei einer Dienstbesprechung der Ortsgruppe Detmold-Süd im August 1938 sämtliche 38 anwesenden Funktionäre zum Ernteeinsatz am folgenden Wochenende bereit erklärt.³⁵

Ihre Grenzen mussten die Ortsgruppenleiter bei einzelnen Auseinandersetzungen dann doch erkennen. Im Herbst 1936 etwa gab es zwei Konflikte zwischen dem Bürgermeister Hans Keller - der als Exponent der Partei ins Amt gekommen war - und der Ortsgruppe Detmold-Süd, in denen sich die Ortsgruppe zwar teilweise durchsetzen konnte, ihre Siege aber in Wirklichkeit eher Rückzugsgefechte waren. Im einen Fall wurde der Stadt vorgeworfen, dass sie „die Richtlinien der Bewegung bei Einstellungen von Personen nicht beachtet“ habe.³⁶ Vom Bürgermeister in die Defensive gedrängt, legte Ortsgruppenleiter Hugo Preyer eine Liste mit acht Namen von Neueinstellungen in Bauhof, Gaswerk, Grundstücksverwaltung, Buchhaltung und Wohlfahrtsamt vor, von denen einige ehemalige Kommunisten waren. Der Vorwurf war, dass keine Anfrage nach der politischen Zuverlässigkeit eingegangen sei, dass aber im Gegenteil sogar ein Kommunist, gegen dessen Einstellung der inzwischen zum SA-Sturmbannführer aufgestiegene Fritz Grüttemeyer Einspruch erhoben hatte, zwar entlassen, kurz darauf jedoch erneut eingestellt worden war.

Tatsächlich spielten die eingestellten Personen in diesem Konflikt gar keine Rolle. Der Ortsgruppenleiter wollte mitreden, der Verwaltung ging es dagegen um das Prinzip, keine Beeinflussung von außen zuzulassen. Man war nicht gewillt, nachdem man sich endlich der ungeliebten demokratischen Kontrolle entledigt hatte, nun an deren Stelle die Kontrolle durch die Partei treten zu lassen. Es ist bezeichnend, dass sich Parteileute - und Keller ist dabei typisch für ein im ganzen Reich beobachtetes Phänomen - in dem Moment, in dem sie Funktionen der Verwaltung erhielten, eher als Verwaltungsleute verhielten und nicht als Parteifunktionäre. Im vorliegenden Konflikt konnte sich die Stadt zwar gegen die Forderungen der Ortsgruppenleiter durchsetzen, der Kreisleiter bestand jedoch darauf,

„dass in Zukunft jede Einstellung bei irgendwelcher Behörde des Landes grundsätzlich beim Gaupersonalamt durchlaufen muss und die politische Zuverlässigkeitserklärung des zuständigen Hoheitsträgers erforderlich ist.“³⁷

Beim zweiten Konflikt ging es um das in allen Verwaltungen geltende Verbot, Interna nach außen zu tragen. Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Parteimitglied hatte seinem Zellenleiter regimekritische Äußerungen zweier Kollegen denunziert. Die Ortsgruppenleitung griff diesen Fall auf, um über die Regierung als Kommunalaufsicht (an der Spitze der Regierung stand Kreisleiter Wedderwille als stellvertretender Staatsminister) und Landespolizeiführer Paul Faßbach eine Untersuchung herbeizuführen.³⁸ Bürgermeister Keller reagierte intern scharf. Nach einer allgemein gehaltenen Aufforderung zur Zurückhaltung bei politischen Äußerungen und einem Appell an die Fortsetzung „kameradschaftlicher Zusammenarbeit“ folgten Ermahnung und Drohung:

³⁴ Am 18. September 1936 meldete die Kreisleitung der Organisationsleitung in Münster, dass die „Beratungsstelle Detmold“ 91 Fälle behandelt habe, davon 63 Fragen von Nichtparteimitgliedern; nur ein Fall sei nicht erledigt worden; s. LAV NRW OWL, L 113 Nr. 347.

³⁵ Schreiben der Ortsgruppe Detmold-Süd vom 9. August 1938; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 770.

³⁶ Ortsgruppe Detmold-Süd an Wedderwille, 9. Dezember 1936; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 459.

³⁷ Wedderwille an Keller, 11. Dezember 1936; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 459.

³⁸ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 459.

„Es geht keinesfalls an, dass an eine dritte Stelle ohne meine vorherige Kenntnis über Äußerungen von Angehörigen der Verwaltung berichtet wird. Ich werde in [sic!] Wiederholungsfall den Betreffenden zur Verantwortung ziehen und gegebenenfalls seine Entfernung aus der Verantwortung veranlassen.“³⁹

Die über Ortsgruppenleiter Preyer an Wedderwille gelangte Denunziation trägt einen Nachtrag des 1. Beigeordneten Wilhelm Schürmann⁴⁰ vom 15. Januar 1937, in dem auf die Rücknahme der Ermahnung gemäß Entscheidung des Gauleiters verwiesen wird:

„Der Angestellte K[...] war berechtigt, sich in vorgenannter Angelegenheit direkt mit dem Hoheitsträger ins Benehmen zu setzen und hat damit korrekt gehandelt.“⁴¹

Das war allerdings kein Freibrief, sondern die nachträgliche Rückendeckung im Einzelfall. Das heißt, dass nicht einmal die Berechtigung und Verpflichtung der Partei zur Überwachung von der Verwaltung für ihren eigenen Bereich akzeptiert wurde. Man wird davon ausgehen können, dass die Drohung des Dienstvorsetzten den Denunzianten mehr beeindruckte als der Freispruch durch den Gauleiter.

Die erste Teilung der Ortsgruppe Detmold

Wichtigste Merkmale der Jahre bis 1936 waren für die Ortsgruppen der Anstieg der Mitgliederzahlen und die fortschreitende Besetzung der Funktionärsstellen mit Leuten, die nicht in die Querelen der Frühzeit verwickelt waren. Im Juli 1934 zählte die Ortsgruppe Detmold 855 Personen und überstieg damit die vom Reichsorganisationsleiter empfohlene Zahl von 500. Ortsgruppenleiter Wollenhaupt schlug die Aufteilung in drei Ortsgruppen vor, allerdings ergab sich mit der reichsweiten Neuordnung der Ortsgruppen zum 1. Januar 1935 eine neue Lage. Die Detmolder Parteiorganisation sollte nun zwar nur noch das Gebiet der Stadt abdecken, doch waren die verbliebenen rund 750 Parteimitglieder immer noch zu viel für eine einzige Ortsgruppe. Im Dezember 1935 schlug Wedderwille dem Gauorganisationsamt wegen „der zu erwartenden Zunahme durch HJ, Stahlhelm und die in Aussicht gestellte Lockerung für die Aufnahme“ die Teilung vor.⁴² Tatsächlich wurde Anfang 1936 durch Anordnung des Stellvertreters des Führers und des Reichsorganisationsleiters im Einvernehmen mit der Gauorganisationsleitung eine Aufteilung in die neuen Ortsgruppen Detmold-Nord mit ca. 10.000 Einwohnern und 400 Parteimitgliedern und Detmold-Süd mit ca. 9.000 Einwohnern und 340 Parteimitgliedern vorgenommen.⁴³

Während sich Wollenhaupt wegen seiner Ämterhäufung im Februar 1936 von der Leitung der Ortsgruppe entbinden ließ,⁴⁴ wurde sein bisheriger Stellvertreter Gustav Witte Leiter der Ortsgruppe Detmold-Nord. Witte, Parteimitglied seit 1. Dezember 1931, war Lehrer an der Knabenbürgerschule und hatte zuvor schon

³⁹ Keller an die Beteiligten, 13. November 1936; EBD.

⁴⁰ Wilhelm Schürmann, Parteimitglied seit dem 1. Juni 1930, war Mitarbeiter des SD (Sicherheitsdienstes) der SS; s. auch seine Personalakte im STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 2944.

⁴¹ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 459.

⁴² Schreiben vom 6. Dezember 1935, Zustimmung des Gauorganisationsleiters Reineking, 9. Dezember 1935; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 347.

⁴³ Vollzugsmeldung des Kreisleiters Wedderwille an den Gauleiter, 19. Februar 1936; darin auch die Zahlen und die Personalvorschläge. In der Akte befindet sich auch ein Stadtplan mit der Markierung der Grenze zwischen den beiden neuen Ortsgruppen. S. LAV NRW OWL, L 113 Nr. 347.

⁴⁴ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 347.

als Leiter der Ortsgruppe Augustdorf nationalsozialistisches Engagement bewiesen.⁴⁵ Im Juli 1938 wurde Witte von Ludwig Betz abgelöst, Lehrer an der Aufbauschule und später ihr Leiter.

Die Leitung der Ortsgruppe Detmold-Süd wurde dem Schmied und bisherigen Ortsgruppenpropagandaleiter Hugo Preyer übertragen, Parteimitglied seit Anfang 1932.⁴⁶ Die Grenze zwischen den beiden Ortsgruppen folgte der Elisabethstraße, lief quer über den Kaiser-Wilhelm-Platz, die Paulinenstraße, Bruchstraße, Schülerstraße und Werrestraße, sie verlief jeweils in der Straßenmitte. Die Abwicklung der Umstrukturierung zog sich bis zum September des Jahres hin. Eine Meldung vom Oktober 1936 nennt 376 Parteimitglieder, von denen 254 als Aktive galten. Zu den Nichtaktiven gehörten mit Leopold Prinz zur Lippe, Meta Ulmke, Albert Diehl, Heinrich Jasper, Trude Betz und dem Oberregierungsrat Dr. Hermann Bargheer Personen, die auch aus anderen Zusammenhängen für ihr NS-Engagement bekannt sind.⁴⁷

Die Ortsgruppe Detmold-Nord war in sieben Zellen untergliedert: Zelle I mit 4 Blocks und 251 Haushaltungen (Zellenleiter Wortmann), Zelle II mit 6 Blocks und 343 Haushaltungen (Werner Düstersiek), Zelle III mit 5 Blocks und 366 Haushaltungen (Alf), Zelle IV mit 6 Blocks und 397 Haushaltungen (Strate); Zelle V mit 11 Blocks und 753 Haushaltungen (Friedrich Schötz), Zelle VI mit 6 Blocks und 360 Haushaltungen (Heinrich Wiehenkamp), Zelle VII mit 12 Blocks und 490 Haushaltungen (Simon Mahlmann).

Die Ortsgruppe Detmold-Süd wies sechs Zellen auf: Zelle I mit 6 Blocks und 379 Haushaltungen (Emil Aretz), Zelle II mit 6 Blocks und 218 Haushaltungen (Uhle), Zelle III mit 8 Blocks und 417 Haushaltungen (Friedrich Lange), Zelle IV mit 6 Blocks und 323 Haushaltungen (Hans Grote), Zelle V mit 6 Blocks und 385 Haushaltungen (Hausmann), Zelle VI mit 9 Blocks und 427 Haushaltungen (Wilhelm Schmidtmeier).⁴⁸

In einer Zählung vom Mai 1938 wurden bei insgesamt 20.300 Einwohnern der Stadt für die Ortsgruppe Detmold-Nord 8 Zellen mit 45 Blocks und 435 Parteimitgliedern angegeben. Die Ortsgruppe Detmold-Süd wies nun ebenfalls acht Zellen mit 49 Blocks und 438 Parteimitgliedern auf.⁴⁹

Auch jetzt zeigen Konflikte die begrenzte Einflussmöglichkeit der Ortsgruppenleiter. Am 28. August 1935 begründete Ludwig Wollenhaupt dem Leiter des Lippischen Sängerbundes seine Ablehnung der Neugründung eines „Detmolder Männerchors“. Die Herausstellung der „Drahtzieher“ des Plans („Judengenosse Müller-Daube“, „Freimaurer Schramm“, „Demokrat Kisse“) sollte der Ablehnung einen politischen Aspekt geben:

„So muss der Versuch dieser Neugründung offen als das gekennzeichnet werden, was er ist: eine ganz üble politische Mache einiger Ehrgeizlinge, die aus gegensätzlicher politischer Einstellung heraus das kulturelle Leben der Stadt zu zersplittern und zu schädigen trachten.“⁵⁰

⁴⁵ Gustav Witte, am 3. Dezember 1908 in Niederschönhausen geboren, war am 1. Dezember 1931 in die NSDAP und in die SA eingetreten. Vom 1. November 1933 bis 31. Dezember 1934 war er Leiter der Ortsgruppe Augustdorf, dann bis zum 14. März 1935 stellvertretender Leiter der Ortsgruppe Detmold, zuletzt vom 22. März 1935 an Ortsgruppenleiter. Witte war auch Mitglied in der NSV, im NSLB und im RLB, in der Kreisleitung war er Leiter des Amtes für Erziehung. Er verunglückte am 12. Februar 1944 bei Schießübungen an der Ostfront tödlich. Zu ihm s. LAV NRW OWL, L 113 Nr. 285 und 582.

⁴⁶ Parteinterne Begutachtung in LAV NRW OWL, L 113 Nr. 582.

⁴⁷ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 367.

⁴⁸ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 267.

⁴⁹ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 564.

⁵⁰ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 366.



*Eröffnung der Richard-Wagner-Schule am 23. Februar 1941 in Detmold. Erste Reihe in der Mitte der Gauleiter, Reichsstatthalter und „Chef der Lippischen Landesregierung“ Dr. Alfred Meyer, links neben ihm Kreisleiter Adolf Wedderwille, rechts dahinter Oberschulrat Ludwig Wollenhaupt.
(Fotograf: Ferdinand Düstersiek. Lippische Landesbibliothek, BA DT-31-63)*

Da niemand ernsthaft in der Gründung eines neuen Chores in der musikliebenden und an Chören reichen Stadt Detmold einen Akt politischen Widerstands sehen kann, erscheint Wollenhaupts Handeln als Versuch, auf einem Nebenschauplatz seine Einflussmöglichkeit zu demonstrieren.

Ortsgruppenleiter Hugo Preyer musste 1937 sogar eine Niederlage einstecken. Preyer, der bis zu seiner Anstellung bei der NSDAP arbeitslos war, ständig in finanziellen Schwierigkeiten steckte und etwa größte Probleme hatte, seine Uniform zu bezahlen, wollte Honorarforderungen eines Rechtsanwaltes unter Hinweis auf seine Verdienste um die Bewegung bestreiten und warf seinem Gläubiger vor, den Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ zu verletzen - ein NS-Schlagwort, das häufig in solchen Konflikten zitiert wurde. Selbstverständlich war der Rechtsanwalt inzwischen Parteimitglied und konnte nun neben der Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche auch noch die Verletzung seiner Ehre als Nationalsozialist ins Feld führen. Preyer musste die Geldforderung als berechtigt anerkennen und war zudem zu einer formellen und im engeren Führungskreis der Ortsgruppe verbreiteten Entschuldigung gezwungen.⁵¹

Unbestritten aber blieb das Recht der Ortsgruppenleiter als Hoheitsträger, die Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP zu beobachten und gegebenenfalls einzugreifen. Dieses demonstrierte 1938 Ludwig Betz in einem Schreiben an den Kreisleiter Wedderwille vom 22. September 1938:

„Es ist mein selbstverständliches Recht als Hoheitsträger, alle Vorgänge in dem Hoheitsbereich zu beobachten und energisch einzugreifen, wenn ich es für geboten halte. Insbe-

⁵¹ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 736.

sondere gilt dies für die NSV, die einen wesentlichen Faktor in unserer politischen Arbeit darstellt.“⁵²

Ob sich die Funktionäre von Massenorganisationen wie der NSV oder der DAF wirklich von Ortsgruppenleitern beeindrucken ließen, muss offen bleiben.

Die zweite Teilung der Detmolder Ortsgruppen

Das erneut starke Anwachsen der Partei nach der Aufhebung der Aufnahmesperre 1937 erzwang eine weitere Aufteilung zum 1. April 1939.⁵³ Dabei wurde Detmold-Nord in die neuen Ortsgruppen Detmold-Ost (5.250 Einwohner, 432 Mitglieder, 4 Zellen, 22 Blocks) und Detmold-Nord (6.600 Einwohner, 438 Mit-



Major Erich Bärenfänger, Ludwig Betz, Oberstudienrat Dr. Fritz Schulte und HJ-Bannführer Erich Beyer (von links) beim Verlassen des Gebäudes des Gymnasiums Leopoldinum in Detmold, 1943. Bärenfänger hatte als Ritterkreuzträger dort einen Vortrag gehalten. (LAV NRW OWL, D 75 Nr. 9531)

glieder, 4 Zellen und 23 Blocks) aufgeteilt, die von Ludwig Betz vorgeschlagenen Namen „Fliegerhorst“ und „Kronenplatz“ wurden allerdings abgelehnt.⁵⁴ Leiter beider Ortsgruppen blieb für kurze Zeit noch Betz.⁵⁵ Witte war inzwischen beruflich nach Lage versetzt worden und hatte dort von dem Dentisten Zuleger die Ortsgruppe übernommen, es war seine dritte Stelle als Ortsgruppenleiter.⁵⁶ Im Mai 1939 übernahm dann Walter Götz die Leitung der Ortsgruppe Detmold-Nord, während Betz die von Detmold-Ost behielt. In einer kurz nach Kriegsbeginn erstellten Liste der Ortsgruppenleiter war der Name „Götz“ durchgestrichen und handschriftlich durch „Wortmann“ ersetzt. Götz war damals zur Wehrmacht eingezogen. Im Februar 1940 vermerkt die Ortsgruppe dann, dass Götz in ehemals polnische Gebiete versetzt worden sei.⁵⁷ Vermutlich war danach August Wortmann als kommissarischer Leiter eingesetzt, ab September 1944 erscheint er dann als Ortsgruppenleiter.

Die Ortsgruppe Detmold-Süd wurde in die neuen Ortsgruppen Detmold-Süd (4.650 Einwohner, 398 Mitglieder, 4 Zellen und 25 Blocks) und Detmold-

⁵² LAV NRW OWL, L 113 Nr. 367.

⁵³ Schreiben des Gauorganisationsleiters, 21. Dezember 1938; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 843. Die Bestätigung durch den Reichsorganisationsleiter folgte im Januar 1939.

⁵⁴ Betz an Kreisorganisationsleiter Lückhoff, 25. Januar 1939; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 843.

⁵⁵ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 843. Der am 18. Januar 1899 in Nieder-Saulheim bei Mainz geborene Betz war im April 1933 in den lippischen Schuldienst gekommen (Reformrealgymnasium Lemgo); seit dem 1. Oktober 1933 war er Leiter der Deutschen Oberschule (Aufbauschule, später Deutsche Heimschule) in Detmold. Im Kreis Lemgo hatte er zuvor die Funktion des Kreispropagandaleiters.

⁵⁶ Die Wechsel hingen mit seinen Versetzungen zusammen: in Augustdorf hatte er als nicht-beamteter Lehrer gearbeitet, in Detmold als beamteter Lehrer und in Lage zuletzt als Rektor.

⁵⁷ Schreiben der Ortsgruppe Detmold-Nord, 5. Februar 1940; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 857.

West (4.580 Einwohner, 382 Mitglieder, 4 Zellen und 24 Blocks) aufgeteilt.⁵⁸ Während Hugo Preyer nun die Ortsgruppe Detmold-Süd übernahm, wurde die Leiterstelle in Detmold-West dem als Regierungsrat im Arbeitsamt tätigen Dr. Richard Günther übertragen. Günther, Träger des Goldenen Parteiabzeichens, war schon am 7. Dezember 1925 der NSDAP beigetreten. Nachdem er nach Auseinandersetzungen mit dem Leiter Dr. Georg Süß⁵⁹ aus dem Arbeitsamt Detmold ausgeschieden war, suchte er seine Karriere „im Osten“ fortzusetzen und leitete das Arbeitsamt Schaulen in Litauen. Für die Detmolder Ortsgruppe wurde sein Name in einem Dokument handschriftlich durch „Pg. Lange“ ersetzt.⁶⁰ Später wurde auch Ernst Rumbke als Ortsgruppenleiter erwähnt, der stellvertretende Leiter der Mädchenbürgerschule. Rumbke ist am 12. Oktober 1943 gefallen.

In den nächsten Monaten stiegen sowohl Einwohner- wie Mitgliederzahlen weiter an; eine erneute Teilung gab es allerdings unter den Bedingungen des Krieges nicht mehr. Von Januar 1937 bis Dezember 1943 liegen die Meldungen zum Mitgliederstand der Ortsgruppen vor, die über die Kreis- und Gauleitungen an den Reichsschatzmeister der NSDAP im Braunen Haus in München gingen:

	Nord	Süd	Ost	West
Januar 1937 ⁶¹	406	384		
Mai 1938 ⁶²	433	441		
Januar 1939 ⁶³	877	742		
Januar 1940 ⁶⁴	398	314	398	384
Dezember 1940 ⁶⁵	478	365	456	451
März 1942 ⁶⁶	495	319	447	407
November 1943 ⁶⁷	510	354	479	401

Die unterschiedlichen Stichdaten sind durch Lücken in der Überlieferung bedingt. Der erkennbare Schwund im Januar 1940 ist auf den Einsatz von Parteimitgliedern in der Wehrmacht zurückzuführen, da während eines solchen Einsatzes die Mitgliedschaft ruhte und auch keine Beiträge bezahlt werden mussten. Dennoch stiegen die Aufnahmen danach wieder an, auch wenn die Zahlen aus dem Jahr 1939 nicht mehr erreicht wurden. Ein Grund kann in der Anziehungskraft des Siegers nach den Erfolgen des Blitzkrieges liegen: im Juli 1940, nach der Kapitulation Frankreichs, vermeldeten die Detmolder Ortsgruppen Zuwächse von 14 (West) über 22 (Nord) und 34 (Ost) bis 39 (Süd) Personen. Tatsächlich scheint selbst der Kriegsverlauf im Osten nicht zu einem Abbröckeln, sondern zu einem Solidarisierungseffekt geführt zu haben, der der Partei an der „Heimatfront“ noch einmal den Rücken stärkte.

Organisatorisch fanden die vier Detmolder Ortsgruppen im Übrigen wieder zusammen, als sie 1943 gemeinsam 10 Räume im Gebäude der Lippischen Landesbrandversicherungsanstalt in der Langen Straße 37 als Büroräume mieteten.⁶⁸

⁵⁸ Abweichende Zahlen im Verhandlungsprotokoll, 4. April 1939: 346 Parteigenossen in der Ortsgruppe Detmold-Süd, 415 in der Ortsgruppe Detmold-West; vgl. LAV NRW OWL, L 113 Nr. 770.

⁵⁹ Zum Konflikt zwischen Dr. Süß und der NSDAP s. ANDREAS RUPPERT, „Der nationalsozialistische Geist lässt sich nicht in die Enge treiben, auch nicht vom Arbeitsamt.“ Zur Auseinandersetzung zwischen dem Kreisleiter der NSDAP in Lippe und dem Leiter des Arbeitsamtes Detmold in den Jahren 1939 bis 1943; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN 62/1993, 253-283.

⁶⁰ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 858.

⁶¹ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 656.

⁶² LAV NRW OWL, L 113 Nr. 656.

⁶³ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 660.

⁶⁴ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 662.

⁶⁵ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 663.

⁶⁶ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 665.

⁶⁷ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 668.

Die Detmolder NSDAP in der Kriegszeit

Vom 1. März 1941 liegt eine Organisationsmeldung aller vier Detmolder Ortsgruppen vor, die ihre personelle Stärke zusammenfasst.⁶⁹ Demnach kamen bei 20.800 Einwohnern mit 6.173 Haushaltungen auf vier Ortsgruppen und 22 Zellen mit 118 Blocks verteilt 2.082 Parteimitglieder, darunter 153 Frauen. Von diesen Mitgliedern waren zum Zeitpunkt der Erhebung 482 zur Wehrmacht eingezogen. Die Gesamtzahl der Politischen Leiter mit Ortsgruppen-, Zellen- und Blockleitern, den Ortsgruppenstäben und den Waltern und Warten von DAF und NSV betrug 499, sie besaßen 22 Pistolen.

Erst im Krieg hatte die Partei wieder eine stärkere Bedeutung erhalten. Als deutlich wurde, dass der Krieg nicht schnell und auch nicht erfolgreich sein würde, sah die Reichsleitung den bisher bestehenden gesellschaftlichen Konsens gefährdet. Die Partei wurde wieder mobilisiert, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten. Ältere Parteimitglieder und SA-Leute fühlten sich an die „Kampfzeit“ erinnert und blühten auf, dies fiel umso leichter, als der Krieg sich an weit entfernten Orten abspielte und die Idee einer Kampfklage in der Heimat unrealistisch erschien, bis zuletzt die Partei doch noch im Volkssturm auf die Probe gestellt wurde und ihre verheerende Wirkung in der deutschen Geschichte auch noch im Untergang demonstrieren konnte.

Die Ortsgruppen wurden für die unterschiedlichsten Aktionen herangezogen. Für ihre Mitglieder bedeutete das eine hohe Arbeitsbelastung, aber auch einen Zugewinn an Macht, allerdings nicht an Ansehen. So wurde die Sammeltätigkeit stark ausgeweitet, weil die Wehrmacht dringend materieller Unterstützung bedurfte, während die Bevölkerung im Reich immer mehr auf Ersatzstoffe angewiesen war. Dazu gehörte etwa das Sammeln von Heilkräutern und Bucheckern durch Schulkinder, das von den Ortsgruppen organisiert werden musste. Für die Wehrmacht mussten sie selbst leere Flaschen sammeln, Metalle, Stiefel, warme Kleidungsstücke. Auch wenn die Ortsgruppen das als einen Beitrag zur Kriegführung ansahen, fühlten sich ihre Funktionäre doch gleichzeitig erniedrigt. Für das Einsammeln von leeren Flaschen seien sie nicht in die Partei eingetreten, war von lippischen Ortsgruppenleitern immer wieder zu hören.

Auch verschiedene Arbeitseinsätze mussten von den Ortsgruppen organisiert werden. Das begann mit dem Einsatz der Partei beim Entladen von Güterwagen auf den Bahnhöfen⁷⁰ über Einsätze bei der Ernte bis zur Sorge für die Aufrechterhaltung der industriellen Produktion, der immer mehr reguläre Arbeitskräfte verloren gingen.

Näher am Kriegsgeschehen waren die Organisation von Kameradschaftsveranstaltungen für verwundete Soldaten, aber auch die Redaktion von „Heimatbriefen“, mit denen die Ortsgruppen den Kontakt zu Soldaten zu halten versuchten, die aus ihrem „Hoheitsgebiet“ stammten.⁷¹

Einen großen Ansehensverlust brachte die Verpflichtung für Ortsgruppenleiter mit sich, den Angehörigen gefallener Soldaten persönlich die Todesmeldung zu überbringen. Die Partei wollte damit ihr Mitgefühl bezeugen, in Wirklichkeit aber wurde der Ortsgruppenleiter nun zum „Totenvogel“, den man nicht an der Tür sehen wollte, der selbst aber als „unabkömmlich“ in der Regel keinen Fronteinsatz zu befürchten brauchte.

⁶⁸ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 771.

⁶⁹ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 565.

⁷⁰ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 592 und 843.

⁷¹ Zu den Heimatbriefen s. HANSJÖRG RIECHERT/ANDREAS RUPPERT, Herrschaft und Akzeptanz. Der Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre. Analyse und Dokumente. Opladen 1998, 176-183.

Die dramatische Entwicklung an den Fronten zeigte ihre Auswirkungen in der Heimat an verschiedenen Stellen. Das größte Problem war es dabei, dem Widerspruch zwischen den Rekrutierungsforderungen der Wehrmacht und der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der kriegswichtigen Produktion in der Heimat zu begegnen. Arbeitskräfte sollten gezielt unter den Frauen gesucht werden, vor allem die Arbeit von Hausmädchen und Haushaltshilfen wurde nicht als „kriegswichtig“ eingeschätzt. So forderte etwa Kreisleiter Wedderwille im Sommer von den vier Detmolder Ortsgruppen die Abstellung von je mindestens 10 Frauen für die Arbeit in der Konservenfabrik Moser in Hiddesen.⁷²

Auch wurden die Ortsgruppenleiter bei der Unterbringung und Versorgung von Evakuierten aus den Industriegebieten des Gaus Westfalen-Nord eingesetzt. Es mussten Wohnungen, Haushaltsgegenstände und Lebensmittel beschafft werden, auch mussten Konflikte mit Einheimischen geschlichtet werden, denn freundlich aufgenommen wurden die Neuankömmlinge in der Regel nicht. Gleichzeitig sah man in ihnen ein Arbeitskräftereservoir, mit einem Rundschreiben forderte der Kreisleiter im September 1944 die Ortsgruppenleiter zur Meldung arbeitsfähiger Personen aus diesem Kreis auf.⁷³

Die Überwachungsaufgaben wurden größer und gaben den lokalen Funktionären eine neue Illusion von Machtausübung. Überwacht werden mussten Zwangsarbeiter und ausländische Zivilarbeiter, was allerdings eher ein Problem der ländlichen Ortsgruppen war, da die lippische Landwirtschaft inzwischen völlig von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern abhängig war.⁷⁴ Überwacht und der Kreisleitung gemeldet werden sollten auch solche Personen, die als „eindeutschungsfähig“ eingestuft worden waren.

Seit der Ausrufung des Totalen Krieges wurde auch die Heimatfront militärisch ausgerichtet. Schon im April wurden aus Kräften der Polizei und der SS Stadtwachen gebildet, die von den Ortsgruppen unterstützt werden sollten, beispielsweise durch die Bereitstellung von Pistolen.⁷⁵ In diesen Zusammenhang gehört auch die Organisation der Luftschutzeinheiten und die Aufstellung von Einsatztrupps. Dies gab gleichzeitig im Nachhinein Parteifunktionären das Gefühl, dass ihr vorher frustrierender „Dienst“ doch einen Sinn gehabt hatte. Die Aufwertung der Parteibasis zeigt sich auch in einer Anordnung des Gauorganisationsleiters vom 23. November 1943. Sie markiert aktuelle Bedeutung der Zellen- und Blockleiter:

„In diesem Kriege, der immer härtere Anforderungen an die einzelnen Volksgenossen stellt, ist ihre Arbeit entscheidend. Die Zelle und der Block sind das Fundament der Organisation der NSDAP. [...] Der Block- und Zellenleiter hat die engste Verbindung mit dem Volk. Er steht noch mitten im Volke und ist das Auge und Ohr der Partei [...]“⁷⁶

Zum direkten Kriegseinsatz muss die Anlage von Splittergräben gezählt werden. So meldete die Ortsgruppe Detmold-Nord am 6. Januar 1944 die Anlage von 18 Gräben mit 123 m für 452 Personen, in Arbeit seien weitere 15 Gräben.⁷⁷

Die Überwachungsfunktion erhielt eine dramatische Steigerung im letzten Kriegsjahr, als mit Aufständen von Zwangsarbeitern gerechnet wurde. Im September 1944 wurde eine „politische Reserve“ „für besonde-

⁷² Schreiben vom 24. Juli 1943; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 768

⁷³ Rundschreiben 30/44 vom 26. September 1944; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 593.

⁷⁴ S. GABRIELE FREITAG, Zwangsarbeiter im Lipper Land. Eine regionalgeschichtliche Studie zum Nationalsozialismus, Bochum 1996.

⁷⁵ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 593.

⁷⁶ Anordnung 0.5/43; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 539.

⁷⁷ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1021.

ren Einsatz“ aufgestellt, zu der die Ortsgruppenleiter und auch die Funktionäre der beiden größten NS-Verbände gehörten, die Ortsamtsleiter der NSV und die Ortsobmänner der DAF.⁷⁸

Letzte Panikattacken der lokalen NS-Funktionäre

In einem undatierten, mit dem Vermerk „Eilt sehr!“ versehenen Rundschreiben ließ der Kreisleiter am 29. Mai 1944 das militärische Funktionieren seiner Ortsgruppen prüfen. Durchgespielt wurde die Alarmbereitschaft für den Fall von „Ausländerunruhen“, das heißt von befürchteten Aufständen der in Lippe beschäftigten Zwangsarbeiter. Die Meldung wurde über die Meldestaffel der HJ vermittelt, die auf dem Rückweg auch die schriftlich niedergelegten Maßnahmen der Ortsgruppenleiter mitzubringen hatte. Rückmeldungen liegen aus Detmold-Nord, Detmold-Ost, Detmold-Süd und Detmold-West vor. Sie verwiesen dabei auf die Alarmierung von Einsatztrupps, die offensichtlich schon zuvor festgelegt wurden; am konkretesten schilderte der Vertreter der Ortsgruppe Detmold-Nord, Tittel, sein Handeln:

- „8. Meldung erhalten, dass auf der Arminstraße Zusammenrottung von Ausländern.
9. Straßenblock sofort umstellt und einige Salven abgegeben.
10. Meldung an Kreisleitung, dass Ruhe eingetreten.“⁷⁹

Sichtbar wurde wieder die alte Angst des NS-Regimes vor dem eigenen Volk, auf das man sich nicht mehr verlassen zu können glaubte. Das Rundschreiben 4/45 der Kreisleitung betraute „Sicherheitskommissare“ mit den Aufgaben, „jeden Defaitismus im Keim zu ersticken“, die Flucht der Bevölkerung, vor allem von Volkssturmangehörigen aus bedrohten Ortschaften zu verhindern und nötigenfalls Teilräumungen und Räumungen von Ortschaften durchzuführen. Sie wurden auf die totale Kriegführung verpflichtet: „Dazu gehört auch im Ernstfalle unter Umständen ein rücksichtsloses Durchgreifen.“⁸⁰

Dieser letzte Ausfluss nationalsozialistischen Wahnsinns, in bürokratische Form gegossen, kostete an vielen Orten Menschenleben, zum Teil wurden Kriegsmüde noch wenige Stunden vor der Befreiung umgebracht. Aus Lippe sind solche Mordtaten nicht bekannt.

Das Ende

Das Ende kam schnell. Die Funktionäre der NSDAP versuchten bis zuletzt, ihren Auftrag nun auch im militärischen Rahmen zu erfüllen. Unter ihrer Führung wurden Panzersperren angelegt und Volkssturmgruppen aufgestellt, die militärisch ohne jede Bedeutung waren. Als amerikanische Einheiten am Abend des 4. April von Hiddesen aus kampflos in Detmold einrückten,⁸¹ existierte die NSDAP hier nicht mehr. Am 5. April wurde der Fabrikant Alexander Hofmann zum Bürgermeister in Detmold ernannt, es war der erste Schritt auf dem Weg zu einer „Normalisierung“. Die Ernennung Heinrich Drakes zum Landespräsidenten war dann die zweite Entscheidung Richtung Normalisierung, das bedeutete Entnazifizierung und Wiederaufbau. Er wurde von Menschen geleistet, die unbelastet waren.

⁷⁸ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 594.

⁷⁹ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 205; Wilhelm Schmidtmeier machte als kommissarischer Leiter der Ortsgruppe Detmold-Süd die ausführlichste Meldung. Der ehemalige Feldwebel sah hier wieder eine Chance zur Profilierung.

⁸⁰ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 595.

⁸¹ Zum Kriegsende s. WALDEMAR BECKER, Die Besetzung Lippes im Frühjahr 1945; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN 64/1995, 213-270.

Die Herren der letzten zwölf Jahre waren verschwunden. Gauleiter Dr. Alfred Meyer wurde erschossen in der Weser gefunden. Kreisleiter Adolf Wedderwille wurde in Volkssturmuniform verhaftet und interniert. Ortsgruppenleiter Ludwig Betz erschoss sich am 5. April 1945 in seiner Wohnung. Gustav Witte war schon zuvor an der Ostfront tödlich verunglückt. Andere waren untergetaucht oder verhielten sich sehr still. Es gab keine Parteimitglieder mehr. Die amerikanische Journalistin Martha Gellhorn hatte sich über die deutsche kollektive Amnesie schon beim Vormarsch im Rheinland gewundert:

„Die Amerikaner sind uns willkommen. Wir haben keine Angst vor ihnen; wir haben keinen Grund zur Angst. Wir haben nichts Unrechtes getan; wir sind keine Nazis. Man müsste es vertonen. Dann könnten die Deutschen diesen Refrain singen. Sie reden alle so.“⁸²

Nur wenige Spuren finden sich später von den bekannteren Namen. Ludwig Wollenhaupt war überrascht und verbittert, dass er seine Pension nicht ausbezahlt bekommen sollte – er fühlte sich der Elite zugehörig, verwies auf seine Tätigkeit in der Landesregierung und wollte nicht wahrhaben, dass seine jahrelange Aktivität in der NSDAP nun negativ bewertet wurde.⁸³ Er blieb ansonsten unbehelligt und bekam 1953 tatsächlich seine volle Pension zugesprochen, als Heinrich Drake schon nicht mehr Regierungspräsident war. Der einstige Staatsminister Riecke dagegen setzte, der Auslieferung an die Sowjetunion nur knapp entgangen, seine Karriere in der sogenannten freien Wirtschaft Westdeutschlands fort und wurde, wie Wigbert Benz prägnant formulierte, „vom Hungerplaner zum ‚Welternährer‘“. Später schrieb er apologetische Memoiren, in denen er auch die Detmolder Zeit bedachte. Franz Harder taucht überraschend auf einer Liste von NS-Opfern auf, die am 11. Dezember 1945 vom Landrat in Detmold auf Anfragen von Oberpräsident und Landesregierung erstellt worden war. Als Grund für seine „Schutzhaft“ wird hier nicht die Verurteilung wegen Misshandlungen und Anstiftung zum Meineid erwähnt, sondern es wird von „Sachen Fechenbach“ geraunt – als Versuch, sich im Schatten eines wirklichen Opfers selbst zum Opfer zu machen.⁸⁴ In die Schlagzeilen geriet viel später noch einmal der Fechenbachmörder Fritz Grüttemeyer. Während zweien seiner Komplizen schon 1948 der Prozess gemacht worden war, blieb Grüttemeyer zwei Jahrzehnte untergetaucht. Das Schwurgericht Paderborn verurteilte ihn 1969 zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren.⁸⁵ Keiner der Detmolder Parteifunktionäre spielte in der Bundesrepublik eine politische Rolle.

Fazit

Wurde die NSDAP noch gebraucht? Die Partei garantierte der NS-Führung eine Reserve, auf die sie in Notfällen zurückgreifen konnte. Innenpolitisch gab es den Notfall nie. Darüber hinaus brauchte man die Partei zum Sammeln der Mitgliedsbeiträgen und der Organisation der endlosen Kette von Parteiveranstaltungen. Die wirkliche Bedrohung kam für das NS-Regime von außen. Auch im Krieg hatten die Parteifunktionäre zu sammeln, von Flaschen über Stiefel bis zu Metallen. Ihr Ansehen sank mit jeder zugestellten Gefallenmeldung, ihr Kampfeinsatz zum Kriegsende war bedeutungslos. Das Bild des durchschnittlichen Ortsgruppenleiters zeigt einen Mann, dessen Hauptinteresse das Zurschaustellen der Uniform war, der rastlos

⁸² HANS MAGNUS ENZENSBERGER (Hg.), Europa in Ruinen. Augenzeugenberichte aus den Jahren 1944-1948, München 1995, 87.

⁸³ S. Wollenhaupts Unschuldsbeteuerungen im Schreiben an Drake vom 19. Juli 1947, nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager; in: LAV NRW OWL, L 80 III Nr. 1770.

⁸⁴ Die Liste findet sich in: LAV NRW OWL, L 80.13 Nr. 1263. Harder hatte nach Fechenbachs Ermordung Zweifel an der offiziellen Version „auf der Flucht erschossen“ geäußert und seine damaligen Verurteilungen damit in Zusammenhang gebracht. 1955 stellte er sogar einen Wiedergutmachungsantrag beim zuständigen Amt im Kreis Paderborn, s. KREISARCHIV LIPPE, K 2 BEG Kreisverwaltungen Detmold/Lemgo Nr. 167.

⁸⁵ Prozessakten zu Grüttemeyer; in: LAV NRW OWL, D 21 C Nr. 2717-2728. Das frühere Verfahren gegen Dr. Karl Segler und Paul Wiese; in: LAV NRW OWL, D 21 C Nr. 4337-4339.

organisierte, die Bevölkerung mit Sammelaktionen überzog und beim Heranrücken der Front als erster verschwand. Ortsgruppenleiter wollte am Tag der Befreiung niemand gewesen sein.

„In Another Country“.

Der britische Blick auf die Entwicklungen im Kreis Detmold in den Jahren 1948 bis 1949

von Petra-Ulrike Wissbrock

Nach dem Kriegsende 1945 kommt es in der Stadt und im späteren Kreis Detmold zu gewaltigen Umwälzungen. Nachdem das Gebiet in den ersten Apriltagen des Jahres 1945 von US-Verbänden weitgehend kampflos übernommen werden konnte, wurde es wenige Tage nach Kriegsende an britische Besatzer übergeben. Nach den Kriegskonferenzen in Jalta und Teheran und spätestens nach der Konferenz in Potsdam im Sommer 1945 war es klar, dass Deutschland für unbestimmte Zeit unter alliierter Oberherrschaft stehen sollte.

So ziehen in Detmold sowie in ganz Lippe, das in Potsdam der britischen Besatzungszone zugeordnet wurde, britische Soldaten und ihre Offiziere ein. Damit einhergehen umfassende Veränderungen des öffentlichen Lebens. Die britischen Besatzer benötigen Wohnraum, Personal, Lebensmittel, Heizmaterial und müssen Wege finden, Strukturen aufzubauen, Anweisungen zu geben und den Erfolg ihrer Besatzungsarbeit zu kontrollieren. Als Hauptansprechpartner auf deutscher Seite setzen die Briten den in Lippe angesehenen ehemaligen Landespräsident Heinrich Drake ein.

Im Laufe der Zeit ernennen die britischen Besatzer von einer NS-Vergangenheit weitgehend unbelastete Kommunalpolitiker als Bürgermeister und Stadtdirektoren der jeweiligen lippischen Gemeinden und bauen die notwendigen Kommunikationsstrukturen auf. Nach und nach werden dann auch Parteien wieder zugelassen und eine deutsche kommunale Selbstverwaltung mit gewählten Ratsmitgliedern und Bürgermeistern etabliert.

Die Hauptentscheider auf britischer Seite aber sind die „Kreis Resident Officers“. Hier handelt es sich entweder um verdiente britische Offiziere oder um ehemalige Verwaltungsbeamte, die durch ihren Dienst in der britischen Besatzungshierarchie die Position und den Titel eines „officer“ einnehmen dürfen. Für den ehemaligen Kreis Detmold erlauben die monatlichen Berichte des Kreis Resident Officer, Colonel Walter J. Humphrey, an seinen direkten Vorgesetzten in Düsseldorf, Regional Governmental Officer Alec Bishop sehr aufschlussreiche Einblicke in die Einschätzung der lokalen Begebenheiten durch die obersten britischen Entscheider.¹

Dieser Aufsatz will mithilfe der umfangreichen monatlichen Aufzeichnungen des Detmolder Kreis Resident Officers für die Jahre 1948 bis 1949 untersuchen, welchen Blick Humphrey als höchster Beamter auf der britischen Seite und gleichzeitig oberster ziviler Entscheider auf Politiker und Bevölkerung sowie die Gesamtsituation hat. Der Berichtszeitraum erstreckt sich über eine Phase der britischen Besatzung, in der man schon weitgehend eine deutsche politische und administrative Selbstverwaltung zulässt und britische Interventionen auf die Ausübung von Kontrolle und ein Vetorecht beschränkt.

Was ist ein Kreis Resident Officer?

Neben der British Army of the Rhine (BAOR), die zuallererst für die Sicherheit vor potentiellen deutschen Widerstandsversuchen zuständig ist (die Angst vor deutschen „Werwölfen“ bestimmt gerade die erste Phase

¹ MONTHLY REPORTS K.R.O.'s LK. Detmold NRW R90/835/17 ARCHIVES FOREIGN OFFICE FO/013/493.

der britischen Besatzung), übernimmt die Control Commission for Germany (CCG) unter der Oberaufsicht eines Offiziellen im britischen Außenministerium die Aufgabe, Deutschland zu verwalten und wiederaufzubauen.



Parade britischer Soldaten in der Hornschen Straße. An der Spitze Lt. Col. F. W. Shephard, Datum unbekannt. (Foto: Wolf, Hiddesen. Stadtarchiv Detmold, Bildarchiv Nr. 3490)

Man unterteilt die britische Zone zunächst in drei Länder, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Es werden dann vier bis fünf Regierungsbezirke pro Land gebildet, und diese werden noch einmal in Kreise unterteilt, wobei man zwischen Stadt- und Landkreisen differenziert. Selbst den kleinsten dieser Kreise werden vier britische Funktionsträger zugeordnet, nämlich jeweils zwei für die allgemeine Verwaltung und zwei weitere für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Der lokale Entscheider vor Ort, der Kreis Resident Officer, wird von Historikern als eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Position innerhalb der britischen Besatzungshierarchie angesehen.² Er ist die Person, die auf täglicher Basis mit der deutschen Bevölkerung in Kontakt kommt und deren Berichte aus diesem Grund von unerlässlicher Bedeutung für die Bestimmung der weiteren britischen Politik sind.

Dieser Kreis Resident Officer, in aller Regel ein Zivilbeamter, der aber auch in Deutschland die Privilegien ranghöherer Offiziere genießen kann, wird von der Kontrollkommission auch salopp als „our man on the ground“ bezeichnet.³ Seine Aufgabe ist es, alle Vorgänge in seinem Distrikt, besonders aber das Verhalten der Parteien, genau zu beobachten und die deutsche Bevölkerung umfassend zu beraten⁴, um sicherzustellen, dass die Bürger zu politischer Selbstständigkeit erzogen werden.⁵ Der ideale Kreis Resident Officer soll – nach den Vorstellungen seiner Vorgesetzten – sowohl sympathisch und zugewandt als auch autoritär und durchsetzungsfähig erscheinen.

In der Anfangsphase betrachten es zahlreiche Briten als attraktiv, Teil der britischen Besatzung Deutschlands zu sein. Es gibt fast 26.000 Bewerber für Positionen innerhalb der Control Commission for Germany CCG (BE). Da es aber im Laufe der Zeit deutlich wird, dass der Aufenthalt im besetzten Deutschland

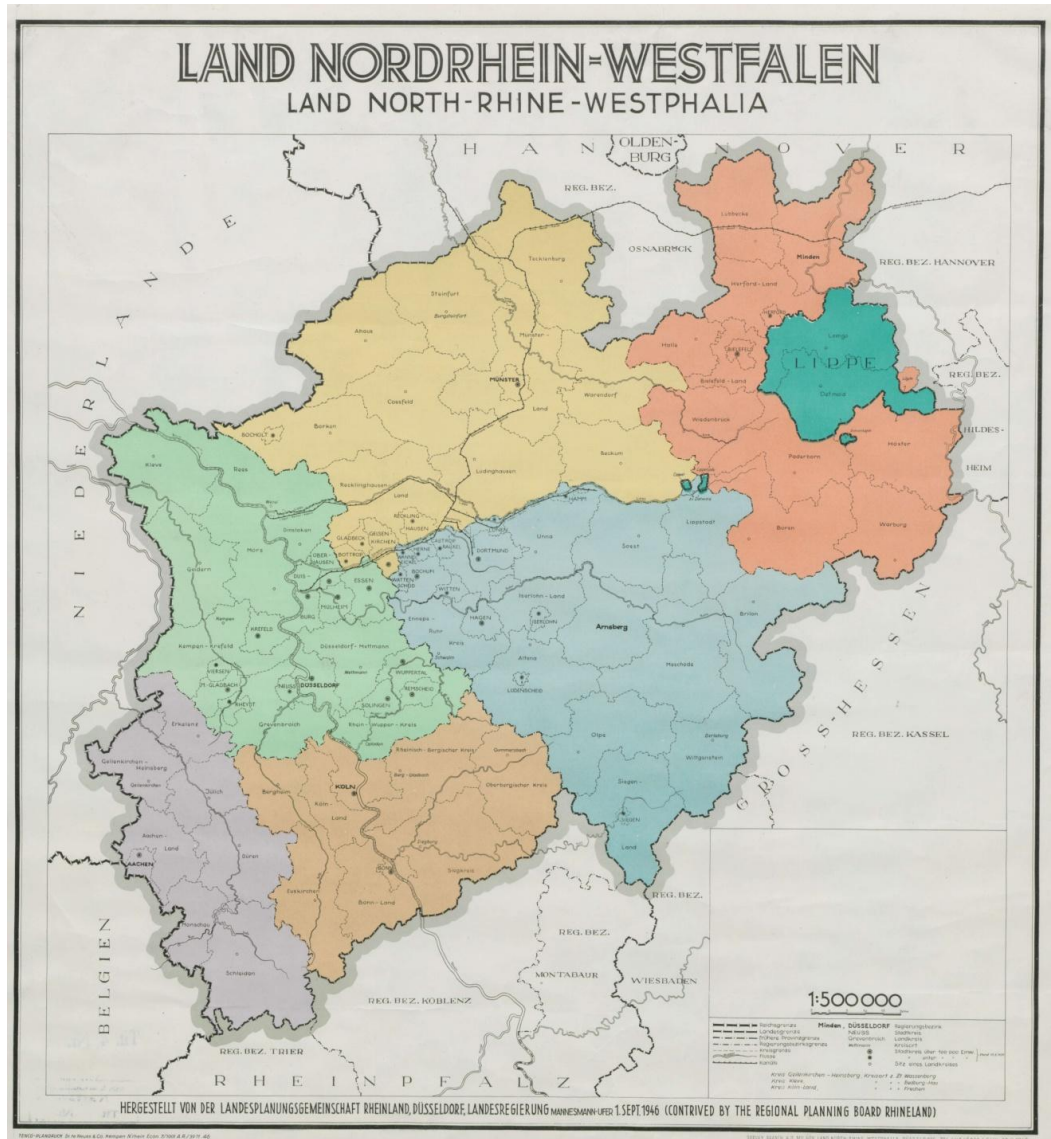
² DAVID PHILLIPS, *Educating the Germans: People and Policy in the British Zone of Germany 1945-1949*, London 2018, S.10., ebenso: CHRISTOPHER KNOWLES, <https://howitreallywas.typepad.com> (Aufruf 21.02.2019).

³ KNOWLES, <https://howitreallywas.typepad.com> (Aufruf 21.02.2019).

⁴ N. P. PELHAM-WRIGHT, Ein K.R.O. hält Rückschau; in: DIE BRÜCKE, Nr. 137, 17. Juni 1949, 11-14.

⁵ CHRISTOPHER KNOWLES, <http://www.historyandpolicy.org/policy-papers/papers/germany-1945-1949-a-case-study-in-post-conflict-reconstruction> (Aufruf 21.02.2019). 'A policy of introducing democracy by persuasion, not by force or by unilateral decree, appears to have succeeded, despite well-publicised concerns.'

temporär sein wird und zudem den britischen Steuerzahler zu viel Geld kostet, wird bereits ab 1947 die Bewerberzahl für Posten innerhalb der CCG deutlich geringer. Spätestens ab 1949 aber ist es in Großbritannien ein offenes Geheimnis, dass die Zahl der Mitarbeiter der CCG drastisch reduziert werden muss, und so geschieht es dann auch. In der jungen Bundesrepublik arbeiten nur noch ungefähr 7.000 Mitglieder der CCG in Westdeutschland.⁶



Karte Nordrhein-Westfalens mit den Regierungsbezirken und dem Land Lippe, 1946.

(LAV NRW OWL, D 73 Tit. 4 Nr. 00174)

Bei dem Autor der Detmolder Monatsberichte handelt es sich um einen hochdekorierten ehemaligen britischen Offizier, Colonel William John Humphrey (1895-1968) aus Fromby in der Nähe von Liverpool. In der Regel fügt er, wenn er unterschreiben muss, auch seine beiden Auszeichnungen, „Order of the British Empire“ und „Medal Cross“ (OBE MC), hinzu,⁷ die auf außergewöhnliche Leistungen innerhalb der britischen Armee hinweisen. Die bisherige Recherche bezüglich Humphreys ergab, dass er im Zweiten Weltkrieg als leitender Offizier bei den King's Liverpool Irish Men dient. 1928 startet er seine militärische Laufbahn dort als Captain, um dann im Jahre 1928 zum Major befördert zu werden. Im Jahre 1943 wird er zum

⁶ Vgl. FRANCIS GRAHAM-DIXON, *The Allied Occupation of Germany. The Refugee Crisis, Denazification and the Path to Reconstruction*, London/New York 2013, 88 ff.

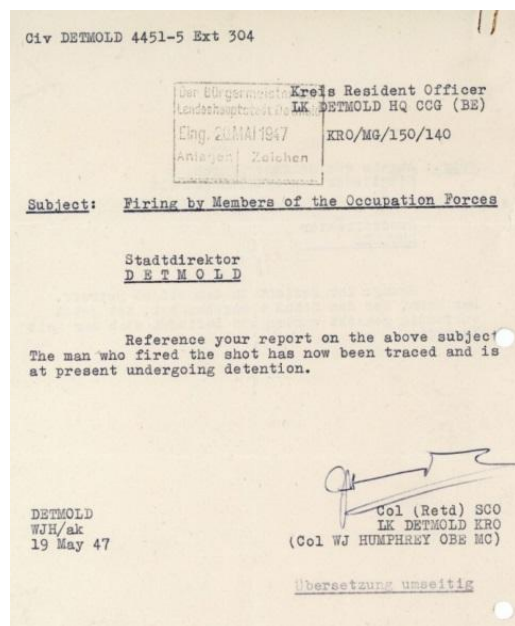
⁷ Vgl. STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 1653.

Lieutenant Colonel befördert und ist somit diensthabender Vorgesetzter über ein Bataillon von 300 bis 800 Soldaten. Er erhält die Sonderaufgabe, Truppen für die Landung in der Normandie in der Grafschaft Ayshire an der Südwestküste Schottlands vorzubereiten. Bei der anschließenden Landung befehligt er die 7th Beach Group und ist somit für die Koordinierung aller notwendigen Operationen zuständig, wie die Sicherung des Geländes, Koordinierung der Eroberung, Erarbeitung eines Rettungsweges zurück zu den Transportschiffen und den Einsatz des Sanitätsteams. Für seine Leistungen im Dienst der britischen Armee wurde er zum Colonel befördert.

Weitere Informationen wie eine genaue Biographie oder Bildmaterial sind in den Detmolder Quellen nicht zu finden. Er hielt sich im Hintergrund, was auch an der Tatsache offensichtlich wird, dass die beiden Zeitungen mit der größten Auflage zur damaligen Zeit – die *Freie Presse* und die *Westfalenzeitung* – seine Person und seine Tätigkeit nur einmal kurz erwähnen, und zwar im Zusammenhang mit der Eröffnung des britischen Informationszentrums „Die Brücke“, und das ohne Foto.

Die Bedeutung der Monthly Reports

Für alle Kreise in der britisch besetzten Zone bilden die monatlichen Berichte der Kreis Resident Officer an den obersten britischen Landkommissar von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf aufschlussreiche Quellen.⁸ Auch wenn sie von einer eindeutig subjektiven Sicht auf die Ereignisse geprägt sind, erlauben sie gerade aus diesem Grunde überaus interessante Rückschlüsse darüber, was die britischen Besatzer über die Deutschen und die damaligen Geschehnisse dachten.



Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold Nr. 1653.

Die monatlichen Aufzeichnungen beeindrucken durch die klare Struktur. Sie sind jeden Monat in die drei Oberthemen „general, political, economic“ unterteilt. Die drei Oberpunkte werden dann noch einmal in diverse durchnummerierte Einzelaspekte aufgefächert, die Rückschlüsse auf die primären Interessen der Besatzer erlauben. Es wird sich hier im Besonderen mit den Parteien und Gewerkschaften sowie mit der wirtschaftlichen Situation allgemein beschäftigt, aber auch mit dem Zustand der „education“ oder aber in jedem Bericht mit den „women’s affairs“. Der Stil der Aufzeichnungen ist im Falle des Kreises Detmold betont sachlich gehalten. Zwischen den Zeilen werden aber die individuellen Präferenzen und Bewertungen des K.R.O. Humphrey sehr deutlich.

Der Autor der „Monthly Reports“ hat darüber hinaus einen klaren politischen Auftrag, den er erfüllen soll – nämlich „winning the peace“ und mitzuhelfen, Deutschland in einen demokratischen Staat umzugestalten.⁹ Während man sich in den

ersten Jahren der Besatzungszeit eher darum bemüht, Deutschland zu kontrollieren, so dass keine Gefahr mehr von ihm ausgehen kann, versucht man nach den Erfahrungen der harten Winter von 1946/1947, sich mehr auf den Wiederaufbau („putting Germany on its feet again“) zu fokussieren.¹⁰ Dieser Paradigmenwechsel, der auch in den vorliegenden Berichten deutlich wird, geschieht zum einen aus reiner

⁸ PETER SPEISER, *The British Army of the Rhine: Turning Nazi Enemies into Cold War Partners*, Chicago/ Springfield 2016, 142.

⁹ CHRISTOPHER KNOWLES, *Winning the Peace – the British in Occupied Germany, 1945-1948*, London 2014, 251.

¹⁰ EBD., 34.

wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus, zum anderen aber auch aus Rücksicht auf den Meinungsumschwung innerhalb der britischen Bevölkerung, die mit der leidenden deutschen Bevölkerung zum großen Teil mitfühlt und die Bedrohung durch die Sowjetunion als besonders gefährlich empfindet.

I SPD: Aufbruch zu besseren Zeiten?

Der Detmold Kreis Resident Officer W. J. Humphrey beginnt seine monatlichen Berichte nach Düsseldorf regelmäßig mit einer Darstellung der allgemeinen Lage im Kreis. Danach folgen seine Ausführungen bezüglich der Aktivitäten der lokalen Parteien und deren Politiker. Die SPD und die Gewerkschaften vor Ort stehen dabei an erster Stelle.



*Regierungspräsident Heinrich Drake am Hermannsdenkmal, 1950.
(Foto: Wolf, Hiddesen. Stadtarchiv Detmold, Bildarchiv Nr. 1226)*

Die Sozialdemokraten, die sich am 23. September 1945 in Detmold wieder konstituieren, können mit ihren Spitzenpolitikern, dem Landespräsidenten und späteren Regierungspräsidenten Heinrich Drake, dem Bezirksbildungssekretär und späteren Bundestagsabgeordneten Wilhelm Mellies und Walter Bröker, dem Detmolder Parteivorsitzenden, bekannte Persönlichkeiten als Kandidaten für die ersten demokratischen Wahlen auf Gemeindeebene am 15. September 1946 und bei den Stadt- und Landkreiswahlen am 13. Oktober 1946 ins Rennen schicken.¹¹

Trotz dieser vielversprechenden Voraussetzungen erzielt die SPD in beiden Wahlen nicht den erhofften Erfolg. Man führt dieses Ergebnis in den eigenen Reihen vor allen Dingen auf die „Unreife des Wählerwillens“ zurück. Die politisch erfahrenen Genossen, die ihre politische Prägung in der Weimarer Republik gefunden hatten, versuchten nun, an diese Zeit wieder anzuknüpfen. Viele SPD-Politiker fragen sich selbst des Öfteren, warum sie dem Nationalsozialismus nicht entschiedener entgegengetreten sind.¹² Doch gerade aufgrund ihrer deutlich ablehnenden Position gegenüber dem Nationalsozialismus macht die SPD-Spitze

¹¹ LOTHAR ALBERTIN, Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945-1948, Paderborn 1998, 69f.

¹² ALBERTIN, 221.

einen moralischen Führungsanspruch gegenüber den anderen Parteien geltend, da sie „als einzige Partei an einer richtigen Linie festgehalten“ habe.¹³

In der Phase der unmittelbaren Nachkriegszeit befolgt die Partei einen eher gemäßigten Kurs. Man sucht die Zusammenarbeit mit den Besatzern und lehnt eine Aktionseinheit mit der KPD in aller Deutlichkeit ab¹⁴. Der SPD-Führung ist bewusst, dass sie ohne eine kalkulierbare Politik kaum erfolgreich mit der Besatzungsmacht zusammenarbeiten kann.¹⁵

Colonel W. J. Humphrey beobachtet als amtierender Kreisresident das Verhalten der politischen Parteien in den einzelnen von ihm besuchten Politikgremien genau, beschränkt sich aber im Falle der SPD meist auf eine bloße Beschreibung ihres Verhaltens. Er berichtet, wie Wilhelm Mellies wutentbrannt eine Kreistagssitzung vorzeitig verlässt, zusammen mit weiteren 21 SPD-Abgeordneten und einem KPD-Vertreter, um gegen die Ernennung eines CDU-Abgeordneten mit unklarem Entnazifizierungsbescheid zu protestieren.¹⁶ Zu seinen Aufgaben gehört auch der Besuch von Jugendtreffen. Für die von der SPD organisierten, beispielsweise einem in Lage durchgeführten, kann er aber lediglich konstatieren: „The views expressed appeared normal.“¹⁷

Eine eher kritische Beurteilung der SPD kommt dann zum Vorschein, wenn sich Humphrey mit der Parteienfinanzierung auseinandersetzt. So beobachtet er vor der zweiten Gemeindewahl in den Straßen der Stadt Detmold ungewöhnlich viele SPD-Plakate. Zwischen den Zeilen fragt er sich, woher das viele Geld für den Druck dieser Plakate angesichts der allgemeinen Notlage kommt: „More posters have been displayed than by any of the other eight parties.“¹⁸ An dieser Stelle kann man den Pragmatismus des damaligen britischen Kreisresident klar erkennen. Bevor er sich mit der Ideologie einer Partei beschäftigt, fragt er sich nach der Finanzierung ihrer Wahlkämpfe und eröffnet damit die Frage, wer die Partei unterstützt – auch wenn er darauf in seinen Monatsberichten eigentlich keine Antwort gibt.

II Die Gewerkschaften im Kreis Lippe – ein Vorbild für Großbritannien?

Deutlich engagierter in seinen Ausführungen wird der oberste britische Offizier des Kreises, wenn er über die verschiedenen Aktivitäten der Gewerkschaften vor Ort und seine Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern berichtet. Auch in diesem Fall kann man eine genaue Beobachtungsgabe und seine grundsätzliche eher kritische Distanz erkennen.

Der KRO berichtet an verschiedenen Stellen seiner monatlichen Berichte über Anwerbungsversuche diverser Gewerkschaften. Nicht immer sind diese von Erfolg gekrönt. So endet eine Gewerkschaftsversammlung mit Flüchtlingen im Kreis seiner Ansicht nach im Chaos.¹⁹ Besonders verärgert äußert er sich aber über Versuche der DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft), deutsche Angestellte bei den britischen Besatzern als Mitglieder zu gewinnen und das auch noch durch Versammlungen, die auf dem jetzt britischem Gelände

¹³ ALBERTIN, 232.

¹⁴ ALBERTIN, 308.

¹⁵ Vgl. ANDREAS RUPPERT, Heinrich Drake 1933-1947; in: ROSENLAND, 5/2007, 16-29, www.rosenland-lippe.de (Aufruf 21.02.2019). Hier wird im Besonderen auf den pragmatischen Politikstil von Heinrich Drake eingegangen und auf seine wegweisende Entscheidung, in der Phase seiner Pensionierung während des Nationalsozialismus Englisch zu lernen – eine Fähigkeit, die ihm die Kommunikation mit den Besatzern deutlich erleichterte.

¹⁶ MONTHLY REPORTS, 20. September 1948.

¹⁷ MONTHLY REPORTS, 16. Mai 1949.

¹⁸ MONTHLY REPORTS, 18. August 1949.

¹⁹ MONTHLY REPORTS, 20. August 1948.

der ehemaligen Wehrmachtskasernen in Detmold organisiert werden.²⁰ Humphrey unterscheidet an dieser Stelle ganz klar zwischen lokalem und britischem Einflussgebiet. Seiner Ansicht müssen deutsche Interessensgruppen eine angemessene Distanz gegenüber den Territorien der CCG und BAOR vor Ort einhalten.

Insgesamt aber zeigt sich der britische Kreis Resident Officer in Detmold im höchsten Maße beeindruckt von der Kooperationsbereitschaft der lokalen Gewerkschaftsvorsitzenden und deren Fähigkeit zur Mäßigung ihrer Forderungen. Nach der Währungsreform im Sommer 1948 gibt er sich zwar verwundert über eine Gewerkschaftsdemonstration für Lohnerhöhungen und moniert deren Heftigkeit und auch die zu Tage tretende negative Einstellung gegenüber der Militärregierung, betont aber im Folgenden, dass der lokale Gewerkschaftsvertreter, Heinrich Gottenströter, sich normalerweise äußerst moderat und kooperativ zeige.²¹ Weitere gewerkschaftliche Protestaktionen, wie ein 24 Stunden andauernder Streik für höhere Löhne und niedrigere Preise für Grundnahrungsmittel („Jedermann-Waren“) seien im Verlauf des Herbstes und Winters 1948/1949 dann diszipliniert und geordnet durchgeführt worden.²² Vielleicht um den Erfolg seiner Arbeit in Bezug auf die Gewerkschaften hervorzuheben, betont Humphrey dann im Weiteren, dass alle Beteiligten in der Rückschau sehr zufrieden mit dem Streikergebnis seien, da die meisten der Ziele, für die demonstriert wurde, erreicht worden seien.²³

Es liegt hier die Vermutung nahe, dass Kreisresident Humphrey den lokalen Gewerkschaftsführern und ihren Aktivitäten so positiv gegenübersteht, weil er an im eigenen Land eher selbstbewusst und radikal auftretende „Trade Unions“ gewöhnt ist. In Großbritannien regiert zur damaligen Zeit eine Labour-Regierung mit Premierminister Attlee und Außenminister Bevin. Gegen deren Politik der „Austerity“ und Lebensmittelbewirtschaftung kommt es in England zu zahlreichen, länger andauernden Streiks, in deren Verlauf auch massiv für die Verbesserung der Lebensbedingungen der britischen Arbeiter demonstriert wird. Die in Bielefeld mit einem Lippenteil erscheinende Zeitung *Freie Presse* berichtet zum Beispiel in ihrem überregionalen Teil, dass London aufgrund eines Streiks der Hafenarbeiter kurz vor dem totalen Chaos stehe.²⁴ Solche Effekte und Auswüchse kann der Vertreter der Besatzungsmacht in Detmold und im Kreis nicht wahrnehmen, und er erscheint sehr erfreut darüber. Es ist nur schwer möglich, KRO Humphreys eigene politische Einstellung aus seinen Berichten herauszuarbeiten, an dieser Stelle wird aber deutlich, dass er übertriebene Forderungen und Demonstrationen, die gewalttätig und unmäßig erscheinen, auf jeden Fall ablehnt.

III Die CDU: ein erfolgreicher Neuanfang?

Als im Kreis und in der Stadt Detmold zunächst erfolgreichste Partei stellt sich die CDU dar. Diese Partei wird im Sommer 1945 als überkonfessionelle, konservative Partei gegründet und startet ihre eigentlichen Aktivitäten dann im Frühjahr 1946. Ihre frühe Gründung verhilft ihr bei den ersten Gemeindewahlen im September 1946 zu sehr guten Ergebnissen, die durch das von der britischen Militärregierung angeordnete Verhältniswahlrecht noch mehr zu Gunsten der Partei verändert werden. So gewinnt die CDU in der Stadt Detmold 19 von insgesamt 26 Ratssitzen; sechs davon können Frauen in der Partei erkämpfen.

Bei den ersten Wahlen für den Landtag im neugegründeten Land Nordrhein-Westfalen im April 1947 erleidet die CDU dann erste empfindliche Verluste. Diese werden zum großen Teil durch einen nicht mit

²⁰ MONTHLY REPORTS, 16. Juni 1949 und 18. August 1949.

²¹ MONTHLY REPORTS, 20. August 1948; „normally most cooperative“.

²² MONTHLY REPORTS, 20. November 1948; „calm approach and orderly fashion“, 'KRO informed'.

²³ MONTHLY REPORTS, 18. März 1949; „satisfied with the results of the strikes“

²⁴ FREIE PRESSE vom 11. Juli 1949; „London vor Proklamierung des Notstandes durch Streik der Hafenarbeiter.“

letztem Elan geführten Wahlkampf verursacht. Die Währungsreform von 1948 bedeutet ein finanzielles Desaster für die Partei, da in NRW ungefähr ein Drittel der bisher 300.000 Mitglieder die Partei verlassen, zum großen Teil, um sich die Parteimitgliedsbeiträge zu ersparen.²⁵ Im Jahre 1949 gelingt es der CDU in den lippischen Kreisen zum letzten Mal, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorzugehen, danach muss sie ihre bisherige Führungsposition flächendeckend an die SPD und in der Stadt Detmold an die FDP abgeben.

Die Hauptziele der CDU in Westfalen und Lippe liegen in der Besinnung auf christliche Werte, wobei im Gegensatz zu der damals noch bestehenden Zentrumspartei besonderer Wert auf ein Zusammengehen von Protestanten und Katholiken gelegt wird, auch wenn das wie im Falle des „Lippischen Schulstreits“ um die Frage der Einführung von Bekenntnisschulen nicht immer ohne Konflikte vonstatten geht.²⁶ Die Mehrzahl der Parteimitglieder spricht sich in den ersten Nachkriegsjahren noch gegen Materialismus und Kapitalismus aus, so dass im Ahlener Programm der Partei 1947 sogar der Kapitalismus als Wurzel vieler Übel bezeichnet wird.²⁷ Sehr viele Parteimitglieder glauben an die prinzipielle Leistungsfähigkeit des Menschen und wünschen sich einen zügigen Wiederaufbau unter Ablehnung aller Experimente. Sie sehen in der Bewältigung der zahlreichen alltäglichen großen Probleme der Menschen vor Ort die erste Aufgabe ihrer Politik.

Der generelle Pragmatismus der Gesamtpartei spricht auch viele Menschen in Lippe an. So kann die Mitgliederzahl der CDU im Kreis Detmold von 1945 bis zum Januar 1947 von 302 auf 798 und im Kreis Lemgo von 232 auf 581 gesteigert werden.²⁸ Während in Lemgo sich viele Landwirte unter dem Dach der Partei versammeln, sind es in Detmold eher Angestellte und Beamte. Verglichen mit den Mitgliedszahlen in anderen Kreisen des Landes NRW sind die jeweiligen lippischen Kreisverbände aber zahlenmäßig eher schwach aufgestellt. Auch Frauen können kaum als Mitglieder gewonnen werden. Zumeist handelt es sich um die Ehefrauen der männlichen CDU-Mitglieder. Trotz des insgesamt eher konservativen Frauenbildes der Partei gibt es einige aktive weibliche Detmolder Ratsmitglieder der ersten Stunde, wie Anna von Schilgen oder Christa Schröder. Eine nennenswerte oder gar erfolgreiche Jugendarbeit kann vor Ort dagegen kaum konstatiert werden.²⁹

Kreis Resident Officer Humphrey beschäftigt sich in seinen monatlichen Notizen zu den Aktivitäten der CDU schwerpunktmäßig mit Skandalen rund um führende Politiker, die zum Beispiel wichtige Details ihrer NSDAP-Mitgliedschaft verschwiegen haben. Im Falle des CDU-Kreistagsvorsitzenden König informiert er seine Vorgesetzten in Düsseldorf über eine denkwürdige Kreistagssitzung, in deren Verlauf die SPD-Politiker den letztlich erfolgreichen Versuch starten, König als „upholder of Nazi-ideals“ zu demaskieren, obwohl dieser von den Briten in die Entnazifizierungsgruppe IV, also als Minderbelasteter, eingeordnet wird.³⁰

Zwei Monate später im Jahre 1948 beschäftigt sich Humphrey mit einem erneuten Skandal innerhalb der CDU Detmold. Dem damaligen CDU-Bürgermeister Dr. Helmut Stark wird sein Entnazifizierungsbescheid aberkannt, da er angeblich falsche Angaben zu seinen Tätigkeiten in der Zeit des Nationalsozialismus gemacht habe, so dass die zunächst vorgenommene Einordnung in die Gruppe V der Nichtbelasteten nicht mehr haltbar sei.³¹ Der britische Entscheider spricht von „bitter attacks“ von Seiten der SPD- und FDP-

²⁵ ALBERTIN, 435 f.

²⁶ ALBERTIN, 440 f.

²⁷ Ahlener Programm, 1947 in Ahlen beschlossen, abgedruckt in: HELMUT PÜTZ (Bearb.), Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975, 280-286.

²⁸ ALBERTIN, 391.

²⁹ EBD. 458 ff.

³⁰ MONTHLY REPORTS, 20. September 1948.

³¹ FREIE PRESSE vom 12. März 1949. Die Zeitung erläutert, dass Dr. Stark bereits am 1. August 1932 und nicht wie angegeben am 15. März 1933 in die NSDAP eintrat, unter dem Vorwand, nur so hätte er sein juristisches Staatsexamen bestehen können. Die Zeitung behauptet in einem weiteren Artikel vom 19. März 1949, dass auch Starks Rolle innerhalb der Wehrmacht unklar geblieben sei. Vgl. dazu auch die Ratsprotokolle der Stadt Detmold; in: STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A, Nr. 2624.

Fraktion. Als dann Dr. Helmut Stark den Landespräsidenten Heinrich Drake im Februar 1949 um Demission für die Dauer seines rechtlichen Verfahrens bittet, kommentiert Humphrey dieses Vorgehen als Reaktion auf die SPD-Strategie der massiven persönlichen Angriffe.³² Der ab April 1949 amtierende Nachfolger Dr. Starks, Dr. Richard Moes (CDU), wird in den Monatsberichten aus Detmold als Mann bezeichnet, der von allen Ratsparteien mit Ausnahme der KPD anerkannt werde.³³

KRO Humphrey äußert sich somit in Fragen der Entnazifizierung relativ vorsichtig. Ihm scheint es in seiner Tätigkeit vor allen Dingen um pragmatische Ansätze zu gehen, die einer schnellen Lösung alltäglicher Probleme nicht im Wege stehen. Er sieht sich selbst als Vorkämpfer für einen bestimmten würdevollen, den Gegner nicht unnötig verletzenden Politikstil. Besonders negativ erscheint es ihm, wenn persönliche Animositäten in politische Rachefeldzüge ausufern. Insgesamt vertritt er damit die generelle Linie der britischen Militärregierung³⁴, die zahlreiche Kompromisse bei der in Westfalen nach 1945 durchgeführten Entnazifizierung eingegangen ist, um den Lebens- und Regierungsalltag angesichts der vorhandenen Kriegszerstörungen, der obwaltenden wirtschaftlichen Not und der vielfältigen sozialen Probleme zuallererst zu verbessern.³⁵

Ludwig Erhard in Detmold

Besonders oft beschäftigen sich die Ausführungen des amtierenden Kreis Resident Officer mit den Finanzproblemen der CDU im Kreis Detmold. Er informiert so im August 1949 – also mehr als ein Jahr nach der Währungsreform – über eine bedenkliche „shortage of cash“ in der Parteikasse des Kreises.³⁶ Als Ergebnis dieser Problematik erscheint es nur konsequent, dass auch die Wahlkampf- und sonstigen Werbeaktivitäten der Partei eher ruhig und verhalten verlaufen. Trotz dieser ungünstigen Ausgangslage gelingt es der Parteispitze, Prof. Ludwig Erhard als Hauptredner für eine Wahlkampfveranstaltung in den Neuen Krug in Detmold am 1. Juni 1949 zu gewinnen. Denn auch wenn Ludwig Erhard als Gestalter der Währungsreform und Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft von Teilen der damaligen Presse heftig kritisiert wird, so galt er schon vor der ersten deutschen Bundestagswahl als „Wahlkampflokomotive“ der CDU.³⁷

Humphrey bezeichnet diese CDU-Veranstaltung als „highlight“ des regionalen Wahlkampfes. Er zeigt sich aber verwundert über die doch beachtliche Anzahl hochwertiger Automobile, die auf dem Parkplatz vor dem Neuen Krug zu sehen sind.³⁸ Insgesamt aber lobt er im Besonderen die disziplinierte Wahlkampf-führung der CDU vor Ort. Als am Ende aber der SPD-Kandidat August Berlin das Rennen um das Bundestagsmandat gewinnt, betont er, dass der CDU-Kandidat Wendt nicht dessen Format habe und so nicht ganz zu Unrecht unterlegen sei.

Insgesamt fällt auf, dass sich der Kreis Resident Officer im Falle der CDU um eine positiv gestimmte Neutralität bemüht. Er kritisiert die NS-Vergangenheit einiger CDU-Spitzenkandidaten, beschreibt deren Versuche, diese zu vertuschen, vermutet dahinter aber eher persönliche Interessen und keine Versuche, alte

³² MONTHLY REPORTS, 16. Februar 1949; „retaliation of the SPD – it is felt“.

³³ MONTHLY REPORTS, 16. April 1949; „acceptable to most parties“.

³⁴ HEINZ HOEBRINK, Westfalen in der unmittelbaren Nachkriegszeit - Eine Region im Aufbau, in: Internet-Portal „Westfälische Geschichte“, <https://www.westfaelische-geschichte.de/web42> (Aufruf 21.02.2019).

³⁵ MARIA JUNKER/MALTE LEIMBACH/JAN SCHMELTER, Konflikt und Entspannung zwischen Kontakt und Segregation: Die Nachbarschaft von Briten und Deutschen in Detmold nach dem Zweiten Weltkrieg; in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 84 (2015), 123-142, hier: 216.

³⁶ MONTHLY REPORTS, 20. August 1949.

³⁷ WOLFGANG BENZ, Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949 in WOLFGANG BENZ (Hg.), Gebhardt - Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22, Stuttgart 2001, 3-216, hier: 171.

³⁸ MONTHLY REPORTS, 16. Juni 1949.

NS-Seilschaften zu reaktivieren.³⁹ Er erscheint besonders an Finanzierungsfragen interessiert und fragt sich zwischen den Zeilen, ob alle Bürger so bedürftig sind, wie sie erscheinen wollen. Wichtig ist ihm, wie seine Beurteilung des CDU-Bundestagskandidaten Wendt verrät, dass der individuelle Politiker über Charisma und Kompetenz verfügt und die Wähler durch eine ruhige und besonnene Art von sich zu überzeugen weiß.

IV Die KPD: eine von Ostberlin gesteuerte „Propagandapartei“?

Während Kreis Resident Officer W. J. Humphrey sowohl SPD als auch CDU neutral bis wohlwollend gegenübersteht, sieht er die Aktivitäten der KPD in dem betrachteten Berichtszeitraum mit deutlich kritischem Blick.

Diese Partei, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zu ihrem Verbot im Jahre 1956 noch eine wichtige Rolle spielt, hat nach Ansicht einiger Historiker einen deutlichen Steuerungsimpuls aus der Sowjetischen Besatzungszone erfahren. Der Ausbau der Parteistrukturen erfolgt deshalb wie auch bei der SED in Berlin nach einem streng hierarchischen Prinzip von oben nach unten. Die KPD sieht ihre Hauptziele in diesen Jahren zum einen in der Bewältigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage durch die Enteignung der Großgrundbesitzer und ehemaligen Nationalsozialisten. Es gibt zu dieser Zeit von der SED und von Walter Ulbricht ausgehend sogar Blockparteivorschläge für eine Einheitsfront auch in den Westzonen.⁴⁰ Die KPD begründet ihren Führungsanspruch mit den erlittenen Leiden im Nationalsozialismus. Es besteht eine deutliche Distanz gegenüber den als zu moderat empfundenen SPD-Politikern, doch man stimmt mit dieser Partei darin überein, dass die Einheit Deutschlands das primäre langfristige Ziel zu sein hat.

Vor Ort in Lippe präsentiert sich die Partei eher als eine Kaderpartei denn als eine Mitgliederpartei mit etwa 400 Mitgliedern in den beiden Kreisen Detmold und Lemgo. So findet auch die am 11. Juni 1945 gegründete Parteizeitung *Volksecho* nur eine begrenzte Zahl von Abonnenten; 684 im Kreis Detmold und 575 im Kreis Lemgo.⁴¹ Nach der Währungsreform reduziert sich die Zahl der Abonnenten noch einmal deutlich. Die Partei hat Schwierigkeiten, den Bürgern in der Region ihre Darstellung der Dinge in der Sowjetunion und in der Sowjetischen Besatzungszone als die glaubwürdige zu vermitteln. Gerade die Flüchtlinge vor Ort erinnern sich an die Umstände während der Vertreibung aus den Ostgebieten, die Ausschreitungen der Roten Armee bei der Eroberung des nationalsozialistischen Deutschlands waren durch Mundpropaganda überall präsent, und auch die Behandlung der noch in der Sowjetunion befindlichen deutschen Kriegsgefangenen wurde als schlimm eingeschätzt. Wenig Anklang finden auch die weiterbestehenden Forderungen der sowjetischen Führung an die Westdeutschen nach Reparationen. Alle diese Gründe führen zu relativ schlechten Ergebnissen für die KPD bei den ersten Gemeindewahlen im September 1946.⁴²

Aus ihren vielfältigen Aktivitäten im Hungerwinter 1946/1947 gelingt es der Partei vor Ort kaum, den erwarteten agitatorischen Nutzen zu ziehen. So erreicht sie im Kreis Detmold bei den Landtagswahlen 1947 nur ein Ergebnis von 5,9 Prozent gegenüber dem NRW-weiten von 14 Prozent. Besonders die große Gruppe der im Kreis aufgenommenen Flüchtlinge kann aus den oben genannten Gründen nicht als Wähler-

³⁹ MONTHLY REPORTS, 19. Februar 1949. KRO Humphrey informiert sachlich über das Vorgehen von Dr. Stark, „resigned post of Bürgermeister on the grounds that his clearance by the Denazification Panel will take a very long time“, kritisiert aber die Gegner des ehemaligen CDU-Bürgermeister, wenn er behauptet, „This latest development will be termed “Political retaliation.“.

⁴⁰ ALBERTIN, 300.

⁴¹ Vgl. DIRK MELLIES, Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens? Kommunistische Presse in Ostwestfalen-Lippe 1946-1956: in: ROSENLAND, ZEITSCHRIFT FÜR LIPPISCHE GESCHICHTE, 4 (2006), 18-25. Auch noch nach der Gründung der Bundesrepublik behielten es sich die britischen Behörden vor, im Falle der Diskreditierung der Besatzungsmächte gegen das *Volksecho* einzuschreiten.

⁴² ALBERTIN, 315.

schicht gewonnen werden. Bei der Flucht erlittene Erfahrungen veranlassen viele, eher die CDU oder eigene Interessensparteien zu wählen.⁴³

Colonel Humphrey sieht vor diesem Hintergrund zahlreiche der von ihm oder seinen Mitarbeitern beobachteten KPD-Aktionen vor Ort äußerst kritisch. Er fragt sich bei der Beobachtung der Wahlkämpfe der Partei immer wieder, woher das Geld für die vielen Plakate und Aktionen kommt. So kann er am 20. August 1948 einen neuen KPD-eigenen Volkswagen beobachten, der mit Werbeplakaten durch die lippischen Kommunen tourt. Er fragt sich nachdenklich, wer der kleinen Partei zu so einem kostspieligen Wahlkampfmittel verholfen habe.⁴⁴

Auch die Werbung für die Neuauflage der parteieigenen Zeitung *Volksecho* verfolgt er äußerst kritisch - immer mit Blick auf die vermuteten finanziellen Ressourcen der Partei. Er beobachtet in diesem Zusammenhang verwundert, dass einige Hotel- und Restaurantbesitzer und Detmolder Einzelhändler in der Postille für ihre Produkte werben, und fragt sich, ob sie dies tun „as an insurance against the time when the Russians arrive in Detmold“.⁴⁵ Als die KPD-Zeitung versucht, die britische Militärregierung in Detmold zu attackieren, indem sie ihr vorwirft, bewusst Exemplare des *Daily Worker* aus der Zeitschriftenbibliothek des Begegnungszentrums „Die Brücke“ entfernt zu haben, wird der KRO sehr deutlich. Humphrey weist verärgert diese Vorhaltungen als „untrue“ zurück.⁴⁶

Zu einem späteren Zeitpunkt informiert er seine Vorgesetzten in Düsseldorf über die Aktionen der lokalen KPD anlässlich des Jahrestages der Russischen Revolution am 7. November 1948. Humphrey beschwert sich außerdem über den Versuch der Partei, für die Freilassung ihres NRW-Parteivorsitzenden Max Reimann zu werben, und über das Verhalten zweier KPD-Abgeordneter des Kreistags, die er als Agitatoren einschätzt, die auch vor dem Gebrauch von Unwahrheiten nicht zurückschrecken, wenn er behauptet: „It is clear that their facts and ideas are not always accurate [...] intending to make themselves felt.“⁴⁷

Mit besonderem Argwohn beobachtet der Kreis Resident Officer im Weiteren die Aktivitäten der KPD rund um die parteieigene Schule in Heidenoldendorf. Dieses Ausbildungs- und Informationszentrum sei noch vor der Währungsreform - also relativ preiswert – errichtet worden. Die KPD veranstalte in dem Gebäude vier Mal in der Woche Kurse mit insgesamt ungefähr 50 Teilnehmern. KRO Humphrey bemängelt nach einem Besuch des Hauses vor allen Dingen den Inhalt der an den Wänden aufgehängten Plakate, die beispielsweise den Rücktritt des Landrates fordern oder sich für die Freilassung des inhaftierten Parteimitglieds Max Reimann aussprechen, obwohl derartige Forderungen von der britischen Militärregierung ausdrücklich untersagt worden sind. Außerdem behauptet Humphrey, ihm sei zugetragen worden, dass einer der Kursleiter, Herr Kadenbach, ein Journalist des *Volksechos*, regelmäßig nach Berlin und Leipzig reise.⁴⁸ Hier verdeutlicht der Kreis Resident seine Ansicht, dass die Politik der SED in Ostberlin und der KPD vor Ort zumindest eng verzahnt sei. Als er dann im Juni 1949 die Wahlkampfaktivitäten der KPD vor Ort für die erste Bundestagswahl beschreiben muss, kritisiert er das Wahlargument der KPD hart, das behauptet, dass im Osten Deutschlands der wirklich zukunftsweisende Markt für die lippische Möbelindustrie liege und dass nur so die herrschende Arbeitslosigkeit besiegt werden könne. Humphrey bezeichnet diese Behauptung resigniert „an insidious and difficult piece of propaganda to counteract.“⁴⁹

⁴³ ALBERTIN, 466.

⁴⁴ MONTHLY REPORTS, 20. Oktober 1948.

⁴⁵ EBD.

⁴⁶ EBD.

⁴⁷ MONTHLY REPORTS, 20. November 1948.

⁴⁸ MONTHLY REPORTS, 16. Mai 1949. Hans Cadenbach, Redakteur, lebte damals in Detmold.

⁴⁹ MONTHLY REPORTS, 16. Juni 1949.

Der oberste britische Entscheider im Kreis Detmold erweist sich in seinen Ausführungen bezüglich der KPD vor Ort konform mit den Direktiven der britischen Militärregierung in Deutschland allgemein. Die Briten sind diejenigen Besatzer, die schon im Frühjahr 1946 den Kalten Krieg einläuten und aus diesem Grunde besondere Vorsicht gegenüber der KPD walten lassen.⁵⁰ Sie sehen die Partei als „generally discredited as the agent of a foreign power“⁵¹, empfehlen aber ihren Vertretern vor Ort, die KPD auch nicht zu kriminalisieren, da dann die Gefahr bestehe, dass die Partei später mit Recht behaupten könne, sie sei nicht mitverantwortlich für die schwierigen Lebensbedingungen in der britischen Besatzungszone. Die Berichte des Detmolder KROs zeigen deutlich, dass er diese Auffassungen teilt – nicht nur, um den Anweisungen seiner Vorgesetzten zu entsprechen - sondern auch aus eigenem Antrieb heraus.

V Die kleineren Parteien und die Jugendorganisationen: Demokratie im Aufbau?

Der Aufbau der FDP in den ersten Jahren der unmittelbaren Nachkriegszeit gestaltet sich schwierig, da viele der ehemaligen DDP- und DVP-Abgeordneten nach dem Weltkrieg zur CDU wechseln. Neueste Forschungen haben ergeben, dass einige ehemalige NSDAP-Mitglieder versuchten, die Partei als Sprungbrett für die Neueinführung faschistischer Strukturen zu nutzen⁵², aber das erste Landesprogramm der Liberal-Demokratischen Partei in Lippe enthält die massive Forderung nach systematischer Entnazifizierung von Schule, Verwaltung und öffentlichem Dienst.⁵³ Die FDP wird dann im Jahre 1946 gegründet und knüpft hieran an.

Colonel Humphrey äußert sich zur Situation der Partei nur in wenigen Worten: „They received little support in the Bundestag elections.“⁵⁴ Als Grund gibt er die deutliche Finanznot dieser Partei an: „They are notably short of funds.“⁵⁵ In den Detmolder Monatsberichten zeigt sich keine Auseinandersetzung mit den Zielen der Partei, die darin bestehen die Interessen der Hausbesitzer zu stärken oder den politischen Klerikalismus einzudämmen. Auch der Versuch der damals vorwiegend protestantischen FDP, neue Wählerschichten unter Ostvertriebenen und ehemaligen Nationalsozialisten zu gewinnen,⁵⁶ findet in den Berichten keine Berücksichtigung.

Für alle Parteien konstatiert der Kreis Resident Officer, dass sie Schwierigkeiten haben, Mitglieder zu finden. So kann er feststellen, dass die Zahl der nicht parteigebundenen sachkundigen Bürger, die in den Ausschüssen des Kreises arbeiten, die Zahl der parteigebundenen Ratsmitglieder deutlich übersteigt.⁵⁷ Des Weiteren kritisiert er alle Parteien wegen ihrer Jugendarbeit. Humphrey konstatiert hier: „There is always a tendency to make party political capital of youth organizations.“⁵⁸ Hier zeigt sich seine generelle Skepsis gegenüber der Vereinnahmung von Jugendlichen für eine politische Sache, eine Einstellung, die aufgrund

⁵⁰ SPEISER, 18; Speiser sieht gerade die Jahre 1948 und 1949 als entscheidend für die antisowjetische Einstellung der britischen Armeeeoffiziellen an. Er bezeichnet den Umsturz in der Tschechoslowakei, die Berlin-Blockade und das Testen der ersten sowjetischen Atombombe 1949 als Ursachen der zunehmenden Distanz.

⁵¹ DETLEV SIEGFRIED, Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf“. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/1946, Kiel 1992, 84.

⁵² https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_ehemaliger_NSDAP-Mitglieder,_die_nach_Mai_1945_politisch_tätig_waren (Aufruf 21.01.2019); PETER MAXWILL, Nazi-Verschöpfung in der FDP - Geheimaufstand der Gauleiter: Das Ziel? Umwandlung der FDP zur NS-Kampftruppe; in: DER SPIEGEL, 15. Januar 2013. Die Redaktion musste sich später öffentlich entschuldigen, da es sich um den Versuch einer Unterwanderung von parteilosen Politikern handelte und nicht um eigentliche FDP-Mitglieder.

⁵³ ALBERTIN, 474.

⁵⁴ MONTHLY REPORTS, 18. August 1949.

⁵⁵ EBD.

⁵⁶ ALBERTIN, 483.

⁵⁷ MONTHLY REPORTS, 15. Dezember 1948.

⁵⁸ MONTHLY REPORTS, 18. August 1949.

der schon damals vorhandenen Erkenntnisse über die Hitlerjugend als militärische Vorbereitungsorganisation verständlich erscheint.

VI Die Bevölkerung in Lippe: offen gegenüber neuen Herausforderungen?

An verschiedenen Stellen in den Detmolder Monatsberichten äußert sich KRO Humphrey über die Bevölkerung in Lippe, wobei offenbleibt, woher genau er seine diesbezüglichen Informationen erhält. Besonders kritisch sieht er den Informationsstand vieler Bürger. So hätten britische Zivilangestellte Menschen im Kreis Detmold zu ihren Einstellungen zu verschiedenen politischen Ereignissen wie Berlin-Blockade, Verhandlungen über das Ruhrstatut oder die Bodenreformdebatte befragt und in der Regel keine Kenntnisse darüber feststellen können. Sogar die Aufhebung der Berlin-Blockade durch die sowjetische Besatzungsmacht werde nicht zur Kenntnis genommen. Humphrey urteilt hier harsch: „With true Lippians’ indifference to matters, which do not immediately effect their own comfort and well-being they are dumb.“⁵⁹ Er kritisiert das generelle Desinteresse an politischen Entscheidungen und meint sogar eine gewisse Denkfaulheit konstatieren zu können, wenn er behauptet: „The slow-thinking Lippian requires much more time before he becomes vocal.“⁶⁰

Neben dieser Kritik an dem mangelnden Politikinteresse und der Auffassungsgabe der lippischen Bürger betont Humphrey an anderer Stelle immer wieder den Fleiß und die Einsatzbereitschaft der vorwiegend ländlichen Bevölkerung. Trotz schwierigster Bedingungen versuchten die Menschen ihren Alltag positiver zu gestalten und konkrete sich stellende Probleme zu lösen. So konstatiert er im Dezember 1948, dass die Beschwerden der lippischen Bauern über das Ungleichgewicht zwischen den Preisen für Düngemittel, Nahrung und Kleidung in keinem Verhältnis stehe zu den Verkaufserlösen, die sie für ihre Produkte erzielen könnten. Humphrey zieht hier Parallelen zu den Beschwerden britischer Farmer in Großbritannien und zeigt Verständnis. Im April 1949 - zehn Monate nach Einführung der Währungsreform – kann er dann feststellen: „the present real feeling is one of satisfaction“. Er fügt aber einschränkend hinzu: „coupled with a resolution to exploit to the full [...] the alleged allied differences.“⁶¹

In den letzten Monaten vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland ändert sich der Ton von Humphreys Ausführungen deutlich von kritischer Distanz hin zu Lob. So berichtet er wertschätzend über eine VHS-Veranstaltungsreihe zum Thema „Wie wollen wir in Zukunft leben?“, die von dem damaligen Stadtdirektor Dr. Heinz Schmidt initiiert wurde. Der KRO äußert sich positiv über die Komplexität der dort geführten Diskussionen zur Thematik, wenn er resümiert: „a most impressive example of the democratic way of life, and it gave me the impression that at least part of our work was bearing fruit.“⁶²

Die Frage nach dem Erfolg der britischen Aufbauarbeit im Kreis Lippe durchzieht zu diesem Zeitpunkt seine Berichte über verschiedene Ratsversammlungen im Kreis. So berichtet Humphrey über eine Ratsversammlung in der Stadt Horn, wo es um Schulneubauten geht. Der Kreis Resident Officer zeigt in diesem Zusammenhang dem Horner Rat Bilder von neuerrichteten Schulen in Großbritannien und berichtet, dass seine Anregungen dankbar aufgenommen worden sind. Er lobt darüber hinaus die seiner Meinung nach realistische Gesamteinschätzung der Situation Deutschlands durch die lippischen Bürger, wenn er betont, dass fast alle ein geteiltes Deutschland einem Leben in Unfreiheit unter russischer Oberherrschaft vorziehen

⁵⁹ MONTHLY REPORTS, 16. Mai 1949.

⁶⁰ MONTHLY REPORTS, 16. April 1949.

⁶¹ MONTHLY REPORTS, 16. April 1949.

⁶² MONTHLY REPORTS, 18. März 1949.

würden.⁶³ Beeindruckt zeigt er sich zum Abschluss über die ordnungsgemäße Durchführung der Bundestagswahlen im gesamten Kreis, wenn er betont: „I toured the whole Kreis on election day, visiting 26 polling booths and noted no irregularities.“⁶⁴

Die Einstellung des britischen Entscheiders gegenüber den in Lippe lebenden Menschen entwickelt sich von einer, die von deutlich kritischer Distanz geprägt ist, zu einem eher wohlwollenden Blick. Vermutlich will er in den Jahren 1948 und Anfang 1949 gegenüber seinen Vorgesetzten noch die Schwere seiner Aufgabe herausheben, indem er sich über die im Kreis vorherrschende Uninformiertheit und die Opferkonkurrenz beschwert. Je näher das Ende der eigentlichen Besatzungszeit rückt, desto mehr fokussiert sich Humphrey auf positive Erscheinungen wie Lernfähigkeit und Disziplin der Menschen vor Ort, wahrscheinlich um hier die Erfolge seiner Arbeit hervorzuheben.

VII Flüchtlinge in Detmold: unerwünscht und schlecht behandelt?

Nachdem es während des russischen Vormarsches und unmittelbar nach Kriegsende schon zu Fluchtbewegungen großen Ausmaßes aus den Ostgebieten gekommen war, erlaubten die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 die Vertreibung von über elf Millionen Staats- und Volksdeutschen in die vier Besatzungszonen. In der britischen Besatzungszone werden ungefähr 1,5 Millionen Flüchtlinge angesiedelt. Die britische Administration in Deutschland ist auf die Entwicklung nicht unvorbereitet, denn schon 1943 prognostizieren britische Geheimdienstquellen diese Konsequenz des Zweiten Weltkriegs.⁶⁵

Am 21. November 1945 werden mit der Zonenanweisung Nr. 10 dann die genauen Bestimmungen für die britische Besatzungszone geregelt.⁶⁶ In Westfalen sollen von den Sammellagern in Siegen, Rheine und Warburg aus die Flüchtlinge so schnell wie möglich den aufnehmenden Gemeinden zugeteilt werden, in denen die deutschen Bürgermeister für geeignete Unterbringungsmöglichkeiten zu sorgen haben. Diese Maßnahme stellte die Gemeinden vor schwere Probleme. So formuliert es zumindest im Januar 1946 der Oberkreisdirektor von Wiedenbrück: „Ohne diktatorische Maßnahmen wird es [...] bei der Einstellung der Bevölkerung, die von materieller Kriegsnot wenig zu spüren bekam, nicht abgehen.“⁶⁷ Die deutschen Verwaltungen sind deshalb zum Teil unglücklich über die Entscheidung der britischen Zonenadministration, seit Juli 1947 die Alleinzuständigkeit für Flüchtlingsbelange erhalten zu haben.⁶⁸

Auch im Kreis Detmold muss eine große Anzahl von Flüchtlingen beherbergt werden. Die ersten Transporte der zumeist aus dem katholischen Teil Schlesiens stammenden Menschen werden ab Oktober 1946 in der ehemaligen Werrekaserne in Detmold untergebracht und von dort aus in Quartiere verteilt, in denen sie unter zum Teil nicht menschenwürdigen Bedingungen wohnen müssen. Die Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen berichtet zum Beispiel von einem Raum, in dem 80 Personen untergebracht sind - ohne Differenzierung zwischen Kranken und Gesunden - bei nur wenig Schlafmöglichkeiten und nur einem primitiven „Lokus“.⁶⁹ Ab 1948 kommen weitere Flüchtlinge aus der Sowjetisch Besetzten Zone und

⁶³ MONTHLY REPORTS, 16. Juni 1949.

⁶⁴ MONTHLY REPORTS, 18. August 1949.

⁶⁵ ALBERTIN, 195.

⁶⁶ <http://www.landesbeirat.nrw.de/geschichte/02-Neuanfang> (Aufruf: 21. Februar 2019). Bereits am 21. November 1945 wurde die Anweisung Nr. 10 für die Britische Zone erlassen, welche die Organisation der Flüchtlingsströme durch die deutsche örtliche Verwaltung betraf. Kernbestand dieser Anweisung war die Bildung von Flüchtlingsausschüssen bei den deutschen Verwaltungsstrukturen, d.h. auf Provinzial-, Regierungsbezirks- und Kreisebene.

⁶⁷ ALBERTIN, 197.

⁶⁸ GRAHAM-DIXON, 7.

⁶⁹ ALBERTIN, 199 f.

Schleswig-Holstein hinzu, zusätzlich zu Flüchtlingsgruppe C - nicht sesshaften Personen, die sich als Flüchtlinge ausgeben -, um in den Genuss von Wohnraum und Leistungen zu kommen. Eine Volkszählung aus dem Jahre 1950 gelangt zu dem Ergebnis, dass die Stadt Detmold 30.178 Einwohner zählt, von denen 940 Evakuierte aus ausgebombten Städten sind, 832 aus der Sowjetisch Besetzten Zone kommen und 4.772 Ostvertriebene sind.⁷⁰



*Anruf des Detmolder Bürgermeisters Priester, Dezember 1946.
(LAV NRW OWL, L 83 Nr. 445)*

Den Vertriebenen vor Ort wird von der britischen Besatzungsadministration erlaubt, sich selbst zu organisieren und an zahlreichen regionalen politischen Gremien mit beratender Stimme teilzunehmen. Neben der materiellen Situation, die sich erst nach der Währungsreform deutlich bessert, ist die psychische Situation der Vertriebenen und Geflüchteten besonders schwierig. Die regionale Caritas berichtet in ihren Berichten, dass die Flüchtlinge es am schlimmsten empfänden, „kein vollgültiges Mitglied der Gesellschaft zu sein.“ Darüber hinaus befinden sich die Neubürger in einem Zwiespalt. Einerseits hoffen sie auf Rückkehr in die alte Heimat und andererseits haben sie das große Bedürfnis dazu zu gehören.⁷¹

Die Reaktionen auf die Flüchtlinge im Kreis Detmold sind eher verhalten bis negativ. So konstatiert die *Freie Presse* im Sommer 1949, „es wird geschimpft und geklagt über die Flüchtlinge“ und startet daraufhin eine Serie mit Aufklärungsberichten über die schönen Seiten der Heimat der Ostvertriebenen oder stellt erfolgreiche Aktionen von tüchtigen und fleißigen Vertriebenen vor.⁷² Im Weiteren fordert die der SPD nahestehende Zeitung, dass man Vertriebene nur so lange Flüchtlinge zu nennen habe, bis diese eine Wohnung

⁷⁰ WOLFGANG BENDER (Hg.), „Bekakelt nicht die Lage ...“. Detmold in der Nachkriegszeit: Ausstellung des NRW-Staatsarchivs, Detmold 1992, 45.

⁷¹ EBD., 45.

⁷² FREIE PRESSE vom 6. Juli 1949.

hätten und betont, dass Lippe den größten Anteil von erfolgreichen Flüchtlingsunternehmen in der britischen Besatzungszone habe, nämlich 448.⁷³

Kreis Resident Officer Humphrey sieht die Situation der Flüchtlinge, deren Aktivitäten und die Aktionen der lokalen Politiker überaus kritisch. Er hat die Befugnis, Direktiven zu erlassen, so im Februar 1949, wenn er für den Kreis Detmold fordert, Flüchtlingsfamilien zusammenzuführen und die Vertriebenen gemäß ihrer Herkunft unterzubringen - nämlich „town to town – country to country“.⁷⁴ Er beschwert sich, dass er bei der Gründung einer politisch sehr konservativen Interessenorganisation der Vertriebenen mit dem Namen „Heimatland - Sudetenland“ nicht konsultiert worden ist und fragt seinen unmittelbaren Vorgesetzten in Düsseldorf um Rat. Darüber hinaus sieht er den mangelnden Willen der politischen Gremien, die nötigen Summen für die Unterbringung und Versorgung der im Kreis ansässigen Flüchtlinge aufzubringen, mit deutlichem Missfallen, wenn er betont, dass man nur wenig dafür auszugeben bereit sei und auf freiwillige Spenden vertraue.⁷⁵ Immerhin sei vor Weihnachten 1948 von der Detmolder Politik eine große Sammelaktion gestartet worden, die den notwendigen Betrag von 10.000 DM ergeben habe, erfreulicherweise aufgestockt durch Hilfslieferungen des schwedischen Roten Kreuzes.

Colonel Humphrey zeigt sich in seinen monatlichen Berichten nach Düsseldorf nicht als Bewunderer des in Lippe sehr geschätzten Landespräsidenten und späteren Regierungspräsidenten Heinrich Drake. Der Kreis Resident Officer bemängelt dessen vermeintliche Ignoranz für die wahren Probleme der Flüchtlinge vor Ort, wenn er betont, dass Drake keine Gelegenheit auslasse, um über den Anstieg von TBC und Meningitis im Kreis zu klagen, aber dabei vergesse, dass genau er und seine deutschen Kollegen es seien, die für die Entstehung dieser Krankheiten aufgrund der „scandalous housing conditions“ letztlich verantwortlich seien.⁷⁶ Zudem kritisiert der KRO die Passivität auf Seiten der Detmolder Lokalpolitiker, die tatenlos auf Anweisungen der Militärregierung diesbezüglich warteten, und geht sogar so weit, ob aus Verärgerung oder aus Überzeugung, ihnen eine negative, immer noch vom nationalsozialistischen Denken bestimmte Haltung zu unterstellen, wenn er behauptet, „the Leopard doesn't change its spots.“⁷⁷

Den neu hinzugekommenen Detmolder Bürgern steht Colonel Humphrey dagegen deutlich positiver gegenüber. So lobt er deren Fähigkeit zur „self help“⁷⁸ und betont, dass man mit ihren Interessenvertretern, wie mit dem Geistlichen Rat Dr. Georg Goebel, in aller Regel konstruktiv zusammenarbeiten könne. In den letzten Monaten vor Gründung der Bundesrepublik wird seine Einschätzung etwas distanzierter. Er bedauert, dass viele Flüchtlinge oft jammern, um die versprochenen Ausgleichszahlungen für verloren gegangenen Besitz schneller zu erhalten, und findet einige von ihren politischen Vertretern geäußerte politische und historische Ideen eher abwegig. So berichtet er im August 1949 von einem Flüchtlingstreffen, in dessen Verlauf Napoleon, Hitler und Stalin auf eine Stufe gestellt worden seien. Angeblich solle alle drei ein „abuse of the dignity of the human race“ verbinden.⁷⁹ Humphrey als ehemaliger britischer Soldat lehnt derartige Theorien vehement ab.

⁷³ FREIE PRESSE vom 16. Juni 1949.

⁷⁴ MONTHLY REPORTS, 16. Februar 1949.

⁷⁵ MONTHLY REPORTS, 20. November 1948.

⁷⁶ MONTHLY REPORTS, 20. Oktober 1948.

⁷⁷ EBD.

⁷⁸ MONTHLY REPORTS, 16. März 1949.

⁷⁹ MONTHLY REPORTS, 16. August 1949.

VIII Frauen im Kreis Detmold: neue Hoffnung auf Emanzipation?

Die Situation für die Frauen im Kreis Detmold in der frühen Nachkriegszeit ist eine sehr erschwerte. Sie leiden Hunger, da die Menge der zu beziehenden Lebensmittel auf 1.420 Kalorien reduziert ist und viele Mütter sich verpflichtet fühlen, Teile ihrer Rationen an ihre Kinder weiterzugeben. Die vielen Alleinerziehenden und Ledigen müssen sich völlig selbst versorgen und neben ihrer Berufstätigkeit den Haushalt unter schwierigsten Bedingungen führen, da viele Männer der Generation aus dem Krieg nicht oder noch nicht zurückgekommen sind. Zudem ist die Sicherheitslage in Westfalen gerade für Frauen angespannt, was der deutliche Anstieg von Geschlechtskrankheiten und Abtreibungen anzeigt. Für die Situation in Lippe gilt aber, dass Frauen hier etwas besser als im Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalens leben – eine Tatsache, die sich anhand der deutlich geringeren Anzahl untergewichtiger Frauen beweisen lässt.⁸⁰

Die Parteien, sowohl die CDU als auch die SPD, verurteilen viele dieser auf Frauen bezogenen Entwicklungen. So wird bemängelt, dass, wenn immer ledige Frauen selbst für ihren Unterhalt sorgen müssten, Männer aus ihren angestammten Stellen verdrängt werden.⁸¹ Die der SPD nahestehende Zeitung *Freie Presse* startet sogar im Jahre 1949 eine Kampagne gegen die „Doppelverdiener“-Familien. Die Zeitung unterlässt dabei zu erwähnen, dass Frauen, die dann ihren Beruf aufgeben und heiraten, in der Regel eine deutliche Freiheitsbeschneidung erfahren.⁸²

Politisch aktive Frauen gibt es im Kreis Detmold verhältnismäßig wenig. Trotzdem überrascht, dass bei der ersten Kommunalwahl in Detmold 1946 von 19 CDU-Ratsmitgliedern sechs Frauen sind. Eine Politikerin der CDU arbeitet sogar im Kreisvorstand mit. Nach der Währungsreform allerdings lässt die weibliche Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, deutlich nach, wahrscheinlich da die Ressourcen an Energie für den Aufbau des individuellen Wohlstandes gebraucht werden. Die Aktivitäten der weiblichen Politikerinnen beziehen sich in den allermeisten Fällen auf tradierte weibliche Bereiche wie Erziehung und Kultur. Sehr engagiert sind neben den Politikerinnen wie Anna von Schilgen und Christa Schröder die Chefdolmetscherin für die britischen Besatzer, Irmgard von Minnigerode, und Martha Hausmann von der AWO Detmold, die sich im Besonderen für Prostituierte und sogenannte Streunerinnen einsetzt.

Colonel Humphrey beschäftigt sich unter der Überschrift „Women's Affairs“ in jedem Monatsbericht mit der Situation von Frauen in seinem Wirkungsbereich. Zunächst informiert er seine Vorgesetzten über die Entwicklung der Arbeitslosenzahl für Frauen. Er konstatiert den Anstieg der weiblichen Arbeitslosigkeit im Jahre 1949 und bedauert, dass der Anteil der Frauen unter den Politikern in den Jahren 1948 und 1949 kontinuierlich zurückgehe.⁸³ Darüber hinaus berichtet er regelmäßig über seine Versuche, Frauen im Kreis Detmold zu aktivieren oder politisch zu bilden.

Der Kreis Resident Officer äußert sich lobend über eine Initiative von Christa Schröder (CDU), einen Anglo-German Club zu gründen, damit sich interessierte Engländer und Deutsche beiderlei Geschlechts über politische und kulturelle Themen austauschen können. Zwar schätzt Humphrey diesen bildungsbürgerlichen Ansatz, äußert sich aber warnend, dass solche Aktivitäten nicht reichen würden, da Frauen seiner Meinung nach nicht nur politisch engagiert sein müssten, sondern ein umfassend gesellschaftlich engagiertes Leben führen sollten, beispielsweise mit diversen Engagements im Wohlfahrtsbereich: „At

⁸⁰ BENDER, 90.

⁸¹ ALBERTIN, 454.

⁸² HANS-JÖRG KÜHNE, 40 Frauen - Das Überleben organisieren: Ostwestfälische und lippische Frauenschicksale 1945-1949, Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte, Bd. 25, Bielefeld 2013, 57.

⁸³ MONTHLY REPORTS, 20. Januar 1949. „Number of women elected to the councils has dropped. There has been a setback since October.“

present women are well represented in the political side of the Kreis, but it is on the nonpolitical side that they must learn to work.“⁸⁴

Seine eigenen Aktivitäten, um Detmolder Politikerinnen zu professionalisieren und ihnen englische Politikvorstellungen nahezubringen, beschränken sich in der Regel auf Einladungen zum Tee und Vorträge von britischen Experten wie Dr. Lambert vom britischen Außenministerium. Lobend erwähnt Humphrey an dieser Stelle, dass viele Detmolder Frauen den Weg zu den britischen Örtlichkeiten fänden, aber tadelte, dass die Frauen der britischen Besatzer und Soldaten dagegen kaum Interesse an diesen Vorträgen und informellen Zusammenkünften zeigten.⁸⁵

Regelmäßig besucht der britische Entscheider darüber hinaus Veranstaltungen, die im Besonderen für und von Frauen gemacht werden. Als äußerst beeindruckend empfindet er in diesem Zusammenhang die Treffen der lippischen Landfrauen („Lippian farmers' wives“). Er unterstützt deren Forderungen nach besserer Wasserversorgung und nach Optimierungen im Wohnungsbereich. Letztendlich sieht Humphrey hier eine Übereinstimmung mit den Forderungen der britischen Frauenverbände, die bei einem Treffen in der Royal Albert Hall in London ähnliche Wünsche formulieren, und fragt sich: „Does this mean that German women are at last aware of their power when united?“⁸⁶

In seinen Aufzeichnungen befinden sich auch mehrere Hinweise über die Schwierigkeiten, die Detmolder Bürgerinnen erlebten, wenn sie für die Briten arbeiteten. Das konnte ihnen zwar wirtschaftlich einige Vorteile wie eine relativ gute Entlohnung und einen sicheren Arbeitsplatz, einbringen, sie mussten aber auch mit den Vorurteilen ihrer Mitbürger leben können. „Besatzerliebchen“ war dabei eine der gemäßigten Titulierungen.⁸⁷ Humphrey verdeutlicht diese – auch nach seiner Meinung – unschönen Zustände am Beispiel des Detmolder Wohnungsamtes, im Volksmund angeblich „Haus der kleinen Geschenke“ genannt.⁸⁸ Hier würden weibliche Wohnungssuchende benachteiligt werden, wenn sie bei den britischen Besatzern arbeiteten oder sogar mit einem Besatzungsangehörigen verheiratet seien. Erst wenn die dort tätigen Beamten mit aller Deutlichkeit auf ihr Fehlverhalten hingewiesen worden seien, würden sie umschwenken und die Wünsche der Betroffenen angemessen bearbeiten.⁸⁹ Diese kleinen Erlebnisse offenbarten die damalige Haltung einiger Detmolder Verwaltungsmitarbeiter und verdeutlichten die in den ersten Nachkriegsjahren immer noch vorherrschenden Ressentiments zwischen Briten und Deutschen.

Briten und Deutsche in Detmold: Ist ein besseres Kennenlernen möglich?

Da das Verhältnis zwischen der besiegten deutschen Bevölkerung und den britischen Besatzern als ehemaligen Feinden zumindest in der unmittelbaren Nachkriegszeit als eher distanziert bis feindselig einzuschätzen ist,⁹⁰ müssen die britischen Offiziere in den einzelnen Stadt- und Landkreisen aktiv werden, um den Zustand deutlich zu verbessern. Auch der lokale Kreis Resident Officer informiert seine Vorgesetzten aus diesem Grunde in seinen monatlichen Berichten regelmäßig über diesbezügliche Initiativen.

⁸⁴ MONTHLY REPORTS, 20. Oktober 1948.

⁸⁵ MONTHLY REPORTS, 16. August 1948 und 16. April 1949.

⁸⁶ MONTHLY REPORTS, 16. Juni 1949.

⁸⁷ KÜHNE, 79. Liebesbeziehungen zwischen Engländern und Deutschen wurden von der Bevölkerung nicht gerne gesehen.

⁸⁸ MONTHLY REPORTS, 16. Februar 1949. „churlish treatment of the Wohnungsamt towards German personnel who are either employed by British units or the wives of British personnel.“

⁸⁹ EBD., „when attacked, offer accomodation, even 100% in access.“

⁹⁰ Vgl. GRAHAM-DIXON, 88f.

So kann er am 1. Oktober 1948 sichtlich stolz über die Eröffnung des Begegnungs- und Informationszentrums „Die Brücke“ an der Bruchstraße 16 berichten. Die Fertigstellung des Raumes geschieht nach anderthalbjähriger Verzögerung, da Ressourcen und Handwerker nur schwer zu organisieren sind. Humphrey beschreibt die Räume als „small [...] equipped with furniture and literature, above all well-lit and warm“⁹¹ – ideal für Filmvorführungen oder kleine Veranstaltungen. Auch Jugendliche sollen sich hier wohlfühlen. So wird Detmold auch im September 1948 in der gleichnamigen Zeitschrift *Die Brücke* zum ersten Mal unter die Orte eingeordnet, die schon über ein Begegnungszentrum verfügen.⁹²

Diese Zeitschrift ist für den Gebrauch in den Information Centres „Die Brücke“ der britischen Zone und des britischen Sektors von Berlin bestimmt. Diese Centres sind in der Absicht eröffnet worden, den deutschen Lesern Nachrichten aus den verschiedenen Teilen Deutschlands zu vermitteln, ihnen einen Begriff von der Lebensweise in England und den Dominionen zu geben und über bedeutende Ereignisse aus aller Welt zu berichten.

In folgenden Städten sind bereits Information Centres „Die Brücke“ eröffnet worden:

Aachen	Elmshorn	Iserlohn	Nienburg
Arnsberg	Emden	Itzehoe	Oldenburg
Aurich	Essen	Kiel	Osnabrück
Berlin	Eutin	Krefeld	Pinneberg
Bielefeld	Flensburg	Lingen (Ems)	Recklinghausen
Bonn	Gelsenkirchen	Lübeck	Remscheid
Braunschweig	Gladbeck	Lüneburg	Rendsburg
Celle	Göttingen	Meisdorf	Schleswig
Detmold	Goslar	Minden	Soest
Düren	Hagen	Mülheim	Solingen-Ohligs
Düsseldorf	Hamburg	München	Stade
Duisburg	Hannover	Gladbach	Wilhelmshaven
Duisburg	Heide	Münster	Wuppertal
Hamborn	Helmstedt	Neumünster	Elberfeld
Eckernförde	Herford	Neuß	

Die Brücke ist für den öffentlichen Verkauf nicht freigegeben.
Gedruckt für Information Services. PSS(HQ)1009/9050-9-43

Die Brücke, Nr. 100 vom 25. September 1948.

Trotz dieser für die Nachkriegszeit sicherlich idealen Raumbedingungen werden die ersten Veranstaltungen in der Detmolder Brücke nur schwach besucht. Humphrey beruft daraufhin im November 1948 eigens einen britischen Verbindungsoffizier, der die Aufgabe hat, vor allen Dingen britische Armeeangehörige zum Besuch der Treffen zu bewegen – „an irksome responsibility in the past“⁹³. Der

neue Verbindungsoffizier, Brigadier Spedsing, scheint aber Erfolg zu haben, denn bei einem Treffen der Anglo-German Discussion Group kommen Ende Oktober über einhundert Deutsche und Engländer zusammen.

Zu Kontakten zwischen der Detmolder Bevölkerung und den britischen Besatzern kommt es oft dann, wenn eine britische Militärparade oder eine sonstige Show durch die Detmolder Innenstadt verläuft. Eine Geburtstagsparade für den englischen König George findet auch bei den Detmolder Zuschauern großen Anklang. Viele Passanten kritisieren aber auf Befragung hin das Fehlen einer Militärkapelle. KRO Humphrey kommentiert diese Forderung mit der Feststellung „The Germans love a military display“.⁹⁴ Er weist damit auf den seiner Ansicht nach immer noch vorhandenen Militarismus weiter Kreise der Bevölkerung hin. Eine Erscheinung, die auch an der Tatsache deutlich wird, dass die Standardrede für Humphrey von deutscher Seite aus „Herr Kreiskommandant“ ist.⁹⁵

Erste kleinere Schritte auch zu einem Wissenschaftsaustausch zwischen Deutschen und Briten finden an der Hochschule für Musik im Juli 1949 statt - anlässlich eines musikpädagogischen Seminars für internationale Teilnehmer, darunter auch elf britische Musikstudenten. Humphrey lässt es sich nicht nehmen, diese Gruppe persönlich zu besuchen, zumal der Studentenaustausch von der Control Commission for Germany, der Organisation also, der auch er angehört, initiiert worden ist.⁹⁶ Es wird deutlich, dass der für das Kreisgebiet zuständige britische Entscheider sich bemüht, vielfältige Begegnungen zwischen Deutschen und Briten zu fördern, diese Aufgabe aber als sehr anspruchsvoll wahrnimmt. Je näher die Gründung der

⁹¹ MONTHLY REPORTS, 20. September 1948.

⁹² DIE BRÜCKE, Nr. 100, 25. September 1948.

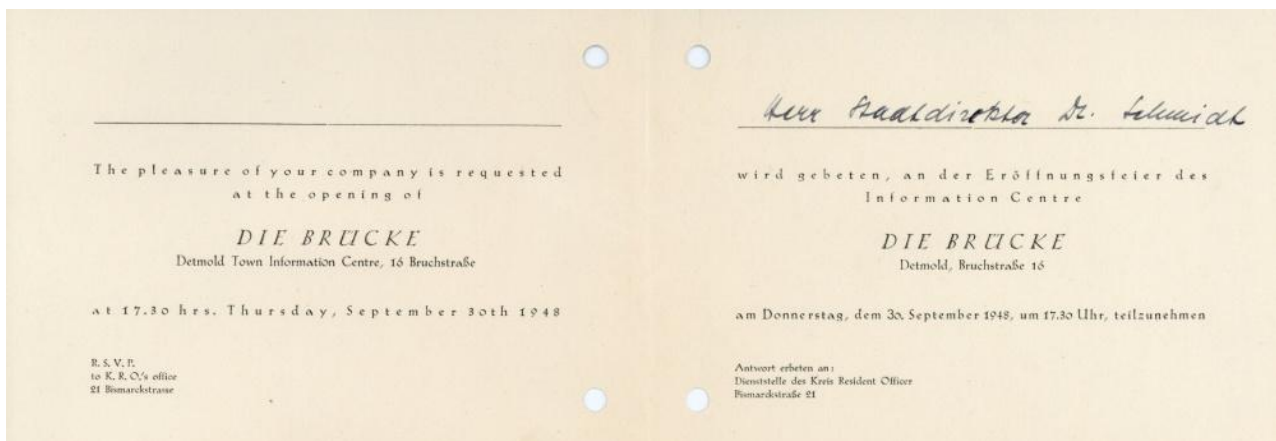
⁹³ SPEISER, 146. “Since 1945 relations between the British services and the (foreign office-led) Control Commission of Germany had generally been poor.”

⁹⁴ MONTHLY REPORTS, 16. April 1949.

⁹⁵ Vgl. STADTARCHIV DETMOLD, D 106 Detmold A Nr. 1653. S. auch WESTFALEN-ZEITUNG/NEUE LIPPISCHE RUNDSCHAU für Politik und christliche Kultur vom 2. Oktober 1948, „Die Brücke ist wieder geschlagen.“

⁹⁶ MONTHLY REPORTS, 18. September 1949.

Bundesrepublik Deutschland rückt, desto positiver sind seine Aufzeichnungen über die Erfolge der informellen und formellen deutsch-britischen Treffen gehalten.



Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 1653.

Ab September 1949 ändert sich Humphreys Aufgabe im Kreis Detmold. Vom letztlich verantwortlichen Kreis Resident Officer mit Vetorecht wird er zum Britischen Resident Detmold und gibt damit zentrale Souveränitätsrechte ab.⁹⁷ Wie er diese Veränderung wahrnimmt und beurteilt, geht aus den Monatsberichten nicht hervor, denn für die späteren Monate und Jahre liegen keine Berichte vor.

Fazit

Die Monatsberichte des Colonel Walter J. Humphrey enthalten zum einen eine ungeschönte Fremdsicht auf die Verhältnisse im Kreis und in der Stadt Detmold in der Nachkriegszeit, zum anderen lassen sie aber auch die Denkweise der britischen Entscheider offenbar werden. Neben lobenden Worten findet Humphrey viele Sachverhalte, die ihm kritikwürdig erscheinen.

Lob

Der Kreis Resident hebt in seinen Monatsberichten zwei Gruppen innerhalb der Bevölkerung in der Regel lobend hervor: Gewerkschaften und Flüchtlinge. So zeigt sich Humphrey immer wieder überrascht über das maßvolle und kooperative Vorgehen der lokalen Gewerkschaftsführer. Wenn diese die Bedingungen ihrer Anhänger ansprechen, neigten die Gewerkschaftler zwar zu einer ins Negative verzerrten Darstellung, ließen es in der Regel aber nur bei wenigen Demonstrationen und Streiktagen bewenden. Bei den Flüchtlingen lobt er deren Willen zur Selbsthilfe sowie deren Loyalität gegenüber ihren Flüchtlingssprechern, die auch dann fortbesteht, wenn die Flüchtlingssprecher von lokalen Medien scharf kritisiert werden.

Beeindruckt zeigt sich der KRO zusätzlich von der Effizienz der Detmolder Verwaltung. Wenn schwierige Aufgaben zu bewältigen seien, wie etwa die Verteilung von neuankommenden Flüchtlingen oder Spenden vom Internationalen Roten Kreuz, geschehe dies „in a fair and impartial manner“.⁹⁸ Gegen Ende seiner Zeit als KRO bemüht sich Humphrey dann auch, die Erfolge seiner Arbeit zu betonen. In diesem Zusammen-

⁹⁷ EBD.

⁹⁸ MONTHLY REPORTS, 16. Februar 1949.

hang lobt er die Ergebnisse einzelner Ratsversammlungen im Kreis, die den deutlichen Willen zeigen, vom britischen Vorbild zu lernen.

Kritik

Den überwiegenden Teil seiner Ausführungen durchzieht aber eine kritische Grundeinstellung gegenüber den Lokalpolitikern, den Verwaltungsangehörigen und Teilen der Bevölkerung. Humphrey als ehemaligem Militärausbilder missfällt im Besonderen die Langatmigkeit bei Diskussionen in Ausschüssen und Ratsversammlungen. Demokratiedefizite zeigen sich seiner Meinung nach auch, wenn Politiker sich kaum trauten, ihre eigene Meinung zu äußern, sondern sich der Parteilinie anpassten. Zudem befremdet Humphrey die zu beobachtende Tendenz, einmal gefasste Beschlüsse umzustößen, wenn sie der Gesamtpartei im Nachhinein nicht mehr passen würden.⁹⁹

Die kritischste Beurteilung finden allerdings die desaströsen Zustände, unter denen Flüchtlinge im Kreis Detmold leben müssen. Auf den Ausbruch von Krankheiten wie Tuberkulose und Meningitis wird mit Plakaten und warnenden Reden reagiert, eine Auseinandersetzung mit den wahren Ursachen und deren systematischer Bekämpfung geschehe nicht.¹⁰⁰ Humphrey sieht hier einen Beweis für die deutsche Mitleidlosigkeit und die den Deutschen immer noch innewohnende Gefahr, wenn er behauptet: „The Leopard does not change its spots.“

Der Detmolder KRO steht mit seiner skeptischen Einstellung nicht allein. Viele britische Politiker und Offizielle hegten aufgrund der Erfahrung zweier Weltkriege begründete Ängste gegenüber einer neuen möglichen deutschen Aggression.¹⁰¹ Die Metaphorik des Leoparden, der seine schwarzen Punkte niemals ablegen werde, wird unter anderem von britischen Rundfunksendungen während des Zweiten Weltkriegs verwendet, wie in der sehr populären BBC-Reihe „The Black Record“, die sich mit dem angeblichen Nationalcharakter der Deutschen beschäftigt. Die Autoren der Sendereihe behaupten, dass „die Deutschen“ seit über 2.000 Jahren aggressive Tendenzen gezeigt hätten, so dass der Nationalsozialismus nicht als Zufall zu sehen sei, sondern als logische Entwicklung, genauso wie Raubtiere keine Laune der Natur seien, die wieder vergehen werde.¹⁰² Ob Humphrey persönlich diese in Großbritannien damals nicht unpopulären Vorstellungen nun eins zu eins teilt, kann nicht festgestellt werden. Er bedient sich aber explizit der Metaphorik des Feindbildes.

Die Einstellung des britischen Kreis Resident Officer gegenüber den Einwohnern des Kreises Detmold kann als ambivalent bezeichnet werden. Auf der einen Seite berichtet er Positives über persönliche Begegnungen und schätzt die Arbeit, beispielsweise der Gewerkschaftsvertreter, auf der anderen Seite aber durchzieht seine Aufzeichnungen eine Wachsamkeit gegenüber den Deutschen als Kollektiv. Diese grundsätzliche Differenzierung wird an vielen Stellen seiner Monatsberichte deutlich. So wie er die ihm zugeordneten Soldaten des Liverpool Irish Regiment durch Anweisungen und Training auf eine Invasion in der Normandie vorbereiten sollte, muss er jetzt die Bürger im Kreis Detmold fit für die Demokratie machen. Beurteilungen der Menschen, die sich in seinem Verantwortungsbereich befinden, fallen wahrscheinlich auf-

⁹⁹ MONTHLY REPORTS, 20. Januar 1948

¹⁰⁰ MONTHLY REPORTS, 20. Oktober 1948.

¹⁰¹ SPEISER, 15. Der britische Außenminister Ernest Bevin von der Labour Party betonte wiederholt, dass er die Deutschen hasse, und der erste High Commissioner nach Gründung der BRD, Sir Irvine Kirkpatrick, unterstellte der deutschen Bevölkerung einen mehr als fragwürdigen Charakter, mit dem man kaum zurechtkommen könne.

¹⁰² MANFRED KOCH-HILLEBRECHT, Die Deutschen sind schrecklich: Geschichte eines europäischen Feindbildes, Berlin 2008, 263.

grund seines „military mindset“¹⁰³ eher harsch aus. Seine Ausführungen zeigen an einigen Stellen sogar Parallelen zu der Ideologie britischer Kolonialbeamter, die ihre als schwierig empfundene Aufgabe, den Kolonialvölkern die „Zivilisation“ nahezubringen auch als „White Man's Burden“ bezeichneten.¹⁰⁴

Humphreys Aufzeichnungen sind als typisch für die zweite Phase der britischen Besatzungspolitik in Deutschland anzusehen. Zwar ist die Hauptzielsetzung des Verhinderns eines weiteren Krieges durch konsequente Ausschaltung der Nationalsozialisten und ihres Gedankengutes immer noch von großer Bedeutung, doch sie gerät zunehmend in den Hintergrund. Was den verantwortlichen KRO in Detmold im Zeitraum 1948 bis 1949 vor allen Dingen beschäftigt, ist die Verhinderung eines Anwachsens der KPD. Er scheint den Kommunismus, so wie viele seiner Kollegen von der britischen Kontrollkommission, als eine Ideologie anzusehen, die auf Expansion angelegt sei und sich wie eine Krankheit über Europa ausbreiten werde, wenn man von westlicher Seite aus nicht wachsam bleibe.¹⁰⁵ Diese Grundeinstellung gegenüber der stalinistischen Sowjetunion beruhte zum Teil auf historischen Erfahrungen Großbritanniens, wie etwa der Teilnahme am Bürgerkrieg nach der Revolution 1917, aber auch auf aktuellen Erfahrungen mit dem Verhalten der sowjetischen Führung im Alliierten Kontrollrat.

Es bleibt letztlich zu klären, wann KRO Humphrey in seinen Monthly Reports zu hundert Prozent seine eigene Meinung ausdrückt oder wann er vor allen Dingen den Erwartungen seiner Vorgesetzten in Düsseldorf entsprechen will. Er darf in Detmold als Kreis Resident mit beratender Funktion seine Arbeit fortführen. Dies zeigt, dass er im Sinne seines direkten Vorgesetzten, General Alec Bishop, zufriedenstellend gearbeitet hat. Viele seiner Kollegen dagegen werden von der Control Commission for Germany wieder nach Großbritannien zurückbeordert, zum einen, um die Wohnraumsituation in den deutschen Städten und Kreisen zu verbessern, zum anderen aber auch, um die Besatzungskosten für die britischen und deutschen Steuerzahler zu begrenzen.¹⁰⁶

Die Monthly Reports des Colonel William John Humphrey dokumentieren in beispielhafter Form die komplexen Beziehungen zwischen Besatzern und Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit und erlauben im Besonderen interessante Rückschlüsse auf die Haltung der britischen Offiziellen. Sie bieten darüber hinaus Raum für weitere zu untersuchende Fragen, so etwa jene, wie die Deutschen die Kreis Residents im Laufe der Zeit und an verschiedenen Orten wahrnahmen oder wie Colonel Humphrey und viele seiner Kollegen den Erfolg ihrer Arbeit in der Rückschau beurteilt haben.

¹⁰³ PETER LIEB, *Unternehmen Overlord: Die Invasion in der Normandie und die Befreiung Westeuropas*, München 2014, S. 218. Lieb behauptet über die britische Armee von 1944, dass sie nicht als besonders innovativ und agil galt und streng nach der Befehlstaktik der detaillierten Befehle handelte.

¹⁰⁴ RUDYARD KIPLING, *The White Man's Burden: The United States & The Philippine Islands*, 1899; in: Rudyard Kipling's Verse: Definite Edition, New York 1929; s. auch <http://historymatters.gmu.edu/d/5478/> (Accessed 11/13/08) (Aufruf: 21. Februar 2019)

¹⁰⁵ Vgl. KNOWLES, *Winning the Peace*, 184f; DOMINIK RIGOLL, „From Denazification to Renazification? West German Government Officials after 1945“, in: EHRLICHMAN, CAMILO u. CHRISTOPHER KNOWLES (Hg.), *Transforming Occupation in the Western Zones of Germany: Politics, Everyday Life and Social Interactions, 1945-1955*, London 2018, 260.

¹⁰⁶ WESTFALEN-ZEITUNG/NEUE LIPPISCHE RUNDSCHAU für Politik und christliche Kultur (ab 21. Mai 1946) vom 9. September 1949 „Bishop kündigt Erleichterungen an: ein Schreiben des Generals an den Regierungspräsidenten“.

Jürgen Scheffler (Hg.), Das Frenkel-Haus in Lemgo. Wohnhaus, Erinnerungsort, Gedenkstätte. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, 2016. 159 S., zahlr. Abb. (Schriften des Städtischen Museums Lemgo, 14), 14,90 Euro.

Das „Frenkel-Haus“ in der Echternstraße 70 mitten in Lemgo ruft viele Bilder hervor. Von Karla Frenkel, die in jenem Haus geboren wurde. Vom Schicksal angesehener Familien dieser Stadt, die von einem Tag zum anderen ausgegrenzt, verfolgt und deportiert wurden und von denen fast niemand überlebte. Wieder von Karla Frenkel, die 1945 zurückkehrte, in Lemgo keine Heimat mehr hatte, hier aber ihren Mann Szmuel Rubin (später zu Raveh hebraisiert) fand und mit ihm nach Israel auswanderte, und dann, gerufen, nach Jahrzehnten zurückkehrte. Nicht um zu bleiben, aber um immer wieder zurückzukehren, um immer wieder Zeugnis abzulegen. Gerufen wurde sie von Einzelnen, denen das Schicksal der Familie Frenkel nicht gleichgültig war: Hanne und Klaus Pohlmann.¹

Die Stadt Lemgo hat dann im Herbst 1988 eine großartige Entscheidung getroffen: Im Frenkel-Haus eine Gedenkstätte einzurichten und im Stockwerk darüber Karla Raveh eine Wohnung mit lebenslangem Wohnrecht einzuräumen. Sie hat damit, wie der Herausgeber schreibt, „in wenigen Jahren nachgeholt, was in den vorausgegangenen drei Jahrzehnten unterlassen worden war“. Die Gedenkstätte erinnert seitdem in Dokumenten und Fotografien an das ehemalige jüdische Leben in Lemgo, mit der Familie Frenkel im Mittelpunkt, aber über diese eine Familie hinaus. Die Ausstellung, die 2012 neu konzipiert und gestaltet wurde, ist „ein lebendiger Ort der Information, des Gesprächs und der Begegnung“ – auch deshalb, weil sie Jürgen Scheffler, dem Leiter des Städtischen Museums, von Anfang an eine Herzensangelegenheit war.

Der vorliegende Sammelband ergänzt die Gedenkstätte. Er erzählt von ihrer Entstehung und erläutert ihre Struktur im Charakter eines Ausstellungskatalogs. Im Mittelpunkt steht die Familie Frenkel und stehen die mit Dokumenten und Fotografien umrahmten Erinnerungen von Karla Raveh, von einer unbeschwerten Kindheit bis zum individuellen Überleben in Theresienstadt, während alle Angehörigen mit der Ausnahme einer Großmutter ermordet wurden. Es wird deutlich, wie stark sich die Familie Frenkel mit Lemgo identifizierte, bis es zu spät für eine radikale Ablösung, d. h. zur Emigration war.

Klaus Pohlmann, Autor zahlreicher Beiträge zur Geschichte jüdischen Lebens in Lippe, rahmt die subjektive Erinnerung in objektive historische Zusammenhänge ein. Er beschreibt die seit dem 17. Jahrhundert in Lemgo bestehende Konkurrenzsituation zwischen der Metzgerzunft und jüdischen Schlachtern als sozio-ökonomischen Konflikt. In Lemgo hatte sich die Auflösung der Zünfte lange hingezogen, und so wehrte sich die noch bestehende Metzgerzunft auch gegen die Ansiedlung der Familie des Schlachters Michel Frenkel in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zuletzt waren die Frenkels aber Lemgoer geworden, ihr Haus an zentraler Stelle in der Stadt zeigt es bis heute.

Die israelische Regisseurin Lilach Naishtat Bornstein berichtet über ihre Zusammenarbeit mit Karla Raveh für den Film „Die Trauerweide“,² über die unterschiedlichen Erfahrungen der Zeitzeugin in zwei Ländern, vor Zuhörerinnen und Zuhörern mit gänzlich unterschiedlicher Erfahrung und zum Teil widerstrebendem Interesse. Nach Deutschland zurückzugehen und den Menschen offen zu begegnen, war für Israelis deutscher Herkunft alles andere als selbstverständlich und nicht allgemein akzeptiert. Karla Raveh hat sich aber

¹ S. die Nachrufe auf Hanne Pohlmann in ROSENLAND 12 (September 2011), 69-70, und auf Klaus Pohlmann in ROSENLAND 17 (Dezember 2015), 64.

² HANS-PETER LÜBKE und LILACH NAISHTAT BORNSTEIN (Regie), Die Trauerweide. Karla Raveh zwischen Heimat und Zuhause. DVD. Israel und Deutschland 2012.

in Deutschland nicht angebedert, sie war sich der Grenzen der Verständigung sehr genau bewusst, wenn sie immer wieder betonte, sie sei ganz und gar eine israelische Staatsbürgerin, werde aber gleichzeitig „immer ein Lemgoer Kind“ bleiben. Wenn sie erzählte, „war alles wieder da“ - vor diesem Hintergrund war sie für Versöhnung und Verzeihen nicht zu haben, für Anklagen und Schuldvorwürfe allerdings auch nicht.

Gertrud Wagner aus Detmold hat sie bei ihren Besuchen in Deutschland, die meist mehrere Wochen und sogar Monate dauerten, begleitet und ihre Wirkung auf Jugendliche vor allem in den Schulen oft beobachtet. Ihre Ansprache zur Eröffnung der neuen Ausstellung beschließt den Band.

Karla Raveh, geborene Frenkel, ist im Mai 2017 hochbetagt in ihrer Geburtsstadt gestorben. Wer einmal erlebt hat, wie sie Jugendliche dazu brachte, ihr atemlos und ergriffen zuzuhören, weiß, wie wichtig sie als Brückenbauerin geworden war. Das Frenkel-Haus in Lemgo ist ihr Vermächtnis.

Andreas Ruppert

Julia Schafmeister, Bärbel Sunderbrink und Michael Zelle (Hg.): Revolution in Lippe. 1918 und der Aufbruch in die Demokratie, 2. Aufl., Bielefeld 2019, 200 S., ca. 50 Abb., 19 Euro.

Die Jubiläen drängen sich – das Reformationsjahr lief noch, da bereitete sich das Lippische Landesmuseum bereits auf die bevorstehende 100-jährige Wiederkehr der Revolution von 1918 vor. Federführend bei der Konzeption und Organisation der Ausstellung, die von November 2018 bis Anfang Mai 2019 gezeigt wurde, war, wie schon bei „Machtwort! Reformation in Lippe“, die Historikerin Julia Schafmeister. Für die gemeinsame Realisierung des Begleitbandes konnten Schafmeister und Museumsleiter Michael Zelle die Detmolder Stadtarchivarin Bärbel Sunderbrink gewinnen. 50 Jahre nach der ersten historischen Rückschau durch den damaligen Staatsarchivdirektor Erich Kittel in den „Lippischen Mitteilungen“ – übrigens 1968 der einzige Beitrag zum Revolutionsjubiläum in einer landesgeschichtlichen Zeitschrift Westfalens – versucht nunmehr ein ganzes Autorenteam, sich dem Ereignis und seinen Akteuren aus unterschiedlichen Perspektiven zu nähern.

Wilfried Reininghaus führt in seinem Beitrag in die Vorgeschichte und den Ablauf der Ereignis ein (die „Meistererzählung“) und arbeitet die Ursachen dafür heraus, warum die Revolution in Lippe weitgehend friedlich ablaufen konnte: Die industrielle Rückständigkeit und gleichzeitig agrarische Stärke des Territoriums erwiesen sich in der damaligen Situation als Segen, die Versorgungssituation war vergleichsweise gut und die soziale Lage nicht so angespannt wie etwa im Ruhrgebiet. Hinzu kamen die Kooperationsbereitschaft der Liberalen und Sozialdemokraten als maßgeblicher politischer Gruppierungen und nicht zuletzt die räumliche Überschaubarkeit und persönliche Nähe zwischen den Akteuren.

Die Rolle des Militärs beleuchtet Andreas Ruppert. Es gab anlässlich der Heimkehr der lippischen Soldaten den Versuch einer Konterrevolution durch den Kommandeur des 55er-Regiments Franz Platz und einige seiner Offiziere, die letztlich daran scheiterte, dass der abgedankte Fürst Leopold IV. das Angebot aus-schlug, ihm zu huldigen. Ruppert weist daraufhin, dass das Detmolder Beispiel die Absurdität der reaktionären „Dolchstoßlegende“ zeigt: Der Volks- und Soldatenrat sprach den 8.000 Gefallenen aus Lippe seine Hochachtung aus und die Heimkehrer wurden mit öffentlichen Ehren empfangen. Mit Blick auf die weitere Entwicklung formuliert Ruppert auch die Kritik, dass – nicht nur in Lippe – mit Platz, der Offizier bleiben konnte, und anderen rechten Putschisten zu nachsichtig verfahren worden sei.

Neben der Militärführung erwies sich auch die lippische Landeskirche als Gegnerin des demokratischen Umbruchs. Unter ihrem Generalsuperintendenten August Weißel lehnte die Landeskirche die Revolution ab und erkannte den Volks- und Soldatenrat nicht an, wie Frank Oliver Klute darlegt. Ein kirchenseits initiiertes Landeskirchenrat sollte zugleich verhindern, dass der Volks- und Soldatenrat sich in innerkirchliche Angelegenheiten einmischt. Tatsächlich übte sich letzterer ebenso wie das nachfolgende Landespräsidium in Kirchenfragen in Zurückhaltung.

Bekanntlich kam es nach den ersten nachrevolutionären Landtagswahlen zur Bildung eines dreiköpfigen Präsidiums, als dessen in Lippe bis heute namhaftestes Mitglied Heinrich Drake gelten darf, der 1968 selbst noch Einfluss auf die historische Aufarbeitung der Revolution nehmen konnte. Während der Sozialdemokrat Clemens Becker noch einer näheren Beschäftigung harrt (diese ist von Florian Lueke angekündigt), hat sich Hans-Joachim Keil intensiv mit der Biographie des linksliberalen Zeitungsverlegers Adolf Neumann-Hofer auseinandergesetzt, der mit seinem Verfassungsentwurf die Grundlage für das ungewöhnliche Dreierkollegium geschaffen hat. Keil charakterisiert den Verleger als „Revolutionär wider Willen“, der eigentlich eine Reform und Modernisierung des Fürstentums anstrebte, aber die Chance zur Mitgestaltung des demokratischen Neuanfangs nutzte.

Stefan Wiesekopsieker schildert Leopold IV. auf der Grundlage der privaten Tagebücher des Fürsten als einen Mann, der sich aus dem politischen Geschäft heraushielt und sich als neutrale Instanz sah. Leopold habe sich der Revolution nicht entgegengestellt und schnell in die neue Rolle als Privatmann hineingefunden. Im revolutionären Umbruch erlebte er den Rückzug der Konservativen als Enttäuschung und würdigte die Unterstützung seitens der Liberalen Neumann-Hofer, Eppstein und Staercke.

Mit ihrem Beitrag über den „Aufbruch der Frauen im revolutionären Lippe“ wirkt Bärbel Sunderbrink dem Eindruck entgegen, die Revolution in der Region sei allein eine Sache der Männer gewesen. Der Umbruch sorgte vielmehr für eine starke Politisierung der Frauen. Die Wahlen zur Nationalversammlung 1919 waren die ersten, an denen sich Frauen beteiligen konnten, und sie nutzten die Chance auch in Lippe in großer Zahl. Bereits am 17. November 1918 fanden sich in Detmold 400 Frauen zur Gründung eines lippischen Frauenrats zusammen, Margarethe Schweichler und die weiteren gewählten Vertreterinnen stammten aus dem Umfeld der linksliberalen DDP, die auch am stärksten um Frauen als aktive Mitglieder warb. Der Volks- und Soldatenrat reagierte nicht auf die angebotene Zusammenarbeit. Als erfolgreicher erwies sich der aus der gleichen Versammlung hervorgegangene „Landesverein lippischer Frauen“, der im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung landesweit Veranstaltungen organisierte. Als erste Frau zog 1919 die Näherin Auguste Bracht (SPD) in den Landtag ein, 1920 folgte die Lehrerin Clara Lünen (DVP). Einen erheblichen Rückschlag erlitten die Frauen zeitgleich im Erwerbsleben: Nachdem sie im Krieg als Arbeitskräfte benötigt worden waren, wurden sie nunmehr größtenteils wieder aus den Arbeitsverhältnissen herausgedrängt, um wieder Platz für die aus dem Krieg zurückgekehrten Männer zu machen.

Neue Perspektiven eröffnet auch der zweite Beitrag von Bärbel Sunderbrink über „Kommunikation, Orte und Symbole der Revolution in der Residenzstadt Detmold“, der insbesondere den Detmoldern unter den Lesern einen anschaulichen Eindruck vom Geschehen vermittelt. Sunderbrink legt dar, wie die Nachrichten aus der Reichs- und Landespolitik die Bürger und Bürgerinnen Detmolds erreichten, dass der öffentliche politische Diskurs vor allem in Gastwirtschaften, auf den Straßen und in den Kasernen der Stadt geführt wurde und wie rote Revolutionsfahnen an öffentlichen Gebäude und die weiße Armbinden des Volks- und Soldatenrates zu Symbolen der Revolution wurden.

Ein bis heute stadtbildprägender Neubau dieser Phase ist das Landestheater, dessen Bau nach dem Brand des Vorgängers 1912 notwendig geworden war, sich aber wegen der Kriegs- und Revolutionsereignisse hin-

zog. Wie Joachim Kleinmanns darlegt, wurde der Bau durch den Fürsten, die Stadt Detmold und Lotterieneinnahmen finanziert. Im September 1919 konnte er schließlich eingeweiht werden, in Anwesenheit des abgedankten Fürsten und seiner Familie. Das fürstliche Wappen an der Giebelspitze des Theaters und die auf Leopold IV. lautende Bauinschrift von 1915 blieben unangetastet.

Ebenfalls jedem Detmolder bis heute vertraut ist das Gebäude der 1917 gegründeten Fürst-Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften an der Ecke Paulinenstraße/Bielefelder Straße. Carsten Doerfert, der zum Thema bereits eine Monographie veröffentlicht hat, würdigt diese weithin vergessene Einrichtung, die nur wenige Jahre bestanden hat. Sie fand in der Stadt nur wenig Unterstützung und fiel schließlich ihrer mangelhaften finanziellen Ausstattung zum Opfer. Eine klare politische Linie verfolgte die Akademie nicht, vielmehr wurde auch sie zum Ort der Kontroverse.

Dass sich der Band weitgehend auf das Geschehen in der Landeshauptstadt Detmold konzentriert, ließ sich kaum vermeiden. Doch gelingt es mit dem Fallbeispiel Blomberg, auch das Geschehen außerhalb Detmolds exemplarisch in den Blick zu nehmen. Die kommunalen Gremien arbeiteten hier, wie Dieter Zoremba darlegt, kontinuierlich weiter. Die Bedeutung des aus Bürgerlichen und Sozialdemokraten gebildeten Blomberger Volksrates bestand vor allem darin, die Sozialdemokratie auch beim kleinstädtischen Bürgertum als vertrauenswürdige gestaltende Kraft zu etablieren. Die Blomberger strebten insgesamt vor allem nach Stabilität, die Republik blieb hier eher ungeliebt. Lebendig ergänzt wird der Beitrag durch einen kleinen biographischen Versuch über den Blomberger Tischler, Gewerkschaftler und Mitglied des Volksrates, Hermann Albert, aus der Feder seines Enkels, des Bielefelder Mediävisten Ulrich Meier. Albert blieb bis zu seinem vorzeitigen Tod im Februar 1933 politisch engagiert. Das von ihm mit initiierte Gewerkschaftshaus trug den bezeichnenden Namen „Bürgerheim“ – ein deutliches Signal dafür, dass die Blomberger Arbeiterbewegung keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Utopie verfolgte.

Schließlich kommt noch ein anderer Enkel eines der Protagonisten jener Zeit zu Worte: Julia Schafmeister und Bärbel Sunderbrink führen ein Interview mit Prinz Stephan zur Lippe, der das Ausstellungsprojekt sehr unterstützt hat, Einsicht in private Unterlagen ermöglichte und Leihgaben zur Verfügung stellte. Den Verlust der politischen Macht habe sein Großvater Leopold IV. nie bedauert, er habe aber die vertragliche Regelung über den Domänenbesitz als ungerecht empfunden. Auch Prinz Stephan sieht die Regelung kritisch und bedauert speziell den Verlust des Schmucks der Fürstin Pauline. Er äußert zugleich Dankbarkeit, dass die Familie das Schloss behalten konnte. „Wir sind nicht vertrieben worden, wir haben uns aber auch nicht vertreiben lassen.“ Der Erhalt des Schlosses sei für ihn eine Lebensaufgabe und Berufung.

Herausgeberinnen, Autoren und der Verlag für Regionalgeschichte haben diesen vielschichtigen und sehr lesenswerten Band in bemerkenswert kurzer Zeit auf den Weg gebracht. Und sie haben offenkundig den Nerv des regionalen Publikums getroffen – die Erstauflage des Bandes war nach wenigen Wochen vergriffen, was nicht selbstverständlich ist. Glücklicherweise konnte mit einer Zweitauflage auf das anhaltende öffentliche Interesse reagiert werden. Mit 19 Euro ist der ansprechend gestaltete Band auch erschwinglich. Sein großer Wert liegt nicht nur darin, Forschungslücken zu schließen, sondern auch, den demokratischen Aufbruch von 1918/19 nicht vorrangig vom Scheitern der Demokratie im Jahr 1933 her zu betrachten, sondern als ein offenes Geschehen neu entdecken zu können.

Roland Linde

Hans-Joachim Keil, Prof. Dr. Adolf Neumann-Hofer (1867 bis 1925) in Lippe (1899 bis 1925). Der einflussreiche linksliberale Modernisierer in Politik, Regierung, Wirtschaft, Pressewesen und Gesellschaft. Die digitale Biografie mit umfangreichem Quellenmaterial. CD-Rom im Selbstverlag des Autors, Detmold 2018, 402 Seiten, zahlreiche Abb., 10 Euro zzgl. Versand. (Vom Verfasser angegebene Bezugsquelle: hj.keil@t-online.de).

Wenn jemand zu den politischen Gestaltern in Lippe während der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts gerechnet werden muss, dann ist es der linksliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Adolf Neumann-Hofer. Ein Vierteljahrhundert, von 1899 bis zu seinem Tode 1925, prägte der „schwarze Doktor“ die Politik erst des Fürstentums, dann des Freistaates wie kaum ein anderer. Während allerdings der „Landesvater“ Heinrich Drake ebenso häufige wie ausführliche Würdigung erfuhr, blieb Neumann-Hofer nahezu vergessen. Eine umfassendere Darstellung seines Wirkens war also dringend notwendig.

Dass sich bisher noch kein Historiker intensiver mit ihm befasste, mag der Tatsache geschuldet sein, dass Neumann-Hofer eine vielschichtige Persönlichkeit darstellt, die auf mehreren Feldern höchst aktiv agierte: in Politik, Wirtschaft, Pressewesen und im Kulturbetrieb – und dieses teilweise auf Landes- wie auf Reichsebene. Einer facettenreichen Persönlichkeit wie ihm gerecht zu werden, bedeutet dementsprechend umfangreiche Recherchen und die jeweiligen Einordnungen in den (historischen) Kontext.

Hans-Joachim Keil hat sich dieser Aufgabe angenommen, nachdem er sich zuvor bereits mit der Historie der Detmolder Sinalco AG beschäftigt hatte und dabei natürlich auch mit deren Aufsichtsratsvorsitzenden Adolf Neumann-Hofer. Vorgelegt hat Keil nun ein rund 400 Seiten umfassendes Werk – und das ist eine Besonderheit – als digitale Biografie auf CD-ROM.

Keil zeichnet das Bild dieses umtriebigen Mannes im Wesentlichen aufgrund des überlieferten Nachlasses. Dieser allerdings ist, wie der Verfasser auch ausführlicher darlegt, kein vollständiger oder gar „echter“ Nachlass. Es handelt sich vielmehr um eine Sammlung von Unterlagen aus Neumann-Hofers Hinterlassenschaft, die im Frühjahr 1933 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und mit dem Ziel zusammengestellt wurden, ihm als Mitwirkenden der Landesregierung bzw. des Landespräsidiums Korruption und Versäumnisse nachzuweisen. Der bestellte „Gutachter“, der Parteigenosse Theodor Stücker aus Leopoldshöhe, förderte neben unbedeutenderen einige inzwischen längst verjährte Unregelmäßigkeiten zutage. Dieser tendenziös gebildete „Nachlass“ weist Lücken auf. Dokumente zum politischen Leben, zum publizistischen und kulturellen Wirken sowie zu seinem Privatleben sind rar. Somit lässt sich das Leben und Wirken dieses Mannes nicht in allen Bereichen gleichsam gut ausleuchten.

Keil rückt dem „Multitalent“ (S. 20) mit einer differenzierten Gliederungsstruktur zu Leibe. Neben den wesentlichen Daten zu Kindheit, Jugend und frühem Werdegang bricht der Verfasser Neumann-Hofers Wirken in die Tätigkeitsfelder Zeitungsverleger, Politiker, Aktienspekulant, Aufsichtsratsposten und Förderer von Kultur und Wissenschaft auf. Gesondert behandelt werden auch Neumann-Hofers fragwürdige und bereits zu Lebzeiten kritisierte Rolle als Vermittler von lippischen Ehrentiteln und seine „Freundschaftsdienste“ für Partei- und Geschäftsfreunde, die schließlich auch Korruptionsvorwürfe nach sich zogen – zuletzt nach 1933 mit der tendenziösen Untersuchung durch die Nationalsozialisten.

Adolf Neumann-Hofer, geboren 1867 im ostpreußischen Lappinen als Nachfahre Salzburger Protestanten, wuchs in bürgerlichen Verhältnissen auf. Ein erstes Studium musste er jedoch abbrechen und sich durch den Militärdienst über Wasser halten. Ab 1888 studierte er schließlich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. In diesem Jahr starb auch sein Vater. 1890 heiratete der junge Student zum ersten Mal, 1894 promovierte er in Staatswissenschaften. Tätigkeiten als Volontär in der Deutschen Bank Berlin und – offenbar gewinnbringende – in der Zuckerindustrie in Magdeburg schlossen sich an. Nach Lippe kam Neumann-

Hofer 1899. Auf der Durchreise besuchte er seinen alten Kommilitonen Alfons Stengele und übernahm von ihm die *Lippische Landes-Zeitung* und die dazugehörige Meyersche Hofbuchdruckerei. Er ließ sich in Detmold nieder, zwei seiner Brüder folgten, um ihn zu unterstützen. Mit seiner Zeitung positionierte er sich im lippischen Thronfolgestreit für die Biesterfelder Linie, was ihm Fürst Leopold IV. hoch anrechnete. So erhielt er nicht nur 1913 den Professoren-Titel sondern noch am 10. November 1918 die Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat verliehen. Politisch aktiv wurde er schon nach wenigen Monaten als Freisinniger, der 1901 die Lippische Liberale Volkspartei begründete. Seinem Verständnis als „Sozial-Liberaler“ ohne Berührungsängste mit der Sozialdemokratie mochten viele Liberale in Lippe, gerade die nationaleren, nicht Folge leisten. Erst 1910 kam es zur Fusion der beiden in Lippe konkurrierenden liberalen Parteien, und zwar unter Neumann-Hofer. Dieser hatte sich als echtes politisches Schwergewicht erwiesen – so saß er ab 1901 mit einer Unterbrechung bis 1924 im Landtag, ab 1907 bis 1918 im Reichstag und 1919 in der Nationalversammlung.

1903 trennte er sich von der ersten Ehefrau Jenny und heiratete 1906 erneut. Die Lippische Landes-Zeitung, die er 1920 an seinen Weggefährten Max Staercke veräußerte, entwickelte sich unter Neumann-Hofer zum viel gelesenen Organ mit nicht zu unterschätzender Schlagkraft für seine politischen Ziele. Wortgewandt trat er in dessen Spalten wie auch in zahllosen Rednerauftritten vor allem gegen die ihn bekämpfenden Konservativen auf. Neumann-Hofer erwies sich als ein Mann, der sich in der intellektuellen Auseinandersetzung angesichts laufender Entwicklungen immer auch neu zu positionieren vermochte. War er zu Anfang des Weltkrieges Befürworter großer Annexionen, plädierte er 1917/18 entgegen der nationalistischen Deutschen Vaterlandspartei für ein rasches Kriegsende ohne Gebietsaneignungen. Plädierte er 1917/18 für die Aufrechterhaltung der Monarchie mit einer demokratischen Verfassung, wandelte sich diese Position im Laufe der Revolution 1918 und er stand schließlich an vorderer Stelle in der Neugestaltung der demokratischen Verhältnisse. Gerade letzteres ist umso beachtenswerter, als sich Neumann-Hofer noch Anfang November 1918 beim Fürst als Volksminister in einer parlamentarischen Monarchie angeboten hatte. Bis 1924 gestaltete der emsige Politiker die Geschicke des Landes Lippe als Mitglied des Landespräsidiums und als Vertreter im Reichsrat aktiv mit. Und er wusste klar gegen antidemokratische und antisemitische Kräfte Stellung zu beziehen.

Was folgte und letztlich zu seinem politischen Niedergang führte, waren sowohl der allgemeine Bedeutungsverlust seiner Partei, der DDP, sowie Vorwürfe der Korruption und des Betruges, die selbst seine Parteigänger irritierten und sie veranlassten, Neumann-Hofer zur Landtagswahl 1925 nicht mehr aufzustellen. Diese Vorwürfe standen am Ende eines durchaus überzogenen Agierens Neumann-Hofers auf wirtschaftlichem Gebiet wie auch auf dem Gebiet des extensiven Handels mit lippischen Ehrentiteln. Keil belegt sowohl sein Wirken als Aktienspekulant wie auch seine Gier nach Aufsichtsratsposten – er war schließlich in Dutzenden von Unternehmen präsent – ausführlich. Dass Neumann-Hofer dabei auch ein Meister in der Handhabung von Freundschaftsdiensten und Gefälligkeiten war, die auch über das rechtlich Zulässige hinausgingen, weist letztlich auf ein gehöriges Maß an Selbstgefälligkeit und Arroganz hin. Keil sieht in Neumann-Hofer einen schroffen, wenig geselligen Menschen auf der stetigen Suche nach schnellem Erfolg.

Auf einem weiteren Blatt stehen Neumann-Hofers Verdienste um die Kultur und Wissenschaft in Detmold bzw. Lippe. Von der Fürst-Leopold-Akademie über das Landestheater bis zum Konservatorium – er zögerte nicht, Teile seines großen Vermögens in gleicher Weise einzusetzen wie das umfangreiche Netzwerk, das er sich über mehr als zwanzig Jahre aufgebaut hatte. Selbst in wirtschaftlicher Hinsicht gründeten seine Aktivitäten nicht etwa nur auf Eigeninteresse, sondern er betrieb damit auch eine Industrieansiedlungspolitik, die ohne ihn so nicht stattgefunden hätte.

Sein Tod wenige Tage nach einem Autounfall im Mai 1925 beendete abrupt eine politische Karriere, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits im Sinkflug befand. Neumann-Hofer selbst schien sich schon mit dem Gedanken an einen Fortzug nach Potsdam getragen zu haben. Festzuhalten ist, dass Lippe Neumann-Hofer als Motor und Modernisierer und standhaftem Demokraten in vielen Bereichen viel zu verdanken hat.

Der Verfasser lässt in hohem Maße die Dokumente sprechen. Von diesen sind viele auf der CD-Rom zu finden. Hier ist allerdings auch zwei kritische Anmerkungen zu setzen. Eine stärkere Selektion wäre von Vorteil gewesen. Manche Dokumente sind in ihrer Relevanz überflüssig, manche dann doch in ihrer epischen Breite ermüdend oder sie wiederholen bereits bekanntes. Damit erscheint das Werk manchmal eher als Quellensammlung denn als Biografie. Ebenfalls wünschenswert wäre eine mutigere Bewertung und Einordnung der Dokumente und vor allem auch von Neumann-Hofers Wirken durch den Verfasser gewesen. Ein Vergleich mit der zweiten politischen „Lichtgestalt“ jener Zeit, Heinrich Drake, hätte sich geradezu angeboten, haben wir es doch mit zwei Typen von Politikern zu tun, die gegensätzlicher kaum sein könnten. Gegen die „politische Dampfwalze“ Neumann-Hofer wirkte der Sozialdemokrat geradezu brav und provinziell.

Kleine Schönheitsfehler wie sperrige Sätze (z.B. S. 9, 2. Absatz), eine umständliche Überschrift für das Fazit (S. 317) oder flapsige Formulierungen (z.B. „Neumann-Hofer-Clan“, S. 9) trüben den Gesamteindruck ein wenig. Keil gebührt das Verdienst, den „schwarzen Doktor“ mit seinem Werk aus dem unverdienten Schattendasein entrissen zu haben. Das Werk stellt eine immense Fleißarbeit dar. Hilfreich für den Leser sind die Kurzfassungen, die den Kapiteln vorangestellt sind. Das Medium CD-Rom bietet Möglichkeiten wie die Suche nach Namen und Begriffen sowie textliche Verlinkungen. In weiterer Konsequenz hätte eine Veröffentlichung auch oder nur als ebook in den gängigen Formaten Sinn gemacht. Wer sich mit Neumann-Hofer auseinandersetzen will, kommt an Keils Arbeit nicht vorbei.

Jürgen Hartmann

Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Nordhorn) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

Anschrift: Jürgen Hartmann, Sonnenteich 15, D-48527 Nordhorn.

URL: www.rosenland-lippe.de

Anfragen, Beiträge etc. bitte an: rosenland-lippe@web.de

Erscheinungsweise: 1-2 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Herbst 2019.

Redaktionsschluss: 1. September 2019.